UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltgeschichte im Aufriß auf geopolitischer Grundlage

Braun, Franz

Dresden, 1930

III. Die Neuzeit.

urn:nbn:de:hbz:466:1-77289

Visual Library

III. Neuzeit

Die Geschichte bis zum Versailler Vertrag

von

Dr. Franz Braun

Die Politik der Gegenwart

von

Dr. Franz Braun und A. Hillen Ziegfeld

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Neuzeit.

I./II. Europäische Ausweitung in der Neuzeit.

I. Die Entdeckungen.

II. Überseebesitz westeuropäischer Staaten im 16./17. Jahrhundert.

Nach Ranke beruht der Fortschritt der Geschichte darauf, daß ihr Schauplatz immer weitere Räume umfaßt. Von dieser Auffassung aus hat kein Ereignis in der Geschichte eine solche Tragweite, wie die Entdeckung Amerikas. Die Europäisierung der Erde nimmt von da ihren Anfang. Die Vorherrschaft, wie sie politisch und wirtschaftlich bis zum Beginn des Weltkrieges bestand und in kultureller Hinsicht auch jetzt noch gilt, gründet sich darauf (vgl. Altertum S. 3). Die europäische Geschichte erweitert sich zur Weltgeschichte. So läßt man mit Recht mit dieser Tat des Genuesen Kolumbus im Jahre 1492 die Neuzeit beginnen. **Weltgeschichte**

Für die Anfänge kultureller und staatlicher Entwicklung von den Zeiten des Altertums bis zum Mittelalter waren es die Nebenmeere, die mit ihrer die Gegenküsten verbindenden Kraft auf die Entwicklung der anwohnenden Völker ausschlaggebenden Einfluß ausübten, während die weiten Flächen des offenen Weltmeeres noch als Sperrzone wirkten. Jetzt schreckt aber auch die Großform des Wassers den Unternehmungsgeist des Menschen nicht mehr. In der Neuzeit gewinnt vielmehr das Weltmeer für die Vermittlung des Handels und der Kultur maßgebende Bedeutung. **Weltmeerbedeutung**

Zunächst gilt das für den Atlantischen Ozean; dank seiner Zwischenlage zwischen der Alten und der Neuen Welt bekommt er Mittelmeercharakter und wird durch seine günstige Gliederung und Verkehrslage das Meer der Landhalbkugel schlechthin. Die zu beiden Seiten gelegenen Länder erfreuen sich gleichartiger Kulturbedingungen und bieten im Austausch von Rohprodukten und Wirtschaftserzeugnissen reichste Entwicklungsmöglichkeit. Ein dichtes Netz von Kabel- und Funklinien, zahlreiche Schiffahrtsverbindungen und demnächst regelmäßiger Luftverkehr verkürzen immer wirksamer die Entfernung. Die Längserstreckung mit einem mittleren Küstenabstand von nur 606 km (Indischer Ozean: 621; durchschnittlicher Küstenabstand aller Meere: 695), die reiche Gliederung mit Nebenmeeren und verbindenden Meeresstraßen (europäisches und amerikanisches Mittelmeer, Ostsee, Hudsonbai, dänische Wasserstraßen, Ärmelkanal, Straße von Gibraltar, von Suez und die der Dardanellen) geben ihm seine bis auf die Gegenwart wirkenden Vorzüge vor dem Stillen Ozean.

Kolumbus glaubt, er müsse dank der Kugelgestalt der Erde bei seiner Fahrt in westlicher Richtung auf das Wunderland Indien stoßen. Der von den Arabern übernommene und verbesserte Kompaß gestattet auch, den Kurs über das offene Meer zu nehmen. Die vielen Bemühungen des kühnen Italieners um die nötigen Schiffe finden endlich bei Isabella von Spanien Gehör, als sie 1492 mit der Eroberung Granadas die letzten Reste der Maurenherrschaft vernichtet hat. Die reichen Schätze Indiens locken. Der durch die Araber vermittelte einträgliche Handel mit Indien (Spezereien, Gewürze, Seide, Perlen, Edelsteine) war aber seit der Er- **Kolumbus' Westfahrt**

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

oberung Konstantinopels durch die Türken unterbunden, Alexandria in den Händen der Mameluken (seit 1516 türkisch). So sucht man nach neuen Wegen.

Die neue Welt

Kolumbus landet am 12. Oktober 1492 auf San Salvador (Guanahani), einer der Bahama-Inseln, entdeckt die üppigreichen Inseln Kuba und Haiti. Noch dreimal fährt er hinaus. Er kommt zu den kleinen Antillen, berührt bei Trinidad das südamerikanische Festland und findet auf der letzten Reise auch die Küste Mittelamerikas, Honduras hält er für die Halbinsel Malakka. Die feste Überzeugung, Indien gefunden zu haben, nimmt er mit ins Grab († 1506). Erst als Balboa 1513 über die Landenge von Panama bis an die Küste des Stillen Ozeans vordringt, ist damit zugleich die Wahrheit gefunden: Amerika, ein selbständiger Erdteil, die Neue Welt.

Die weiteren Eroberungen Spaniens lassen hier ein gewaltiges Kolonialreich entstehen, das dieses Land zur Weltmacht erhebt. Der neue Erdteil erhält durch einen deutschen Kosmographen nach dem Italiener Amerigo Vespucci, der ihn zuerst beschrieb, seinen Namen.

Indienfahrt der Portugiesen

Die Portugiesen suchen den Weg zu den Schätzen Indiens auf der Fahrt um Afrika herum. Wie Spanien hatte auch Portugal als Nationalstaat im 15. Jahrhundert einen großen Machtaufschwung (vgl. Mittelalter S. 73 ff.) genommen und seit Heinrich dem Seefahrer seine regen Lebenskräfte in Überseeunternehmungen betätigt. Er dringt bis zum Kap Verde vor, Bartholomäus Diaz bis zum stürmischen Kap der Guten Hoffnung, Vasco da Gama endlich erreicht das Ziel und landet 1498 in Kalikut an der Küste von Malabar. Der Südwest-Monsun begünstigte seine Fahrt über den Indischen Ozean, wie der Nordost-Passat die des Kolumbus.

Cabral kommt im Jahre 1500, vom Äquatorialstrom nach Westen abgetrieben, nach Brasilien.

1. Weltumsegelung

Der Portugiese Magellan unternimmt in spanischem Auftrage die erste Weltumsegelung in westlicher Richtung (1519). Er findet seinen Tod auf den Philippinen. Einem seiner Schiffe gelingt die Rückkehr nach Lissabon 1522. Zum erstenmal ist damit der Erdball umsegelt.

Spanien und Portugal werden die ersten Kolonialmächte Europas. Sie fügen sich im Streit um die Teilung ihrer Rechte einem Schiedsspruch des Papstes, der Anspruch auf die Herrschaft über die Länder und Inseln des Ozeans erhebt (Weltherrschaft des Katholizismus). Alexander VI. legt 1494 eine Nordsüdlinie fest, die Brasilien und später die von Magellan aufgefundenen Molukken den Portugiesen zuweist, die Philippinen aber den Spaniern.

Das portugiesische Kolonialreich

Den Portugiesen fällt die reichere Beute zu, die sie aber gegen volkreiche, kriegerische, hochentwickelte Staaten und ihre Verbündeten, gegen Mameluken und Türken, in schweren Kämpfen zu verteidigen haben (Sieg im Hafen von Diu 1509). Camões' Lusiaden und Barros' Erzählungen verherrlichen die Glanzzeit portugiesischer Machtentfaltung. Portugal besetzt Vorderindien und beherrscht mit Malakka den hinterindischen Handel, bekommt die Molukken, hat mit Ormuz den Hauptsitz

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

des Handels im Persischen Golf und bewacht in Aden und Sokotra die Eingänge zum Roten Meer. Dazu kommen die Besitzungen an der afrikanischen Küste, in China und Brasilien.

Handelspolitische Grundlage

Zweck der kolonialen Bestrebungen ist bis zum Ende des 18. Jahrhunderts lediglich Beherrschung und Schutz des Handels. Für europäische Siedler eignet sich das Klima nicht (abgesehen von Südafrika). Nur staatliche Machtmittel können die europäische Herrschaft aufrecht erhalten. Lissabon wird der größte europäische Stapelplatz und Umschlaghafen für die indischen Waren. Hier decken die Hansa- und die oberdeutschen Städte ihren Bedarf. Mit Venedigs und Genuas Handelsvormacht ist es zu Ende.

Das spanische Kolonialreich

Anders steht es um die Länder des spanischen Besitzes. Abgesehen von Mexiko und Peru war Amerika nur dünn bevölkert. Die Bewohner können nur geringen Widerstand leisten. Dafür bietet freilich die Neue Welt den Spaniern keine begehrenswerten Handelsartikel. Die Tier- und Getreidearten, die tropischen und subtropischen Gewächse, die heute Grundlage der amerikanischen Wirtschaft sind, hat man erst nach der Entdeckung dort eingeführt (Pferd, Rind, Kaffee, Zucker, Baumwolle). Nur Mais, Kartoffeln und Tabak hat Europa von Amerika übernommen, auch Kakao und Vanille.

Finanzpolitische Grundlage

Aber die Eroberung Mexikos durch Ferdinand Cortez und Perus durch Franz Pizarro erschließen den Spaniern in den mächtigen Edelmetallbergwerken Quellen ungeheuren Reichtums. Sie haben die alten Kulturreiche der Azteken und Inkas rücksichtslos vernichtet. Als die Eingeborenen der schweren Zwangsarbeit, unmenschlicher Behandlung, eingeschleppten Seuchen erliegen, holen die Spanier Negersklaven aus Afrika. Der Sklavenhandel blüht auf. Seitdem hat Amerika das Negerproblem. Bei ihren geringen militärischen Mitteln hat die spanische Herrschaft sich nur durch Anwendung größter Grausamkeit behaupten können. Seit Mitte des 16. Jahrhunderts reicht das spanische Kolonialreich von Kalifornien und Florida im Norden bis nach Patagonien im Süden, es übertrifft den Umfang Europas um das Doppelte. Nur in Mexiko, Peru und Brasilien ist der Hauptteil der Bevölkerung indianisch geblieben, die herrschende dünne Oberschicht hat sich mit spanischem Blut stark vermischt. In den übrigen Ländern herrscht der eingewanderte Europäer, freilich in starker Durchsetzung mit der Negerrasse. Die eingeborene Bevölkerung ist fast ganz untergegangen.

Mängel des spanisch-portug. Kolonialsystems

Spaniern und Portugiesen kommt es nur auf Ausbeutung ihrer Kolonien an, sie versagen aber gegenüber den ihnen zuwachsenden Kolonisationsaufgaben und lassen sogar im eigenen Lande die bedeutenden Kulturanlagen der Araber verfallen. Der Strom von Gold und Silber, die riesigen Handelsgewinne haben den Staaten wohl vorübergehend eine gewaltige Machtsteigerung gebracht, haben Karl V. und Philipp II. die Mittel für ihre Weltpolitik geliefert, das Volk aber von der Arbeit entwöhnt und damit eine Steigerung seiner Leistungsfähigkeit verhindert, die es gerade aus sich heraus hätte entwickeln müssen, um diese Gebiete mit gesundem, politischem und wirtschaftlichem Leben zu erfüllen. Den Portugiesen und Spaniern folgen später die Holländer, Franzosen und Engländer über die Meere in die fremden Erdteile, um sich ihren Anteil

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zu sichern. Nur die Deutschen stehen abseits, da ihnen der schützende Staat versagt bleibt. Darum haben auch die Unternehmungen der Welser im nordöstlichen Südamerika keinen Bestand.

Wirtschaftliche und soziale Folgen

Mit den politischen Folgen der Entdeckungen verbinden sich weittragende wirtschaftliche und soziale Verschiebungen. Der aus Amerika allein im 16. Jahrhundert nach Spanien geflossene Wert an Edelmetallen wird auf 4 Milliarden Goldmark geschätzt. Auch aus den heimischen Silberbergwerken in Tirol, Sachsen, Böhmen, im Harz sucht man jetzt größere Erträge herauszuholen. Die Geldwirtschaft siegt über die Naturalwirtschaft, die Kaufkraft des Geldes sinkt aber infolge des vermehrten Geldumlaufs, d. h. die Preise steigen.

Für Bergwerksbetriebe sind große Kapitalien erforderlich. Zu dem Zweck bilden sich Gesellschaften; große Handelshäuser entstehen, treiben bankmäßig Handels- und Geldgeschäfte und beherrschen den Geldmarkt; sie bestimmen die Preise (Ringbildungen, Monopole), als Geldgeber gewinnen sie sogar starken Einfluß auf die Politik der Fürsten. Dieser Großkapitalbildung auf der einen Seite steht eine ständige Verarmung der breiten Volksschichten gegenüber, die an diesem neuen wirtschaftlichen Leben nicht unmittelbar Anteil haben und ihre Einnahmen nicht im Verhältnis zu der verminderten Kaufkraft des Geldes steigern können. Das betrifft die nichtselbständigen Kaufleute und Gewerbetreibenden, den Adel und die Bauern auf dem Lande, den Bauern um so mehr, als an ihm der Adel sich schadlos zu halten versucht, während früher das Kaisertum den „Nährstand" kraftvoll geschützt hatte. Daher Zersetzung der alten Zunftordnungen, Demokratisierung der Stadtverfassung, Entstehung eines städtischen Proletariats (Streik der Gesellen), ständige Kämpfe des Adels gegen die Städter („Pfeffersäcke"), Bauernunruhen und -aufstände („Bundschuh", der „arme Konrad").

III./IV. Reformation und Glaubensspaltung des deutschen Volkes.

III. 1. Ausbreitung der Reformation in Deutschland bis 1555. Stärkung der fürstlichen Landesmacht.

„Italiens Kultur stand Pate bei der Einführung der Neuen Welt in das geschichtliche Leben." Kolumbus war ein Genuese, Berater bei seinen kühnen Plänen war der Florentiner Physiker Toscanelli, ein Florentiner war auch Amerigo Vespucci, der dem Erdteil den Namen gab.

Renaissance und Humanismus

Trotz aller politischen Zerrissenheit war in Italien im 14. bis 16. Jahrhundert eine neue Welt des Geistes entdeckt: Das Altertum. Seine Wiedergeburt nennt die Geschichte die „Renaissance". Die Antike gibt die Vorbilder für Sprache, Kunst und Wissenschaft. Sie wird auch eine Lebensmacht im Humanismus. Die Ideale des antiken Menschen, höchste Persönlichkeitsbildung, Freiheit des Geistes, edle Menschlichkeit (Humanität) sind es, nach denen die Humanisten trachten. Im Gegensatz zum Mönchsideal des Mittelalters, der Entsagung, der Weltflucht und Erlösungssehnsucht, bildet sich so ein neues Lebensideal, das in der Selbsterneuerung, in der Entfaltung der Persönlichkeit, der Freude am Diesseits, im Weltgenuß sein Ziel sieht. Die aus Konstantinopel 1453

geflohenen Gelehrten verbreiten auch die Kenntnis des Griechischen. Plato verdrängt den Aristoteles (platonische Akademie in Florenz).

Glänzendste Pflegestätten der Renaissance sind Florenz und später Rom, kunstsinnige Förderer die Medici in Florenz, die Päpste Julius II. und Leo X., zugleich aber zügellos in ihrer Herrsch- und Machtgier, ferner Alexander VI. Borgia und sein Sohn Cäsar Borgia. Als Vertreter des Humanismus sind Dante, Petrarka und Boccaccio, als bildende Künstler Bramante, Lionardo da Vinci, Michelangelo, Raffael Santi, Tizian und Correggio mit ihren Schöpfungen unsterblich.

Deutschland und das neue Kulturideal

Renaissance und Humanismus befruchten auch das deutsche Geistesleben. Fürsten, wie Kaiser Karl IV. und Maximilian, und die Städte begünstigen die Bewegung. Die Wirkungen gehen hier aber tiefer und weiter als in Italien, da der Humanismus auch in die Schulen und die jetzt entstehenden deutschen Universitäten eindringt. Das quellenmäßige Studium und die induktive Methode begründet neues wissenschaftliches Denken und Arbeiten. Der Mensch tritt jetzt mit kritischem Verstande, statt mit gläubigem Gefühl der Welt und den scholastisch gebundenen Überlieferungen gegenüber (Erasmus von Rotterdam, Johannes Reuchlin, der Praeceptor Germaniae Philipp Melanchthon, der „Erzhumanist" Konrad Celtes, der ritterliche und leidenschaftliche Ulrich von Hutten; als Naturwissenschaftler unter den Humanisten Kopernikus).

Auch die deutschen Künstler dieser Zeit sind nicht unbeeinflußt von der Renaissance: Albrecht Dürer, Matthias Grünewald, Hans Holbein, Lukas Cranach, Peter Vischer, Veit Stoß, Adam Kraft. Eine tiefere Beseelung zeichnet ihr Schaffen vor dem der Italiener aus.

Die Erfindung der Buchdruckerkunst durch Johann Gutenberg um 1450 kommt der Verbreitung der humanistischen Bildung und der Reformation zugute.

Erwachendes Nationalgefühl

Wie in Italien das Nationalgefühl jetzt mit dem Stolz auf die ruhmreiche Vorzeit eine Stärkung und Steigerung erfährt, so regt sich auch in Deutschland durch den Gegensatz zu Rom ein bewußt nationales Empfinden. Ulrich von Hutten setzt seine ganze Leidenschaftlichkeit gegen das römische Recht und die römische Kirche ein und kämpft für ein starkes Kaisertum. Die wieder aufgefundene Germania des Tacitus weckt regstes Interesse für das deutsche Altertum. Jakob Wimpheling schreibt als erster eine Epitome rerum Germanicarum. Konrad Celtes schildert deutsches Leben in seiner Germania illustrata. Man sammelt römische Quellenschriften zur deutschen Geschichte (Willibald Pirkheimer, Konrad Peutinger).

Die Reformation

Auch die Reformation ist in ihrem Wesen aus ausgesprochen germanischer Eigenart erwachsen. Die humanistische Bewegung stand zur Kirche nicht in bewußtem Gegensatz. Eine Reihe von Päpsten haben sie und ihre Vertreter freudig gefördert. Die kirchlichen Zustände fordern aber ihren Spott und ihre Kritik heraus. Die Kirche kann nicht mehr als Leiterin des sittlich-religiösen und geistigen Lebens gelten. Die hohe Geistlichkeit vernachlässigt ihre kirchlichen Pflichten und geht zum Teil in üppigem Hofleben auf; die niedere Geistlichkeit, oft schlecht besoldet und unwissend, versieht häufig nur äußerlich ihren Dienst. Abgaben an den

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Papst in allen möglichen Formen fordern schwere Opfer von den Gläubigen; besonderen Unwillen und Kritik erregen die Ablässe, von denen zwischen 1500 und 1517 allein fünf ausgeschrieben wurden. Aber die bloße Kritik konnte keine Änderung bringen, die dogmatische Grundlage der mittelalterlichen Kirche erschütterte sie nicht. Das Papsttum wäre die Krönung alles staatlich-kirchlichen Lebens geblieben. Die Kirche hätte weiter Wissen und Glauben des Menschen beherrscht.

Erst Luther bringt mit der Reformation Denk- und Gewissensfreiheit.

Befreiung des Staates von kirchlicher Herrschaft

Die Reformation hat ferner den Staat von der Herrschaft der Kirche befreit. Zwar hatte auch Machiavelli die Selbständigkeit des Staates gefordert; Luther geht aber weiter, gibt ihm die religiöse Weihe, indem er auch den Staat genau so als göttliche Einrichtung anerkennt wie die Kirche selbst. Das bedeutet einen Bruch mit der katholischen Auffassung. Der Staat übernimmt nun von dieser Auffassung aus auch die Pflege der Bildung und Gesittung des Volkes, die im Mittelalter ausschließlich Sache der Kirche gewesen war. Förderung von Kunst und Wissenschaft sind seitdem die wichtigsten Kulturaufgaben des Staates.

Nur der tief religiöse Grundzug der damaligen Zeit, das Ringen um der Seele Seligkeit macht Luthers Auftreten, die durch ihn entfachte gewaltige Bewegung und ihre Folgen verständlich. Gegenüber der Verweltlichung der Kirche war das Bedürfnis nach Verinnerlichung des religiösen Lebens und der Kirche allgemein. Verschiedene

Vorreformatorische Bewegungen

Reformversuche waren fehlgeschlagen: die Waldenser in Südfrankreich 1209 bis 1229 ausgerottet, Wiclif in England 1382 abgesetzt, Hus 1415 in Konstanz verbrannt, ebenso Savonarola 1498 in Florenz. Sie hatten aber den Boden für die Wirksamkeit einer so gewaltigen Persönlichkeit vorbereitet. Freilich wesentliche Änderungen hatten sie ebensowenig gebracht wie die großen Reformkonzilien zu Konstanz 1414—18 und Basel 1431—49. Der Papst hatte seine Macht auch gegen die Konzilien behauptet.

Nationalkirchen in Westeuropa

Aber in den Monarchien des Westens haben diese Bestrebungen mit der Ablehnung eines päpstlichen Absolutismus ganz im Gegensatz zu Deutschland zum Ausbau einer Nationalkirche geführt, so in Frankreich durch die Pragmatische Sanktion von Bourges, in Spanien durch das Konkordat von 1482. England zahlte seit dem 14. Jahrhundert nicht mehr den Lehnzins an den Papst. Das englische Parlament duldete die Besetzung geistlicher Ämter nur mit Genehmigung des Königs. „Nirgends ist im Mittelalter die Gesinnung der Geistlichkeit so stark mit nationalen Empfindungen durchsetzt gewesen." Auch in Deutschland hatte der Kurverein zu Rense jegliche Einmischung des Papstes in die Thronbesetzung zurückgewiesen. Aber als jetzt die Kurfürsten den Konflikt zwischen Konzil und Papst in gleichem Sinne

In Deutschland keine Nationalkirche

zu einer nationalen Regelung der kirchlichen Angelegenheiten Deutschlands benutzen wollen, scheitert diese an der Haltung des deutschen Königs Friedrich III. selbst. Er läßt sich vom Papste durch das Zugeständnis rein persönlicher Vorteile für seine eigenen Landesteile abfinden (Vorschlagsrecht für 6 Bistümer, Vergebung von 100 Pfründen,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Kaiserkrönung, Geldentschädigung), sagt sich vom Konzil 1446 los und nimmt die Partei des Papstes. Was in den Staaten des europäischen Westens erreicht ist, bleibt Deutschland versagt. Die starke Zentralgewalt, die jene zu nationaler Einheit und Geschlossenheit geführt hat, fehlt eben in Deutschland. Nicht gesamtstaatliche Interessen vertritt der König, sondern seine eigenen landesherrlichen, auf Kosten des Reiches.

Politische Zerrissenheit, religiöse Spaltung

Die politische Zerrissenheit ist auch der Grund, warum die Reformation sich nicht einheitlich im Lande durchsetzt, vielmehr dem Volke die religiöse Spaltung bringt. Der Kaiser Karl V., auf den 1519 die Wahl fällt, ist zwar Habsburger, aber von Geburt Spanier, streng katholisch, aufgewachsen in den Niederlanden, nicht einmal der deutschen Sprache kundig, und so fehlt ihm jegliches Verständnis für die deutsche Seele.

In schwersten inneren Kämpfen ringt sich Luther zu der Überzeugung durch, daß nur kindliches Vertrauen auf die göttliche Gnade und Barmherzigkeit der Seele den Frieden gibt, nicht die guten Werke. Der Mißbrauch, den der Dominikanermönch Tetzel mit dem Ablaß treibt, bringt ihn zu öffentlichem Widerspruch, zu dem Anschlag seiner 95 Thesen an die Schloßkirche zu Wittenberg am 31. Oktober 1517.

Luthers Bruch mit dem Papste

Erst in der Leipziger Disputation mit Professor Eck und in seinen großen Reformationsschriften (An den christlichen Adel deutscher Nation, Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche, Von der Freiheit eines Christenmenschen) greift er die Grundlagen der mittelalterlichen Kirche an. Er bestreitet dem Papst die höchste kirchliche Autorität, die Stellvertretung Gottes in geistlichen und weltlichen Dingen, leugnet auch die Unfehlbarkeit der Konzilien. Nur Christus erkennt er als Mittler zwischen Gott und Menschen an und begründet damit das Priestertum aller Laien. Das ist der Bruch mit Rom. Er wird gebannt, verbrennt aber die Bannbulle am 10. Dezember 1520 vor dem Elstertor in Wittenberg.

Der Kaiser gegen Luther

Wie stellt sich Kaiser Karl V. dazu? Das ist die entscheidende Frage. Die Zukunft der Reformation ist bestimmt durch ihr zeitliches Zusammentreffen mit dieser Persönlichkeit. Auf dem Reichstage zu Worms läßt Karl V. über den bekenntnisfreudigen Mönch die Reichsacht verhängen.

Wormser Edikt 1521

Karl V. hat sich bei seiner Wahl zu einer Wahlkapitulation verstehen müssen, die das von den Fürsten längst erstrebte Reichsregiment bringt, das die Reichsangelegenheiten nach den Beschlüssen des jährlich zusammentretenden Reichstages führen soll. Es hat in den nächsten Jahren der Ausbreitung der Reformation zum großen Verdruß des Kaisers Vorschub geleistet. Als es dann aber infolge der Feindschaft von Rittern und Städten (Frage des Grenzzolles) 1524 aufgelöst wird, fehlt es an jeder einheitlichen staatlichen Leitung, zumal Karl V. durch Kämpfe gegen Frankreich und die Türken in Anspruch genommen ist.

Die evangelische Landeskirche

Die Ausgestaltung der evangelischen Kirche geht unter diesen Verhältnissen an die Territorien und Reichsstädte über. Statt einer deutschen evangelischen Kirche wird die evangelische Landeskirche gegründet.

Wenn es Luther zunächst auf seelische Läuterung und die Abstellung

gewisser Mißstände der Kirche ankommt, während er die äußere Ordnung und die Formen der Organisation dagegen für nebensächlich hält, so zeigen ihm die Auswüchse der Schwarmgeister von Zwickau und Münster doch, daß seine Lehre einer festen Ordnung bedarf und daß diese sich an eine weltliche Macht anlehnen muß. Da eine zentrale Reichsgewalt für diese Organisation nicht vorhanden ist, kann sie sich nur an die landesherrliche Gewalt anschließen. Wenn ihr die kirchliche Leitung und Oberaufsicht übertragen wird, liegt darin freilich ein innerer Widerspruch. Denn die Reformation war eine aus dem Volke heraus geborene und getragene geistige Bewegung. In der ständischen Verfassung der fürstlichen Herrschaften war aber die breite Masse des Volkes so gut wie bedeutungslos; sie konnte also auch in den kirchlichen Dingen für die Zukunft nicht mehr entscheidend sein (mit gewisser Einschränkung in den Reichsstädten). Der Landesherr bestimmt vielmehr über die Religion seiner Untertanen nach dem Grundsatz, wie er sich herausbildet, cuius regio, eius religio.

Sieg der Fürsten über Ritter und Bauern

Auch eine soziale, wirtschaftliche Bewegung jener Zeit, der Bauernkrieg (1524/25), endet mit dem Sieg der Fürsten und der Entrechtung des wirtschaftlich wichtigsten Standes. Die Bauern hatten in mißverständlicher Auffassung der von Luther gepredigten evangelischen Freiheit (Aufhebung der Leibeigenschaft und des Frondienstes, Erleichterung der Abgaben, freie Wahl der Pfarrer) wirtschaftliche und soziale Freiheiten gefordert und unter entsetzlichen Roheiten in einer furchtbaren Revolution zu erzwingen versucht, ihre Lage ist aber nach der Niederwerfung (Schlacht bei Frankenhausen 1525) nur schlimmer geworden. — Auch die Erhebung der Reichsritter (1522/23) wird niedergeworfen. Sie werden für alle Zukunft politisch machtlos.

Reformationsgeschichte Speyer 1526

Die rechtliche Grundlage für die Landeskirchen und die Ausbreitung der Lehre gibt der Abschied des ersten Reichstages von Speyer, der während des Kampfes zwischen Kaiser und Papst unter der Leitung Ferdinands von Österreich 1526 tagt. Er überläßt jedem Reichsstand die Entscheidung, wie er es gegen Gott und Kaiserliche Majestät zu verantworten sich getraue. Je nach dem Stand der außenpolitischen Lage waltet in der Folgezeit Milde oder Strenge in der Behandlung der Reformation. Die Gesinnung des Kaisers bleibt immer dieselbe, und zäh hält er an der Absicht fest, die Einheit der Kirche wieder herzustellen. Die Erfolge Karls gegen den Papst (Friede von Cambrai — Kaiserkrönung in Bologna)

Speyer 1529

geben dem Kaiser freie Hand, 1529 auf dem zweiten Reichstage zu Speyer mit aller Schärfe gegen die Reformation vorzugehen. Die Durchführung des Wormser Ediktes wird beschlossen; die Minderheit aber protestiert gegen eine Bindung in Glaubens- und Gewissensfragen (Protestanten).

Confessio Augustana 1530

Auf dem Augsburger Reichstage des folgenden Jahres legen die protestantischen Stände das von Melanchthon verfaßte evangelische Glaubensbekenntnis, die Confessio Augustana, vor. Der Kaiser erklärte sie durch die Confutatio Ecks für widerlegt und verlangt Unterwerfung. Das Wormser Edikt bleibt in Geltung. Daraufhin schließen die Protestanten zu gegenseitigem Schutz den Schmalkaldischen Bund.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Bedrohung Wiens durch die Türken zwingt den Kaiser zum Nürnberger Religionsfrieden 1532, in dem er den Anhängern Luthers bis zu einem Konzil weiter freie Religionsübung zugesteht. Nürnberger Religionsfriede 1532

Der Protestantismus breitet sich über ganz Norddeutschland aus, von den süddeutschen Gebieten bleiben nur noch Österreich und Bayern, von den westdeutschen Jülich, Kleve, Berg und die drei geistlichen Kurfürstentümer katholisch; aber auch hier hat die Reformation viele Anhänger. (Die in die wichtigsten Länder eingetragenen Zahlen geben das Jahr ihres Übertrittes zur neuen Lehre an). Ausbreitung der Reformation in Deutschland

Der Angriff Karls auf die türkischen Seeräuber in Tunis, zwei weitere Kriege gegen Franz I. von Frankreich (bis zum Frieden von Crépy 1544) erfordern die ganze Kraft des Kaisers. Der Schmalkaldische Bund leistet sogar dem Kaiser Türkenhilfe. Die Weigerung der evangelischen Fürsten, das auf des Kaisers Drängen berufene Tridentiner Konzil zu beschicken, gibt den Anlaß zum Schmalkaldischen Kriege, mit dem Karl V. den Protestantismus endgültig vernichten will. Luther, von jeher gewaltsamer Auseinandersetzung von Grund aus abgeneigt, erlebt ihn nicht mehr (1546 †). Schmalkaldischer Krieg 1546/47

Der protestantische Moritz von Sachsen tritt auf die Seite des Kaisers. Die Aussicht auf Erlangung der sächsischen Kurwürde und des Gebietes der Ernestinischen Linie verleitet ihn zum Verrat an der evangelischen Sache.

Uneinig und unentschlossen verlieren die Schmalkaldener kostbare Zeit und nützen nicht den Vorteil der inneren Linien. Inzwischen zieht Kaiser Karl niederländisch-spanische Truppen zusammen. Als Moritz von Sachsen plötzlich in Kursachsen einfällt, trennt sich das schmalkaldische Heer, der sächsische Kurfürst zieht zum Schutze seines Landes nach Sachsen, der Landgraf Philipp nach Hessen. Die protestantischen Gebiete und Städte Süddeutschlands unterwerfen sich dem Kaiser.

In der Schlacht bei Mühlberg 1547 wird Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen geschlagen und gefangen. Kurwürde und Kursachsen kommt an die Albertiner. Den Ernestinern bleibt nur Thüringen, aus dem die sächsisch-thüringischen Herzogtümer, der Hauptteil des heutigen Freistaates Thüringen, hervorgehen.

Karl V. ist auf dem Höhepunkt seiner Macht, er regelt selbständig im Augsburger Interim („einstweilen", bis zur endgültigen Konzilentscheidung) die religiösen Streitigkeiten, ohne freilich die Zustimmung der Parteien zu finden. Interim 1548

Aus Furcht vor der drohenden Übermacht des Kaisers erheben sich die deutschen Fürsten, an ihrer Spitze Moritz von Sachsen. Die Hilfe Frankreichs gewinnt er gegen Abtretung des Reichsvikariats in den Bistümern Metz, Toul, Verdun und Cambrai. Karl entkommt dem überraschenden Angriff mit Mühe über den Brenner. Die gefangenen Fürsten von Sachsen und Hessen werden befreit. Der Kaiser muß den Passauer Vertrag 1552 annehmen, der das Interim aufhebt.

Der vorläufige Religionsfriede findet seine endgültige Bestätigung auf dem Reichstage zu Augsburg 1555. Das katholische und lutherische Bekenntnis werden als gleichberechtigt anerkannt, nicht Augsburger Religionsfriede 1555

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

das reformierte der Anhänger Zwinglis und Calvins. Der Grundsatz cuius regio, eius religio hat aber nur für die weltlichen Reichsstände Geltung. Geistliche Fürsten (Erzbischöfe, Bischöfe, Äbte) müssen nach dem geistlichen Vorbehalt (reservatio ecclesiastica) auf Amt und Einkünfte verzichten, wenn sie persönlich übertreten. Aus der Ablehnung dieser Bestimmung seitens der protestantischen Fürsten ergeben sich bald neue Streitigkeiten.

Die territoriale Ausbreitung der Reformation läßt sich kurz in folgender Weise zusammenfassen (vgl. Müller, Kirchengeschichte):

Geographische Verbreitung der Reformation

1. Wir haben im Nordosten die sächsische Gruppe:

Mittel- und Ausgangspunkt ist das ehemalige Kurfürstentum Sachsen-Wittenberg; von da dehnt sie sich aus über Preußen und das Land zwischen den östlichen Grenzen des Reiches, zwischen der Ostsee, der Weser und den südlichen Abhängen des Thüringerwaldes und des Erzgebirges. Bundesgenossen sind Dänemark und Schweden. In Böhmen, der Lausitz und Schlesien ist die Bewegung in vollem Zuge.

2. Die mitteldeutsche Gruppe mit Hessen als Kerngebiet umfaßt mit ihrer Einflußsphäre das Gebiet zwischen Main und Sieg. Im Norden und Nordwesten erstreckt sie sich der Weser entlang bis zur Nordsee und an der niederländischen Grenze bis zum Niederrhein und zieht sich über Westfalen und die niederrheinischen Territorien hin. (In Köln, im Herzogtum Westfalen und den Jülichschen Ländern verdrängen die Gegenschläge des Kaisers die Reformationsbewegung).

3. In der südöstlichen (fränkischen) Gruppe bilden Nürnberg und die fränkisch-hohenzollerschen Fürstentümer den Mittelpunkt, d. h. das Gebiet zwischen Main, Böhmerwald und Donau; sie reicht mit Regensburg und einem Stück von Pfalz-Neuburg über die Donau hinüber auf altbayrisches Gebiet. Durch die Oberpfalz und die nördliche Hälfte der Fürstentümer ist sie mit der (1.) sächsischen Gruppe verbunden, von der mitteldeutschen durch die fränkischen Bistümer getrennt.

4. Sie steht in Zusammenhang mit der südwestlichen (schwäbischen) Gruppe. — Diese hat ihren Ursprung in Straßburg und den oberländischen Reichsstädten zwischen Donau, Lech und Bodensee. Der geschlossene Kern und das Rückgrat sind Württemberg und die schwäbischen Grafschaften. Im Westen reicht sie über den Schwarzwald zum Rhein mit Enklaven im Elsaß. Die Südgrenze ist durch die Schweizer Eidgenossen gedeckt, im Südwesten und Südosten aber durch die ober- und vorderrheinischen Besitzungen des Hauses Habsburg bedroht, im Osten gefährdet durch das Bistum Augsburg, durch Bayern und Österreich. Schutz bedeuten die Reichsstädte: Ulm, Lindau, Augsburg.

Zwischen der 4. (d. h. schwäbischen) und der 2. Gruppe (hessisch-rheinisch-westfälische Gruppe) ist die Verbindung durch die 5. pfälzische Gruppe hergestellt, die vom unteren Neckar über den Rhein greift, den Winkel zwischen Rhein und Mosel mit einem breiten Bogen gegen Westen abschließt und sich dann an hessisches und nassauisches Gebiet anreiht.

Inseln katholischen Bekenntnisses sind Hildesheim und die sächsischen Bistümer, Bamberg-Würzburg, rechtsrheinisch Mainz, Eichsfeld, Fulda; aber alle tief erschüttert.

Altgläubig sind ferner: im Westen Geldern, Limburg, Lüttich, Luxemburg, Lothringen, Freigrafschaft, außerdem Paderborn, Münster, Köln, Trier, Lingen, Arenberg, Aachen, Bayern und Österreich. Jedoch Böhmen, die österreichischen Erbländer und Bayern haben eine starke evangelische Durchsetzung.

Geistige Grundlagen und

Durch den individualistischen Grundgedanken ist die Reformation mit der Renaissance verwandt, den Luther aber nicht vernunftgemäß, sondern religiös verankert. Im Laufe der gekennzeichneten Entwicklung tritt durch

die Anlehnung der Kirche an den Staat wieder eine Gebundenheit in Lehre und Form an die Stelle der Freiheit des Christenmenschen. Von Toleranz ist keine Rede. Der Begriff der Duldung setzt sich erst wirksam durch, als die Puritaner Englands die Freiheit ihres Bekenntnisses erkämpfen, sei es auch durch Preisgabe von Haus und Heimat. Auf diesem Umwege wird die Toleranz in der Aufklärung der folgerichtige Abschluß des weltgeschichtlichen Luthergedankens. Auswirkungen der Neuzeit

Das deutsche Geistesleben der Folgezeit hat aus der Reformationsbewegung reiche Anregung und Förderung erfahren. „Die Wissenschaften blühen", sagt Hutten, „die Geister erwachen, es ist eine Lust zu leben". Die Reformation ist Grundlage der gelehrten Bildung geworden, die Universität Wittenberg war ihr Ausgangspunkt.

IV. 1. Ausbreitung der Reformation in Europa.
2. Die Staaten Europas im 16. Jahrhundert.
3. Der Schmalkaldische Krieg.
4. Der Erfolg der Gegenreformation.

1./2. Auch in außerdeutschen Ländern findet die Reformation Eingang, nur Italien und Spanien bleiben unberührt.

Während die nordgermanischen Länder sich zu Luthers Lehre bekennen, findet die Reformation in den westeuropäischen Staaten in der Form des Calvinismus Verbreitung. Reformation in Skandinavien

Calvin, ein Nordfranzose, muß wegen seines evangelischen Glaubens aus seinem Vaterlande fliehen. In Genf begründet er die „Reformierte Kirche". Gegenüber der tief religiösen Veranlagung Luthers zeichnen ihn mehr logische Kräfte aus. Die Lehre Luthers von der göttlichen Gnade entwickelt er folgerichtig zur Gnadenwahl. Von Ewigkeit her hat Gott seine Gemeinde auserwählt. Jeder hofft, ihr anzugehören, aber Gewißheit hat er darüber nicht. Das Bewußtsein seiner Zugehörigkeit ist gebunden an die Teilnahme an den Gnadenmitteln und den äußeren Veranstaltungen der Kirche. Diesen Vorzug muß sich jeder auf alle Weise zu erhalten suchen, vor allem durch christlichen Lebenswandel: darum höchste Sittenstrenge und starker Glaubenseifer, Abtötung des Fleisches durch unermüdliche Arbeit zur größeren Ehre Gottes. Der Ertrag rastlosen Schaffens darf also nicht gesteigertem Lebensgenuß dienen, er wird immer wieder zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten angelegt. — Wirtschaftlich gesehen, ist das die moderne kapitalistische Denkweise und erklärt die Regsamkeit und Tatkraft calvinistischen Geistes. Calvinismus in Westeuropa

Auf allen Seiten erstarken die Nachbarstaaten. Frankreich hat sich unter Franz I. und Heinrich II. gegen Karl V. behauptet. Es bleibt im Besitz der Pässe nach Italien (des Col d'Argentières und der Traversette) und der Erwerbungen von Metz, Toul, Verdun, von Boulogne und Calais. Der Rücktritt Karls V. bedeutet eine Erleichterung für die politische Lage Frankreichs. Einfluß auf die europäische Politik bleibt ihm im 16. Jahrhundert aber versagt, da die religiösen Wirren (Hugenottenkämpfe) und andere politische Schwierigkeiten den Bestand des Reiches Erstarken Frankreichs

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

schwer erschüttern. Mit der religiösen Bewegung verbinden sich die Bestrebungen der französischen Kronvasallen, den Absolutismus der Valois zu brechen und die politische Leitung des Staates an sich zu bringen.

Hugenottenkriege

Zäh behaupten sich die Hugenotten (Friede zu St. Germain 1570. Sicherheitsplätze). Der blutige Gegenschlag der Königinmutter Katharina, die Bartholomäusnacht 23./24. August 1572, ist der Beginn neuer Kämpfe. Erst als nach der Ermordung Heinrichs III. der Bourbone Heinrich IV. (1589) den Thron besteigt, bekommen die Hugenotten Duldung, politische Gleichberechtigung und eine Anzahl Sicherheitsplätze. Mit der Unterstützung der Niederländer und der protestantischen Union beginnt

Kampf gegen Habsburg

eine neue Zeit des Kampfes gegen die Habsburger in Deutschland und Spanien.

Der englische Nationalstaat

In England hat die Königsmacht sich wieder befestigen können, da die Rosenkriege den hohen Adel sehr geschwächt haben. Heinrich VII. und VIII. beherrschen in kluger und verständiger Regierung das Parlament. Nach kurzer Regierungszeit Eduards VI. und der katholischen „blutigen" Maria kommt 1558 deren Stiefschwester Elisabeth aus der Ehe Heinrichs VIII. mit der Anna Boleyn auf den Thron. Die katholische Partei des Landes unterstützt aber die Ansprüche der katholischen Maria Stuart von Schottland. Erst ihre Gefangennahme und Hinrichtung schafft innere Ruhe und die Glaubenseinheit. So kann Elisabeth im Innern Wirtschaftsleben, Handel und Seefahrt zur Entwicklung bringen, zum Angriff auf Spanien ausholen und sich durch die Vernichtung der Armada (1588) den Weg über die See frei machen.

Nordgermanische Staaten

Norwegen hat seit 1375 mit Dänemark einen gemeinsamen König. Auch Schweden wird durch die Kalmarer Union 1397 dieser Herrschaft angeschlossen. Gegen die gewaltsame Unterdrückungspolitik Christians II. im Innern schließen sich der bedrohte Adel und die Geistlichkeit zusammen; unterstützt von Lübeck und den Streitkräften der Hanse, nötigen sie den König 1523 zur Flucht aus dem Reiche. Die dänischen Stände wählen den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein, die Schweden Gustav Eriksson Wasa zu ihrem König. Seitdem sind Schweden und Dänemark-Norwegen getrennt; ihre Politik geht verschiedene Wege. So hält es Dänemark nach dem Speyerer Frieden 1544 mit Habsburg, Schweden mit Frankreich. Gegensätze bringt auch die osteuropäische Politik beider Länder. Gemeinsam aber ist ihnen das evangelische Bekenntnis. Der Versuch einer Gegenreformation, den der katholische Sigismund, zugleich König von Polen, unternimmt, schlägt völlig fehl. Das ganze Land lehnt sich dagegen auf, und unter Führung des Herzogs Karl von Südermanland, des Oheims König Sigismunds, entscheidet die Schlacht von Stängebro 1598 über die Zukunft des Landes. Untergang der Armada und Schlacht von Stängebro haben im Westen und Osten die Hochflut der Gegenreformation gebrochen und dem protestantischen Germanentum gegen Romanen und Slawen das religiöse Bekenntnis gerettet.

Großmachtbildung in Osteuropa

Rußland hat bis zur Regierung Iwans des Schrecklichen 1534—84 noch abseits der europäischen Politik gestanden, mit der Eroberung der Republik Nowgorod 1478 erreicht es den Finnischen Meerbusen (Küste

von der Narwa bis jenseits der Newa). Iwans IV. Kampf richtet sich vor allem gegen die Rußland im Süden umfassende Türkenherrschaft. Er unterwirft Kasan und Astrachan, greift aber auch nach Osten und Westen über die russischen Grenzen hinüber und beginnt die Eroberung Sibiriens (Tobolsk) und den Kampf um die baltischen Provinzen des deutschen Ordens. Das Ordensland Preußen war seit Einführung der Reformation 1525 weltliches Herzogtum geworden unter polnischer Lehnsherrschaft. Um die übrigen Ordensländer, Livland, Estland und Kurland, ringen zu gleicher Zeit Russen, Polen, Dänen und Schweden. Polen und Schweden, die beide Bollwerke gegen russisches Vordringen nach Westen waren, werden dadurch Feinde, ebenso Schweden und Dänemark wegen des Bistums Ösel. Die Auflösung des Ordensstaates leitet die Neugestaltung des europäischen Nordostens ein.

Auflösung des Ordensstaates

Polen hat sein Gebiet aus dem Bestand der Ordensländer um Kurland, Semgallen und Livland erweitert (1561). Seit dem Aussterben der Jagellonen 1572 wird es, im Gegensatz zu der Begründung erblicher Dynastien in den übrigen europäischen Staaten, ein Wahlreich und geht seitdem allmählich dem Verfall entgegen. In Polen, das sich seit dem Mittelalter mit deutschen Elementen stark durchsetzt hatte, sind diese auch Träger der Reformation. Sie wird aber und mit ihr das deutsche Bürgertum durch die Tätigkeit des Jesuitenordens unterdrückt. Juden treten an die Stelle des deutschen bürgerlichen Elementes in den Städten, die zumeist deutschen Ursprungs sind.

Polen

Die zur Zeit der Kolonisation nach Ungarn verschlagenen deutschen Siedler treten größtenteils zur Reformation über. Da die Türken sich in die religiösen Verhältnisse nicht einmischen, haben sie ihr Bekenntnis wie die Siebenbürger Sachsen bis heute bewahrt.

Ungarn (und die Reformation)

Die Türkei hat unter Selim I. (1512—20) im Kampf gegen die orientalisch-mohammedanische Welt die Mamelukenherrschaft 1517 vernichtet, Mekka und Medina unter ihren Schutz gestellt und die spanischen Eroberungen an der nordafrikanischen Küste von Tripolis bis Gibraltar an sich gebracht, so daß mit Suleimans Regierungsantritt die mohammedanisch-türkische Welt vom Schwarzen Meer bis Gibraltar reicht. Suleiman träumte von einer moslemitischen Weltherrschaft. Ein Zusammenstoß mit Karls V. imperialistischen Zielen ist unvermeidbar. Unter Suleiman II. (1520/60) erlebt die Türkei die zweite Periode ihres Machtaufstieges und ihrer Gebietserweiterung. Das Schwarze Meer wird ein türkischer Binnensee, der Balkan und der größte Teil Ungarns der türkischen Herrschaft unterworfen. Selbst Wien ist mehrfach bedroht (1529 und 1532). Auch im Mittelmeer macht Suleiman die Türken zu gefürchteten Feinden. Die Eroberung von Rhodos gibt die Verbindung mit Ägypten. Der Johanniterorden muß von Rhodos nach Malta übersiedeln. Mit Mühe behauptet sich Venedig auf Kreta, Cypern geht 1571 an die Türken verloren, 1574 auch das spanische Tunis wieder. Spanien besitzt von seinen ehemaligen afrikanischen Eroberungen in der Hauptsache nur noch Oran. Aber seit Spanien im Bunde mit Venedig und dem Papst die Türken in der Schlacht bei Lepanto 1571 besiegt hat,

Türkische Machtentwicklung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sind diese im westlichen Mittelmeer nicht wieder erschienen, im östlichen Mittelmeer jedoch bleiben sie die Herren. Das Piratenunwesen der Barbaresken beunruhigt die spanische und italienische Küste; eine christliche Seeherrschaft im Mittelmeer wie zur Zeit der Kreuzzüge gibt es nicht mehr.

„Um 1560 wechseln die großen christlichen Staaten Europas, Polen allein ausgenommen, sämtlich ihre Herrscher. Ein ganz neues, junges Geschlecht tritt an die gestellten Aufgaben heran. Das geschieht in einem Augenblick, wo die älteste und gewaltigste Organisation des Abendlandes, die römische Kirche, sich anschickt, ihre Kräfte zu sammeln und zu Abwehr und Angriff neu zu ordnen" (Schäfer, Weltgeschichte).

3. Verlauf und Ergebnis des Schmalkaldischen Krieges ist S. 11 kurz behandelt.

Erneuerung der katholischen Kirche

4. Zunächst gibt sich die katholische Kirche in den Beschlüssen des Konzils von Trient (1545/63) festere Grundlagen. Die geplanten Reformen beabsichtigen, die Zentralgewalt des Papstes zu stärken, den Klerus zu heben, ihn wie das ganze kirchliche Leben zu reinigen und zu erneuern. Bekenntnisquelle wird Bibel und Tradition.

Nach Festigung ihrer Lehre und Beseitigung der kirchlichen Mißstände geht die katholische Kirche zum Angriff über. Der neugegründete Jesuitenorden (1534 in Paris von Ignatius Loyola: Societas Jesu) leistet ihr dabei die hervorragendsten Dienste. Unter den Staaten sind vor allem Spanien, dann Frankreich, Österreich und Bayern Vorkämpfer des Katholizismus.

Die Jesuiten

Deutschland erfreut sich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts einer außergewöhnlich friedlichen Zeit. Religiösem Fanatismus, gewaltsamer Entscheidung der religiösen Streitigkeiten ist man abgeneigt, zumal die konfessionellen Gegensätze durch politische und persönliche Beziehungen aller Art durchkreuzt und gemildert werden. Kaiser Ferdinand I. (1556/64) und Maximilian II. (1564/76) denken gar nicht an Glaubenskriege, auf Maximilian setzen die Protestanten sogar wegen seiner Annäherung an protestantisches Wesen große Hoffnungen, die sich freilich bei dem Überwiegen politischer Rücksichten sehr bescheiden mußten. Die Bemühungen, konfessionelle Bündnisse zustande zu bringen, sind in dieser Zeit auf beiden Seiten ergebnislos. Da spitzen sich die Verhältnisse von außen her durch die Tätigkeit und den Einfluß der Jesuiten zu. Durch sie vornehmlich verschärfen sich die religiösen Gegensätze und die Kampfesstimmungen. Unter den Fürsten werden der Herzog Albrecht V., später Maximilian von Bayern und Ferdinand von Steiermark, auch Otto von Truchseß, der Bischof von Augsburg, die wichtigsten Stützen und eifrigsten Verfechter des Katholizismus. Kaiser Rudolf II. (1576—1612), der in Spanien von Jesuiten bei seinem Oheim erzogen ist, läßt den Bestrebungen auf Wiedereinführung und Stärkung des Katholizismus ihren Lauf.

Vorkämpfer der Gegenreformation

Der entscheidende Umschwung beginnt in der ersten Hälfte der siebenziger Jahre. Nach der Bartholomäusnacht wird Fulda und das Eichsfeld gewaltsam wieder der katholischen Kirche zugeführt, ebenso die evangelische Markgrafschaft Baden-Baden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Auch die spanische Diplomatie und spanische Truppen stellen sich im Westen Deutschlands mit in den Dienst der Gegenreformation. Hauptsächlich auf ihr Eingreifen in Jülich, Kleve Berg, Lüttich, Köln, Münster, Aachen, Paderborn ist es zurückzuführen, daß heute diese rheinischen und westfälischen Gebiete Kernlande des Katholizismus sind. In Steiermark unterdrückt Erzherzog Ferdinand von Steiermark, der 1619 selbst Kaiser wurde, den Protestantismus ganz und gar. Dagegen vermögen sich die evangelischen Stände in den Erblanden zu behaupten, da sie in dem Thronstreit zwischen Rudolf und seinem Bruder Matthias an diesem eine Stütze finden. („Majestätsbrief" der Böhmen.)

Erfolge der Gegenreformation

Die Hauptschuld an den protestantischen Verlusten trägt die Uneinigkeit der Protestanten selber. Schon innerhalb des Luthertums gab es heftige Lehrstreitigkeiten; hinzukam der Zwiespalt zwischen Reformierten und Lutherischen. Dadurch büßt die protestantische Sache nicht nur an Werbekraft viel ein, sondern erschwert auch die politische Einigung und gemeinsames Handeln. Vergeblich suchen die Hugenotten bei den lutherischen Fürsten Deutschlands Hilfe, nur die Pfalz (wo der vorwärtsdrängende, kriegerische Geist des Calvinismus lebendig ist) unterstützt sie mit einem bewaffneten Aufgebot, während das Luthertum noch immer auf ein friedliches Auskommen und Beisammenleben mit den Katholiken hofft und sich darum zaghaft und engherzig zurückhält. Erst als Donauwörth wegen der Störung einer katholischen Prozession die Reichsacht trifft, schließen sich die Protestanten zur „Union" zusammen (1608). Die Pfalz ist es wieder, die die Führung übernimmt, während andere, vor allem Kursachsen, fernbleiben. Als Gegengewicht begründet Maximilian von Bayern die Liga (1609). Aus dieser Spannung heraus hätte sich beinahe schon 1610 um das jülich-klevische Erbe ein Krieg entwickelt, der europäischer Kampf zu werden drohte, da die Union an Heinrich IV. von Frankreich und an den Niederlanden, die Liga an dem Kaiser und an Spanien Bundesgenossen hatte. Nur die Ermordung Heinrichs IV. verzögert den Waffengang. In einem Vertrage einigen sich die beiden Erben — Brandenburg bekommt Kleve, Mark und Ravensberg, an Pfalz-Neuburg fällt Jülich und Berg (Vertrag zu Xanten 1614).

Union 1608

Liga 1609

Jülich-klevisches Erbe

V./VI. Die Hauptspannungsgebiete Europas im 16. Jahrhundert.

V. Der Nationalstaat Frankreich im Kampf gegen das Universalreich der Habsburger.

Entdeckungen und Reformation stehen im Anfang der Neuzeit. Die Folgen der Entdeckungen für die Erkenntnis der Menschen, für die Ausbreitung der abendländisch-europäischen Kultur sind groß, wirken sich aber erst im Laufe der Jahrzehnte aus. Die staatliche Gestaltung der auf die Entdeckung unmittelbar folgenden Zeit haben sie nicht entscheidend bestimmt.

Der durch die Reformation entfachte Kampf der Geister greift aber bei der damaligen engen Verbindung religiösen und staatlichen Denkens bald auch in das politische Leben tief ein; das Religiöse bleibt freilich

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nur einer der Antriebe staatlicher Entwicklungen, vor rein machtpolitischen Fragen muß es zurücktreten. Das Innenleben der Staaten wird fast überall durch religiöse Kämpfe tief erschüttert. Aber mit den religiösen Beweggründen verbinden sich andere parteipolitischer, ständischer, wirtschaftlicher, sozialer Art. Ebensowenig ist in den politischen Beziehungen der europäischen Staaten zueinander der konfessionelle Gesichtspunkt ausschlaggebend; wenn er hier auch oft stark mitspricht, so haben die weltlichen Gründe stets die Entscheidung.

Das katholische Frankreich scheut sich nicht, mit den heidnischen Türken zusammenzugehen gegen Karl V., den Vorkämpfer des Katholizismus; Schweden und Dänemark sind beide protestantisch, aber politische Gegner. Der Angriff des katholischen Spaniens gegen das protestantische England hat überwiegend machtpolitische Gründe. Die vereinigten Niederlande haben zwar im Kampf um ihr religiöses Bekenntnis auch ihre politische Selbständigkeit erhalten, treiben aber in der Folgezeit ebensowenig wie England rein konfessionelle Politik, das allgemeine Staatsinteresse ist vielmehr maßgebend.

Soviel ist gewiß, überall hat die Reformation gewaltige neue Kräfte zur Entfaltung gebracht. Trotz der religiösen Spaltung bleibt die kulturelle Einheit der christlich-abendländischen Welt, wie sie aus dem Mittelalter hervorgegangen war, in scharfer Sonderung vor der übrigen Welt bestehen. Die durch Renaissance und Humanismus aus der klassischen Kultur geschöpfte Bereicherung und Vertiefung der Bildung, wie sie im ganzen Schul- und Bildungswesen zum Ausdruck kommt, wird nicht nur vom Protestantismus weiter gepflegt, auch der Jesuitenorden stellt seine Arbeit auf diese Grundlage. Kopernikus und Galilei waren Katholiken, Tyge Brahe und Kepler Protestanten.

Bourbonisch-habsburgischer Gegensatz

Entscheidend für das Verständnis der politischen Neugestaltung Europas um die Wende des 15. bis Ende des 16. Jahrhunderts ist die Vereinigung der spanisch-österreichischen Länder unter der habsburgischen Dynastie und der damit zum Krieg drängende Gegensatz der Häuser Habsburg und Valois-Bourbon. Da sie zugleich die beiden größten katholischen Mächte sind, so ist das gerade der wichtigste Hinderungsgrund für die konfessionelle Gruppierung der europäischen Staatenwelt. Diese Mächtezweiteilung beherrscht die ganze europäische Politik, alle übrigen Mächte sind genötigt, sich der einen oder der anderen Partei anzuschließen. Der Kampf wird größtenteils auf dem Boden Italiens ausgefochten. Das war nur bei der Schwäche Italiens möglich.

Schwäche Italiens

Italien ist den nationalen Aufgaben, die sich aus dieser Lage ergeben, nicht gewachsen. Sein völliges Versagen in dieser Hinsicht steht in auffälligem Gegensatz zu den hohen kulturellen Leistungen und zu dem glänzenden wirtschaftlichen Aufschwung der italienischen Städte im 14. und 15. Jahrhundert. Reiche Erträge des Bodens, günstiges Klima, beherrschende Mittellage Italiens im Mittelmeer scheinen nach dem Beispiel römischer Machtentwicklung die Grundlage einer nach allen Seiten ausgreifenden und gebietenden Macht abgeben zu können.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Dieser Gedanke beherrscht die italienische Reichspolitik der deutschen Kaiser im Mittelalter. In den Zeiten, wo die deutsche Zentralgewalt in sich zerfällt und keinen Einfluß mehr in Italien hat, wo auch Frankreichs Kräfte durch den 100jährigen Krieg mit England gebunden sind, hat Italien nach Jahrhunderten voller Kämpfe eine längere Friedenszeit erlebt, die eben die kulturelle und wirtschaftliche Blüte heraufführte. In staatlicher Hinsicht hat sich in dieser Zeit ein Gleichgewichtszustand unter den Staaten herausgebildet. Venedig, Mailand im nördlichen Italien, Florenz und der Kirchenstaat in Mittelitalien, Neapel und Sizilien im Süden halten sich die Wage. Aber es fehlt der einheitliche nationale Wille eines geschlossenen Volkstums; er war unter dem Druck jahrhundertelanger Fremdherrschaft (Goten, Byzantiner, Deutsche, Sarazenen, Normannen, Staufer, Anjous, Aragonesen) verloren gegangen. Mailand selbst fällt 1515 durch den Sieg des französischen Königs Franz I. bei Marignano an Frankreich.

Krieg Karls V. mit Franz I.

Als aber Karl V., der Enkel Kaiser Maximilians und mütterlicherseits Enkel und Erbe Ferdinands und Isabellas von Spanien, als Nachfolger Maximilians an die Aufrichtung des römisch-christlichen Universalreiches (im Sinne seines großen Vorgängers Karls des Großen) geht und die alten Rechte des Reiches und des burgundischen Hauses wiederherstellt, kommt es zur kriegerischen Auseinandersetzung Habsburgs mit Frankreich. Die deutschen Landsknechte siegen bei Pavia 1525, Franz I. wird gefangen. Er erreicht seine Freilassung im Frieden von Madrid nur gegen die Abtretung von Mailand, Burgund, Flandern und Artois. Sobald Franz I. aber frei ist, beginnt er von neuem den Krieg. Er hat den Papst auf seiner Seite. Denn der Kirchenstaat ist wie in der Stauferzeit nach der Besitznahme des Normannenreiches von staufischer, so jetzt von habsburgisch-spanischer Herrschaft umschlossen. In der Heiligen Liga von Cognac verbünden sich gar Florenz, Mailand, Frankreich und England mit dem Papst gegen Habsburg. Aber Georg von Frundsbergs Truppen plündern die heilige Stadt Rom, und nur das drohende Vordringen der Türken vermittelt den Frieden von Cambrai 1529: Karl verzichtet zu Frankreichs Gunsten auf das Herzogtum Burgund und behält Mailand. (Letzte Kaiserkrönung durch den Papst zu Bologna 1530.)

Ausgleich: Karls V. Verzicht auf Burgund

In den späteren Kriegen ist Franz I. mit den Türken verbündet: Zweifrontenkrieg. Die Kämpfe Karls gegen die Türkenmacht Suleimans II. in Afrika (Tunis und Algier) und in Ungarn (türkische Provinz 1541), die Bemühungen Habsburgs um Nachfolge im Herzogtum Geldern bestimmen Franz I. zu seinem dritten und vierten Kriege gegen Karl. Trotz seiner überraschend großen Erfolge gewährt Karl Frankreich den günstigen Frieden von Crépy (1544) gegen die Zusicherung französischer Hilfeleistung zur Unterdrückung der deutschen Ketzer. Geldern und Mailand bleiben habsburgisch, Savoyen fällt an Frankreich. Das nationalstaatlich geeinigte Frankreich hat seinen Bestand im Kampf gegen das spanische Universalreich gerettet und bewahrt.

Zweifrontenkrieg Habsburgs

Gesicherter Bestand Frankreichs

Karls Sohn Philipp II. erbt 1556 mit Spanien und seinen Neben-

Weltreichspläne Philipps II.

ländern außer der innenpolitischen Aufgabe des Staatsausbaus auch die Großmachtpolitik seines Vaters. Er hat mit den Türken abzurechnen, die sich zum Angriff auf die spanischen Herrschaftsgebiete rüsten; er übernimmt auch den französischen Krieg. 1559 bringt er ihn siegreich zu Ende: Frankreich überläßt ihm Italien, das jahrzehntelange Streitobjekt. Den östlichen Erbfeind schlägt Philipps Flotte in der gewaltigen Seeschlacht von Lepanto 1571 (vgl. S. 15); es ist zugleich ein Sieg der Christenheit. Auch den Kampf des Vaters gegen die Ketzerei führt er fort. Im Dienste dieser religiösen Idee greift er als Vorkämpfer der katholischen Partei in die konfessionellen Kämpfe Frankreichs entscheidend ein und erreicht im Bunde mit den Guisen, daß Heinrich IV. wieder katholisch wird, um die Anerkennung seiner Thronfolge zu finden. Auch in den Niederlanden nimmt Philipp den Kampf auf. Sein rücksichtsloses Vorgehen, versäumtes Einlenken zur rechten Zeit endet mit der Trennung der evangelisch gebliebenen nördlichen und der zum Katholizismus zurückgebrachten südlichen Niederlande. In diesen mit größter Zähigkeit geführten Kämpfen verbindet sich kirchlicher Eifer mit Gründen der Großmachtpolitik. Denn für ein erfolgreiches Eingreifen in das Ringen der europäischen Staatenwelt liegt sein Hauptland Spanien zu sehr abseits von Innereuropa, dagegen von den zentral gelegenen Niederlanden aus glaubt Philipp sich wirksamer durchsetzen zu können. Deswegen muß er die Niederlande fest in der Hand behalten. Schon der Versuch, England in sein Weltreich einzubeziehen, läßt die Nachbarn erkennen, was auf dem Spiele steht. Sie greifen mit Erfolg gegen Spanien für die Niederlande ein.

Geopolitische Bedeutung der Niederlande für Spanien

Philipp wird in seiner ganzen Politik von der Zustimmung der Cortes, sowie des ganzen Volkes getragen. Die große spanische Literatur legt dafür Zeugnis ab, sie atmet Glaubens- und Königstreue, gibt auch ein anschauliches Bild von den verstiegenen Einseitigkeiten im Leben der höheren Gesellschaft und zeichnet auch das spanische Volksleben: Cervantes, Lope de Vega zur Zeit Philipps II., Calderon im 17. Jahrhundert. In den Werken der großen Maler des 17. Jahrhunderts, Velasquez und Murillo, findet man die Bestätigung und Ergänzung.

„Das großartige katholische Weltstreben Spaniens ist zugleich der Quell von Spaniens Tod."

Überspannung des spanischen Machtgedankens

Niederlage und Untergang der gewaltigen Armada 1588 ist der Anfang des jähen Zusammenbruchs. Den überspannten politischen und kirchlichen Weltherrschaftszielen fehlt die gesunde, von starken, inneren Kräften getragene Grundlage. Die einzelnen Länder verbindet kein innerliches Band, sie sind alle nach Lage und Stammesart, nach Geschichte und Interessen verschieden. Unvereinbar ist vor allem niederländischer und spanischer Geist. Auch in seinem Hauptlande Spanien hält nur die Personalunion Kastilien und Aragonien zusammen, nur Kastilien ist das eigentliche Kernland, die adlige Sonderverfassung Aragoniens läßt dem Einfluß des Königs nur wenig Raum. Die wirtschaftlichen Zustände Spaniens vollends sind durch und durch krank. Das Land ist voller Prunk und Macht, man scheut sich aber vor der Arbeit. Arbeit schändet den freien Mann, nur das Schwert ist seiner würdig. Weder die von Amerika

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

einströmenden Schätze, noch die Steigerung seiner Machtstellung befruchten und erziehen das spanische Leben. Darum infolge schlechter Finanzen hohe Anleihen, Versklavung der spanischen Wirtschaft durch fremde Geldmächte, zwei Staatsbankerotte. Der Absolutismus im übrigen Europa hat die Wirtschaft der Länder gehoben, Handel und Gewerbe gepflegt, die Untertanen, wenn auch oft unter Kämpfen, zu diesen Aufgaben erzogen, „er hat wirtschaftlich und sozial erweiternd, ausgleichend, er hat im hohen historischen Sinne pädagogisch gewirkt". (Marcks. Vgl. die preußischen Könige, die französischen Minister des 17. Jahrhunderts.) Die absoluten Herrscher Spaniens haben das versäumt und damit den Niedergang Spaniens verschuldet.

Als Philipp 1598 stirbt, hinterläßt er das Reich einem Knaben, der für die Riesenaufgabe unfähig ist. „Das Leben war nicht auf der Seite des spanischen Volkes und Reiches, das Leben war bei Frankreich, bei England, bei den Niederlanden, selbst bei dem zerfallenden Deutschland, das soeben dem 30jährigen Krieg entgegentrieb; da überall wirkte der pulsierende Geist, die natürliche allseitige, freie Kraft. Spanien aber starb dahin."

VI., 1. Englands Aufstieg zur europäischen Großmacht. Die Entwicklung der schwedischen Ostseemacht 1523—1658.

2. Das holländische Kolonialreich.

3. Das osmanische Reich in seiner größten Ausdehnung in Südosteuropa.

Geopolitische Vorteile von Englands Insel- und Zwischenlage

1. Durch die Entdeckung Amerikas und die Erschließung des Atlantischen Ozeans für den Weltverkehr ist England mit seiner Randlage am westeuropäischen Kontinent zugleich in die günstige Zwischenlage zwischen Europa und Amerika gerückt. Für die Politik Englands ergibt sich daraus eine völlige Umstellung. England gibt seine kontinentale Eroberungspolitik auf und betreibt jetzt mit allen Mitteln die politische Einigung des Inselreiches. Die Verschmelzung mit seinem Naturgebiet ist die Voraussetzung für das weitere Ziel einer starken Beeinflussung der politischen Kräfteverteilung auf dem Kontinent und der Begründung einer Seehandels- und Weltherrschaft. Ergebnis: einheitliche Außenpolitik.

Zielbewußte, einheitliche Außenpolitik

Noch aber steht Spaniens Universalherrschaft unerschüttert in der Welt da, die sogar mit Philipps II. weitausgreifenden Plänen England als Schlußstein in das spanische Weltreichgebäude einfügen will. Zu dem politischen Gegensatz beider Länder kommt der religiöse; denn Philipps gegenreformatorische Bestrebungen bedrohen die anglikanische Hochkirche und die Reformation in England. Da sich auch Frankreich gegen die Umklammerung durch die habsburgische Macht zu wehren hat, finden sich die beiden bisherigen Gegner, England und Frankreich, für die nächste Zeit zum gemeinsamen Kampfe gegen Spanien zusammen. Das französisch-englische Bündnis beherrscht das europäische Staatensystem bis zum Abschluß der Großen Allianz gegen Frankreich (1688).

Englisch-franz. Bündnis gegen Spanien

Infolgedessen gibt England 1558 Calais, seinen letzten Stützpunkt auf dem Festlande, auf. An der politischen Einheit Englands fehlen noch

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Politische Einigung des britischen Inselreiches

Irland und Schottland. Irland, wo bisher die englische Herrschaft nur in einem kleinen Gebiete um Dublin Fuß gefaßt hat, verliert seit Heinrich VIII. und Elisabeth seine nationale und kulturelle Selbständigkeit. Cromwell hat sie endgültig vernichtet und unter furchtbaren Greueln dem irischen Volk seinen Landbesitz genommen. Der weitaus größte Teil des irischen Landes kommt in die Hände weniger schottisch-englischer Magnaten. Verzweifelte Aufstände und blutige englische Bekämpfung haben sich bis in die jüngste Zeit wiederholt; aber für die Aufrichtung eines seebeherrschenden Weltreiches und seiner europäischen Großmachtstellung ist die Unterwerfung Irlands unerläßliche Vorbedingung.

Schottland wird 1603 durch Jacob I. in Personalunion mit England vereinigt (1707 Realunion). Der alte Gegensatz zwischen Schottland und England, in dem Frankreich bisher der geopolitische Verbündete Schottlands war, hat sich seit der Einführung der Reformation und den gemeinsamen Kämpfen Schottlands und Englands gegen Rom allmählich ausgeglichen. Wirtschaftlich bringt die Einigung keinen Gewinn. Mitte des 18. Jahrhunderts vernichtet auch hier der englische Kapitalismus die Landwirtschaft und verwandelt das Land in große Jagdgebiete und Schafweiden. Eine scharenweise Auswanderung, entsetzliche Entvölkerung und Verödung ist hier wie in Irland die verhängnisvolle Folge. Aber die politische Einigung der britischen Inseln zum Großbritannischen Reiche ermöglicht die umfassende englische See- und Handelspolitik.

Politische Bedeutung der englischen Reformation

Für die rasche politische Entwicklung Englands ist die Begründung der englischen Landeskirche unter Heinrich VIII. und die Einführung der Reformation von ausschlaggebender Bedeutung. Mit der Loslösung der englischen Kirche von Rom wächst die Macht des Königs, während der Einfluß der Geistlichkeit an Bedeutung verliert. Die Reformation findet unter Eduard VI., besonders aber seit Elisabeth (1558—1603) in der Form der calvinistischen Lehre Verbreitung. Nur Irland bleibt katholisch; dadurch tritt neben den nationalen Gegensatz zwischen Irland und England noch der konfessionelle.

Der Kampf für die Reformation hat auch in England noch wichtige politische Folgen. Zwischen der Regierungszeit Eduards VI. und Elisabeths droht unter der katholischen Königin Maria der Blutigen, der Gemahlin Philipps II. von Spanien, für England die Gefahr, in der katholischen Universalmacht Spaniens aufzugehen. Als dann die protestantische Elisabeth den englischen Thron besteigt, wird ihre rechtmäßige Nachfolge von der katholischen Partei im Lande nicht anerkannt und von Maria Stuart von Schottland bekämpft. Im Hintergrund schürt Spanien die Gegensätze. Planmäßige englische Beutezüge (Drake) stören die spanische Seefahrt. Der niederländische Freiheitskampf findet Elisabeths Unterstützung. Die Auseinandersetzung Elisabeths mit der katholischen Partei endet mit Marias Hinrichtung. Elisabeth kann sich nur durch entschlossenen Kampf gegen Rom und Spanien und mit Zugeständnissen an das englische Parlament halten. Englands konfessionelle Einigkeit ist damit erreicht, sie ist danach nie mehr ernstlich gefährdet gewesen (wie sie sich auch Frankreich erkämpft hat, während sie Deutschland versagt geblieben ist).

Elisabeths Kampf gegen Rom und Spanien

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der offene Kampf zwischen England und Spanien ist damit allerdings unvermeidlich. Philipp II. rüstet zur Entscheidung. Er hat den Papst auf seiner Seite, aber die gewaltige spanische Armada wird im Kanal geschlagen, und ein Sturm vernichtet die ganze Flotte bei der Rückfahrt um Schottland herum im Jahre 1588. Das Fehlschlagen dieses großen Angriffs auf England war für Spanien verhängnisvoll. 1581 war die Unabhängigkeitserklärung der Niederlande erfolgt. In den nachfolgenden Kämpfen Spaniens um die Wiedergewinnung dieses wertvollen Gebietes hatten die nördlichen Staaten der Niederlande für ihren Freiheitskampf an England Rückhalt gefunden. Der Versuch Spaniens, England zu unterwerfen, sollte also zugleich den Niederlanden jede Rückendeckung nehmen; der spanischen Weltherrschaft hätte dann kein Hemmnis mehr im Wege gestanden. Mit dem Untergange der Armada sind die spanischen Weltherrschaftspläne aber gescheitert. England braucht ein Spanien ohne starke Flottenmacht nicht mehr zu fürchten, selbst wenn in den spanischen Niederlanden eine vom Feinde beherrschte Gegenküste droht.

Untergang der spanischen Armada 1588

Nun ist es an England, zum Angriff vorzugehen: England verbündet sich mit Heinrich IV. von Frankreich und knüpft die Verbindung mit den Niederlanden fester. Dem englischen Volke wird der Kampf gegen Spanien Nationalaufgabe. Gerade in diesen Kämpfen erstarkt der englische Nationalgedanke und eint das Volk in selbstlosem Opfersinn.

Das Entscheidende aber ist: Das Meer ist frei geworden. Die Entwicklung der englischen Seemacht und des englischen Handels setzt ein. Sie bedeutet für Europa den Anbruch einer neuen Wirtschaftsperiode. Während noch zur Blütezeit der Hansa deutsche Kaufleute ungehindert, ja sogar bevorzugt in fremden Staaten Handel treiben konnten und gerade auch englische Könige die deutschen Kaufleute begünstigten, tritt seit der Zeit Elisabeths ein völliger Umschwung ein. Die Stärkung der fürstlichen Macht nach innen und außen erfordert erhebliche Geldmittel, die aber nur das Städtebürgertum herbeischaffen kann. Um diesem die Aufbringung der nötigen Steuern und Anleihen zu erleichtern, fördert der Staat planmäßig Handel und Gewerbe seiner Bürger durch Monopole, Prämien, Privilegien und Verbesserung der Verkehrswege. Man erstrebt eine möglichst große Ausfuhr, erschwert aber die Einfuhr durch hohe Einfuhrzölle. So glaubt man die Handelsbilanz möglichst günstig zu gestalten und dadurch die Steuerkraft des Landes zu heben. Damit ist die Ausbildung des Merkantilismus als des handelspolitischen Grundsatzes gegeben, zu dem sich alle absolutistischen Staaten jener Zeit bekennen.

Englands Aufstieg zur Seeherrschaft

Der Merkantilismus

Der englische Staat begünstigt sogar den Seeraub und Schmuggel der Merchant Adventurers. Im Lande entsteht eine eigene Tuchindustrie. Gegenüber der vielseitigen harmonischen Wirtschaftsanlage in Deutschland beruhte bisher der gesamte Außenhandel Englands ganz einseitig auf der Wollschafzucht und Rohwollausfuhr. Jetzt verarbeitet die Wolltuchweberei die bisher besonders nach Flandern gelieferte Wolle im eigenen Lande und gibt unter Vermittlung überall angelegter Agenturen die fertige Ware ins Ausland ab. Die englischen Kaufleute werben für ihre

Aufblühen des englischen Handels

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ende der Hanse

Ware nicht nur auf der Frankfurter und Leipziger Messe, sie reisen bis Rußland, nach Persien und in die Levante. Elisabeth nimmt der Hanse ihr Vorrecht und schließt den Stahlhof. Außer den Niederländern, die Erben des Hanseatenhandels geworden waren, treten jetzt auch die Engländer in der Ostsee als Wettbewerber auf. Die Spezialisierung auf einen Artikel, seine Güte und Billigkeit, die Arbeitsamkeit und Disziplin, straffe Organisation und Zusammenfassung bringen den riesigen Handelsaufschwung. Freilich die großen Schafweiden der englischen Grundherren, die eine Steigerung der Wollproduktion bringen sollten, haben den englischen Bauernstand allmählich vernichtet. (Thomas Morus, „Die Schafe fressen den Menschen".)

Anfänge des Kapitalismus

Ein moderner bankmäßiger Geldverkehr bildet sich aus und begründet die Anfänge des Kapitalismus. Die königliche Börse befreit den englischen Geldverkehr von der Abhängigkeit von der Amsterdamer Börse. Die ersten kolonialen Gründungen in Nordamerika fallen in diese Zeit: Virginia und Neuengland. Handelsgesellschaften (ostindische Kompanien 1600) treten in Wettbewerb mit den holländischen in Indien.

Die geistigen Grundlagen der englischen Kultur

Für den mächtigen wirtschaftlichen Aufschwung hat der Calvinismus, der hier zur Herrschaft gelangte, nach seiner geistigen Einstellung eine große Bedeutung (vgl. S. 13). Das hochgesteigerte Selbstbewußtsein des Engländers findet damit zugleich die religiöse Weihe. So verstehen wir auch den Glauben des Engländers an die göttliche Weltsendung des englischen Volkes.

In der gleichen Zeit erlebt England eine hohe geistige Blüte. Sie ist ein Ausdruck für den steigenden Wohlstand des Landes und die nationale Geschlossenheit. Es ist die Zeit, in der Bacon seine Naturphilosophie und William Shakespeare seine Königsdramen schrieb.

Schwedische Großmachtpolitik

Die Gesamtlage im Nordosten Europas, deren Kenntnis für das Verständnis der schwedischen Machtentwicklung nötig ist, findet sich in der staatlichen Übersicht S. 14/15 kurz umrissen. Schwedens Großmachtpolitik, die auf den Küstenlandschaften der Ostsee ein großes Ostseereich aufrichten will, stehen vor allem die Interessen Dänemarks, Polens und Rußlands entgegen. Eine Entscheidung mit den Waffen ist nicht zu vermeiden. Anfangs sucht jede Macht das ihr zunächst liegende Gebiet festzuhalten. Dänemark wird von der dänischen Ostseepolitik Waldemars II. nach Ösel und Estland gewiesen. Nur Ösel und die Spitze Kurlands werden 1559 dänisch. Schwedens finnländischer Besitz drängt zur Gegenküste hinüber. Ihr Besitz (Estland 1561) beherrscht den russischen Handel. Die dänischen Provinzen an der Süd- und Westküste der skandinavischen Halbinsel bleiben eine Flankenbedrohung Schwedens, von der es sich endgültig 1658 frei macht. Für Rußland ist der Zugang zum Meere und seine Küstenbeherrschung eine Lebensfrage. Mit der Eroberung der Republik Nowgorod hat es am Finnischen Meerbusen Fuß gefaßt und erstrebt nun Verbreiterung seiner Meeresbasis, muß aber der schwedischen Macht zunächst weichen.

Polen will seine Stellung am Meere auch verstärken und zu der Weichselmündung auch die Dünamündung und den Rigaischen Meerbusen gewinnen. 1561 besetzt es Kurland und Livland, die aber in dem Aufbau

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

eines schwedischen Großreiches um das Ostseebecken herum nicht fehlen dürfen. Der geopolitische Gegensatz zwischen Polen und Schweden verstärkt sich durch den dynastischen, als der polnische König Sigismund aus dem Hause Wasa auch die schwedische Königskrone erbt, in seiner Heimat aber der protestantischen Erhebung seines Volkes erliegt und zugunsten seines Oheims Karl IX. abdanken muß. Die polnisch-schwedische Gegnerschaft wirkt sich in der weiteren europäischen Staatengestaltung auf mehr als ein Jahrhundert aus. Schwedisch-polnisch. Gegensatz

Schweden verdankt seine militärische Überlegenheit in erster Linie der Schaffung eines nationalen Heeres, das seit Gustav Wasa das Söldnerheer ersetzt. Schweden ist die erste europäische Macht, die zur Schonung ihrer Finanzen dazu übergeht.

Den Höhepunkt erreicht die schwedische Macht an der Ostsee unter Gustav Adolf, der die Kriege mit den genannten drei Gegnern erbt. Seine Kämpfe in Polen und gegen Habsburg im Dreißigjährigen Kriege führt er gleichzeitig gegen den Katholizismus. 1617 erhält Schweden von Rußland Ingermanland und Karelien, 1629 von Polen Livland (Memel, Pillau, Braunsberg und Elbing bleiben nur bis 1635 schwedisch), 1648 im Westfälischen Frieden von deutschen Territorien: Rügen, Usedom, Vorpommern mit einem schmalen Streifen auf dem rechten Oderufer, die Bistümer Bremen und Verden sowie Wismar. Schweden ist damit Herr der deutschen Flußmündungen Oder, Elbe, Weser.

Durch die Teilnahme am schwedisch-polnischen Krieg verliert Dänemark endgültig im Frieden von Roeskilde (unter Berücksichtigung der Milderung im Frieden zu Kopenhagen 1660) die Provinzen Schonen, Blekinge, Bohuslän und Halland. Die Erfahrung der Geschichte, daß Staatsbildungen mit einem Meer als Kerngebiet keinen Bestand haben, macht auch dieses Ostseereich Schwedens. Höhepunkt der schwedischen Macht

2. Der Calvinismus hatte sich am Niederrhein in den Niederlanden ausgebreitet. Die Niederlande gehörten mit Neapel, Mailand und der Freigrafschaft Burgund zu dem Erbe, das Karl V. seinem Sohne Philipp II. 1556 überlassen, dabei freilich aus seiner natürlichen Verbindung mit Deutschland losgerissen hatte. Aber Karl V., der in den Niederlanden geboren war, hat immer ganz besonders die Interessen der Niederländer vertreten. Ihre Handels- und Seemacht hat sich um so mächtiger und schneller entwickelt, weil sie als Untertanen des mächtigsten Herrschers in Europa mehr als 50 Jahre die Meere befuhren. Der Druck spanischer Besatzung, der Versuch, die Bistümer zu vermehren und zur Verdrängung der neuen Lehre die Inquisition einzuführen, treibt das Land, Adel und Bürgertum, zur Erhebung. Weder die versöhnliche Margarete von Parma, noch der furchtbare Herzog von Alba vermögen der Bewegung Herr zu werden. Alexander von Parma gelingt es wenigstens, die katholischen wallonischen Provinzen der südlichen Niederlande (1579—85: Luxemburg, Namur, Hennegau, Brabant, Flandern) für Spanien zurückzugewinnen. Die nördlichen Niederlande dagegen (Holland, Seeland, die Groninger „Umlande", Utrecht, Geldern) treten 1579 zur Utrechter Union zusammen, Befreiung der Niederlande

erklären unter Führung Wilhelms von Oranien im Jahre 1581 ihre Unabhängigkeit und behaupten sie.

„Ein Volk von Bürgern und Bauern, von Schiffern und Hirten, eine Handvoll Leute auf mühsam dem Meere abgerungenem unsicheren Boden (= 1/2 Baden) hatte sich trotz der riesigen Geldmittel Philipps II. gegen die gewaltigste Macht der Christenheit behauptet. Es siegte der zähe, streitbare Freiheitssinn der Friesen,.... ein anderer Geist lebt hier als in Mailand, Genua, Florenz, Neapel, die ohne Widerstand sich den Spaniern beugten" (Schäfer, Weltgeschichte).

Niederländisches Volksbewußtsein

Die Loslösung der nördlichen Staaten (des heutigen Holland) von den spanischen Niederlanden (dem heutigen Belgien) sichert ihnen die Beibehaltung ihres reformierten Bekenntnisses und gibt ihnen erst ihre volle Entwicklungsmöglichkeit. Der deutsche Reichsgedanke bedeutet seit Karl dem Kühnen hier nichts mehr.

Holländer Erben der Hanseaten

Holland beherrscht die Mündungen des Rheins und der Schelde. Die friesische Bauernbevölkerung hinter den niedrigen Dünen hat sich früh der Handelsschiffahrt zugewandt. Günstige Lage und der unternehmungsfreudige Handelsgeist der calvinistischen Lebensanschauung macht Holland zu dem bedeutendsten Handelsstaat jener Zeit. Die Holländer werden die Erben des hanseatischen Zwischenhandels. Die alte flandrische Hansestadt Brügge hatte schon längst ihre Bedeutung verloren, ihr Hafen war versandet. Amsterdam, das als ein neues Venedig aus den Lagunen erwächst, überflügelt jetzt auch den Handel des brabantischen Antwerpens, das zunächst an Brügges Stelle getreten war und 1585 trotz tapferster Verteidigung von den Spaniern erobert wird. Die Holländer vermitteln den Handel zwischen Westeuropa und Osteuropa, sie tragen ihn auch hinaus in die Überseeländer. Handelskompanien, die niederländisch-ostindische und die westindische, treten ins Leben. Besonders der ostindische Handel bringt große Gewinne. 50 Jahre lang werden 95% Gewinn verteilt.

Das holländische Kolonialreich

Ein mächtiges holländisches Kolonialreich entsteht in der Zeit von 1600 ab, wo in Deutschland der 30jährige Krieg tobt, in England der Streit zwischen Parlament und Königtum sich entscheidet, wo Frankreich durch Kampf gegen Hugenotten, Fronde und Habsburg gebunden ist. Die hinterindischen Inseln werden ihr wichtigster Kolonialbesitz, aus dem sie ihren Wohlstand schöpfen (Gewürzhandel): Gewürzinseln Banda, Molukken. Spanier und Portugiesen müssen ihrer Macht weichen; spätere englische Versuche, die Niederländer zu verdrängen, scheitern. Ihre Handelsfaktoreien von Guscherat bis Japan beherrschen den Handel der indochinesischen Welt. (1614 wird Malakka, 1641 Ceylon niederländisch.) Die Holländer greifen auch in die australische Welt hinüber. Die westindische Kompanie legt sich hauptsächlich in den atlantischen Gewässern auf Kaperei spanisch-portugiesischer Schiffe. Sie betreiben Schmuggel und Negerhandel, bauen Zuckerrohr, holen Gold und Elfenbein aus Afrika und Farbhölzer aus Brasilien. In Afrika gründen sie 1652 Kapstadt, in Nordamerika setzen sie sich in Neuniederland 1640 fest und begründen Neuamsterdam, das spätere Neuyork.

Als Herren der Ostsee bekämpfen die Holländer die Groß-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

machtpolitik Christians IV. von Dänemark (Dominium Maris Baltici) und begünstigen das aufsteigende Schweden. Sie beherrschen den ganzen Fischereibetrieb in den arktischen Gewässern, in der Nordsee mehr und mehr den norwegischen Fisch- und Holzhandel und den Verkehr mit den atlantischen Salzhäfen, mit den spanischen und portugiesischen Seestädten. „Sie waren zugleich die Kaufleute und Frachtfahrer, Amsterdam die Börse der Welt."

Holländische Nordmeerpolitik

Der politischen Sonderentwicklung Hollands entspricht die Entstehung einer eigenen Kultur auf der Grundlage des aristokratischen Bürgertums der Handelsstädte (Universität Leyden, Hugo Grotius, Franz Hals, Rembrandt, Jacob Ruysdael).

Bürgerlich-aristokratische Kultur

Solange noch Spanien der mächtige Gegner Englands ist, hält England zu Holland und hat auch noch 1581 die Holländer in ihrem Freiheitskampfe gegen Spanien unterstützt. Aber es ist keine Frage: Nach der Niederzwingung Spaniens sind die Holländer die nächsten, deren Konkurrenz England lahmlegen wird.

Holland u. England

3. Das Osmanische Reich in seiner größten Ausdehnung ist in der politischen Übersicht Europas, Karte IV, 2, kurz behandelt.

VII. Der Entscheidungskampf im 30jährigen Kriege 1618—1648. Deutschland — das Schlachtfeld Europas.

1. Der böhmisch-pfälzische Krieg 1618—1623 und der niedersächsisch-dänische Krieg 1623—1630.
2. Der schwedische Krieg 1630—1635 und der schwedisch-französische Krieg 1635—1648.

Der Protestantismus hat in allen habsburgischen Ländern, abgesehen von Tirol, Boden gewonnen, die Stände in den Erblanden verfügen meist über eine protestantische Mehrheit. Maximilian II. selbst gewährt freie Religionsübung, Rudolf II. aber versucht, den Protestantismus zu verdrängen und die Macht der protestantischen Stände zu beschränken. Konfessionelle und politische Gründe wirken zusammen. Die darüber in Böhmen ausbrechenden Zwistigkeiten will der Majestätsbrief Rudolfs II. durch einen Ausgleich 1609 beendigen. Er verspricht Religionsfreiheit, und sein Bruder Matthias bestätigt sie bei seinem Regierungsantritt. Als aber der fanatische Jesuitenzögling Erzherzog Ferdinand von Steiermark, seit 1617 König von Böhmen und Ungarn, seit 1619 deutscher Kaiser, mit allen Mitteln den Protestantismus auszurotten versucht, kommt es zu offenem Aufruhr, da Beschwerden kein Gehör finden (Prager Fenstersturz). Die Böhmen setzen Ferdinand ab und wählen Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz zu ihrem König. Während Maximilian von Bayern Ferdinands Hilfegesuch gegen seine unbotmäßigen Untertanen ablehnt, um den Streit eine innerösterreichische Angelegenheit bleiben zu lassen, nimmt Friedrich die Wahl an und überträgt damit den Kampf auf das übrige Reichsgebiet. Für den Kaiser treten ein: die Liga, ihr Führer Maximilian von Bayern (mit der Hoffnung auf die pfälzische Kurwürde), Spanien, sogar Johann Georg von Kur-

Kampf der böhmischen Stände um Religionsfreiheit

Winterkönig Friedrich V.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sachsen. Friedrich V. dagegen sieht sich von der Union verlassen, selbst sein Schwiegervater Jacob I. von England bleibt neutral.

Die Schlacht am Weißen Berge bereitet dem Königtum Friedrichs V. (Winterkönig) ein schnelles Ende. Böhmen trifft ein grausames Strafgericht. Die katholische Lehre wird mit Gewalt wieder eingeführt.

Gegenreformation in Böhmen

Friedrichs V. fortgesetzte Weigerung, auf die böhmische Krone zu verzichten und Maximilians Streben nach der pfälzischen Kurwürde tragen den Krieg nach der Pfalz, für deren Verteidigung sich außer Markgraf Georg Friedrich von Baden nur Freibeuter, wie Ernst von Mansfeld und Christian von Braunschweig, einsetzen. Die Übermacht der Ligisten und Spanier (unter Philipp) erledigt bald einen nach dem andern.

Als die Söldnerführer nach neuer Ausrüstung in den Niederlanden sich in die nordwestdeutschen Bistümer werfen und die Liga zu deren Schutz eingreift, muß sich der Protestantismus nun auch in Norddeutschland bedroht fühlen, besonders in den geistlichen Besitzungen der protestantischen Fürsten. Da greift Christian IV. von Dänemark, der noch einmal als letzter Dänenkönig im Sinne dänischer Großmachtpolitik die Errichtung eines Dominium Maris Baltici verfolgte, als Herzog von Holstein und Kreisoberster des niedersächsischen Kreises gegen den Katholizismus und Habsburg zu den Waffen. Seine Pläne und sein Einfluß in den niedersächsisch-westfälischen Bistümern sind gefährdet. England und die Niederlande zahlen ihm Subsidien.

Letzte dänische Großmachtpolitik

Ehe Tilly auch hier des Kaisers Sache zum Siege führt und den Dänenkönig aus dem Felde schlägt (1626 Lutter am Barenberge), bekommt der Kaiser (1625) eine wertvolle Stütze in Wallenstein, der ihm als der verwegenste und rücksichtsloseste Bandenführer seiner Zeit sein eigenes Heer zur Verfügung stellt. (Sieg an der Dessauer Elbbrücke, Zug nach Schlesien und Ungarn.) Im Verein mit Tilly besetzt er die ganze Ostseeküste von Skagen bis Pommern, außer Stralsund. Aussöhnung der Bekenntnisse, Stärkung der kaiserlichen Zentralgewalt gegenüber den Fürsten, Herrschaft des Kaisers über die Ostsee sind die Ziele „des Generals des Ozeanischen und Baltischen Meeres". Sie bringen ihn aber in Gegensatz zum Kaiser und zu den Fürsten. Der Kaiser — auf dem Höhepunkt seiner Macht — will nicht die Aussöhnung der Bekenntnisse, sondern die Vernichtung des Protestantismus. Daher fordert er im Restitutionsedikt die Rückgabe aller seit dem Passauer Vertrag eingezogenen geistlichen Güter.

Wallensteins Ziel: Kaiserliche Ostseeherrschaft

Die Fürsten sind nicht gewillt, sich irgendwie in ihrer fürstlichen Libertät zugunsten des Kaisers beschränken zu lassen. So erzwingen katholische und protestantische Fürsten Wallensteins Absetzung (1630).

Sieg der fürstlichen Libertät

Die Durchführung des Restitutionsediktes hätte das Ende des Protestantismus bedeutet, denn es hätten 2 Erzbistümer, 14 Bistümer und 500 Abteien zurückerstattet werden müssen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Rettung bringt der Schwedenkönig Gustav Adolf. Er hat sich trotz englischer Bemühungen (1624) so lange zurückgehalten, da er seine Kräfte noch in den baltischen Provinzen gebunden hatte und bei dem Gegensatz der dänisch-schwedischen machtpolitischen Interessen außerdem befürchten mußte, Dänemark sofort in den Rücken zu bekommen. Ein Zusammengehen beider Mächte lediglich im Interesse ihres Bekenntnisses schien ebenso unmöglich wie zwischen Frankreich und Habsburg. Andererseits hat sich Gustav Adolf von Liga und Kaiser nicht verleiten lassen, auf ihre Seite zu treten und zum Schaden der protestantischen Sache dem dänischen Erbfeind den Garaus zu machen; er hat vielmehr, wie und wo er nur konnte, die protestantischen Städte und Fürsten zum Widerstand und zur Abwehr des Kaisers ermuntert. Jetzt aber, nachdem er Ingermanland und Karelien erworben und Livland den Polen abgenommen hat, Dänemark aber nach seiner Niederlage aus dem Kriege ausgeschieden ist, setzt er die ganze schwedische Macht für die Rettung des protestantischen Bekenntnisses, zugleich für die Sicherung und Erweiterung der schwedischen Machtstellung ein. Wie in Ferdinand verbinden sich in ihm religiöse und politische Ziele. Allein aus strategischen Gründen braucht er für seine Operationen in Deutschland Stützpunkte und eine feste Basis.

Schwedische Großmachtpolitik

Frankreich, wo nach Zeiten der Schwäche unter Ludwig XIII. seit 1624 Richelieu als Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Zeit neuer Machtentfaltung einleitet, zahlt Hilfsgelder, da ein endgültiger Sieg des Kaisers die Gefahren der habsburgischen Umklammerung nur vermehren würde. 1630 landet Gustav Adolf in Pommern. Die protestantischen Fürsten zögern noch, sich ihm anzuschließen. Erst als Magdeburg in Tillys Hände fällt, treten Brandenburg und Sachsen auf seine Seite. Sein entscheidender Sieg über Tilly bei Breitenfeld rettet den Protestantismus (1631). Überall siegreich, zieht Gustav Adolf durch Thüringen und Franken, hält in München Einzug und bedroht Österreich.

Schwedische Waffenerfolge

Als Tilly am Lech erliegt und fällt, muß der Kaiser in seiner Bedrängnis Wallenstein von neuem berufen, muß ihm aber ganz außerordentliche militärische und politische Vollmachten zugestehen. Wallenstein zieht durch seinen Einfall in Sachsen die Schweden aus Süddeutschland ab. Bei Lützen siegen die Schweden zwar über ihn, schwerer und folgenreicher trifft sie selbst aber der Tod ihres Königs in der Schlacht. Das Bündnis der protestantischen Fürsten zerfällt bald. Nach dem Sieg der Kaiserlichen bei Nördlingen treten Brandenburg und Kursachsen im Sonderfrieden zu Prag 1635 vom Kriege zurück. Der Kaiser hat wieder das Übergewicht. Das zwingt Frankreich zum handelnden Eingreifen. Ein Jahr zuvor hat Wallenstein das Schicksal ereilt. Seine Macht war zu groß, seine Pläne zu verschieden von denen des Kaisers. Ohne dessen Wissen verhandelte er mit den Gegnern, trug sich selbst mit Abfallgedanken. Der Kaiser setzt ihn darum im geheimen ab, kaiserlich gesinnte Offiziere ermorden ihn zu Eger 1634.

Tod Gustav Adolfs 1632
Uneinigkeit der Protestanten

Eingreifen Frankreichs

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Richelieu, der bisher nur mit Geld den Krieg unterstützt hat, stellt jetzt eigene Heere ins Feld. Französischer Einfluß hat im weiteren Verlauf des Krieges (schwedisch-französischer Krieg) das Übergewicht. Die eigentlichen Leiden Deutschlands beginnen erst jetzt, als fremde Heere, aber auch kaum weniger schlimm die Kaiserlichen, noch über ein Jahrzehnt sengend und brennend das deutsche Land verwüsten und die wehr- und schutzlose Bevölkerung drangsalieren. Die Franzosen besetzen das Elsaß und verwüsten (Turenne, Condé) im Bunde mit Wrangel Bayern bis zum Inn, Norddeutschland (Pommern, Brandenburg, Sachsen und Thüringen) behaupten die Schweden (Banér), Torstenson macht verschiedentlich Vorstöße nach Wien, Wrangel erobert Prag.

Verwüstung Deutschlands

Nach diesen Verlusten sind Maximilian von Bayern und Kaiser Ferdinand zum Frieden bereit, der nach langen Verhandlungen 1648 zu Münster und Osnabrück abgeschlossen wird.

Westfälischer Friede 1648

VIII. Die Zerstörung des Reiches.

1. Fremder Besitzstand im Reiche und endgültige Gebietsverluste.
2. Gebietserweiterungen der Territorialstaaten.
3. Frankreichs Vordringen nach dem Rhein.
4. Österreich-Ungarn als Abwehrmacht gegen die Türken.

Deutschlands politische Neuordnung durch das Ausland

1. Der Friede besiegelt die Ohnmacht und Zerstörung des Reiches. Das Ausland bestimmt die politische Neuordnung Deutschlands. Frankreich und Schweden werden die Bürgen („Garanten") des Friedens. Sie fassen mit wichtigen Gebieten selbst im Reiche Fuß. Schwedens Großmachtstellung erweitert sich durch die Erwerbung von Vorpommern, Rügen, Wismar, Bremen und Verden. Der Dänenkönig bleibt Herzog von Holstein. Frankreich wird der Besitz von Metz, Toul, Verdun bestätigt. Mit den bisher österreichischen Besitzungen im Elsaß und der Landvogtei über 10 Reichsstädte erhält Frankreich die Stützpunkte für das weitere Vordringen zum Rhein und damit zum Ausbau seiner europäischen Vormachtstellung. Breisach und Philippsburg werden französische Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer.

Verlust deutscher Randgebiete

Der Besitz des Deutschen Ordens in Livland und Preußen ist längst verloren. Weiteren dauernden Verlust bedeutet für Deutschland die Anerkennung der Selbständigkeit für die Schweiz und die Niederlande. Der Oberrhein und wichtiger noch die Rheinmündung liegen jetzt außerhalb des Reiches und seines Wirtschaftsgebietes. Das rheinische Stromgebiet, das alte Kerngebiet des Frankenreiches und wichtigste Flußgebiet Europas ist zerrissen. Jetzt sind sämtliche großen Flußmündungen (Rhein, Weser, Elbe, Oder, Weichsel) in fremden Händen und schließen dadurch Deutschland vom Welthandel aus (vgl. Internationalisierung der Flußschiffahrt nach dem Versailler Frieden); Holland und England übernehmen ihn.

Auflösung der Reichsgewalt

2. Durch Frankreichs Eintreten für die deutsche Libertät erhalten die Reichsstände das Bündnisrecht (nicht nur unter sich, sondern auch mit Fremden), nach innen die Landeshoheit, d. h. also völlige Souveränität. Das bedeutet die Auflösung der Reichs-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gewalt. Die Rheinpfalz erhält die neugeschaffene Kurwürde. Bayern behält die Oberpfalz mit der Kur. Sachsen gewinnt die Ober- und Niederlausitz. Mecklenburg bekommt die Bistümer Schwerin und Ratzeburg. Brandenburg erwirbt Hinterpommern, die Bistümer Minden, Kammin, Halberstadt und die Anwartschaft auf Magdeburg und somit Stützpunkte für die Verbindung seiner im Osten und Westen weit auseinanderliegenden Gebietsteile. Die Glieder des in der norddeutschen Tiefebene heranwachsenden Staates beginnen, sich organisch dem Staatskörper anzufügen, der als Österreichs Gegengewicht die Zukunft Deutschlands bestimmen sollte.

Fortbestehen der Glaubensspaltung

In religiöser Hinsicht bleibt neben der staatlichen Zerrissenheit die konfessionelle Spaltung eine schwere Belastung für Deutschlands weitere Entwicklung und ein großer Nachteil gegenüber den westeuropäischen Staaten, die sich nationalstaatlicher Geschlossenheit und religiöser Einigkeit erfreuen. Alle Konfessionen in Deutschland bekommen Gleichberechtigung. Auch das reformierte Bekenntnis ist neben dem lutherischen anerkannt. In den österreichischen Erblanden freilich hat Habsburg den Protestantismus völlig vernichtet.

Deutsche Entartung

Seit die europäischen Mächte im 30jährigen Kriege den Boden des Reiches zum Schauplatz ihrer Kämpfe gemacht haben und fremde Nationen sein Schicksal bestimmen, schwinden nationales Selbstgefühl, Selbstachtung, vaterländischer Stolz. Nachahmung des Fremden, vor allem des Französischen, in den Hoffitten, in der Literatur wie in der Kunst kennzeichnet die folgende Zeit. Auch in das Bürgertum dringt dieser Geist und verzerrt deutsches Wesen und deutsche Eigenart.

Wirtschaftlicher Niedergang

Die wirtschaftlichen Folgen sind furchtbar: Die Bauern verstklaven (erbuntertänig, Bauernlegen!). Die sozialen Gegensätze verschärfen sich. Die Bevölkerung ist auf ein Drittel zusammengeschmolzen, dazu verarmt, das Land verödet, infolge überhandnehmender Räuberbanden unsicher, Handel und Gewerbe liegen danieder, der Konkurrenz des Auslandes nicht gewachsen.

Territorialstaaten Träger staatlichen Lebens

Bei der Ohnmacht der Reichsgewalt können nur die Einzelstaaten eine Gesundung anbahnen. Sie sind Träger des staatlichen Lebens. Es nimmt auch hier wie in den westeuropäischen Staaten seinen Weg über den Absolutismus. Die unumschränkte Fürstengewalt setzt sich durch. Das Religiöse tritt von jetzt an völlig hinter den rein weltlichen, staatlichen Interessen zurück. „Kabinettskriege" entscheiden die dynastischen und staatlichen Lebensfragen.

Frankreichs Rheinpolitik

3. In Frankreich beginnt Richelieu eine kräftige auswärtige Politik. Nach den geopolitischen Bedingungen des Landes kann sie die Grenze nur in östlicher Richtung vortragen wollen. Hier erregen Frankreichs Begierde die ausgedehnten Besitzungen des Hauses Habsburg, seines natürlichen Gegners, die obendrein noch zum französischen Sprachgebiet gehören. Das klare Ziel Frankreichs ist ein stetiges Vordringen bis zum Rhein.

Die Verteidigung der westlichen Reichsgrenze führt Habsburg, solange es sein burgundisches Erbe gegen Frankreich schützt. Seit das Gebiet des burgundischen Zwischenreiches infolge der Teilung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in eine spanische und eine österreichische Linie an Spanien gefallen ist und Österreich nur die habsburgischen Besitzungen und Rechte im Elsaß behält, hat die Abwehr französischer Rheinpolitik die einheitliche Führung verloren. Im Westfälischen Frieden gibt nun Habsburg mit seinen Besitzungen und Rechten im Elsaß auch die Rheinwacht auf. Frankreich aber faßt mit diesen Erwerbungen hier zum erstenmal Fuß. Es schiebt sich breiter und fester zwischen den hochburgundischen und den niederländischen Besitz Spaniens und umschließt Lothringen. Österreich gibt seine vorgeschobene Westfront auf, um sich der gleichfalls bedrohten Ostfront besser annehmen zu können. Seitdem verfolgt Österreich eine zielbewußte Balkan- und Orientpolitik.

Habsburgs Verzicht auf die Rheinstellung

Übergang zur Ost(Balkan)-Politik

Inzwischen kommt Frankreich Schritt um Schritt seinem Ziel näher. Die Ohnmacht Deutschlands kann ihm nur seine Politik erleichtern. Stärkung der deutschen Libertät ist seit Richelieu eins seiner Mittel. Die Rheinische Allianz (Mazarins Bund mit Mainz, Köln, Pfalz-Neuburg, Hessen und Braunschweig) ist das Vorbild für den Rheinbund Napoleons, der das Ende des alten Deutschen Reiches besiegelt.

Auflösung der deutschen Westgrenze

Ludwig setzt in seinen Raubkriegen rücksichtslos die ganzen Kräfte Frankreichs an den weiteren Ausbau der Rheinstellung. Die Etappen auf dem Wege sind kurz folgende:

Frankreich bekommt im Pyrenäenfrieden
1659 Artois als „nördlichen Eckpfeiler", erweitert sein Gebiet im Aachener Frieden
1668 nach Norden um zwölf flandrische Städte (z. B. Lille), erhält im Frieden zu Nymwegen
1678 die Franche-Comté als „südlichen Eckpfeiler" und den Brückenkopf Freiburg auf dem rechten Rheinufer, gewinnt seit
1679 die Reichsstädte im Elsaß auf Grund der Reunionen und besetzt
1681 Straßburg.
1697 der Friede zu Ryswyk bestätigt Frankreich im Besitz von Straßburg und Elsaß. — Die französischen Brückenköpfe Freiburg, Breisach, Philippsburg und Kehl werden zurückgezogen und dem Reich zurückerstattet (anerkannt zu Rastatt und Baden 1714). Lothringen, ganz von französischem Gebiet umfaßt, kommt
1738 an Stanislaus Leszczinsky, den Schwiegervater Ludwigs XV., und fällt
1766 an Frankreich.

Im Frieden zu Campo Formio 1797 und zu Luneville 1801 tritt Österreich seine Niederlande und das linke Rheinufer ab.

Niedergang der Türkenmacht

4. Nach dem Tode Suleimans II. 1560 und dem Scheitern des türkischen Angriffs auf Szigeth (1566) geht es mit der türkischen Macht abwärts (Niederlage bei Lepanto 1571, vgl. S. 15; innere Wirren und Kriege gegen Persien). Dieser Niedergang hat Deutschland vor den unabsehbaren Folgen eines türkischen Angriffs im 30jährigen Kriege bewahrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Seit Mitte des 17. Jahrhunderts erstarkt aber die türkische Macht und ihre Angriffskraft wieder. Neue Vorstöße bedrohen Österreich, der Aufstand Ungarns gegen die Habsburger, dazu die türkische Verbindung mit Ludwig XIV. schaffen Österreich eine äußerst kritische Lage. Das belagerte Wien verteidigt sich aber tapfer unter Rüdiger von Starhemberg, bis ein Entsatzheer die Stadt befreit (1683). Belagerung Wiens 1683

Nach einem Waffenstillstand mit Ludwig XIV. hat Österreich den Rücken frei zum Angriff, zur Eroberung Ungarns und zur Befreiung der Christen auf dem Balkan von der Herrschaft der Ungläubigen. Prinz Eugens Siege drängen die Türken zurück. 1699, im Frieden zu Karlowitz, erhält Österreich Ungarn und Siebenbürgen ohne das Banat. Die Habsburger bekommen um 1687 die erbliche ungarische Königswürde. Die Einnahme Belgrads in einem neuen Kriege bricht die türkische Donaustellung. Der Friede von Passarowitz bringt den Habsburgern das Banat, die Kleine Walachei von der Donau bis zur Aluta und das nördliche Serbien; aber die Walachei und Serbien fallen 1739 an die Türken zurück. Österreich im Angriff auf die türkische Balkanstellung

Habsburg hat das christliche Abendland gegen das islamisch-türkische Asien glücklich verteidigt. Das bleibt seine Aufgabe, ist zugleich sein Verdienst. Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn wird Großmacht und Vormacht auf dem Balkan. Österreichs Machtbereich umfaßt seit 1713 und 1720 die deutsch-österreichischen Länder (Österreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Tirol), ferner Böhmen mit Schlesien und Mähren, Ungarn und die ehemaligen spanischen Niederlande, außerdem Mailand, Neapel, Mantua und Sardinien. Sardinien wird 1720 gegen Sizilien ausgetauscht; Neapel-Sizilien kommt 1735 an eine spanische Nebenlinie, dafür Parma-Piacenza an Österreich. Habsburgs Ost- und Südstellung

IX./X. Politisches Übergewicht Westeuropas. Das Zeitalter des Absolutismus.

1. Englands Königtum im Kampfe mit dem Parlament.
2. Ausbau der englischen Seeherrschaft gegen Spanien und Holland.
3. Englische und französische Kolonialerwerbungen im 17. Jahrhundert.
4. Frankreichs Machthöhe unter Ludwig XIV.

1. Elisabeth hat es verstanden, durch sparsamen Staatshaushalt sich von der Parlamentsabhängigkeit immer mehr freizumachen und dadurch in England zu fast unumschränkter Herrschaft zu gelangen. Nach ihrem Tode folgt den Tudors das Haus Stuart. Jacob I. (1603—1625), der Sohn Maria Stuarts, vereinigt die drei Königreiche England, Schottland und Irland in Personalunion und nimmt den Titel eines Königs von „Großbritannien“ an. König und Parlament in England

Es ist die Zeit, in der sich in den europäischen Staaten der Absolutismus durchsetzt. Die absolutistisch regierenden Herrscher schaffen sich ein pflichttreues, unbedingt gehorsames Beamtentum, Einheit des Rechts, der Verwaltung, der Wirtschaft und ein stehendes Heer. Dadurch sichern sie zugleich die Staatseinheit. Durch die Beseitigung der Stände- Der Absolutismus Staatseinheit

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

vertretung ist der Übergang zum späteren nationalen Verfassungsstaat gegeben. Der Absolutismus hat seine klassische Form in dem Frankreich Ludwigs XIV. gefunden. In Deutschland ist zwar die zentrale Gewalt des Reiches zu ohnmächtig, um ihn gegen die Stände durchzusetzen, wohl aber kommt er in den deutschen Territorialstaaten zum Siege (Beispiel: Brandenburg).

Absolutistisches Streben der Stuarts

Auch in England erstreben die Stuarts ein absolutistisches Regiment und Unabhängigkeit vom Parlament. Die innerpolitischen Verhältnisse sind aber sehr schwierig. Das englische Königtum ist in seinem Kampfe gegen das Parlament im Vergleich zu den Fürsten des Festlandes sehr im Nachteil, da der Staat in England dank der Inselnatur des Reiches sich nicht wie auf dem Festlande ein stehendes Heer zu seinem Schutze zu schaffen braucht. Dieses Instrument fehlt also dem englischen Königtum. Es stehen sich drei Parteien gegenüber, die Anglikaner als die Vertreter der englischen Hochkirche, die Presbyterianer = Puritaner, die für eine Verwaltung der Gemeinden durch gewählte Älteste eintreten, und endlich die Katholiken. Der katholische Jacob tritt auf die Seite der Anglikaner. Enttäuscht zetteln die Katholiken die Pulververschwörung 1605 an. Die Gegnerschaft gegen Jacob I. läßt auch die puritanische Volksbewegung mächtig erstarken.

Weitere Gegensätze ergeben sich aus der Außenpolitik des Königs, die ihn in Widerspruch zu dem Nationalempfinden des Volkes bringt, da Jacob das katholische absolutistische Spanien begünstigt und seinem Schwiegersohn Friedrich V., dem Vorkämpfer des Protestantismus in Deutschland, nur unzureichende Unterstützung zuteil werden läßt. Karl I. verzichtet überhaupt auf jegliche auswärtige Politik, nur um mit seinen absolutistischen Bestrebungen zum Ziele zu kommen.

Er löst mehrfach widerspenstige Parlamente auf, elf Jahre lang regiert er ohne jegliches Parlament. Als er im Kampf gegen Schottland, dem er die englische Hochkirchenverfassung aufzwingen will, neue Geldmittel benötigt, muß er sich zur Einberufung des „langen Parlamentes" entschließen und opfert diesem sogar seinen Berater Strafford. Als das Parlament aber seine Forderungen zu hoch schraubt und auch die Mitwirkung bei der Beamten- und Offiziersernennung verlangt, kommt es zum Bürgerkriege. Das katholische Irland und Schottland stehen auf seiten des Königs, aber London und der reiche Osten des Landes halten es mit dem Parlament. Der König ist anfangs im Vorteil. Da treibt Oliver Cromwell den König nach dem Siege bei Marstonmoor (1644) und Naseby (1645) zu den Schotten, aber diese liefern ihn an das Parlament aus. Cromwell läßt ihn 1649 hinrichten.

England Republik 1649

England ist eine Republik geworden. Während sich überall auf dem Festlande das absolute Regiment durchsetzt, siegt in England der Grundgedanke der Volkssouveränität über das Gottesgnadentum des Königs. 1653 löst Cromwell das Parlament und den Militärdiktatur Cromwells 1653 Staatsrat auf und führt von da ab eine Militärdiktatur. Widerstände in Irland und Schottland schlägt er blutig nieder.

Nach Cromwells Tode kehren die Stuarts auf den englischen Thron zurück: Karl II. 1660—85, Jacob II. 1685—88. Da auch sie die

katholischen und absolutistischen Bestrebungen fortsetzen, kommt es zu neuen inneren Wirren. Die Partei der Whigs, die die Rechte des Parlaments, der Volkssouveränität, vertritt, und die der Tories, der Anhänger eines starken Königtums, stehen einander in erbittertem Kampfe gegenüber. Einig sind beide über die Festigung des protestantischen Charakters Englands, nicht dagegen über die Thronfolge des katholischen Jacob II. Die Testakte 1673 schließt alle Katholiken von der Thronfolge aus. Die Gegensätze verschärfen sich, als Jacob II. 1685 den Thron besteigt. Als die Geburt eines Thronerben die Fortführung der katholischen Dynastie zu sichern scheint, bringt die glorreiche Revolution 1688 den Sturz des Hauses Stuart. Beide Parteien rufen Wilhelm III. von Oranien, den Schwiegersohn Jacobs II., herbei. Das Volk sichert sich seine Rechte in der Bill of rights, und hat damit endgültig über das Königtum gesiegt. England ist seitdem eine konstitutionelle Monarchie. Der König nimmt seine Minister aus der Mehrheitspartei des Parlaments, die damit die eigentliche Regierungspartei wird. So hat sich in England zuerst die parlamentarische Regierungsform herausgebildet, die seit 1919 auch bei uns eingeführt ist.

Rückkehr der Stuarts 1660/88

Glorreiche Revolution 1688

Parlamentarismus Volkssouveränität

2. Cromwell hatte wieder eine tatkräftige Außenpolitik aufgenommen mit dem Ziel, Englands Handels- und Seeherrschaft weiter auszubauen. Wie er sich selbst für das Werkzeug Gottes hielt, so glaubte er an die göttliche Bestimmung seines Volkes zur Weltherrschaft.

Die Navigationsakte 1651 und die folgenden Kriege richten sich gegen die niederländische Handelsmacht. Nach der Navigationsakte dürfen nur englische Schiffe Überseeprodukte nach England bringen, Schiffe der übrigen europäischen Staaten dürfen nur Waren des eigenen Landes in England einführen. Die bedrohten Niederlande versuchen in mehrfachen Kriegen, ihre Stellung zu behaupten. Sie müssen aber die Akte 1654 anerkennen. In einem zweiten Kriege verlieren die Holländer, trotz anfänglicher großer Erfolge und trotz ihres Vordringens bis in die Themsemündung, ihre nordamerikanischen Kolonien Neuniederland mit Neuamsterdam (von jetzt ab Neuyork) und bekommen nur für die den Rhein herabkommenden Waren Aussetzung der Navigationsakte.

Englands Kampf gegen Holland

Daneben nimmt Cromwell wieder den Kampf gegen Spanien auf. Cromwell und Mazarin zwingen vereinigt Spanien zu dem Pyrenäenfrieden 1659, der der spanischen Vorherrschaft in Europa ein Ende macht und das französische Übergewicht begründet. Den Hauptgewinn hat Frankreich, da Cromwell gerade 1658 stirbt und neue innere Wirren ausbrechen. England gewinnt aus diesem Kampfe nur Dünkirchen, das Karl II. 1662 an Frankreich gegen eine Kaufsumme überläßt. Von den spanischen Kolonien besetzt England in dieser Zeit Jamaika (1655), Barbados, die Bahamas und die Inseln unter dem Winde.

Kampf gegen Spanien

England mit Frankreich im Bunde vermitteln zugunsten Schwedens gegen Dänemark und seine Verbündeten (den Kaiser, Brandenburg, Polen) den Frieden zu Roeskilde, der den Sund als Grenze zwischen den beiden Erbfeinden festlegt und der zu-

Englands Bündnis mit Frankreich

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gleich auch die Niederlande als die bisherigen Bundesgenossen Dänemarks in Mitleidenschaft zieht.

Die Freundschaft mit Frankreich pflegt auch Karl II., bis das Parlament im Laufe des dritten Raubkrieges infolge der allzuweit getriebenen Eroberungspläne Ludwigs XIV. sich von Frankreich zurückzieht. Seit der glorreichen Revolution tritt dann

Große Allianz gegen Frankreich 1688

England der Großen Allianz gegen Frankreich bei, und nun beginnt der 127jährige Krieg zwischen England und Frankreich, der wegen der wichtigen Entscheidungen im Kolonialgebiet nicht nur europäische, sondern auch weltpolitische Bedeutung erhält.

3. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts fassen auch die Engländer und Franzosen in den Überseeländern Fuß, um sich Kolonien und Anteil am Handel zu sichern. Überall freilich begegnen sie niederländischer Überlegenheit. Gegen die größere Kapitalkraft und mehrfach stärkere Flotte kommen sie nur schwer und allmählich auf.

Englische Handelskolonien

Die englischen Bemühungen, im Indischen Archipel sich festzusetzen, bleiben ganz vergeblich. Auf dem indischen Festlande aber bis nach Japan hinauf legen die Engländer neben den Niederländern Faktoreien an, freilich noch ohne Befestigungen und ohne Landerwerb. Die erste befestigte Faktorei wird Madras 1639.

Während der auf Elisabeths Regierungszeit folgenden inneren Kämpfe in England kann der englische Staat Überseeunternehmungen gegen die Eingeborenen und die europäischen Wettbewerber nicht schützen. Erst Cromwell nimmt die Bestrebungen Elisabeths wieder auf. Er erkennt die für Englands Zukunft entscheidende Aufgabe, gegen die Niederländer die Herrschaft auf dem Meere zu erkämpfen. Die Navigationsakte 1651 richtet sich in erster Linie gegen die Niederländer (s. o.). Englische Stützpunkte für die späteren Erwerbungen in Vorderindien werden Bombay (1661) und Gugli (1656) in Bengalen.

Schon vorher ist es England gelungen, im spanischen Kolonialgebiet Geltung zu gewinnen, besonders in Westindien. In stetem Kleinkrieg mit den Spaniern gründen sie auf Barbados (1605; wichtig wegen seiner vorgeschobenen Lage), auf Santa Lucia, St. Christoph, Santa Cruz, Nevis, Antigua, auf den Bermudas (1612), Jamaika (1655), in Guyana Kolonien. Sie betreiben Schmuggel, Negerhandel und legen Zuckerrohrkulturen an.

Englische Siedlungskolonien

Infolge der politischen Unruhen in der Heimat gehen auch englische Siedler in die Kolonien. Sie sichern die englischen Erwerbungen und geben ihnen bald einen Vorsprung vor den Niederländern. Darauf beruht die englische Überlegenheit vor allem in Nordamerika. In der Mitte des 17. Jahrhunderts rechnet man in Virginien mit 15 000 Siedlern, in Neuengland mit 30 000 weißen Siedlern.

An der Westküste entstehen im 17. Jahrhundert Virginia (1607), Massachusetts (1620: Puritanergründung, unduldsam gegen Andersgläubige), Connecticut (1634 von Massachusetts aus besiedelt), Neuyork 1664 den Niederländern abgenommen, Maryland 1632 als katholische Kolonie, Rhode-Island 1636 mit völliger religiöser Duldsamkeit, Pennsylvania 1681 (Quäker William Penn, Hauptstadt Philadelphia), Karolina 1663.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diese Siedlungskolonien sind die breiten Grundlagen des ersten großen englischen Kolonialreiches in Nordamerika.

Frankreichs günstige Zwischenlage mit zweifacher Meeresfront regt zu kolonialer und maritimer Betätigung an. Die Schaffung von Handels- und Siedlungsmöglichkeiten jenseits des Ozeans tritt neben die Bemühungen um territoriale Ausdehnung auf dem Festlande. Schon in die Zeit vor Richelieu fällt die Gründung von Quebeck (1608). Man betreibt Fischerei und Pelzhandel in den nördlichen Gebieten Amerikas. Die Erweiterung des Kolonialbesitzes nach Süden vom St. Lorenzstrom über das canadische Seengebiet bis zur Mississippimündung umfaßt vom Hinterlande her die englischen Küstenkolonien, erfolgt aber erst, als die kolonialen Bestrebungen seit Colberts merkantilistischer Wirtschaftspolitik unter Ludwigs XIV. persönlicher Mitwirkung neuen Schwung bekommen. (1664 Neugründung der „Westindischen" und „Ostindischen" Gesellschaft, 1682 Erkundung des Mississippi). Frankreichs Kolonialpolitik

Aber schon Richelieu hat für den Bau von Schiffen und die Gründung von Gesellschaften gesorgt (Anbau von Zucker, Tabak, ferner Schmuggel und Kaperei). Damals erscheinen die Franzosen auch in Westindien (St. Christoph, wo schon Engländer ansässig, Martinique, Guadeloupe, St. Martin u. a., San Domingo), in Südamerika 1626 in Guyana. Ihre Niederlassung in St. Louis am Senegal beteiligt sie am afrikanischen Negerhandel. In dieser Zeit steht Frankreich in der atlantischen Welt nicht hinter England und den Niederlanden zurück.

Bemühungen der ersten ostindischen Kompagnie (1601) haben keine Erfolge. 1643 wird die Insel Bourbon als Stützpunkt für ostindische Fahrten besetzt, 1674 Pondichery und Tschandanagar in Bengalen. Es sind hier also nur geringe Anfänge, aber auch die Niederländer haben keinen Festlandbesitz, England nur Madras und Bombay. Für die französischen Kolonien kann das Mutterland nur wenig Siedler abgeben, die Kämpfe konfessioneller Unduldsamkeit finden in den Kolonien ihre Fortsetzung. Die politische und religiöse Freiheit der englischen Siedlungen fehlt hier ebenso wie die Zusammenarbeit von Händlern und Beamten, Bauern und Offizieren in den englischen Besitzungen. Weitere Entwicklung und Ausbau wäre möglich gewesen. Wenn die aussichtsvollen Anfänge vernichtet werden, so hat das die Überspannung der Kräfte im Heimatlande durch die zuweit getriebenen Eroberungskriege verschuldet.

4. Für Frankreich bringt die Verbreitung der Reformation schwere innere Kämpfe, die durch das Eingreifen Philipps II. für die Katholiken und Elisabeths von England für die Hugenotten europäische Bedeutung gewinnen. Erst Heinrich IV. beendet die Religionskriege 1598 durch das Edikt von Nantes, das den Hugenotten Glaubensfreiheit, politische Gleichberechtigung und einige Sicherheitsplätze gewährt. Die Wiederherstellung der Ruhe im Innern, die Wahrung der Einheit Frankreichs fördert den weiteren Ausbau seiner Machtstellung in Europa, die Erstarkung Beendigung der Religionskriege 1598

der monarchischen Gewalt zur absoluten Herrschaft und den glänzenden wirtschaftlichen Aufstieg. (Ordnung der Finanzen, Fürsorge für Landwirtschaft, Handel, Gewerbe, Seidenindustrie.)

Frankreichs außenpolitischer Dualismus

Die doppelte Zielsetzung einer kolonialen Ausbreitung (Canada) und eines umfassenden Angriffs auf die Habsburger in Spanien und Österreich beginnt schon unter Heinrich IV., führt jedoch in ihrer Überspannung unter Ludwig XIV. zum Zusammenbruch französischer Vormachtstellung. Aber die nächsten Jahrzehnte nach Heinrichs IV. Ermordung (1610) bringen Frankreich unter der zielbewußten Leitung der Minister Richelieu (1624—42) und Mazarin (1642—61) auf die Höhe seiner europäischen Machtstellung.

Der absolutistische Einheitsstaat

Die Grundlage dafür bietet die Vollendung der absolutistischen Herrschaft im Innern. Richelieu nimmt den Hugenotten die Sicherheitsplätze und ihre Sonderstellung im Staate. Ludwig XIV. stellt die religiöse Einheit vollends wieder her, indem er 1685 das Edikt von Nantes aufhebt. Der Hochadel muß sich nach heftigem Kampfe fügen, das Parlament und der Klerus seinen Widerstand aufgeben. Königliche Beamte überwachen die adligen Provinzialgouverneure.

In seiner auswärtigen Politik nimmt Richelieu den Kampf gegen die Habsburger wieder auf. Frankreichs Ziel ist die Rheingrenze. Mit seinen Erwerbungen im Elsaß durch den Westfälischen Frieden tut es den ersten Schritt bis unmittelbar an den Rhein heran und bekommt in Breisach und Philippsburg Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer. Mazarin greift Spaniens Vormachtstellung von neuem an, und im Bunde mit Oliver Cromwell von England beseitigt er sie für immer. Im Pyrenäenfrieden 1659 tritt Spanien die Grafschaft Roussillon an Frankreich ab. Die Pyrenäen bilden seitdem die Südgrenze Frankreichs. Von dem Gebiet der spanischen Niederlande erhält Frankreich die Grafschaft Artois und damit den „nördlichen Eckpfeiler" seiner Rheinstellung.

Frankreich, die Vormacht Europas

Spaniens europäische Vorherrschaft ist gebrochen, Frankreich an seine Stelle getreten.

Die Rheinische Allianz (1650) als Vorläufer des Napoleonischen Rheinbundes sollte Frankreichs Stellung am Rhein sichern, die übertriebenen Ansprüche des Hauses Habsburg abwehren, überhaupt die Wiedererstehung eines starken deutschen Kaisertums verhindern. Den schon früher unter diesem Gesichtspunkte verbündeten erzbischöflichen Kurfürsten von Köln, Mainz, Trier treten Münster, Pfalz-Neuburg, Bremen, Verden, Hessen-Kassel und Braunschweig bei.

Als Flottenstützpunkte baut Staatsminister Colbert, der Nachfolger Mazarins, die Häfen von Rochefort und Brest aus. Die Lage an zwei Meeren erscheint ihm wie geschaffen für die Aufrichtung eines weltbeherrschenden Seestaates. (Über die Erfolge seiner Kolonialpolitik vgl. den vorigen Abschnitt.) Zugleich stellt er den ganzen Staatshaushalt und die Volkswirtschaft Frankreichs auf neue Grundlagen nach Maßgabe des Merkantilsystems.

Ludwigs XIV. Festlandpolitik

Ludwig XIV. übernimmt 1662 persönlich die Führung der Regierung; seitdem treten die Überseeinteressen hinter seiner kontinentalen

Politik, hinter seinem unersättlichen Landhunger zurück. Paris scheint ihm zu dicht an der Nordgrenze Frankreichs zu liegen. Gebietserweiterungen im Norden und im Osten sollen die Hauptstadt in eine zentrale Lage im Herzen Frankreichs bringen. Die Verwirklichung privatrechtlicher Ansprüche auf die spanischen Niederlande bringt 1668 ein Bündnis der bedrohten Mächte Holland und England zustande, dem sich auch Schweden anschließt. Im Frieden von Aachen erhält Ludwig nur einige Grenzplätze in Flandern (Lille und Douai), die aber als Basis für neue Angriffe wertvoll sein können.

Bald erscheint England aber wieder als Bundesgenosse Frankreichs. Der katholische Karl II. sucht Rückhalt an Ludwig XIV. Er bekommt von Ludwig ansehnliche Geldmittel, um sich von dem englischen Parlament unabhängig zu halten. Der Kriegserklärung Englands an die Niederlande 1672 schließt sich Ludwig XIV. an. In gemeinsamem Angriff wird Holland von zwei Seiten gepackt. Es gerät in große Not. Wilhelm III. von Oranien durchsticht die Deiche an der Küste, um den Franzosen den Vormarsch nach Rotterdam und Amsterdam zu verwehren. Nur Brandenburg leistet Holland Hilfe, muß aber bei der unentschlossenen Haltung Kaiser Leopolds 1673 den Frieden von Vossem schließen.

Französisch-engl. Angriff auf Holland

Da veranlaßt die von dem englischen Parlament erzwungene Aufgabe des englisch-französischen Bündnisses einen Umschlag der europäischen Staatenpolitik. England und, vom Reiche gezwungen, auch Köln und Münster ziehen sich von Frankreich zurück. Brandenburg, Spanien, der Kaiser und das Reich, später auch Dänemark schließen ein Bündnis und greifen zum Schutze Hollands ein. Von allen Seiten sieht sich Ludwig XIV. von Feinden umgeben. Nur die Schweden vermag er zur Hilfeleistung zu gewinnen und die Ungarn zu einem Aufstande anzustiften. Die Schweden fallen in Brandenburg ein und dringen von Livland aus nach Ostpreußen vor. Ludwig muß von Holland ablassen. Unter Ausnutzung des Vorteiles der inneren Linien stößt er gegen die spanischen Niederlande, gegen die rechtsrheinischen Gebiete am Oberrhein und die Franche-Comté vor. Dabei verfolgt er angesichts der großen Gegnerschaft in den folgenden Jahren die Methode des Kräftesparens. Er hält nur diejenigen Gebiete fest, die er bei Friedensschluß nicht herausgeben will. Der Zeitgewinn läßt auch den Widerstreit der Sonderinteressen auf seiten der Koalition sich auswirken. Bei dieser Ermattungsstrategie fällt die wichtigste Entscheidung der Diplomatie zu. Die Holländer sind kriegsmüde. Ihr großer Seeheld de Ruyter hat gegen die französische Flotte keine Erfolge erringen können. Die Besorgnis der Engländer vor einer über Dünkirchen hinausgehenden französischen Festsetzung an der flandrischen Küste weiß Ludwig zu beruhigen, indem er seine militärischen Operationen hauptsächlich am Oberrhein und in den westlichen Grenzgebieten des Deutschen Reiches betreibt. In Spanien lehnt die unbeliebte Regentschaft Don Juans jegliche stärkere Kraftentfaltung ab. So kommt es zum Frieden von Aymwegen, in dem Spanien an Frankreich die Franche-Comté abtritt und eine Reihe von Grenzplätzen in den

Europäische Koalition gegen Ludwig XIV.

Frankreich behauptet seine Vorherrschaft

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Niederlanden (St. Omer, Valenciennes, Maubeuge, Charlemont, Bouillon).

Frankreich hat seine Vormachtstellung auf dem Festlande begründet. Sie wäre freilich erst mit der Beherrschung der großen Flußmündungen der Schelde, Maas und des Rheins, ganz vollendet gewesen. Auf die Erreichung dieses letzten Zieles hat Ludwig verzichten müssen.

X. 1. Der Große Kurfürst und der brandenburgische Gesamtstaat.
2. Die Kolonialbestrebungen des Großen Kurfürsten in Afrika.

Die Grundlegung des brandenb.-preuß. Einheitsstaates

1. In derselben Zeit, wo der Absolutismus in Frankreich unter Ludwig XIV. seinen Höhepunkt erreichte, hat der Große Kurfürst in Brandenburg auf dem Wege über das absolutistische Regiment den brandenburgisch-preußischen Einheitsstaat geschaffen. Bis dahin bestand sein Staat aus vielen einzelnen Teilen, die von Memel bis zum Rhein über Norddeutschland sich verteilten. Jedes dieser Gebiete hatte seine besondere Verfassung und Verwaltung, in jedem hatten die Stände Anteil an der Verwaltung und insbesondere das Recht der Steuerbewilligung. Es galt, diese Teile zu einer Einheit zusammenzuschweißen und den Widerstand der Stände zu unterdrücken. Das ließ sich nur mit rücksichtsloser Gewalt durchführen. Zu diesem Der Große Kurfürst Zwecke schuf sich der Große Kurfürst ein stehendes Heer, das er in Bewaffnung und Ausbildung nach französischem Muster organisierte. Er vermehrt das Heer im Laufe der Zeit von 8000 auf 30 000 Mann. Von der Steuerbewilligung der Stände macht er sich frei, indem er die Akzise einführt, die als Verbrauchssteuer auf Bodenerzeugnisse und Fabrikate mit dem steigenden Wohlstande des Landes ihm auch erhöhte Mittel einbringt. Daneben besteht die Grundsteuer, die auf dem ländlichen Grundbesitz der Bauern lastet. An Stelle der städtischen Selbstverwaltung in den einzelnen Gebieten setzt er die staatliche Verwaltung und wird so Begründer des fürstlichen Beamtentums.

Von dieser Grundlage aus erhebt er Brandenburg zu einer Macht, mit der er in die politischen Verwicklungen Europas eingreifen und die Grundlage für Friedrichs des Großen Großmachtpolitik legen kann. Durch seine Beteiligung am 30jährigen Kriege gewinnt er Hinterpommern, die Bistümer Kammin, Halberstadt, Minden und das Erzbistum Magdeburg. Er bahnt damit eine territoriale Verbindung mit Preußen im Osten und den rheinischen Besitzungen im Westen an und sichert sich wichtige strategische Straßen, die für die Beherrschung Norddeutschlands entscheidende Bedeutung haben. Sein Eingreifen in den schwedisch-polnischen Erbfolgekrieg bringt ihm im Frieden zu Oliva 1660 dank seines geschickten diplomatischen Spiels Brandenburgs europäische Politik die Souveränität Preußens. Die Unabhängigkeit Preußens gibt Friedrich I. später die Handhabe, das Herzogtum Preußen zum Königreich zu erheben.

In der Zeit der Raubkriege Ludwigs XIV. steht Kurfürst Friedrich Wilhelm auf der Seite des Kaisers und der deutschen

Sache. Als Frankreich ihm die Schweden in den Rücken schickt, erweist er seine ganze Überlegenheit. Er schlägt die Schweden vernichtend in der zweistündigen Schlacht bei Fehrbellin, befreit sein Land von ihnen, erobert ganz Vorpommern und treibt sie auch in unaufhaltsamem Vordringen über das Kurische Haff, über Ostpreußen hinaus. Der Friede von St. Germain 1679 bringt ihn freilich um den Erfolg seiner Eroberungen. Da seine Verbündeten sich ohne ihn mit Ludwig XIV. 1678 geeinigt haben, muß er alle Eroberungen herausgeben, bis auf einen kleinen, schmalen Landstreifen auf der rechten Oderseite.

Den Argwohn Habsburgs gegen eine allzu mächtige Machterweiterung Brandenburgs bekommt er auch zu fühlen, als das Piastengeschlecht von Liegnitz, Brieg und Wohlau ausstirbt, mit dem die Hohenzollern 1537 den Grimnitzer Erbvertrag geschlossen hatten. Denn der Kaiser zieht diese Länder als erledigte Reichslehen ein. Aus Verbitterung hierüber schließt der Große Kurfürst ein Bündnis mit Frankreich, wodurch allerdings die auf Grund der Reunionen betriebene französische Raubpolitik begünstigt wird. Die rücksichtslose Unterwerfung der Hugenotten aber und die Aufhebung des Edikts von Nantes 1685 entfremden Frankreich und Brandenburg wieder, der Große Kurfürst antwortet mit dem Edikt von Potsdam und sichert den flüchtigen Hugenotten Aufnahme und Freistatt in seinem Lande zu. Der Kaiser gibt ihm als Entschädigung für seine vermeintlichen Ansprüche auf Liegnitz, Brieg und Wohlau den Kreis Schwiebus. Sein Sohn freilich verspricht ohne Wissen des Vaters, den Kreis bei seinem Regierungsantritt an den Kaiser zurückzugeben.

Wirtschaftsaufbau

Das wirtschaftliche Leben in seinem Lande, das im 30jährigen Kriege und in den folgenden Kämpfen sehr gelitten hatte, sucht er auf alle Weise wieder hoch zu bringen. Mit der größten Sorge für den Ackerbau verbindet er die Förderung des Handels. Der Friedrich-Wilhelms-Kanal, der Oder mit Spree und dem Elbgebiet verbindet, bringt Berlin in den Mittelpunkt des brandenburgischen Wirtschaftsgebietes. Der Verkehr hebt sich durch die Einrichtung der reitenden Post. Auch neue Industrien (Seide, Samt, Wolle, Leder) führt der Große Kurfürst ein und sucht im Sinne des Merkantilismus die Einfuhr fremder Erzeugnisse zu erschweren, die Ausfuhr aber zu erleichtern.

Zur Hebung des geistigen Lebens in seinen Landen begründet er die Universitäten Königsberg und Frankfurt a. d. O., denen unter Friedrich Wilhelm Duisburg für den Westen zur Seite tritt.

Friedrich I. König in Preußen 1701

Sein prunkfreudiger Nachfolger Friedrich III. gibt dem Staate den äußeren Glanz und durch die Erwerbung der preußischen Königskrone (1701) eine besondere, herausgehobene Stellung im Reiche (Titel: König in Preußen). Brandenburg ist jetzt durch die Verbindung mit dem nicht zum Reiche gehörigen Ostpreußen ein europäischer Staat, nicht mehr bloß ein Teil des Reichs. Preußische Truppen kämpfen ruhmvoll auf seiten des Kaisers gegen die Türken. Die Teilnahme am spanischen Erbfolgekrieg, um die Anerkennung des Kaisers für die preu-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ßische Königswürde zu erhalten, entzieht Preußen dem nordischen Kriege.

Preußen als europäischer Staat

Erst Friedrich Wilhelm I. kann nach dem Utrechter Frieden wirksam die preußischen Interessen gegen Schweden vertreten und erhält im Frieden von Stockholm 1720 den Lohn, um den der Große Kurfürst durch Frankreichs Eingreifen betrogen war, Vorpommern bis zur Peene. Einige kleine Erwerbungen fallen noch in die Regierungszeit Friedrichs I.: Moers, Lingen (1702), Tecklenburg, Neuchâtel (1707).

Besondere Pflege läßt der erste preußische König allen künstlerischen und wissenschaftlichen Bestrebungen angedeihen: Gründung der Universität Halle, der Akademie der Wissenschaften, der Künste, Bau des Schlosses, des Zeughauses, Schlüters Reiterstandbild des Großen Kurfürsten in Berlin.

Friedrich Wilhelm I.

Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm I. hat die zerrütteten Finanzen des Staates wieder in Ordnung gebracht und für die Kriege Friedrichs des Großen gefüllte Kassen hinterlassen.

Flotten- und Kolonialpolitik

2. Nach Vorbild der kolonialen Bestrebungen der westeuropäischen Staaten treibt auch der Große Kurfürst See- und Kolonialpolitik. Benjamin Raule stellt ihm Schiffe mit holländischer Besatzung gegen eine vereinbarte Entschädigung zur Verfügung. Sie beteiligen sich 1675—77 am Kriege und führen 1680 einen Kaperkrieg gegen Spanien, das die Subsidien schuldig geblieben ist. 1682 tritt die „Afrikanische Handelskompanie" ins Leben, ihr Sitz ist Pillau, dann Emden. Groß-Friedrichsburg an der Guineaküste ist die erste brandenburgische Kolonie (1683); Verträge mit 14 Häuptlingen sichern Land für Ansiedlungen, die Besetzung der Insel Arguin bei Cap Blanco erweitert sie (Niederlassung auf St. Thomas hat keinen Bestand). Handelsartikel sind Gummi und Straußenfedern, besonders einträglich ist der Sklavenhandel. Gegen holländische Feindschaft und französische Kaper läßt sich das Unternehmen nicht halten. König Friedrich Wilhelm verkauft die Kolonien 1721 an Holland. Es war ein „stolzer Irrtum".

XI. Das weltpolitische Ringen zwischen England—Frankreich und Habsburg—Frankreich.

1. Die große Allianz gegen Frankreich 1688 (3. Raubkrieg 1689—1697).
2. Der spanische Erbfolgekrieg 1701—1714, englische Politik des europäischen Gleichgewichts. Zusammenbruch der französischen Vormacht.

Frankreichs Ländergier

1. Nymwegen brachte keinen Frieden. In seinem unersättlichen Landhunger verlangt Ludwig die Abtretung aller der Gebiete, die mit seinen Erwerbungen von 1648, 1659 und 1678 im Elsaß und in den spanischen Niederlanden irgendwie einmal in Lebensverbindung gestanden haben. Die 1679 eingesetzten Reunionskammern hatten das festzustellen. Ganz Elsaß bringt er auf diese Weise in französische Gewalt. Mitten im Frieden 1681 läßt Ludwig sogar Straßburg besetzen. Die Bindung Österreichs im Osten begünstigt sein Vorgehen.

Denn immer noch hatte Österreich mit der ungarischen Rebellion zu kämpfen, die Ludwig im Rücken Österreichs angestiftet

hatte. Tököly, der Führer der Bewegung, schließt 1682 sogar ein förmliches Bündnis mit den Türken. 1683 hat Wien, von dem tapferen Grafen Rüdiger von Starhemberg verteidigt, eine achtwöchige Belagerung auszuhalten, bis das Entsatzheer die Stadt befreit und die Türken schlägt. Um Österreich nicht in einen Zweifrontenkrieg zu verwickeln, bestätigt der Regensburger Reichstag 1684 die bis 1681 erfolgten Reunionen auf 20 Jahre. Jedoch der Sieg bei Wien (1683) ist eine Schlappe für Frankreich.

Österreichs Zweifrontenkrieg

Der von Österreich gefürchtete Zweifrontenkrieg kommt doch. Als die Linie Pfalz-Simmern ausstirbt, erhebt Ludwig für seine Schwägerin Liselotte von der Pfalz Erbansprüche. Der Raub Straßburgs, die willkürlichen Reunionen, das französische Bündnis mit der Türkei, die Unterdrückung der Hugenotten einigen Deutschland. Eine mächtige Koalition, die große Allianz der europäischen Staaten kommt gegen Frankreich zustande. Denn auch England nimmt seit der glorreichen Revolution die alte feindselige Haltung gegen Frankreich wieder auf. So sind verbündet: Kaiser, Reich, England, Holland, Schweden und Savoyen. Lediglich zum Schutz der französischen Grenze läßt Ludwig die Pfalz planmäßig verwüsten, er muß sie jetzt aber räumen. Er unterstützt Jacob II. in seinen Ansprüchen auf den englischen Thron gegen Wilhelm III. von Oranien. Seine Niederlage in der Seeschlacht bei La Hogue bringt den Engländern die Beherrschung des Kanals. Ludwig beschränkt sich auf die Verteidigung. Der französischen Diplomatie gelingt es, die verschiedenen Interessen der Verbündeten zu trennen. Im Frieden zu Ryswyk 1697 räumt er das rechte Rheinufer, bekommt aber die Bestätigung für seine Reunionen im Elsaß und in der südlichen Pfalz. Seitdem (1697) ist der Rhein die Grenze, er blieb sie bis 1871. Der Weltkrieg hat dann das deutsche Elsaß-Lothringen abermals gewaltsam vom Reiche losgerissen.

Die Große Allianz gegen Frankreich

Der Rhein Frankreichs Grenze 1697

2. Ludwig XIV. hatte sich zu dem Frieden zu Ryswyk bereit finden lassen, weil die Entscheidung, wer den spanischen Thron erben sollte, unmittelbar bevorstand. Karl II., der letzte, aber kinderlose Habsburger auf dem spanischen Thron, starb 1700. Als Anwärter auf die Nachfolge erheben Ansprüche: Ludwig XIV. für seinen zweiten Enkel Philipp von Anjou, dessen Gemahlin die älteste Tochter Philipps IV., war, und ferner der deutsche Kaiser Leopold I. für seinen zweiten Sohn Karl. Die Parteien verabreden Teilung des Erbes. Karl II. jedoch hatte kurz vor seinem Tode Ludwigs Enkel als alleinigen Erben eingesetzt. Österreich aber kann diese gewaltige Machterweiterung des Bourbonenhauses nicht zugeben. So kommt es zum spanischen Erbfolgekrieg (1701—1714). Auf Frankreichs Seite stehen nur der Kurfürst von Bayern, der auf die spanischen Niederlande hofft, sein Bruder, der Erzbischof von Köln, außerdem Braunschweig-Wolfenbüttel. Gegen Frankreich sind verbündet: der Kaiser, Hannover, Brandenburg-Preußen, England, Holland, Savoyen und Dänemark: die „Große Allianz". England kann die Scheldemündung und die Nordseeküste nicht französisch werden lassen und kämpft gegen die Vormachtstellung Frankreichs.

Spanischer Erbfolgekrieg 1701/14

England will ein „europäisches Gleichgewicht" her-

Das „europäische Gleichgewicht"

stellen. In Europa sollen sich zwei Mächtegruppierungen mit ungefähr gleich starken Kräften die Waage halten. Sobald dieses Gleichgewicht irgendeine Störung erfährt, ist England bereit, auf die Seite des Schwächeren zu treten und von neuem dieses Gleichgewicht herzustellen. England selbst will seine Kräfte auf diese Weise frei verfügbar haben, um ungestört durch europäische Verwicklungen der Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne nachzugehen.

Der Krieg verteilt sich auf vier Schauplätze. Man kämpft in Spanien, in den Niederlanden, in Italien und in Süddeutschland. Prinz Eugens Feldherrnkunst vor allem erweist sich den Franzosen auf allen Schauplätzen überlegen. Aber als Ludwig schon zum Frieden geneigt ist und auf das spanische Erbe Verzicht leisten will, spannen die Verbündeten ihre Forderungen so hoch, daß Ludwig nicht darauf eingehen kann; der Krieg geht weiter. Der Sturz der englischen Kriegspartei (des Whigministeriums) durch die Tories und der Tod Josephs I. 1711 schafft eine neue, Ludwig befreiende Lage. Denn Karl VI., der Nachfolger Josephs I., war der letzte Erbe der österreichischen Habsburger, dem außer der Kaiserkrone auch das ganze spanische Erbe zugefallen wäre. Er hätte das Weltreich Karls V. wieder in seiner Hand vereinigt. Damit wäre aber das europäische Gleichgewicht völlig gestört und seine Macht bedrohlicher für Europa geworden, als die Verbindung von Frankreich und Spanien. Darum vermittelt England den Frieden zu Utrecht 1713. Der Bourbone Philipp V. bekommt Spanien mit den Kolonien. Doch soll Spanien nie mit Frankreich in einer Hand vereinigt werden. — England behält das 1704 besetzte Gibraltar, das den Zugang vom Atlantischen Ozean zum Mittelmeer beherrscht. In den Kolonien tritt Frankreich an England ab: Neufundland, Neu-Schottland und die Hudsonbailänder. — Holland bekommt das Besatzungsrecht in den Grenzstädten an der belgisch-französischen Grenze. Savoyen wird Königreich und gewinnt dazu Sizilien. Preußen erhält Geldern, Österreich die europäischen Nebenländer Spaniens: Niederlande, Mailand, Neapel. Nur das Reich geht leer aus. Aber Frankreichs Vormachtstellung in Europa ist erschüttert.

Erschütterung der französischen Vormachtstellung

XII. Machtverschiebung im nordöstlichen Europa.

1. Der nordische Krieg 1700—1721.

Zusammenbruch der schwedischen Ostseeherrschaft

In derselben Zeit, wo Frankreich in dem Kampf um seine Weltmachtstellung erliegt und sich mit einer Vormacht auf dem europäischen Festland begnügen muß, bricht im Osten die mit ihm verbündete schwedische Ostseeherrschaft zusammen. Rußland tritt als neue Großmacht in die europäische Staatenwelt ein.

Rußland war seit 1617 durch Schweden ganz von der Ostsee abgedrängt. Schwedens Versuch im schwedisch-polnischen Krieg, eine Verbindung an der Ostseeküste zwischen seinem vorpommerschen und livländischen Besitz herzustellen, war freilich gescheitert, aber sein derzeitiger

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bestand war im Frieden von Oliva 1660 gerettet, und auch im Frieden von St. Germain büßte Schweden trotz der Niederlagen gegen den Großen Kurfürsten nur ein kleines Stück am Oderufer ein. Karls X. Sohn und Nachfolger, Karl XI. (bis 1697), setzt gegen den schwedischen Adel das absolute Regiment des Königtums durch, wie es im benachbarten Dänemark schon seit 1655 bestand. Auch in Rußland wird zur gleichen Zeit durch Peter den Großen (1689—1725) der Einfluß der Kirche und des Adels gebrochen und der Absolutismus vollendet, zugleich der Cäsaropapismus begründet. Ganz im Sinne der absolutistisch regierten Staaten Westeuropas verfolgt Peter eine großzügige merkantilistische Handels- und Wirtschaftspolitik und sucht Anschluß an die Welthandelsstraßen durch territoriale Ausdehnung der russischen Herrschaft bis an die Küsten der Ostsee und des Schwarzen Meeres. Zar Peter der Große

Als der 15jährige Karl XII. auf den schwedischen Thron kommt, schließt Peter zur Verdrängung der Schweden aus den Ostseeprovinzen einen Bund mit ihren alten Gegnern Dänemark und Polen. Da gleichzeitig der spanische Erbfolgekrieg tobt, steht ganz Europa in Waffen gegeneinander. Von den deutschen Territorialstaaten hat auch Friedrich I. von Preußen Truppen für den Kaiser ins Feld gestellt und beteiligt sich darum nicht am nordischen Kriege. Der Kurfürst August II., der Starke, von Sachsen ist als König von Polen der Bundesgenosse Rußlands. Erst seit dem Utrechter Frieden tritt außer Hannover auch Preußen in den Krieg gegen die Schweden ein, um sie endlich aus Pommern zu vertreiben. Nach anfänglichen Siegen Karls XII. über Dänemark, über Peter bei Narwa und August den Starken (Verzicht auf die polnische Krone im Frieden zu Altranstädt), wendet sich das Glück, als er in die Ukraine einfällt, um die Kosaken zu gewinnen. Mit der entscheidenden Niederlage bei Poltawa 1709 bricht die schwedische Großmacht zusammen. Karl flieht zu den Türken und bestimmt sie, vorübergehend in den Krieg gegen Rußland mit einzutreten. Peter erkauft den Frieden mit ihnen durch Abtretung von Asow und erobert nun Livland und Estland (Gründung von St. Petersburg). In der Kapitulation von Riga verspricht Peter, den Deutschen die evangelische Religion und deutsche Sprache, Verwaltung und Rechtspflege durch Einheimische und nach deutschem Recht für ewige Zeiten zu gewährleisten. Das Land wird aber von Riga bis Rewal gründlich verwüstet. August II. kehrt nach Polen zurück. Den Verbündeten fällt auch Vorpommern in die Hände, die Preußen erobern Stralsund und Rügen. Karl kann nach abenteuerlichem Zuge von der Türkei her nichts mehr retten und kehrt nach Schweden zurück, um noch vor Abschluß eines Friedens die Dänen in Norwegen anzugreifen; vor Frederikshall fällt er. Der nordische Krieg

Preußens Erfolge

Preußen erhält im Frieden von Stockholm: Vorpommern bis zur Peene mit Stettin, Usedom und Wollin, an Hannover fallen Bremen und Verden. Rußland bringt der Friede von Nystadt die Ostseeländer von der Grenze Finnlands am Finnischen Meerbusen bis zur unteren Düna: Ingermanland mit Karelien, Estland und Livland.

Rußland neue Großmacht

Sein Aufstieg zur Großmacht ist der Anfang der englisch-russischen Gegnerschaft. Schweden aber ist zu einem Kleinstaat herabgesunken. Mit der Zurückdrängung der Schweden sind die Weser-, Elbe- und Odermündung wieder freigeworden.

Befreiung der deutschen Flußmündungen

XIII. Europa um 1740.

Frankreichs europäische Vormachtstellung.

Frankreich hat im Utrechter Frieden die Überlegenheit Englands zur See und in den Überseeländern anerkennen müssen, aber seine festländische Vormachtstellung ist unerschüttert. Die Bourbonen tragen die französische Königskrone, Bourbonen sind auch auf den spanischen Thron gekommen. Das zielbewußte Vordringen Frankreichs zum Rhein, als dem Zentralbecken Europas, gefährdet das auf dem Boden Mitteleuropas stehende Deutsche Reich. Freilich die wirtschaftlichen Kräfte des französischen Landes sind durch die ewigen Kriege Ludwigs XIV. völlig erschöpft. Lothringen, längst von französischen Erwerbungen eingeschlossen, fällt Frankreich zu. Denn als Stanislaus Leszcinski, der Schwiegervater Ludwigs XV., im polnischen Erbfolgekrieg gegen August II. unterliegt, erhält er im Frieden zu Wien 1738 Lothringen, das nach seinem Tode 1766 ganz in Frankreich aufgeht.

England beherrscht die Meere als erste See- und Kolonialmacht, auf dem Festlande sucht es ein Gleichgewicht der Mächte zu erhalten, wobei es die eigenen Interessen am besten vertreten und fördern kann.

Das Deutsche Reich als solches ist ohnmächtig. Fremde Mächte haben noch Reichsstandschaft: England für Hannover, Schweden für Vorpommern und Rügen, Dänemark für Holstein. Deutsche Fürsten besitzen zugleich auswärtige Gebiete: Sachsen hat Polen, Österreich die Niederlande und Ungarn, Brandenburg Preußen.

Österreich-Ungarn ist Großmacht geworden, hat siegreich die Türkengefahr abgewendet und nimmt durch den Umfang seiner Besitzungen (vgl. S. 33) nicht nur in Deutschland, sondern in Mitteleuropa die erste Stelle ein. Als Träger der Kaiserkrone hält Habsburg wenigstens äußerlich das Reich noch zusammen.

Um die spanische Anerkennung der Pragmatischen Sanktion (Nachfolge Maria Theresias in Österreich) zu erhalten, überläßt Österreich gegen Parma und Piacenza das Königreich beider Sizilien an eine spanische Nebenlinie. Herzog Franz von Lothringen bekommt als Entschädigung für Lothringen das Großherzogtum Toskana, das durch seine Vermählung mit Maria Theresia den habsburgischen Besitz vermehrt.

In Osteuropa ist Rußland in die Reihe der Großmächte eingetreten und hat Polen und Schweden in ihrer Bedeutung als Abwehrstaaten russischen Eroberungsdranges überrannt. Die russische Macht gebietet jetzt in der Ostsee. Die Ziele russischer Politik gehen aber weiter, gefährden die Nachbarstaaten und können die Machtgruppierung Europas entscheidend beeinflussen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XIV. Die Entwicklung zum russischen Staate.

1. Die warägische (normannische) Periode.
2. Die tatarische Eroberung Anfang des 13. Jahrhunderts. Kampf der Steppenvölker gegen die Waldbewohner.
3. Die Staatserneuerung durch die Kuriks von Moskau (Entwicklung bis 1689).
4. Erhebung des russischen Wald- und Steppenstaates zur europäischen Großmacht 1689—1796.

Geopolitische Grundlagen des russischen Staates

Rußland bildet den Übergang von Europa nach Asien. Das flache Tafelland mit seiner riesigen Ausdehnung steht nach Charakter und geologischem Aufbau im Gegensatz zum europäischen Schollen- und Faltengebirgsland, hängt dagegen eng mit dem nordasiatisch-sibirischen Tafelland zusammen.

Man unterscheidet vier von Südwesten in nordöstlicher Richtung verlaufende Vegetations- und Kulturgürtel: die Salzsteppe im Süden, die nördlich sich anschließende Park- und Wiesensteppe (Schwarzerdgebiet), weiter die Waldregion, endlich die Polarsteppe (Tundra). Ihr Einfluß ist in der geschichtlichen Entwicklung deutlich erkennbar. Waldbewohner und Steppenvölker machen sich fortwährend die Herrschaft streitig. Waldbewohner sind im Westen Slawen, im Osten Finnen und später Großrussen. Die Steppe öffnet sich immer neuen Vorstößen asiatisch-mongolischer Stämme.

völkische, kulturelle und politische Grundlagen

Die erste staatliche Entwicklung geht auf die von Norden her eingewanderten skandinavisch-germanischen Waräger zurück, die im mittleren Dnjeprtal unter den slawischen Stämmen ihre Herrschaft aufrichten mit Kiew als Mittelpunkt. Die von Konstantinopel her begründete griechisch-katholische Kirche trennt seitdem den griechisch-katholischen Osten von dem römisch-katholischen Westen. Der Kiewer Staat hat im 11./12. Jahrhundert seine größte Ausdehnung. Infolge innerer Wirren und Auflösung geht die Führung an das Moskauer Fürstentum über; aus westrussischen Kolonisten und einheimischen Finnen bildet sich hier das großrussische Volkstum. Schon der Warägerstaat hat gegen die Steppenvölker des Südens (Chasaren und Petschenegen) dauernd zu kämpfen und büßt schließlich seinen Bestand ein, weil es ihm nicht gelingt, sich auch zum Herrn der Steppe zu machen. Denn nun überflutet im 13. Jahrhundert (um 1220) ein neues asiatisches Eroberervolk das Steppenland, erobert Kiew und auch Moskau selbst.

Erst viel später haben die Waldbewohner sich freimachen und schließlich die Steppe unterwerfen können.

Rußland unter mongolischer Herrschaft

Mehrere Jahrhunderte hat Rußland unter der Herrschaft des Mongolenvolkes der Tataren gestanden, die hier ein großes despotisch regiertes Reich aufrichteten. Sie haben Rußland das stark asiatische Gepräge gegeben, das auch heute überwiegt. Und wenn „der Großrusse nicht entfernt das Maß von Bodenständigkeit wie der Mittel- und Westeuropäer besitzt“ (Vogel), so mag das ebenso auf die lange tatarische Einwirkung zurückzuführen sein, wie der gewaltige Ausbreitungsdrang der Russen, das großräumige Empfinden, wie es dem über weiteste

Russischer Ausdehnungstrieb

Gebiete herrschenden Nomaden- und Steppenvolk in gleicher Weise eigen war. Dieser mächtige Ausdehnungstrieb konnte sich in dem osteuropäisch-sibirischen Tiefland ungehindert entfalten im ungestümen Vordringen bis zum Stillen Ozean im Osten, bis zu den Hochgebirgen Zentralasiens, dem Kaspischen und Schwarzen Meer im Süden.

In Pamir und in Transkaukasien hat Rußland sogar die hemmenden Gebirgsschranken überschritten, ebenso im Westen den warägischen Grenzsaum. Es hat sich mit der Eroberung der baltischen Ostseeprovinzen, Polens, Litauens und Beßarabiens weit nach Mitteleuropa vorgeschoben. Der Osten Europas, der während des ganzen Mittelalters abseits der übrigen europäischen Entwicklung gestanden hatte, ist nunmehr dazu berufen, auch an dem Schicksal Europas bestimmend mitzuwirken. Das rastlose Vordringen gewinnt für den russischen Lebensraum Gebiete, die durch Klima, Bodenschätze (Erdöl, Mineralien), Fruchtbarkeit und Waldreichtum seine wirtschaftliche Kraft stärken, mit der gewonnenen Meeresküste seinen Handel beleben und ihm dadurch besonderen Anreiz verleihen. Aber zu stark hat das zaristische Rußland sich von diesen Zielen leiten lassen und nicht zugleich festigend und kulturaufbauend die innere Entwicklung und Organisierung dem Aufmaß der territorialen Ausdehnung angepaßt.

Russische Staatserneuerung

Nachdem Iwan III. (1462—1505) sich von der tatarischen Abhängigkeit frei gemacht und das ganze Waldland bis zur Peipuslinie und der Landenge zwischen Düna und Dnjepr und bis zur Seim-Desna im Süden seinem Reiche eingegliedert hat, beginnt mit Iwan dem Schrecklichen (1534—1584) der Kampf um die südliche Steppe und der Vorstoß über den Ural nach Sibirien. Die Übernahme westeuropäischer Kampfesweise, die Einrichtung des stehenden Heeres der Strelitzen kommt ihm dabei zugute. Er unterwirft die Chanate von Kasan und Astrachan (das Chanat der Krim bleibt noch unter türkischer Oberhoheit) und erobert Sibirien (Irtysch 1581). In den folgenden fünfzig Jahren wird ganz Sibirien russisch. Die sibirischen Jägervölker leisten nur geringen Widerstand.

Dagegen hat Iwan kein Glück an der russischen West- und Nordgrenze. Hier geht es im Kampf gegen Polen-Litauen um den Besitz des Dnjeprlandes, im Nordwesten um die Länder an der Ostseeküste, das Gebiet des Deutschen Ordens, das 1561 mit Estland an Schweden, mit Kurland und Livland an Polen übergeht (auch Karelien und Ingermanland fallen 1617 an Schweden). Von Archangelsk knüpft er Handelsbeziehungen und Freundschaft mit England an, das seitdem bis ins 19. Jahrhundert hin zu Rußland hält. Noch ist Rußland aber bei der lang anhaltenden Vereisung des Nördlichen Eismeeres ein Binnenstaat, ohne Ostsee und Schwarzes Meer zu berühren. Freilich auch von der Ostsee und dem Schwarzen Meer aus ist das offene Weltmeer nur durch schmale Fahrstraßen zu erreichen, die im Besitz fremder Mächte mit leichter Mühe gesperrt werden können. Das war und bleibt für Rußland eine unglückliche geopolitische Hemmung.

Binnenstaat

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Immerhin ist es das nächste Ziel russischer Politik, das Meer im Norden und Süden zu erreichen. Nachdem Alexis, der zweite Zar aus dem seit 1613 regierenden Hause Romanow, den von allen Seiten bedrängten Polen (1655—60 schwedisch-polnischer Krieg) Smolensk, Kiew und Tschernigow im Dnjeprgebiet abgenommen hat, erhebt Peter der Große Rußland zu einer europäischen Großmacht. Im nordischen Kriege (1700/21) gewinnt er mit Karelien, Ingermanland, Estland und Livland die nördliche Verbindung seines Staatsgebietes mit dem Meere und so auch mit dem Westen Europas, dessen Kultur er seinem Lande zuführen will. (Ansiedlung holländischer Bauern, Einführung von Kulturpflanzen [Hanf, Flachs], Schafzucht, Industrie und Bergbau, Aufnahme europäischer Literatur, Kunst und Staatsverwaltung.)

Drang zum Meere

Europäisierung Rußlands

Die asiatische Despotie Iwans des Schrecklichen, der als Nachfolger des griechischen Kaisers nach dem Untergang Ostroms (1453) zuerst den Kaisertitel annahm, übt auch Peter der Große in unumschränktem Sinne. Der Bau Petersburgs ist ein Ausdruck seiner Macht und seiner westeuropäisch eingestellten Politik. Ihre Fortführung und Vollendung findet sie unter Katharina II. (1762 – 96). Die Erweiterungen der Reichsgrenzen bis an die Nordküste des Schwarzen Meeres vom Dnjepr bis zum Kaukasus, die Erwerbungen aus den drei polnischen Teilungen bedeuten die Verwandlung Rußlands aus einem rein kontinentalen Wald- und Steppenstaat in eine europäische Großmacht (vgl. Vogel), deren Flügelstellung im Norden durch die Eroberung Finnlands (1809) und Beßarabiens im Süden (1812 unter Alexander I.) ausgerichtet wurde.

Großmachtstellung in Europa

Nur die Europäisierung Rußlands konnte diese Erfolge zeitigen. Europäische, besonders deutsche Beamte und Offiziere sind die tätigen Mitarbeiter am Staatsbau, die führenden Kräfte, während die Massen des Volkes, jahrhundertelang eingeschüchtert und geknechtet durch die tatarische Knute, nur willenlos mit verhaltenem Groll zu gehorchen gelernt haben und in Stumpfheit alles über sich ergehen lassen. Sie konnten niemals die führende Schicht tätiger Helfer im Staatsleben hergeben. Die Bedeutung Rußlands für die europäische Politik kennzeichnet seine Teilnahme am Siebenjährigen Krieg, an den polnischen Teilungen, an den Koalitionskriegen und den Napoleonischen Kämpfen. Nach der Vernichtung der Napoleonischen Macht hat es für Jahrzehnte infolge der Schwäche Preußens und seines Gegensatzes zu Österreich sogar die Führung in der Heiligen Allianz.

XV. Preußen — europäische Großmacht. England — Weltmacht.

1. Der erste schlesische Krieg 1740—1742 und der österreichische Erbfolgekrieg 1740—1748.
2. Der zweite schlesische Krieg 1744—1745.
3. und 4. Die weltpolitische Entscheidung zwischen England und Frankreich in den Kolonien 1754—1763.

Verschiebung des politischen Schwergewichts von Mittel- nach Westeuropa

1. Der Feudalismus des Mittelalters ist in Frankreich vollständig überwunden durch den absolutistisch regierten Einheitsstaat. Die Entwicklung führt in England zum parlamentarischen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ständestaat und in Deutschland zum dezentralisierten Ständestaat. Das Deutsche Reich zerfiel in lauter Einzelstaaten, es löste sich in die territorialen Landesfürstentümer auf. Die machtlose Zentralgewalt selbst verfiel der Auflösung. Bei der zentralen Lage Deutschlands sind die Folgen der Verlagerung des politischen Schwergewichts besonders schwer und verhängnisvoll. Früher der Mittelpunkt der abendländischen Staatenwelt, liegt Deutschland jetzt offen für fremdländischen Einfluß, für alle Machtgelüste und Eroberungsbestrebungen der Nachbarstaaten. Deutschland wird das Schlachtfeld Europas, auf dem die europäischen Kabinette und Armeen ihre Kämpfe austragen.

Kleinstaaterei in West- und Süddeutschland

Staatliches Leben, lebendige politische Kräfte gibt es nur in dem Landesfürstentum. Eine staatliche Neubildung Deutschlands kann darum nur von hier ausgehen. Der Westen Deutschlands, der Kern und das Zentralgebiet des alten Deutschen Reiches, war infolge der feudalistischen Zersetzung allzu großer Zersplitterung verfallen. Dagegen werden die beiden Staaten im deutschen Koloniallande des Ostens, die von der Zersetzung einigermaßen frei geblieben sind, Preußen im norddeutschen Tieflande und Österreich im Donaulande, die Zentren, von denen aus jetzt eine politische Neubildung erstrebt wird.

Kräfteballung in Ostdeutschland

Ein früherer Versuch Karls IV. von Luxemburg, der Böhmen zum Mittelpunkt machen wollte, war an dem Widerstand des tschechischen Volkes gescheitert. Ebenso mißglückte es Sachsen, mit dem Polen seit 1697 in Personalunion vereinigt war, sich durch eine territoriale Verbindung mit Polen eine umfassende und beherrschende Machtgrundlage zu schaffen. Es verliert seinen Einfluß vollends durch seine schwankende Politik, indem es sich bald auf Österreichs, bald auf Frankreichs Seite stellt. Auch Bayern muß von seinem Plan zurücktreten, eine katholische Großmacht des Wittelsbachischen Hauses in Süddeutschland im Kampf gegen Habsburg aufzurichten. Nach vorübergehendem Erfolge Karl Alberts von Bayern im österreichischen Erbfolgekriege 1740—48 (als Kaiser 1740—45) verzichtet sein Sohn Max Joseph 1745 im Frieden zu Füssen auf alle österreichischen Ansprüche.

Der Dualismus: Preußen-Österreich

Dagegen erhebt Friedrich der Große mit der Erwerbung Schlesiens und dem Siege über Maria Theresia in den drei schlesischen Kriegen Preußen zur Großmacht. Seitdem besteht der Dualismus zwischen Preußen und Österreich in Deutschland, der protestantischen Macht des norddeutschen Tieflandes und dem katholischen Staat im Donauland. Die Zukunft hat zu entscheiden, welcher Staat die Grundlage eines neuen Deutschen Reiches abgeben soll.

Preußens innerer Staatsaufbau

Die Erfolge Friedrichs des Großen sind undenkbar ohne die Verdienste seines Vaters Friedrich Wilhelms I., der den inneren Ausbau des brandenburgisch-preußischen Staates vollendet und die Grundlagen für eine so ungeheure Kräfteentwicklung, wie sie Friedrich der Große sich und seinem Lande zumutete, geschaffen hat. Strengste Sparsamkeit und meisterhafte Bewirtschaftung der Domänen hat die zerrütteten Staatsfinanzen gesunden lassen, die Staatserträge gesteigert. Handel und Gewerbe hat er nach den Grundsätzen des Merkantilsystems gehoben. Seine menschenarmen, z. T. verödeten Länder besiedelt er (15 000 Salzburger), die Bauern schützt er gegen Mißhandlung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

und regelt ihre Frondienste. Nach dem Vorbild des Großen Kurfürsten schafft er sich in einem schlagfertigen, glänzend durchgebildeten Heer und einem pflichttreuen Beamtentum unbedingt zuverlässige Stützen seines absolutistischen Regimentes und der Staatseinheit. Offiziere und Beamte durchdringt er mit dem ihm eigenen unerbittlichen Pflichtgefühl und seiner Leistungsfähigkeit. Er ist der oberste Kriegsherr, dem das Heer zu persönlicher Treue verpflichtet ist, er ist die Spitze der gesamten Landesverwaltung (Beseitigung der städtischen Selbstverwaltung, Einrichtung der Kriegs- und Domänenkammern, über ihnen Generaloberfinanz-, Kriegs- und Domänendirektorium). Der Adel stellt die Offiziere, der widerspenstige Feudaladel wird zum Staatsdienst verpflichtet, den ostpreußischen „Junkern" gegenüber „stabilisiert der König die Souveränität wie einen rocher de bronce".

Der preußische Geist

In dieser vom König ausgehenden Gesinnung, die auch auf das ganze preußische Volk übergeht, dem Geist der unbedingten Pflichterfüllung, der Ordnung, der Arbeitsamkeit, der unbedingten Unterordnung des einzelnen liegt das eigentliche Wesen des Preußentums, das Brandenburg-Preußen befähigt und berechtigt hat, die neue Einigung Deutschlands heraufzuführen.

Friedrich der Große

In seinem Sohne Friedrich II. findet diese Zeit vollkommensten Ausdruck. In harter Lebensschule vollzieht sich in ihm die ungeheure Wandlung vom heiteren Genußmenschen, dem französischen Schöngeist, zu dem hart arbeitenden, sich selbst verleugnenden Pflichtmenschen, dem ersten Diener seines Staates (aufgeklärter Absolutismus!). Auf persönliches Glück verzichtend, dem Unglück trotzend, verzehrt er seine Kräfte in unablässigem Schaffen für sein Volk und Land; er wird der Schöpfer des europäischen Großstaates Preußen. Als solcher wird er der deutsche Held, an dessen Taten sich das nationale Empfinden des Volkes zur Begeisterung entfacht.

Kampf um Schlesien

Sofort nach seinem Regierungsantritt macht er die aus dem Grimnitzer Vertrage hergeleiteten Erbansprüche auf Schlesien Österreich gegenüber geltend. Der letzte männliche Habsburger, Karl VI., war 1740 gestorben. Als Maria Theresia auf Grund der „Pragmatischen Sanktion", die noch ihr Vater bei fast allen europäischen Staaten zur Anerkennung gebracht hatte, die Regierung übernehmen will, erheben Bayern, Sachsen und die spanischen Bourbonen Ansprüche auf Nachfolge. Friedrich macht sich die Gunst der Verhältnisse zunutze, besetzt kurzerhand Schlesien (Schlacht bei Mollwitz) und bietet Maria Theresia dann seine Hilfe gegen ihre Gegner an. Aber Maria Theresia weist sie zurück. Inzwischen schließen sich Bayern (Karl Albert), Frankreich, Spanien, Neapel und Sachsen zu einem Bunde gegen Österreich zusammen, dem auch Friedrich beitritt. Die Kurfürsten wählen einstimmig Karl Albert (als Karl VII.) zum Kaiser. Da die Verbündeten Prag erstürmen, Wien bedrohen, Friedrich bei Chotusitz siegt, tritt Maria Theresia Schlesien und die Grafschaft Glatz im Frieden von Breslau ab, um sich nunmehr gegen die übrigen Feinde zu wenden (österreichischer Erbfolgekrieg). Sie findet Hilfe bei den Ungarn.

Österreichischer Erbfolgekrieg

Sachsen tritt vom Kriege zurück. England schließt, um seine alten Feinde Spanien und Frankreich zu treffen und Hannover zu schützen, ein Bündnis mit Österreich. Die europäischen Gegensätze, der englisch-französische Zweikampf um die Weltherrschaft und die Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Habsburg bestimmen die Mächtegruppierung. Auch Sardinien kämpft für Österreich gegen Spanien in Oberitalien.

2. Die Erfolge Maria Theresias und der „pragmatischen" Armee machen Friedrich II. um seinen schlesischen Besitz besorgt. Er fällt in Böhmen ein und sichert durch seine Siege im zweiten schlesischen Krieg bei Hohenfriedberg und Kesselsdorf seine Eroberung. (Friede zu Dresden 1745). Im Frieden zu Aachen 1748, der dem österreichischen Erbfolgekrieg ein Ende macht, findet Österreich die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion, büßt Parma und Piacenza in Italien (an eine spanische Nebenlinie) ein, behauptet im übrigen aber die Einheit Österreich-Ungarns.

Maria Theresia anerkannt

3./4. In der Zeit des dritten schlesischen (siebenjährigen) Krieges entscheidet sich auch das weltpolitische Ringen zwischen Frankreich und England um die Beherrschung des Weltmeeres und um den kolonialen Besitz in den übrigen Erdteilen. Die Niederwerfung Frankreichs zur See und in den Kolonien ist für England Hauptaufgabe und letztes Ziel. In Nordamerika, am Senegal in Afrika, in Indien und im Mittelmeer kämpft man um die Entscheidung. Die Siege (bei Lagos an der Südküste von Portugal und bei Quiberon) über die französische Flotte machen die Engländer zu Herren im Mittelmeer. Mit der Eroberung des Forts Duquesne 1758 (später Pittsburg) und Louisbourg auf Cap Breton sichern sie sich die St.-Lorenz-Mündung. Quebeck wird erobert (1759), auch Montreal eingenommen. Damit kommt Canada und das Mississippibecken in die Gewalt der Engländer. Auch die Senegalmündung verlieren die Franzosen, St. Louis fällt. Ebenso erfolgreich kämpfen die Engländer in Indien. Robert Clive nimmt Kalkutta ein und siegt bei Plassey 1757. Die weiteren Erfolge (Sieg bei Wandawash 1760, Eroberung von Pondichery) vertreiben die Franzosen völlig aus Indien. In dem Frieden zwischen England und Frankreich, der fünf Tage vor dem zu Hubertusburg 1763, in Paris abgeschlossen wird, erhält England von Frankreich Canada und das nach Süden anschließende Land bis zum Mississippi, ferner Senegambien, von Spanien Florida; in Indien wird Pondichery und Chandernagor den Franzosen zurückgegeben, Spanien erhält Louisiana westlich vom Mississippi. Spanien ist seit 1761 mit Frankreich verbündet, wird aber überall geschlagen (in Westindien wie in Ostasien).

Weltpolitisches Ringen zwischen Frankreich und England

Sieg Englands

Es sind Entscheidungen von weltgeschichtlicher Bedeutung. Die Weltgeschichte hätte einen anderen Verlauf genommen, wenn die französische Weltpolitik den Sieg behalten hätte. Für Frankreich war es verhängnisvoll, daß es seine Kräfte gleichzeitig auf dem Festlande festlegte, sie aber mit der doppelten Zielsetzung: Seeherrschaft und kontinentale Eroberung überspannte. So wird die angelsächsische Herrschaft in Nordamerika aufgerichtet, werden ihre Grundlagen in Indien gelegt. Dank der weitsichtigen, kraftvollen Politik seines großen Staatsmannes William Pitt und der ungeheuren Opfer des eng-

Frankreichs Kräfteüberspannung

lischen Volkes ist Großbritannien die erste Welt- und Handelsmacht der Erde. Pitt hat vollendet, was Cromwell und Wilhelm von Oranien (spanischer Erbfolgekrieg) begonnen hatten. Für die Niederwerfung der Niederlande hatte England Frankreich als Bundesgenossen, Frankreich selbst hat es mit Hilfe der Niederlande bezwungen. Den letzten Waffengang hat es mit eigener Kraft allein ausgefochten.

England erste Welt- und Handelsmacht

XVI. Preußen — europäische Großmacht.

1. Der siebenjährige Krieg 1756—1763.
2. Friedrich der Große nach 1760 in der Verteidigung. Der Umschwung 1762.

Der Verlust Schlesiens, das als Vorland des böhmischen Festungsvierecks seine besondere strategische Bedeutung hat, schmälerte die Grundlage der österreichischen Machtstellung in Deutschland. Der brandenburgische Staat mit der Oder als zentraler Verkehrsader, mit seinen preußischen und rheinischen Ländern, der mit der Erwerbung von Ostfriesland (1744) auch an der Nordsee Fuß faßt, ist das norddeutsche Gegengewicht zu Österreich geworden, sein Aufstieg zur europäischen Großmacht hat auch das europäische Gleichgewicht gestört. Der weltpolitische Gegensatz zwischen Frankreich und England ist mit den Kämpfen während des spanisch-österreichischen Erbfolgekrieges noch nicht zur Entscheidung gekommen, der Aachener Friede (1748) schiebt die Entscheidung nur auf.

Preußens Machtaufstieg

Störung des europäischen Gleichgewichts

In diesen Spannungen liegt der Grund für den siebenjährigen Krieg, in seinen Ergebnissen die europäische und weltpolitische Bedeutung.

Frankreich war im Begriff, im Rücken des englischen Besitzes in Nordamerika sich ein mächtiges Kolonialreich zu schaffen, das jede Entwicklungsmöglichkeit der englischen Kolonien unterbinden, Frankreich aber zur beherrschenden Kolonialmacht Amerikas erheben mußte. Auch in Ostindien spitzten sich die Gegensätze zu. England fürchtet im Falle eines englisch-französischen Krieges auch für Hannover. Wie es im österreichischen Erbfolgekriege Österreich als Festlandsdegen benutzt, so jetzt Preußen, das William Pitt im Vertrag von Westminster 1756 für sich gewinnt. Friedrich sieht in der Trennung Englands von Österreich eine Sicherung Schlesiens und einen Schutz vor russischem Angriff. Aber wider Erwarten läßt sich Frankreich durch seine Gegnerschaft zu England zu einem Bündnis mit dem weniger gefährlichen Österreich bestimmen (auch aus persönlichem Haß der Marquise v. Pompadour gegen Friedrich), dem auch Elisabeth von Rußland aus persönlicher Abneigung gegen Friedrich und Besorgnis vor der wachsenden brandenburgisch-preußischen Macht an der Ostsee beitritt (Hoffnung auf Ostpreußen; vgl. 1914). Schweden möchte Vorpommern zurückhaben, Sachsen (Minister Brühl), neidisch auf die Hohenzollernmacht, hetzt gegen Friedrich. Beide verstärken die Koalition gegen Preußen. Auch das Reich beschließt die „Exekution" gegen Friedrich.

Englands Weltpolitik

Bei dieser allseitigen Umfassung, bei der Absicht der Feinde, Preußen zu zertrümmern, steht Friedrich dem Großen ein Kampf um Sein oder Nichtsein bevor. Er zieht darum den Angriff der Verteidigung vor.

Preußens Selbstbehauptungskampf

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nach Überrennung Sachsens, der „Ausfalls- und Verteidigungsbasis", will er zunächst den gefährlichsten Gegner, Österreich, erledigen. Aber die Zähigkeit des sächsischen Widerstandes und seine Niederlage bei Kolin (trotz seines „ungeheueren moralisch-politischen Erfolges" bei Prag) läßt seinen Kriegsplan scheitern.

Friedrich hat bei dem nun beginnenden Umfassungskrieg der Verbündeten den Vorteil der inneren Linie für sich. Während der schwache Flankenschutz im Osten (Groß-Jägersdorf) und an der Weser (Hastenbeck, Konvention von Kloster Zeven) zusammenbricht, schlägt Friedrich die Franzosen und die „Reichsarmee" bei Roßbach und die Österreicher durch die schiefe Schlachtordnung bei Leuthen 1757. Schlesien ist gerettet.

Auch im folgenden Jahre (1758) behauptet sich Friedrich im Besitz von Sachsen und Schlesien, obwohl die Niederlage bei Hochkirch schwere Verluste bringt. Das Vordringen der Russen bringt er durch den Sieg bei Zorndorf zum Stehen und befreit die Neumark. Den Schutz der westlichen Flanke sichert Ferdinand von Braunschweig mit englisch-hannoverschen Truppen (Schlachten bei Krefeld 1758 und Minden 1759).

Das unglückliche Jahr 1759 bringt Friedrich in eine sehr kritische Lage. Die vereinigten Russen und Österreicher schlagen Friedrich vernichtend bei Kunersdorf. Der König selbst glaubt, alles sei verloren. Das gefährdete Berlin wird nur durch die Uneinigkeit der Gegner gerettet. Der Reichsarmee gelingt die Einnahme und Behauptung Dresdens. Die militärischen Kräfte, die finanziellen Mittel Friedrichs erschöpfen sich. In England sind nach dem Sturz des Pittministeriums die kriegsmüden Konservativen an die Regierung gekommen. Friedrich muß sich zur Münzverschlechterung entschließen.

Mit Aufbietung aller Energie und Willensstärke hält er sich und seine Sache in der Verteidigung (1760/61). Es gilt 1760, Sachsen, Schlesien und die Mark zu decken. Glatz geht zwar an die Österreicher verloren, aber Breslau, das Tauentzien gegen Laudon verteidigt, entsetzt Prinz Heinrich und hemmt den weiteren Vormarsch der Russen. Friedrich sprengt bei Liegnitz die drei ihn umschließenden österreichischen Heere und verhindert eine abermalige Vereinigung der Österreicher und Russen. Durch Ziethens Sieg bei Torgau gewinnt er Sachsen zurück, wo sein Heer jetzt Winterquartiere nehmen kann. Dresden bleibt aber in den Händen der Österreicher. Im Jahre 1761 vereinigen sich seit Kunersdorf zum erstenmal wieder Russen und Österreicher. Friedrich sieht sich genötigt, ein festes Lager bei Bunzelwitz zu beziehen: Stellungskrieg.

Friedrichs Lage ist verzweifelt schlecht. Die englischen Hilfsgelder bleiben aus. Er hat nur noch 60 000 Mann Feldtruppen. Laudon erobert Schweidnitz, die Russen Kolberg. Zu seinem Glück leidet die Stoßkraft der Feinde durch Zwistigkeiten im Oberkommando und Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung. Die Schweden gehen über die Peene zurück, die Franzosen über den Main. England treibt nach dem Regierungswechsel und dem Kriegseintritt Spaniens zu Friedensverhandlungen. Da bringt der Tod der russischen Kaiserin Elisabeth die

Rettung. Ihr Nachfolger Peter III. von Holstein-Gottorp, ein schwärmerischer Verehrer Friedrichs, verzichtet auf die russischen Eroberungen, Hinterpommern und Ostpreußen, schließt Frieden und ein Bündnis. Nach seiner Ermordung tritt seine Witwe und Nachfolgerin Katharina II. von dem Bündnis zurück, hält aber den Frieden. Auch Schweden scheidet aus. Die Anwesenheit der russischen Truppen verhilft Friedrich zu dem Siege über die Österreicher bei Burkersdorf, sein Bruder Heinrich schlägt das Reichsheer bei Freiberg.

Der Friede zu Hubertusburg zwischen Österreich, Preußen und Sachsen, und gleichzeitig der Friede zu Paris zwischen England, Frankreich und Spanien zieht das Ergebnis dieses Ringens (vgl. S. 52). Friedrich bleibt im Besitz Schlesiens. Er hat gegen eine Welt von Feinden die errungene Machtstellung behauptet. Friede 1763: Preußen Großmacht England Weltmacht

Um seine deutsche Grundlage wieder zu verbreitern und der maßgebende deutsche Territorialstaat zu werden, versucht Joseph II. nach dem Aussterben der regierenden Wittelsbacher Linie, Bayern an Habsburg zu bringen. Friedrich arbeitet dem entgegen. Sein Einmarsch in Böhmen (bayrischer Erbfolgekrieg) und der Druck Katharinas II. von Rußland, die eine Verschiebung des Zweimächteverhältnisses in Deutschland zu Österreichs Gunsten verhindern will, endlich die Vermittlung Frankreichs veranlaßt Österreich zum Verzicht auf diesen Plan. Nur das Innviertel kommt an Österreich. Als Joseph die österreichischen Niederlande (als Königreich Burgund) zum Tausch gegen Bayern anbietet, gründet Friedrich den Fürstenbund, um die Reichsordnung zu erhalten. Auf der Grundlage eines starken, in sich geschlossenen Staates hätten die katholischen Habsburger Deutschland von Süddeutschland und der böhmischen Naturfestung aus einigen können. Die österreichischen Niederlande wären mit dem Reiche verbunden geblieben. Das verhindert Friedrich. Österreich muß nachgeben. Aber auch die Erweiterung des Fürstenbundes zu einem norddeutschen Bunde unter Preußens Führung und damit die Lösung der deutschen Frage bleibt späterer Zeit vorbehalten. Friedrichs d. Gr. deutsche Politik

Nicht geringer als Friedrichs Verdienst um die Machtstellung Preußens sind die um die Wohlfahrt seines Landes und Volkes. Dafür setzt er sich in unermüdlicher, sich selbst verzehrender Arbeit ein.

XVII. Preußen und Österreich als Abwehrstaaten gegen Rußland. Die orientalische Frage.

1. Die Teilungen Polens.
2. Rußlands Ausbau seiner atlantischen Seestellung. Balkan- und Meerengenbefreiung.
3. Preußens Zweifrontenentwicklung.

1. Nach der Schwächung der polnischen Macht durch die schwedisch-polnischen Kämpfe (Livland an Schweden; Ostpreußen selbständig) und durch die russische Machtausdehnung (1667 größter Teil der Ukraine an Rußland) zerfällt Polen auch in seinem inneren Bestande unter der Zerfall Polens

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

unseligen Adelsherrschaft immer mehr. Das liberum veto, der Einspruch eines einzelnen, kann jeden Beschluß unmöglich machen. Kein Wunder, daß dieses politische Tiefgebiet dem Druck auswärtiger Mächte ausgesetzt ist, besonders seitdem Polen ein Wahlreich ist. Vor allem suchen Frankreich, Rußland und Österreich ihren Einfluß in Polen zu sichern. 1697—1733—1763 sind die Kurfürsten von Sachsen August II., der Starke, und August III. zugleich polnische Könige. August der Starke treibt Polen in die Wirren des nordischen Krieges. Er schon schlägt eine polnische Teilung vor.

Interessenpolitik der europäischen Mächte

Die Wahl Augusts III. unter dem Druck russischer Truppen erfolgt gegen die Absichten Frankreichs, das seinen Günstling Stanislaus Leszinski als Verbündeten im Rücken Deutschlands auf den polnischen Thron bringen will. Erst der polnische Erbfolgestreit bringt Stanislaus Leszinski zum Verzicht (1738) gegen eine Entschädigung durch Lothringen (vgl. S. 32).

Der polnische Adel spaltet sich in verschiedene, sich leidenschaftlich bekämpfende Parteien, von denen jede Auslandshilfe sucht (bei Rußland, Preußen, bzw. Frankreich, Türkei und Schweden). Die Nachbarländer hintertreiben Reformen, sie wünschen ein Fortbestehen der polnischen Anarchie. Als nach dem Tode Augusts III. Stanislaus Poniatowski, ein Freund Katharinas II., durch russische Gelder und Truppen die Königskrone von Polen gewinnt und russischer Einfluß in den folgenden Wirren immer mächtiger wird, da macht Friedrich der Große in St. Petersburg den Vorschlag einer Teilung. Ein um ganz Polen verstärktes Rußland wäre eine große Gefahr für die Nachbarstaaten (Preußen und Österreich) und die kulturpolitische Entwicklung Mitteleuropas gewesen. Die polnischen Teilungen 1772, 1793 und 1795 sind so das Ergebnis des völligen inneren Verfalls im polnischen Reiche wie der hemmungslosen Machtpolitik der Nachbarstaaten.

Aufteilung Polens

Anlaß zur Teilung 1793 bietet die Übertragung der erblichen Königswürde Polens auf die Wettiner, denen man den Machtzuwachs nicht gönnt. Eine Erhebung und Erstarkung des nationalen Widerstandes führt zur Auflösung des letzten Restes in der 3. Teilung 1795. Infolge der Beteiligung der drei Großmächte des Ostens ergibt sich ein vorläufiger Gleichgewichtszustand.

Gleichgewicht im Osten

2. Der wachsende Einfluß der Ostmächte, besonders Rußlands, drängt Frankreich aus der politischen Entscheidung um das östliche Gleichgewicht heraus. Frankreichs Ausschluß bei diesen Fragen beweist den 1763 besiegelten Niedergang seiner politischen Herrschaft in Europa. Da gleich Polen die Türkei durch Rußland bedroht ist, hetzt Frankreich die Türkei zum Kriege (1768). Aber Katharinas Heer und Flotte sind siegreich. Moldau und Walachei werden von den Russen erobert. Der Friede mit der Türkei zu Kütschück-Kainardschi (am Schwarzen Meer, südlich der Donaumündung) bringt Rußland den Zugang zum Schwarzen Meer. Katharina erhält die Krimhäfen (Kertsch an der Straße zum Asowschen Meer), das Gebiet zwischen dem unteren Bug und Dnjepr, 1792 bis zum Dnjestr

Rußland am Schwarzen Meere

erweitert, die Oberhoheit über die Tataren- und Kaukasusvölker. Die freie Durchfahrt durch die Dardanellen verbindet das Schwarze Meer mit dem Mittelmeer. Seitdem ist Konstantinopel in seiner beherrschenden Lage Ziel der russischen Politik. Mit dem 1774 übernommenen Schutz über die Christen der Moldau und Walachei (Donaumündung) bekommt Rußland Einfluß und Gelegenheit zum Eingreifen auf dem Balkan: „Die orientalische Frage" ist seitdem ein Angelpunkt der europäischen Politik. Die panslawistische Idee, Rußland als Vorkämpfer sämtlicher slawischen Völker, gibt dem neuen Nährboden.

Die orientalische Frage

Rußlands Balkanpolitik muß mit dem die Donau abwärts nach dem Balkan strebenden, von slawischen Bevölkerungsbestandteilen stark durchsetzten österreichisch-ungarischen Staat zusammenstoßen. Das Schicksal der Türkei steht dabei auf dem Spiele. — Mit den Erwerbungen aus der polnischen Teilung wächst Rußland über seine im warägischen Grenzsaum liegende natürliche Grenze vollends weit hinaus und wird eine vorwiegend europäische Macht. In ihren freilich nur teilweise erfolgreichen innerstaatlichen Reformen im Innern knüpft Katharina an die Bestrebungen Peters des Großen an (Verbesserung der Verwaltung, Kampf gegen die Leibeigenschaft, Errichtung von Schulen usw., Begünstigung von Handel und Bergbau). Sie hat die deutschen Kolonien an der Wolga und auf der Krim gegründet. Ihre größten Erfolge entspringen ihrem grenzenlosen außenpolitischen Ehrgeiz. Die verschwenderische Hofhaltung und die Kriege kosten allerdings ungeheure Summen; das Land verarmt. Kennzeichen des 18. Jahrhunderts sind das in Rußland bis dahin unbekannte Weiberregiment (Katharina I. 1725/27, Anna Iwanowna 1730/40, Elisabeth 1741/62, Katharina II. 1762/96), der Wechsel in der Herrschaft zwischen den Bojarengeschlechtern und den Ausländern, meist Deutschen, und damit zusammenhängend der Wechsel aufsteigender Zeiten mit überwiegend europäischem Einfluß und Zeiten des Verfalls und halbasiatischer Barbarei.

Innerrussische Verhältnisse

3. Friedrich der Große kann und will keinen neuen Krieg führen. Er muß sich zwischen Österreich und Rußland hin und her wenden und sie geschickt gegeneinander ausspielen, wie später Bismarck. Darum liegt es im preußischen Interesse, weder der einen noch der anderen Macht der Türkei gegenüber völlig freie Hand zu lassen, sie vielmehr, wie es England im 19. Jahrhundert und Bismarck 1878 tat, vor allzu starker Schwächung zu schützen, um das Gleichgewicht der Kräfte im Osten und Südosten Europas aufrecht zu erhalten.

Preußens osteuropäische Gleichgewichtspolitik

In der ersten und zweiten Teilung Polens fällt das ganze deutsche Kolonialland an Preußen, die Ordensgebiete Pomerellen, das Kulmer Land und Ermland. Damit ist auch die notwendige Verbindung zwischen Pommern und Preußen, zwischen Schlesien und der Ostseeküste hergestellt. Das Netzeland hat erst Friedrichs Fürsorge aus einem Bruchland zu nutzbarem Ackerland verwandelt, freilich die über Warschau hinausgreifenden Erwerbungen der dritten

Preußens Oststellung

Teilung machen Preußen zu einem halbslawischen Staat, wehren aber russisches Vordringen vorläufig ab.

Im Westen ist durch Erbgang 1744 Ostfriesland an Preußen gefallen. Dadurch hat sich in diesem Lande an der Emsmündung, das schon ganz von niederländischem Wesen durchdrungen war, dank der Macht und starken Eigenart des preußischen Staates die deutsche Kultur wieder durchgesetzt.

Preuß.-österreich. Ostfront gegen Rußland

Österreich verfolgt mit seiner Beteiligung an der polnischen Teilung die gleiche Abwehraufgabe gegen Rußland wie Preußen. Der deutsche Gegensatz beider Staaten bleibt aber bestehen, er hat eine besondere Schärfe im bayrischen Erbfolgekrieg angenommen. Österreich hat die Vertretung deutscher Reichsinteressen im Westen zugunsten seines Balkangebietes aufgegeben, seine Besitzungen und Rechte im Elsaß an Frankreich überlassen, es hat in die Abtretung Lothringens (1738 und 1766) eingewilligt und die Vermehrung seines italienischen Besitzes (durch die Entschädigung des Herzos Franz von Lothringen, des Gemahls der Maria Theresia) mit Toskana vorgezogen.

Österreichs Loslösung vom Reichskörper

Österreich „wächst aus dem Reiche heraus, Preußen aber wächst hinein" und übernimmt an Österreichs Stelle die Rheinwacht an der Westfront seines Landes und des Reiches. Friedrich der Große arbeitet darum mit allen Mitteln gegen Josephs II. Plan, Bayern für das Haus Habsburg zu erwerben und damit sein Übergewicht in Deutschland wiederherzustellen. So richtet sich auch der deutsche Fürstenbund Friedrichs des Großen gegen Österreich. Die deutsche Frage bestimmt die Geschichte Deutschlands für fast ein Jahrhundert.

Preußens Raumverbundenheit

XVIII. Der Zusammenbruch des ersten englischen Kolonialreiches. Neubau des Weltreiches.

1. Der Unabhängigkeitskrieg der nordamerikanischen Kolonien 1775–1783.
2. Das neue englische Kolonialreich in Vorderindien.
3. Die Grundpfeiler des neuen britischen Weltreiches.

Vom Absolutismus zum Verfassungsstaat

1. Der Absolutismus hat seine Aufgabe erfüllt, die Völker zu nationaler und staatlicher Einheit zusammenzuschließen und ihre wirtschaftlichen Grundlagen zu festigen und auszubauen. Jetzt drängt aber ein selbstbewußtes Bürgertum nach politischem Einfluß, nach Anteil an der Regierung. Auch Gedanke und Literatur der Aufklärung fördern die Zersetzung des Absolutismus. Der aufgeklärte Absolutismus ist ein Übergang zum Verfassungsstaat. Für die Erklärung der Menschenrechte, für den Aufbau der Staatsverfassung auf Grund der Volkssouveränität, wie sie in Europa sich zuerst in der französischen Revolution gewaltsam durchsetzt, ist die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika Vorbild und Vorläufer. Sie reißt 1776 dreizehn Staaten der englischen Kolonien Nordamerikas vom Mutterlande los.

Ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von England war groß. Seit sie von französischem Druck frei sind und volle Entwicklungsmöglichkeit fühlen, wächst ihr Verlangen nach Selbstverwaltung, während die Kolo-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nien im Sinne des Merkantilismus für das Mutterland nur Ausbeutungsländer sind. Das englische Parlament will ihnen zur Deckung englischer Kriegsschulden Steuern auferlegen. Die Kolonien wehren sich dagegen mit aller Entschiedenheit und verweigern auch aus Grundsatz den Teezoll, den England als Ausdruck seiner Oberhoheit allein bestehen lassen will. Die Versenkung einer Teeladung im Hafen von Boston gibt den Anlaß zum Unabhängigkeitskrieg Nordamerikas. Als England den Hafen sperrt, erheben sich die Kolonien unter Erklärung der Menschenrechte. Der amerikanische Kongreß spricht am 4. Juli 1776 die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten aus. George Washington organisiert die nationale Verteidigung. Steuben, ein alter Offizier Friedrichs des Großen, übt die Milizen ein. Bei Saratoga kapituliert ein englisches Heer. Benjamin Franklin vermittelt ein Bündnis mit Frankreich und Spanien, auch Holland erklärt Krieg an England.

Unabhängigkeit der V. St. 1776

Frankreich schickt Hilfsgelder, Schiffe und 1780 auch Truppen Lafayette). Die Kapitulation der Engländer bei Yorktown entscheidet den Sieg der Amerikaner und den Verlust der dreizehn englischen Kolonien mit dem westlich angrenzenden Gebiet bis zum Mississippi (im Frieden zu Paris 1783).

Die Vereinigten Staaten werden ein Bundesstaat auf Grund der Volkssouveränität mit Trennung der Gewalten. Die Gesetzgebung hat der Kongreß, bestehend aus Repräsentantenhaus und Senat. Im Senat hat jeder Freistaat zwei Vertreter (auf 6 Jahre), zum Repräsentantenhaus wählt das Volk seine Vertreter (auf 2 Jahre): eine Vereinigung von Bundesstaat und Staatseinheit. Die Vollzugsgewalt hat der Präsident, der alle 4 Jahre neu gewählt wird. Er ernennt selbständig seine Minister und die Beamten, leitet die auswärtige Politik und hat gegen Kongreßbeschlüsse ein aufschiebendes Veto. Im Kriege ist er Oberbefehlshaber (Zentralgewalt). Die Einzelstaaten haben für ihre Angelegenheiten Selbstverwaltung (Repräsentantenhaus, Senat, Gouverneur).

Verfassung der V. St.

Das früher französische Canada hat während des Krieges treu zu England gehalten. Es bekommt dafür 1791 eine Verfassung. Zum ersten Male hat sich das Selbstbestimmungsrecht eines ganzen Volkes (nicht wie in den Niederlanden und in England der Widerstand einzelner Stände) durchgesetzt. England hat ein mächtiges Kolonialgebiet verloren, aber gleichzeitig in Indien große Fortschritte gemacht; das indische Reich wird nun der Ersatz für Nordamerika.

Canada Dominion

Indien Reichsprovinz

2. Die Eroberung Indiens führen Robert Clive 1765—72 und Warren Hastings 1773—85 weiter, sie endet mit der Unterwerfung von fast ganz Dekhan. 1773 wird die Regierung Indiens völlig umgestaltet. An Stelle der bisherigen Alleinherrschaft der ostindischen Kompagnie tritt die Staatsaufsicht. Indien wird Reichsprovinz unter einem königlichen Generalgouverneur („Vizekönig").

3. Großbritannien wird zum britischen Weltreich. Seine Grundpfeiler treten auf der Karte klar heraus. Von dem spä-

Das britische Weltreich

teren australischen Besitz besteht Ende des 18. Jahrhunderts allein Sidney, wo 1788 eine Sträflingskolonie angelegt wird.

Freihandelsprinzip

Der Entwicklung seines Handels und dem Wirtschaftsleben seines Landes glaubt England am besten durch Einführung des Freihandels zu dienen, wie ihn Adam Smith im Anschluß an die französischen Physiokraten (Quesnay) vertritt. An die Stelle staatlicher Bevormundung der Wirtschaft (Merkantilismus) soll im Sinne der natürlichen Ordnung, in der die Freiheit herrscht, auch die Freiheit der Wirtschaftsführung treten, für die der Staat nur die nötige Sicherheit zu gewährleisten hat (laisser faire, laisser aller).

Gleichzeitig schafft sich die englische Industrie ihre Überlegenheit durch die Erfindung der Dampfmaschine (1770), der Spinnmaschine (1768), und des mechanischen Webstuhls (1787). Die Industrie nimmt nun die durch das Bauernlegen aus ihrem Besitz verdrängten Bevölkerungsschichten auf. England wird Industriestaat.

England Industriestaat

Die Landwirtschaft geht von der Dreifelderwirtschaft zur intensiven Bewirtschaftung und Bodenausnutzung über. Die kleinen Bauern gehen bei dieser Umstellung zugrunde. 1689 gab es noch 180 000 freie Bauern in England, 100 Jahre später sind sie fast ganz verschwunden. Das Bauernlegen und die Entwicklung zum Großgrundbesitz bedingen sich gegenseitig.

Untergang des Bauernstandes

XIX. Deutschland 1792.

Die deutsche Kleinstaaterei.

Die Neuzeit vollendet die Nationalstaatenbildung, die universalstaatliche Entwicklung ist abgetan.

Wesen des Universalstaates

Ein besonderes Merkmal universalstaatlichen Wesens ist das unentwegte, zügellose Streben in die Weite, das triebhafte Bemühen, immer neuen Boden zu gewinnen, neue Räume dem Staatskörper anzugliedern. Beschränkung kennt es nicht, weil es gegen seine Übermacht kein Hemmnis gibt.

Räumliche Ausweitung

Auf eine rein räumliche Staatserweiterung ist es abgesehen, nicht auf eine Bereicherung an Bevölkerung; wenn sie sich nicht fügt, wird sie verpflanzt oder vernichtet. Diese Raumpolitik übernehmen auch die zu staatlicher Einheit herangereiften Nationalstaaten, wenigstens zu Beginn ihres Großmachtstrebens bis ins 17. Jahrhundert, da es die bisher gewohnte staatliche Betätigung st und es für gesunde, lebenskräftige Wesen das Natürliche ist, nach allen Seiten wachsend sich auszudehnen. Über ein Zwischenstadium künstlich befestigter Grenzen bei ebenbürtigen oder unzureichenden Kräften (vgl. den Festungsgürtel Vaubans im Norden und Nordosten Frankreichs zur Zeit Ludwigs XIV. und die Militärgrenze Österreichs gegen Südosten) geht das Streben nach Beherrschung geschlossener Zweclandschaften als einer für Angriff und Verteidigung geeigneten Basis (vgl. das Ringen u aß) und weiterhin unter strategischen Gesichtspunkten nach Abrundung des Staatsgebietes, Verkürzung der Verteidigungsgrenzen, ndem man

ungünstige Ecken und Winkel abschneidet. Die Nationalversammlung Frankreichs verkündet diesen Grundsatz 1789. Schon vorher hat Österreich 1714 die spanischen Niederlande nur mit inneren Bedenken aus diplomatischen Gründen übernommen. Friedrich der Große ist bereit, seine rheinischen Besitzungen gegen Entschädigung durch Sachsen aufzugeben, um ein geschlossenes Staatsgebiet zu erhalten (vgl. die Beschränkung Österreichs 1815). Neben militärisch günstigen Bedingungen berücksichtigt man auch die für den Verkehr in Frage kommenden Vorteile der Lage, wenig dagegen in dieser Zeit noch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte.

Die Politik des europäischen Gleichgewichts beschränkt die Bewegungsfreiheit, hemmt die Befriedigung des Ausdehnungstriebes. Es bleibt der Trieb, er muß sich aber gleichsam nach innen wenden und durch eine intensive Raumwirtschaft so viel an neuen Werten für die Machtentwicklung des Staates aus dem vorhandenen Staatsraum herausholen, daß der Verlust an flächenmäßigem Raumgewinn einen Ausgleich findet. Es vollzieht sich mit der nationalstaatlichen Großmachtbildung der Übergang von einer „räumefressenden" zu einer „räumewertenden und hegenden" Politik, wie es schon in den Gesichtspunkten bei der Grenzregulierung zum Ausdruck kommt, oder (wie Martin Spahn es auch noch formuliert,) „es erfolgt die Nationalisierung des auswärtigen politischen Denkens und Handelns zu geordneter, planmäßiger Bewirtschaftung des von einem Staat für seine Machtzwecke benötigten Raumes". So kommt es darauf an, alle Kräfte des Raumes restlos zu erfassen und zu möglichster Entfaltung zu bringen. Neue Raumpolitik der Nationalstaaten

Daher beobachten wir überall das Bemühen um eine ständige Verbesserung der Verwaltung, damit steigende Leistungen erzielt und neue Aufgaben vorbereitet werden können. Es werden neue Behörden eingerichtet, ein fähiges, pflichttreues Beamtentum herangezogen, in weitgehendem Maße die Zweige des öffentlichen Lebens staatlich beaufsichtigt und geregelt. Neue Verwaltungsgebiete werden geschaffen. Dabei verkümmert freilich die gesunde Selbstverwaltung.

Die Verwaltung erfaßt auch die in dem Staatsboden verwurzelte Bevölkerung. Nur wenn sie mehr und mehr diese organisierende Staatsarbeit unterstützt, kann ihr Erfolg beschieden sein. Staatsraum und Staatsvolk in ihrer Verbundenheit bilden den Staat und erzeugen die notwendigen staatlichen Lebenskräfte. Deswegen kann ein Binnenmeer, so gewiß die Küsten bindende Kraft ausüben, doch nicht Grundlage einer Großmacht werden. Beweis dafür ist der schnelle Verfall solcher um ein Binnenmeer entstandener Staatsbildungen (Knut der Große, Waldemar II., Hanse, Schweden). Nur dort, wo im Boden das Staatsvolk seine Nährkraft und für seine Verwurzelung die tragfähige Grundlage hat, haben Großmachtbildungen sich lebensfähig und dauerhaft erwiesen. So treiben die neuzeitlichen Staaten eine zielbewußte Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik. Der Große Kurfürst, Friedrich der Große, Maria Theresia, Joseph II., Katharina II. be- Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik

mühen sich um stärkere Besiedlung; dem Schutz der Bauern im 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts folgt ihre Befreiung, wie später die Fürsorge für die industrielle Arbeiterschaft. Vorbeugende Maßnahmen dienen der Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft. Der Fürsorge Preußens wie Österreichs verdankt der Handwerkerstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts seine Erhaltung.

Selbstgenügsamkeit des Staates

Der Merkantilismus erstrebt Selbstgenügsamkeit des Staates, schützt die nationale Arbeit. Reges Wirtschaftsleben verlangt günstige und schnelle Verbindungsmöglichkeiten, Wasser- und Landstraßen, später Eisenbahnen, Postwesen usw. Sie machen jetzt erst Paris zum eigentlichen Mittelpunkt Frankreichs und geben der zerstreut liegenden Hohenzollernmacht einen gewissen Zusammenhalt.

Im Sinne dieser staatlichen Bindung kämpfen die Fürsten für Einheit des religiösen Bekenntnisses, da der Glaube bis zu Beginn der Neuzeit die einzig wirksame geistige Bindung gewesen ist.

Absolutismus – Staatliche Machtsteigerung

Die Erschließung aller Quellen durch die staatseinwärtsgewandte Raumwirtschaft faßt alle so gewonnenen Kräfte zusammen zur Steigerung der staatlichen Macht; der Staat mehrt den Wohlstand der Bevölkerung und den Reichtum des Landes, um als Gegenleistung höhere Steuern und persönliche Opfer für den Staat zu fordern; die persönliche Bewegungsfreiheit wird dabei unterbunden. Der preußische Drill und Militarismus stammt aus dieser zwangsläufigen Entwicklung. Der Herrscher ist absolut, nicht überall wie in Preußen der erste Diener des Staates. Das ganze staatliche Leben erfährt zweifellos eine starke Erhöhung und Schwungkraft. Stütze und wesentlichster Machtfaktor des Staates ist das Heer.

Staatsstützen: Beamtenschaft und Heer

Aus dem widerspenstigen Feudaladel wird durch die Staatserziehung Friedrich Wilhelms I. eine treue, zuverlässige, opferbereite Stütze, er stellt dem König die Offiziere für das Heer und gibt ihm durch seinen Gutsbesitz Rückhalt im Lande.

Auffallend wenig ist die Finanz- und Kreditwirtschaft ausgebildet. Nach einem kurzen Aufblühen unter Karl V. ist sie sehr schnell wieder verfallen. Im 17. und 18. Jahrhundert häufen sich die Staatsbankerotte. Ein Glück für Preußen, daß den verschwenderischen Friedrich I. der sparsame Friedrich Wilhelm I. ablöste, der seinem Nachfolger einen ansehnlichen Staatsschatz hinterließ und die Durchführung seiner Kriege überhaupt erst ermöglichte.

Gerade das Schicksal Deutschlands beweist die große Bedeutung zweckvoller Raumwirtschaft, läßt die großen Nachteile und Verluste deutlich werden, die das Fehlen solcher Kräfte und Arbeiten dem staatlichen und wirtschaftlichen Bestande des Landes einbringen.

Preußischer und österreichischer Einheits- und Rechtsstaat

Der Innenbau des preußischen und österreich-ungarischen Staates hat in der Richtung der vorher geschilderten Raumwirtschaft unter Friedrich dem Großen wie unter Maria Theresia und ihrem Sohne Joseph II. große Fortschritte gemacht. Sie finden den Weg zum Einheitsstaat, zum Rechtsstaat (allgemeines preußisches Landrecht; Bürgerliches und Strafgesetzbuch Josephs II.). Die ständischen Unterschiede zwischen Adel, Bauern und Bürgern bleiben

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

noch bestehen, jedoch Verpflichtungen zu Staatsleistungen und Schutz der bedrückten Schichten ergänzen sich zur Stärkung und Hebung ihres Wertes für den Staat. Jetzt erst wird Duldung gewährt. Wirtschaft, Handel, Siedlungswesen werden nach den Grundsätzen des Merkantilismus („Autarkie" des Staates) gefördert.

In Preußen bleibt es nur bei der Grundlegung einer neuen Reichs entwicklung. Denn Friedrich steht zwar an der Spitze fast des ganzen außerösterreichischen Deutschlands (Fürstenbund) gegen Österreichs bayrische Pläne und gegen die Versuche, seinen Einfluß im Reich zu erhöhen (Stifterbesetzung mit österreichischen Erzherzögen), fordert aber aus diesem Gegensatz heraus, obwohl er selbst im Kampfe gegen das Reich emporgekommen ist, die Erhaltung des Reichsbestandes und seiner Verfassung, die längst unhaltbar geworden war. Eine Reform der Reichsverfassung kann darum nicht daraus erwachsen. Friedrich Wilhelm II. nimmt auch Holland nicht in den Fürstenbund auf, wie Karl August von Weimar vorschlug, um es dadurch wieder in das Deutsche Reich hereinzuziehen. Gegen die Aufteilungspläne Rußlands und Österreichs in der europäischen Türkei tritt er im Bunde mit Holland in England und Schweden für die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts zugunsten der Türkei ein, wie vor ihm Friedrich der Große. Die schwere Erschütterung Österreichs durch den Aufstand in Belgien und in Ungarn läßt Preußen für eine Befestigung seiner deutschen Stellung unbenutzt. Als Leopold II. die Pläne seines Vorgängers Joseph II. aufgibt, wird der Fürstenbund gegenstandslos und zerfällt. „Die Ergebnisse sind also für Deutschland lediglich negativ: Der Verzicht auf jede Reform der Reichsverfassung, die Lockerung des von Friedrich begründeten Verhältnisses zwischen Preußen und Rußland, eine scharfe Spannung zwischen Preußen und Österreich und das tiefe Mißtrauen der Wittelsbacher gegen die österreichische Politik."

Verzicht auf Reichsreform

Dynastische Gegensätze in Deutschland

Österreich im Südosten bildet zwar eine durch die Donau verbundene geographische Einheit, mit der auch das zum Elbgebiet gehörige böhmische Festungsland eng zusammenhängt, zusammengehalten durch das Wiener Becken mit der Hauptstadt Wien, die die kürzesten Verbindungslinien von den einzelnen Ländern her aufnimmt. Aber der größte Teil des österreichisch-ungarischen Staates liegt außerhalb der deutschen Reichsgrenze, ist außerdem durch die verschiedene Nationalität seiner Völker (Deutsche, Niederländer, Oberitaliener, Ungarn und Slaven) in seinem staatlichen Zusammenwachsen sehr behindert (vgl. Aufstände in den Niederlanden und Ungarn). Die Versuche Josephs II., seine kaiserliche Macht zu stärken, scheitern am Widerstande Preußens. Die Erzbischöfe von Köln, Mainz, Trier, die gemeinsam in der Emser Punktation gegen den Papst ihre selbständige Gerichtsbarkeit zu behaupten versuchen, müssen sich Rom fügen, da der Kaiser diese Bewegung zu einer deutschen Volkskirche nicht unterstützt.

Österreichs Stellung zum Deutschen Reiche

Vergegenwärtigt man sich die Kleinstaaterei im übrigen

Reiche, die Zerrissenheit und Zersplitterung (besonders im Westen) in zahllose kleinere und größere Gebiete, die selbst wieder oft weit auseinander liegen, so begreift man die Unfähigkeit zu verwaltungsmäßiger, militärischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, die steigende Auflösung und politische Ohnmacht des Reiches. Die „Fürstenrepublik" hat man es bezeichnet. Überall regieren die Fürsten absolutistisch, nicht überall mit dem Verantwortungsgefühl eines Friedrichs des Großen oder Josephs II. In rein privatrechtlicher Auffassung ihrer Stellung und in Ermangelung des Pflichtgefühls leben sie oft lediglich ihren Vergnügungen, verlangen von ihren Untertanen unerhörte Leistungen, treiben einen oft schwungvollen Soldatenhandel (Karl Eugen von Württemberg, Karl von Braunschweig, Friedrich von Hessen-Kassel).

Das Deutsche Reich eine Fürstenrepublik

Während in diesen Ländern Verarmung und gänzliche Rechtlosigkeit die Folgen sind, haben die aufgeklärten Fürsten nach dem Vorbild Friedrichs des Großen sich um ihre Länder verdient gemacht (die große Landgräfin Karoline von Darmstadt, Friedrich August von Sachsen, Karl August von Sachsen-Weimar).

Die Residenzen der Kurfürsten wurden Stätten hoher Kultur, Weimar die Stadt Goethes, Herders, Wielands und Schillers. Politisch gesehen sind die Ergebnisse rein negativ.

XX. Zertrümmerung des alten Reiches. Frankreichs europäische Machtpolitik und Vormachtstellung 1792—1805.

1. Der Rhein — Deutschlands Grenze 1797—1801. Die Säkularisationen 1803.
2. Der Rheinbund. Napoleons Herrschaft.

Die französische Revolution.

In dem Zusammentreffen und Zusammenwirken einer Reihe von tiefgreifenden Ursachen politischer, wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Art entsteht in Frankreich eine Gesamtlage, aus der heraus die Bewegung gegen die unumschränkte Stellung des Königtums zum gewaltsamen Durchbruch kommt und eine neue Epoche der Weltgeschichte eröffnet.

Die französische Revolution ist als geistige Bewegung durch die Gedanken und Schriften der „Aufklärung" vorbereitet, die ihrerseits von der Renaissance und dem von ihr geforderten Recht der Persönlichkeit auf Selbständigkeit und Selbstbestimmung ausgeht (Gedankenfreiheit, Duldung). Nicht der Glaube als übernatürliche Offenbarung oder die kirchliche Autorität (Dogma) gibt uns die Wahrheit über alles Bestehende, sie wird vielmehr nur von der Vernunft, der Ratio, gefunden. Aus der Erfahrung schöpft sie die Erkenntnismittel für die Erklärung der Welt.

Die französische Aufklärung

Dieser Rationalismus findet zuerst in England durch Bacon und Locke seine Ausbildung. Auf denselben Grundlagen der Erfahrungsphilosophie und der Vernunftreligion steht die neue Staatsrechtslehre Lockes, des Begründers der Idee der Volkssouveränität und des Parlamentarismus. Auch der Staat wird vernunftgemäß

Der Rationalismus in England

erklärt, die geschichtliche Entwicklung dabei völlig außer acht gelassen. Nach dem Naturrecht sind alle Menschen von Natur her gleich frei, durch einen Vertrag begeben sich die Einzelmenschen ihres Rechtes zugunsten der Staatsgewalt. Vom Volke also hat der Staat seine Gewalt. Gegen die Verletzung von Freiheit und Eigentum aber besteht das Recht des Widerstandes.

Naturrechtliche Staatsauffassung

In Frankreich durchdringt diese rationalistische Gedankenwelt die philosophische Weltbetrachtung und alle Lebensgebiete. Die englische Gewaltenteilung, wie sie Locke als vernunftgemäß zu erweisen sucht, übernimmt Montesquieu. Die Lehre von der Teilung der Staatsgewalt in eine gesetzgebende, ausführende und richterliche ist für die amerikanische und französische Revolutionsverfassung maßgebend. Es verbinden sich damit Forderungen der vernunftgemäßen Verehrung eines höchsten Wesens, der religiösen Duldung, eines vernunftgemäßen Sittengesetzes (Deismus; Voltaire).

Gewaltenteilung

Rousseau gründet in seinem contrat social den Staat auch auf die Volkssouveränität, die die vollziehende Gewalt ein- und absetzt. Aber die Herrschaft der Vernunft bekämpft er. An ihre Stelle tritt bei ihm das Gefühl. Nicht Verstandeskultur erhöht die Menschen, sondern Rückkehr zur Natur. Damit können alle sittlichen, wirtschaftlichen und sozialen Nöte überwunden werden, denn alle Menschen sind im tiefsten Wesen gleich. In den pietistischen Strömungen der Theologie, im Sturm und Drang der Dichtkunst, in der Philosophie Kants gewinnen die Kräfte Leben, die den Nationalismus überwinden.

Rousseaus Contrat social

Kritik an den bestehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen lag allzu nahe: Die äußere Politik des Ancien Régime hatte mit ihrer doppelten Zielsetzung die Kräfte des Landes überspannt, sie hatte aber nicht nur keine Erfolge gebracht, vielmehr den Verlust des großen Kolonialreiches in Nordamerika und den Zusammenbruch der französischen Eroberungspolitik (Friede 1697 zu Ryswyk, 1713 zu Utrecht, 1763 zu Paris). Dagegen hat Frankreichs schlimmster Gegner England die Überlegenheit zur See gewonnen. Frankreichs Vorherrschaft auf dem Festlande haben die Niederlagen im siebenjährigen Krieg erschüttert. Das alles geht zu Lasten des Ancien Régime.

Mißerfolge der französischen Außenpolitik

Wie in der Außenpolitik ein Mißverhältnis zwischen den gegebenen Machtgrundlagen und den verfolgten Zielen offenkundig ist, so haben sich im Innenleben des Staates unerträgliche Spannungen entwickelt.

Innere Schwierigkeiten in Frankreich

Die Verwaltung des Landes ist am Hofe des Königs straff zentralisiert, seine absolute Herrschaft setzt an die Stelle des mittelalterlichen Lehns- und Ständestaates den modernen nationalen Einheitsstaat, indem er den weltlichen und geistlichen Herren ihre Hoheitsrechte nimmt und so alle feudalen Teilgewalten aufhebt. Trotzdem läßt er dem Adel seine sozialen und wirtschaftlichen Rechte und seine ausgedehnten Besitzungen. Da diese ursprünglich nur eine Entschädigung für die Übernahme öffentlicher Dienstleistungen waren, nach deren Fortfall aber doch bestehen blieben, so

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

haben sie ihre Berechtigung verloren, sind also ungerecht. Unbillig erscheint auch die Bevorzugung des Adels im Heere und am Hofe. Besonders bitter empfindet man seine völlige Freiheit von der Grund- und Vermögenssteuer, während der Bauer von der schweren Steuerlast erdrückt wird und der Staat selbst trotz aller Reformversuche aus der Geldnot nicht herauskommt.

Politische Forderungen des Bürgertums

Gegen die aus dem absoluten Staat überkommene Gesellschaftsordnung kämpft auch das Bürgertum (die Bourgeoisie). Es ist selbst durch die merkantilistische Wirtschaftspolitik des Absolutismus hochgekommen, mit der Entwicklung von Handel und Industrie zu Wohlstand und Geld gelangt. Dem entspricht aber nicht seine gesellschaftliche und politische Geltung. Darum ist es fest entschlossen, diese sich zu erkämpfen.

Der absolutistische Einheitsstaat hat Paris jetzt ganz zum beherrschenden Mittelpunkt gemacht. Mit dem hier vereinigten Heer von Beamten und Truppen wächst die Bevölkerung schnell. Das zieht Industrien an und bringt eine zahlreiche Arbeiterschaft nach der Hauptstadt, die im Jakobinertum der Revolution zur Herrschaft kommt.

Das Proletariat in Paris

All diese Gegensätze und Spannungen deckt die Aufklärungsliteratur als vernunftwidrig auf und bringt sie in der Revolution zur Entladung.

Das Königtum weicht Schritt für Schritt vor den Forderungen des „dritten Standes“ zurück und richtet sich selbst mit seiner Nachgiebigkeit zugrunde. Der Geldnot gegenüber selbst ohnmächtig, versammelt der König die seit 1614 nicht mehr einberufenen Generalstände. Als Gegengewicht gegen Adel und Geistlichkeit verdoppelt er die Zahl der Bürgervertreter. Trotz seiner anfänglichen Forderung auf getrennte Beratung und Abstimmung der Stände fügt er sich dem gegenteiligen Beschluß der bürgerlichen Abgeordneten (Schwur im Ballhause), erkennt sie als Nationalversammlung an und nötigt die Vertreter des Adels und der Geistlichkeit, ihr beizutreten.

Die Schwäche des französischen Königs

Constituante 1789

Auch das königliche Heer ist unzuverlässig, der König militärisch ohnmächtig. Die Pariser Volksmasse erstürmt die Bastille (14. Juli 1789). Erhebungen in der Provinz und Bauernaufstände folgen und drängen zu entscheidenden Beschlüssen. In der Nachtsitzung vom 4. zum 5. August werden alle Vorrechte ohne Entschädigung aufgehoben. An Stelle der alten Standesgliederung tritt die Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Der drückende Absolutismus fällt. Die Erklärung der Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit befreit und erhebt die Nation. Das Kirchengut wird eingezogen, die Staatsdomänen werden verkauft zur Deckung der Staatsschulden (John Law), sodann zur Schaffung neuer Bauernstellen. Die Neuverteilung des Landes bringt etwa die Hälfte des Bodens in die Hand mittlerer und kleinerer Bauern. Von den 3—4 Millionen Bauernfamilien hat etwa die Hälfte kaum ein Hektar Land. Da Erbteilungen solcher Wirtschaften unmöglich sind, ist das französische Zwei- und Einkindersystem die natürliche Folge. Frankreich wird das Land der Kleinbürger.

Erklärung der Menschenrechte

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Inzwischen wird die Stimmung in Paris immer bedrohlicher. Man zwingt König und Nationalversammlung, von Versailles nach Paris überzusiedeln. Ihre Beratungen und Entschlüsse kommen unter den Terror der revolutionären Klubs. Mirabeau, der befähigte Führer des tiers état, will eine konstitutionelle Monarchie, stirbt aber schon im April 1791. Der ratlose König entschließt sich zur Flucht, wird aber unterwegs festgehalten. Die Nationalversammlung gibt Frankreich 1791 eine Verfassung: die konstitutionelle Monarchie. Der König nimmt sie an. Die Gewalten werden geteilt (Einkammersystem). Die Volksvertretung hat die gesetzgebende, der König die ausübende Gewalt. Die Geschworenengerichte sind unabhängig.

Konstitutionelle Monarchie

In der neuen, nicht auf ständischer Grundlage, sondern nach parteipolitischen Grundsätzen gewählten gesetzgebenden Versammlung überwiegen die Republikaner, die gemäßigten Girondisten und die auf die Pariser Massen sich stützenden Jakobiner.

Legislative 1791

Das Eingreifen des Auslandes und die Zwitterstellung des Königs, der den Krieg will, aber auf die Waffenerfolge der Ausländer hofft, um den inneren Feind zu überwinden, macht dem Königtum ein Ende.

Die französischen Emigranten betreiben eine Gegenrevolution mit Hilfe des absolutistischen Europas. Österreich und Preußen befürchten ein Übergreifen der Revolution auf ihre Länder und erwägen ein Eingreifen. Die Girondisten zwingen Ludwig XVI. zur Kriegserklärung gegen die Verbündeten, denn die weltbürgerliche Revolutionsidee drängt auf Befreiung aller unterdrückten Völker („Zeitalter der Ideenpolitik"). Der Angriff der vereinigten Preußen, Österreicher und Emigranten, das drohende Manifest des Herzogs von Braunschweig treibt die Pariser Massen zum Sturm auf die Tuilerien. Der König wird einstweilen des Thrones enthoben, eine allgemeine Volksbewaffnung angeordnet und eine neue Nationalversammlung, der Nationalkonvent, einberufen, um dem Lande die republikanische Verfassung zu geben.

Nationalkonvent 1793

Die Führung geht an die radikalen Jakobiner über. Durch Massenmorde, die der jakobinische Justizminister Danton ruhig geschehen läßt, schüchtern sie die Wähler ein. So kommt es, daß im neugewählten Nationalkonvent die Jakobiner, gestützt auf die Pariser Massen, das Übergewicht haben. Neben ihnen bilden die Girondisten den rechten Flügel der republikanischen Partei im Parlament. Einstimmig erklären sie das Königtum für abgeschafft und Frankreich zur Republik. Der König wird wegen Hochverrats angeklagt, verurteilt und enthauptet (Januar 1793).

Frankreich-Republik

Das Revolutionstribunal und der Wohlfahrtsausschuß sollen die Regierung gegen Versuche einer Gegenrevolution stützen. Das revolutionäre Heer hilft den Nationalkonvent von den Girondisten reinigen. Man beschließt nun eine republikanische, streng zentralistische Verfassung. Sie legt dem Konvent alle Gewalt bei (keine Gewaltenteilung!), ist aber nicht in Kraft getreten.

Das Eingreifen des Auslandes bedroht den Bestand Frankreichs. England bringt die erste Koalition (1793) gegen Frankreich zustande.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Alle Kräfte Frankreichs müssen aufgeboten werden, um dem äußeren und inneren Feind gewachsen zu sein. Man versucht, es durch eine Organisation des nationalen Widerstandes (Carnot: Volksbewaffnung) und eine Schreckensherrschaft im Innern zu erreichen. Ein Vollzugsausschuß aus Mitgliedern des Parlamentes, „der Wohlfahrtsausschuß", reißt die Diktatur an sich (Robespierre). Die Guillotine räumt schrecklich unter den Gegnern auf. Nach außen vertritt Robespierre rein nationale Ziele: Der Rhein soll die natürliche Grenze sein. Frankreich nimmt damit die Machtpolitik Ludwigs XIV. wieder auf. Rhein- und Scheldemündung werden französisch (batavische und rheinische Republik!).

Schreckensherrschaft des Wohlfahrtsausschusses

Nationalistische Außenpolitik

Aber die Gewaltherrschaft im Innern treibt das Bürgertum zum Widerstand, die Bauern im Lande (Vendée) erheben sich, die Machthaber beargwöhnen sich gegenseitig. Robespierre läßt Danton hinrichten. Dem Widerstand aus den eigenen Reihen und der Gegnerschaft der Gemäßigten erliegt Robespierre endlich. Nach seiner Hinrichtung treten die Girondisten wieder in den Konvent ein. Ein gemäßigtes Regiment beginnt, es behauptet sich, indem es gleich entschlossen einen jakobinischen und royalistischen Aufstand niederschlägt.

Auflehnung des Bürgertums gegen die Gewaltherrschaft

Der Konvent gibt Frankreich dann die dritte Revolutionsverfassung, die nach Montesquieus Grundsatz wieder streng die Gewalten trennt. Die Vollzugsgewalt hat ein Direktorium von 5 Männern, die Gesetzgebung haben 2 Kammern: der Rat der 500 und der Rat der Alten (das Direktorium 1795—99). Aber neue Parteikämpfe, der Staatsbankerott, die Bedrängung durch äußere Feinde geben Napoleon die Handhabe zu einem Staatsstreich. Er läßt sich zum ersten Konsul machen. (Die Konsulatsverfassung von 1799 ist die vierte Revolutionsverfassung.)

das Direktorium 1795

Die Konsulatsverfassung 1799

XX, 1. Die Girondisten haben Ludwig XVI. zur Kriegserklärung an Österreich veranlaßt. Mit Österreich ist Preußen verbündet. Gleich Österreich fürchtet es, die Revolution könnte auch im eigenen Lande Fuß fassen. Der Herzog von Braunschweig rückt bis Verdun hin vor, zieht sich aber nach der ergebnislosen Kanonade von Valmy nach dem Rhein zurück. Der französische Gegenstoß dringt bis Aachen vor, Mainz und vorübergehend auch Frankfurt werden von den Franzosen erobert. Nach der Besitznahme Belgiens (der österreichischen Niederlande) durch die Franzosen und der Hinrichtung Ludwigs XVI. tritt auch England dem preußisch-österreichischen Bündnis bei. Wieder hat Frankreich seine alten Gegner Österreich und England gegen sich. England fürchtet, eine Besetzung der flandrischen Küste durch französische Kräfte werde Frankreich wieder die europäische Vormacht in die Hand geben und die Basis für einen Angriff auf England werden. Ein übermächtiges Frankreich ist für England unerträglich. Die englische Forderung, Belgien zu räumen, beantwortet die französische Republik mit der Kriegserklärung. Dumouriez erobert Holland, aber die altgedienten Truppen der Österreicher nehmen den Franzosen

1. Koalitionskrieg 1792–1797

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

die Eroberungen wieder ab (Mainz!). Jedoch vor den neuaufgestellten Volksheeren (Führer: Hoche, Pichegru, Jourdan) müssen die Verbündeten zurückweichen. Preußen tritt ganz vom Kriege zurück und schließt den Frieden zu Basel 1795, um die Hände gegen Polen frei zu bekommen. Das linke Rheinufer wird den Franzosen gegen eine Entschädigung auf dem rechten Rheinufer überlassen, Holland zur batavischen Republik erklärt. Frankreich erkennt dagegen die Neutralität Norddeutschlands an. Außer der polnischen Frage veranlaßt Preußen der Gegensatz zu Österreich zum Rücktritt. Der folgerichtige Schritt wäre ein Zusammengehen mit Frankreich gewesen. Preußen zieht aber die Neutralität vor und erlebt dadurch ein Jahrzehnt des Friedens (Zeit Schillers und Goethes), aber es arbeitet zugleich der Auflösung des deutschen Reiches und der Aufrichtung einer französischen Herrschaft in Europa vor.

Friede mit Preußen 1795

Napoleon übernimmt 1796 — erst 26 Jahre alt — den Oberbefehl in Italien. Seine geniale militärische Begabung trägt ihn schnell an die Spitze Frankreichs, als Politiker freilich erliegt er seinem grenzenlosen Ehrgeiz, seinem Eroberer- und Herrscherdrang. 1796 macht sich Napoleon in unaufhaltsamem, siegreichem Vormarsch zum Herrn von Oberitalien und rückt auf Wien vor. Seit 1796 ist Spanien im Bunde mit Frankreich und verstärkt seine Mittelmeerstellung. England räumt das Mittelmeer. Bei St. Vincent 1797 glückt Nelson freilich ein glänzender Sieg über die französische Flotte. Inzwischen zwingen aber Napoleons Siege Österreich zum Frieden von Campo Formio (1797). Gegen die Anerkennung der Cisalpinischen Republik und die Abtretung der Niederlande und des linken Rheinufers erhält Österreich Venedig. Die deutschen Fürsten sollen für ihre linksrheinischen Gebietsverluste durch geistliches Gebiet östlich des Rheins entschädigt werden, worüber in Rastatt nähere Entscheidungen getroffen werden sollen. „Frankreich ist Meister bis zum Rhein, Gebieter der batavischen, der cisalpinischen und ligurischen, bald auch der römischen und der helvetischen Republik, fortgesetzt im Bunde mit Spanien“ (Schäfer).

Napoleon

Friede mit Österreich 1797

Für England ist die Lage recht bedrohlich. Es steht nur noch allein von den Koalitionsmächten gegen Frankreich im Felde. Frankreich aber bedroht von der Rheinmündung die englische Gegenküste und hat mit seinen Eroberungen in Italien eine entscheidende Machtstellung im Mittelmeer gewonnen.

Die Gegner: England–Frankreich

Ein direkter Angriff auf England kommt nicht zur Ausführung. Napoleon entschließt sich dagegen, Ägypten zu besetzen, um England in seinem indischen Besitz zu bedrohen. Die Überfahrt glückt, durch Zufall entgeht er der englischen Mittelmeerflotte, die Mameluken werden in der Schlacht bei den Pyramiden geschlagen, Ägypten wird unterworfen. Die Türkei erklärt den Krieg an Frankreich und verbündet sich mit Rußland und England. Die Angriffe auf die Türken bricht Napoleon vor Akkon ab. Aber Nelsons Sieg bei Abukir schneidet dem französischen Heer die Rückkehr ab.

Rußland will die Aufrechterhaltung des Zustandes im Osten, tritt

für die französischen Emigranten und den Malteserorden ein und bekämpft die Umtriebe der Franzosen in Polen. Österreich ist bestrebt, Frankreich aus Italien zu verdrängen. So kommt es zur 2. Koalition zwischen Rußland, Österreich und England (1798—1801).

Der 2. Koalitionskrieg 1798–1801

Große Erfolge der Verbündeten in Norditalien, innere Unruhen in Frankreich veranlassen Napoleon zur Rückkehr nach Paris ohne sein Heer.

Zunächst befestigt er seine Stellung und läßt sich nach gewaltsamer Beseitigung des Direktoriums zum ersten Konsul mit diktatorischer Gewalt machen (1802 lebenslänglich). Die siegreichen Schlachten bei Marengo und Hohenlinden führen zum Frieden zu Luneville (1801), der den von Campo Formio bestätigt. England ist wieder isoliert, es erklärt sich im Frieden zu Amiens bereit, alle seine Eroberungen in der außereuropäischen Welt wie im Mittelmeer herauszugeben, bis auf das bisher holländische Ceylon und Trinidad.

Abtretung des linken Rheinufers 1797 und 1801

Der Reichsdeputationshauptschluß von Rastatt 1803 entschädigt die deutschen Fürsten nach den Weisungen Frankreichs durch säkularisierte geistliche Gebiete und Zuweisung kleinerer Reichsstädte. Napoleons Absicht ist es, die Kaisermacht zu erschüttern. Dem dient die Aufhebung der geistlichen Fürstentümer, darum bildet er Mittelstaaten, die als Bundesgenossen wertvoll sein können, aber zu schwach sind, um ohne Anlehnung an eine Großmacht (Frankreich) etwas zu bedeuten. Baden, Württemberg, Bayern bekommen in Süddeutschland den größten Gebietszuwachs. In Norddeutschland vergrößert er Preußen etwa um das Sechsfache seines ehemaligen linken Rheinbesitzes, um in ihm eine Stütze gegen das englische Hannover zu bekommen.

Entschädigung der deutschen Fürsten

2. Frankreich selbst stört aber den Frieden auf dem Festlande und besetzt Hannover. Auch England sind seine in Amiens gemachten Zugeständnisse bald leid. Es weigert sich, Malta zu räumen, worauf Napoleon wegen der Bedeutung der Insel für die Mittelmeerbeherrschung gerade großen Wert legte. Es ging um alles. Ein siegreiches Frankreich würde nicht nur England, sondern ganz Europa in Knechtschaft schlagen. So kämpft England für die eigene Existenz und Machtstellung, ebenso für die Freiheit der übrigen europäischen Mächte. Napoleon scheint eine Landung in England beabsichtigt zu haben. Rußland fühlt sich in seinen Interessen durch das Einrücken Napoleons in Neapel bedroht, da von Apulien aus der Balkan gefährdet ist. So kommt die dritte Koalition zwischen England, Rußland, Österreich zustande (1805).

3. Koalitionskrieg 1805

Englands Seesieg und Seeherrschaft

Nelson siegt zwar 1805 bei Trafalgar und sichert damit die englische Herrschaft zur See; auf dem Festlande aber erreicht Napoleon den Höhepunkt seiner Erfolge mit dem Feldzuge von 1805 und seinem Siege in der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz (konzentrischer Angriff, Vernichtungsstrategie, überraschender Übergang von der Verteidigung zum Angriff). Der Friede zu Preßburg 1805 kostet Österreich zum ersten Male Teile seiner

Erblande: Tirol, Vorderösterreich, Vorarlberg. Tirol bekommt Bayern, Oberschwaben fällt an Württemberg, der Breisgau und Konstanz an Baden. Bayern und Württemberg werden Königreiche, Baden Großherzogtum. Die kleinen weltlichen Fürsten werden mediatisiert, das bedeutet wieder Machtzuwachs für die Mittelstaaten.

Der Rheinbund – Ende des alten Deutschen Reiches 1809

Die süd- und westdeutschen Mittel- und Kleinstaaten machen jetzt dem alten deutschen Reiche mit der Gründung des Rheinbundes 1806 ein Ende. In ihm vereinigen sich 16 Reichsstände, die sich als souverän erklären und unter französisches Protektorat treten, in Wirklichkeit aber französische Untertanen werden. Kaiser Franz II. legt die römische Kaiserkrone nieder und nennt sich hinfort „Kaiser von Österreich". Napoleon hatte sich 1804 zum erblichen Kaiser der Franzosen wählen lassen.

Die geistlichen Gebiete, die vielen kleinen und kleinsten staatlichen Bildungen, reichsfreie Grafen und Ritter, die reichsfreien Städte (bis auf 5) sind verschwunden, die unerträgliche staatliche Zersplitterung im Westen Deutschlands ist beseitigt. Unfreiwillig hat Napoleon einem Neubau des Deutschen Reiches vorgearbeitet.

XXI. Preußens Zusammenbruch 1806—1807. Frankreich auf der Höhe seiner Macht. Napoleons Ende.

1. Die Unglücksjahre 1806/1807.
2. Napoleons Weltpolitik. Der Umschwung 1812.
3. Befreiungskriege 1809 und 1813. Der Herbstfeldzug 1813.
4. Die Feldzüge in Frankreich und Belgien 1814—1815.

Folgen der Neutralität Preußens

1. Der Neutralität Preußens verdankt es Napoleon, so schnell die Auflösung des Deutschen Reiches erreicht zu haben. Von zwei Seiten bald umworben, bald bedroht, von Frankreich im Westen, der russischen Macht (Alexander I.) im Osten, ist Preußen in eine in der Tat außerordentlich schwierige Lage geraten. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. kann sich zu keinem festen Entschluß durchringen, in einer neutralen Haltung sieht er den besten Ausweg. Für Napoleon ist Preußen wegen seiner Gegnerschaft zu Österreich und Hannover-England wertvoll. Mit Preußen allein hat Napoleon darum noch nicht die Waffen gekreuzt. Rußland drängt Preußen vergeblich zum Anschluß an die Koalition. Als Friedrich Wilhelm sich endlich dazu entschließt, ist es zu spät. Bei Austerlitz ist die Entscheidung gefallen. Der Schönbrunner Vertrag (Haugwitz) ist eine schmähliche diplomatische Niederlage.

Ausbau der französischen Kontinentmacht

Von einem neuen direkten Angriff auf England sieht Napoleon ab, er sucht vielmehr, wie bisher, seine Stellung auf dem Kontinent auszubauen. Mit Preußen schließt er ein Schutz- und Trutzbündnis, behandelt es aber trotzdem mit ausgesuchter Rücksichtslosigkeit. Das eben an Preußen überlassene Hannover (gegen Abtretung von Kleve und Ansbach) bietet er wieder England an. Friedrich Wilhelm hat nur die Wahl, auf jegliche Handlungsfreiheit zu ver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zichten und ganz Werkzeug Napoleons zu werden, oder sich mit Waffengewalt gegen die französische Herrschaft zu wehren. Napoleon verlangt von Preußen energische Abrüstung. Das preußische Ultimatum an Napoleon, Süddeutschland zu räumen, bedeutet den Krieg. Doch den rechten Augenblick dazu hat Preußen verpaßt; Aussicht auf Erfolg ist nicht vorhanden. Preußen steht allein. Nur Rußland befindet sich noch im Kriegszustande, kann aber zunächst kein Heer zu Hilfe senden. Von den mitteldeutschen Staaten treten Sachsen, Hessen-Kassel, Braunschweig und Weimar auf preußische Seite, ohne eine wirksame Hilfe zu sein. Preußens Heer und Staat brechen mit der Niederlage bei Jena und Auerstädt zusammen.

Zusammenbruch des absolutistischen Preußens

Das französische Heer war nicht nur zahlenmäßig überlegen, es hatte vor allem eine geniale Führung und war kampferprobt. Dem preußischen Staat fehlte jegliche Widerstandskraft. Es war noch der absolutistische Staat der herrschenden Dynastie, die innere Bindung des Volkes an den Staat fehlte; die unter der Einwirkung der französischen Revolution stehende deutsche Aufklärung hatte ein Nationalgefühl zu wenig aufkommen lassen. Ein wirklich inneres Staatsleben war nicht vorhanden. Bei aller Kopflosigkeit, der Flucht des Heeres, den traurigen Festungskapitulationen sind Gestalten wie Blücher, Gneisenau, Nettelbeck, Courbière doch Beispiele großen persönlichen Heldentums.

Alexanders russische Bundesgenossenschaft war sehr unzuverlässig. Als Friedrich Wilhelm nach der russischen Niederlage bei Friedland vom Zaren im Stich gelassen wird und von Napoleon bis in den äußersten Winkel Ostpreußens zurückgedrängt ist, schließt er den Frieden zu Tilsit. Preußen wird aufs tiefste gedemütigt (vergeblicher Bittgang der Königin Luise), das ganze Land westlich der Elbe muß abgetreten werden. Daraus wird mit Kurhessen, Braunschweig und Hannover ein Königreich Westfalen gebildet, das Napoleon seinem Bruder Jérôme gibt. Die polnischen Gebietsteile Preußens (außer Westpreußen) kommen an die Wettiner (Großherzogtum Warschau). Preußen bleibt nur ein Pufferstaat zwischen Frankreich und Rußland und muß sich zur Zahlung einer schweren, nicht bezifferten Kriegskontribution verpflichten, bis zu deren Erledigung die preußischen Festungen besetzt bleiben.

Preußen – ein Pufferstaat Napoleons

2. Napoleon ist auf dem Höhepunkt seiner politischen Macht. Der Tilsiter Friede bahnt ein Bündnis Frankreichs mit Alexander von Rußland an; Alexander läßt sich von der Aussicht leiten, mit Napoleon die Herrschaft Europas zu teilen. Napoleon überläßt ihm darum das polnische Bialystok und willigt in die Eroberung Finnlands und der Donaufürstentümer. Für Napoleon ist das Entscheidende ein Bündnis der europäischen Festlandmächte gegen die englische Seemacht, die seit Nelsons Sieg bei Trafalgar die unbestrittene Herrschaft zur See hat. Dieses Zusammengehen der Festlandmächte verdrängt den politischen Einfluß Englands vom Kontinent. Da Napoleon sich nicht getraut, England in seiner Insellage direkt anzugreifen, so will er es wirtschaftlich schädigen und womöglich niederzwingen. Darum verhängt er 1806 die Kontinental-

Kontinentalpolitik gegen England

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sperre über England. Dem Verbot des Handels mit englischen Waren und der Blockade Englands folgen englische Gegenmaßnahmen. Napoleon erreicht gerade das Gegenteil. Hatte er gehofft, Englands Wirtschaft zu vernichten, so leiden vielmehr die europäischen Länder selber am schwersten; überall stockt der Handel; die Länder verarmen, auch der neutrale Handel leidet schwer, und schließlich vermitteln nur englische Schiffe den Warenaustausch. England vermehrt außerdem seinen Kolonialbesitz durch Besetzung französischer, dann holländischer und spanischer Kolonien und festigt dadurch seine Seeherrschaft.

Erweiterung der Kontinentalsperre

Napoleon sucht die Kontinentalsperre in allen Küstenländern wirksam zu machen. Rußland kann Finnland für sich erobern, in dem dadurch geschwächten Schweden wird nach einer Revolution der französische Marschall Bernadotte Kronprinz. Dänemark freilich kann wegen der englischen Beschießung seiner Hauptstadt und der Wegnahme seiner Flotte das Bündnis mit Frankreich nicht halten. Auch die atlantische und Mittelmeerküste soll England gesperrt werden. Portugal wird darum besetzt (1807), Spanien mit französischen Truppen überflutet, König Karl IV. und sein Sohn Ferdinand VII. zur Abdankung genötigt und verhaftet. Napoleon ruft seinen Bruder Josef von Neapel als König nach Spanien. Etrurien wird mit Frankreich vereinigt (1808). Auch der Kirchenstaat wird aufgelöst (1808), da der Papst sich gegen die englische Aussperrung sträubt; er selbst kommt in französische Gefangenschaft.

Holland, die Nordseeküste, Oldenburg und Lübeck werden französisches Staatsgebiet. Der Fürstentag zu Erfurt (1808) zeigt Napoleon auf dem Gipfel seiner Macht und bekräftigt das Bündnis mit Rußland. Napoleons Bewilligung der russischen Forderungen (Türkenkrieg) zeigt freilich, wie nötig er die russische Freundschaft braucht.

Napoleons Machthöhe

Das Machtgebiet Napoleons umfaßt ganz West- und Innereuropa. Abgesehen von dem unmittelbaren Herrschaftsgebiet des Kaisers von Frankreich und Königs von Italien verfügt Napoleon als Protektor des Rheinbundes mittelbar über die süd- und norddeutschen Staaten. Die preußischen Festungen haben noch französische Besatzung. — Abhängig von ihm sind auch die Schweiz, Spanien (Josef Bonaparte), Neapel (unter Napoleons Schwager Murat), Schweden (Bernadotte) und das Großherzogtum Warschau. — Verbündete Napoleons sind Dänemark mit Norwegen, Österreich (Heirat mit Maria Luise) und Rußland.

Weltreichpläne Napoleons

Für seine weltumspannenden Pläne schweben ihm die großen Weltreichbildungen der Vergangenheit, Alexanders des Großen, des Römerreiches, Karls des Großen, vor. Überall aber lastet der Druck seiner Willkürherrschaft schwer auf den Völkern, auch Frankreich selbst leidet unter den harten Folgen seiner Kriege. Die Gefangennahme des Papstes verletzt die Katholiken. Das Nationalgefühl der Völker erwacht zu einem unerwartet zähen, endlich auch siegreichen Widerstand. Entscheidend für den Umschwung wird die völlige Umstellung der russischen Politik.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nationale Erhebungen der Völker

Zuerst ist es Spanien, wo das Nationalgefühl des Volkes gegen die Fremdherrschaft, für den Glauben, gegen die Aufklärung sich erhebt. Napoleon selbst führt Rheinbundtruppen nach Spanien und erobert Madrid, aber im Guerillakrieg kämpfen seine Marschälle unglücklich. Englands Truppen unter Wellington unterstützen die Aufständischen und verdrängen die Franzosen.

Die spanische Volkserhebung ermuntert auch Österreich zum Befreiungskampf (1809). Durch die Niederlage bei Aspern verliert Napoleon den Ruhm der Unbesieglichkeit, doch bei Wagram erliegt Erzherzog Karl. Im Frieden von Wien fällt Salzburg und das Innviertel an Bayern; Rußland erhält die polnischen Erwerbungen Österreichs vom Jahre 1795. Die aus dem österreichischen Besitz an der Adria neugeschaffenen „Illyrischen Provinzen" drängen Österreich vom Meere ab, unter französischer Oberhoheit werden sie der Schlußstein im System der Kontinentalsperre.

In Tirol geht der heldenhafte Kampf (1809) des Bauernvolkes der Berge weiter; für die Freiheit des Volkes, seinen Glauben und sein angestammtes Herrscherhaus führt Andreas Hofer seine Getreuen gegen die bayrisch-französischen Truppen. Doch umsonst, sie unterliegen. Andreas Hofer wird gefangen und als Meuterer erschossen. — Auch durch Norddeutschland geht eine starke nationale Bewegung; es bleibt aber bei vereinzelten, verfrühten, tollkühnen Versuchen: Schill, Ferdinand von Braunschweig. Ebenso regt sich in den Vasallenstaaten der Widerstand, sogar von seinen eigenen nächsten Verwandten erfährt er ihn (König Ludwig von Holland).

Napoleons Verständigung mit Habsburg

Napoleon nähert sich jetzt Österreich; Metternich, der Nachfolger Stadions, kommt dem entgegen. Napoleon sieht in der Verbindung mit dem Habsburger Haus eine neue Stütze für seine Kaiserstellung und heiratet darum Maria Luise. Das weckt das Mißtrauen des Zaren.

Mit Argwohn sieht Rußland schon durch Begründung des Herzogtums Warschau und seine Vergrößerung durch Westgalizien die polnischen Nationalbestrebungen wachsen. Von der in Aussicht genommenen Teilung der Türkei hat Rußland den Gewinn Konstantinopels erhofft. Der spanische Aufstand drängt diese Entscheidung aber zurück. Napoleon unterstützt sogar im geheimen die Türkei. Als England 1810 auch die ungünstigen Auswirkungen der Kontinentalsperre zu spüren hat, seine Waren nicht absetzen kann, starke Arbeitslosigkeit und soziale Unruhen aufkommen (1811), außerdem Amerika an England den Krieg erklärt (vgl. S. 109),

Umschwung der russischen Politik

da fürchtet Alexander, England werde früher zum Friedensschluß kommen müssen, als bis die Aufteilung der Türkei erfolgt sei. Gegen Rußlands Balkanpolitik arbeitet auch Österreich, das seit der Verbündung mit Napoleon eine starke Rückendeckung bekommen hat. Da ferner die Folgen der Kontinentalsperre auf die Dauer für Rußland untragbar sind (Preissteigerung für eingeführte Waren, sinkende Preise für Landesprodukte, starke Inflation), so wechselt Alexander seine Politik, schließt mit der Türkei Frieden und öffnet seine Häfen englischen Schiffen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Napoleon bleibt nichts anderes übrig, will er sich und sein politisches System nicht aufgeben, als Rußland mit Waffengewalt gefügig zu machen.

Inzwischen hat auch der bei Jena und Auerstädt zusammengebrochene friderizianische Staat sich auf neuen Grundlagen aufgebaut. Der Absolutismus hatte das Volk vom politischen Leben ferngehalten, es lebte in ihm nur Untertanensinn, kein Bürgergeist, der auch in Tagen der Not und Gefahr treu zum Staate hält. Das Volk zu solcher Staatsgesinnung zu erziehen ist das Ziel der Stein-Hardenbergschen Reformen. Stein löst zunächst die bisherige Gebundenheit der Stände und des Bodens (Befreiung der Bauern und des Grundeigentums). Die Selbstverwaltung soll an Stelle der bisherigen Bevormundung Verantwortungs- und Staatsbewußtsein in jedem Bürger heranziehen und den Übergang zum Verfassungsstaat bilden (Selbstverwaltung der Städte vom 19. November 1808). Die Staatsverwaltungsreform, die verantwortliche Fachminister an Stelle der Kabinettsräte setzt, will vor bürokratischer Willkür schützen. Hardenberg beseitigt den Zunftzwang, führt die Gewerbefreiheit ein (freie Konkurrenz!) und reguliert die gutsherrlich-bäuerlichen Lasten. Scharnhorst und Gneisenau stellen das Heer auf eine neue nationale Grundlage (Krümpersystem, Volksheer, allgemeine Wehrpflicht). Eine Volksvertretung als krönender Abschluß wird von der Regierung verheißen.

Preußens Erneuerung

Gleichzeitig mit den politischen Reformen erlebt das Volk eine allgemeine geistige und sittliche Erneuerung, die es für den Befreiungskampf reif macht. Gegenüber dem Weltbürgertum und der Aufklärung kommt jetzt ein starkes Nationalgefühl auf und einigt Volk und Staat. Der deutsche Idealismus und die Romantik, so verschieden sie in ihrer geistigen Einstellung zur Welt und zum Leben sind, führen in Übertragung ihrer Gedanken auf Staat und Recht zu dem gleichen Ergebnis, zum Glauben an die Würde und Freiheit der Menschen, an Volkstum und Vaterland, zum Bewußtsein der Verantwortung und Verpflichtung der einzelnen dem Staate gegenüber (Stein, Scharnhorst, Schiller, Fichte, Schleiermacher, Kleist).

Im glühenden Haß gegen Napoleon einig, wartet das ganze preußische Volk nur auf den geeigneten Augenblick der Erhebung, und der König Friedrich Wilhelm III., der bei der österreichischen Erhebung die Zeit zum Losschlagen noch nicht für gegeben hielt und auch 1812 ein demütigendes Bündnis mit Napoleon einem übereilten Anschluß an Rußland vorzog, hatte York, dem Führer der preußischen Truppen in dem Napoleonischen Heer, schon Weisungen für den Fall eines russischen Sieges gegeben.

Napoleon gegen Rußland 1812

Gleich Preußen muß auch Österreich Hilfstruppen für die Große Armee des französischen Kaisers stellen. Vor den 600 000 Mann Napoleons ziehen sich die Russen in das Innere ihres weiten Reiches zurück. Sie opfern ihre Hauptstadt Moskau und lassen sie in Flammen aufgehen. Alexander schlägt einen Frieden auf Grund der Tilsiter Abmachungen aus. Inzwischen kommt der russische Winter heran. Vor diesem schlimmsten Feind muß das gewaltige französische

Heer seinen Rückzug antreten, der bald mit einem völligen Zusammenbruch (1812) endet (Übergang über die Beresina!). Napoleon eilt den Trümmern seines Heeres voraus nach Paris, um ein neues Heer auszuheben.

Preußens Erhebung 1813

3. Die Weltlage war für eine Erhebung des geknechteten Preußens günstig. Der General York entschließt sich dazu, sein Hilfskorps von den Franzosen zu trennen und schließt die Konvention von Tauroggen (30. Dezember 1812). Der König muß diesem Schritt zunächst seine Genehmigung versagen. Er selbst entzieht sich dem Bereich der französischen Besatzung Berlins und geht nach Breslau und unterhandelt im geheimen mit dem Zaren. Noch glauben die Franzosen, der Aufruf zur Bildung freiwilliger Jägerkorps gelte der Fortführung des russischen Krieges. Die Volkserhebung in Ostpreußen gibt das Zeichen zur Befreiung Deutschlands. Die Russen stehen schon seit dem Januar in Ostpreußen bereit, mitzuhelfen. Der ostpreußische Landtag gibt die letzten verfügbaren Kräfte für die Bewaffnung der Provinz her.

Friedrich Wilhelm schließt mit Rußland den Bündnisvertrag zu Kalisch (28. Februar 1813) und erläßt am 17. März das Landwehrgesetz und den „Aufruf an mein Volk". „Es ist ein heiliger Krieg." Preußen und Russen rücken in Berlin ein. Österreich bleibt zunächst neutral; auch die norddeutschen Staaten (außer Mecklenburg) wagen nicht, sich anzuschließen. Die Opfer des preußischen Volkes sind beispiellos (Feldtruppen allein 5% der Bevölkerung). Trotzdem Napoleon bei Großgörschen und Bautzen Sieger bleibt, schließt er den Poischwitzer Waffenstillstand ab in der Hoffnung auf ein Bündnis mit Österreich.

Abfall der franz. Vasallen

Metternich stellt Österreich aber an die Seite Preußens, da er von Napoleon kein Entgegenkommen auf seine Wünsche (Wiederherstellung der Donaumonarchie) findet. Bayern verläßt die Sache Frankreichs (2. Oktober: Bündnis mit Österreich zu Ried), Schweden verbindet sich mit Preußen (Bedingung: Besetzung Norwegens für Verzicht auf Finnland), England zahlt Subsidien.

Die Völkerschlacht bei Leipzig (16. bis 18. Oktober) vernichtet mit einem Schlage Napoleons Weltmacht, der Rheinbund bricht zusammen, die entthronten Fürsten kehren zurück.

4. Metternich ist bereit, nach Maßgabe des früheren europäischen Gleichgewichts mit dem Rhein als Grenze Frieden zu schließen. Da Napoleon aber ablehnt, beginnt nach wochenlangen Verhandlungen der Verbündeten untereinander der Vormarsch auf Paris. Am 31. März 1814 halten Friedrich Wilhelm und Alexander in der französischen Hauptstadt ihren Einzug. Napoleon wird entthront und erhält die Insel Elba als souveränes Fürstentum. Der Bourbone Ludwig XVIII. wird französischer König. Im ersten Pariser Frieden behält Frankreich die Grenzen des Jahres 1792 und damit alles eroberte deutsche Gebiet bis zum Rhein. Alle weiteren Fragen soll der Wiener Kongreß regeln.

Da flammt der Krieg abermals auf. Denn überraschend landet Napoleon in Frankreich. Die Truppen strömen ihm zu. Aber Wellington

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

und Blücher bereiten ihm die endgültige Niederlage bei Belle Alliance (18. Juni 1815). Zum zweiten Male rücken die verbündeten Engländer und Preußen in Paris ein. Ludwig XVIII. kehrt zurück. Napoleon wird als Gefangener nach St. Helena gebracht.

2. Pariser Friede 1815

Der zweite Pariser Friede verlangt von Frankreich eine Kriegsentschädigung, die geraubten Kunstschätze, Landau und das Saargebiet. Frankreich bekommt also die Grenzen vom Jahre 1790.

Der Wiener Kongreß soll das gestörte europäische Gleichgewicht wiederherstellen.

XXII. Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts auf dem Wiener Kongreß.

1. Neuordnung Mitteleuropas 1815. Der Deutsche Bund.
2. Metternichs Mitteleuropa-Idee.

1. Das napoleonische Weltreich ist mit der Abdankung Napoleons ebenso schnell, wie es unter seiner gewaltigen Kraft und der Wucht seiner ungeheuren Taten erstanden war, auch zusammengebrochen. Das Ziel des absolutistischen Frankreichs, Aufrichtung einer festländischen Vorherrschaft, hatte er zu einem Weltmachtstreben erweitert und ganz Europa in seinen Dienst zu stellen versucht. Aber die unter der Knechtschaft erwachende nationale Leidenschaft vereint die Völker Europas zu gemeinsamem Widerstande und Kampfe und sprengt die unzeitgemäßen Fesseln. Ein neues europäisches Gleichgewicht bildet sich unter den Großmächten: England, Rußland, Österreich, Preußen und Frankreich. Allein Frankreich hat an Macht eingebüßt, alle anderen aber haben gewonnen.

England Sieger im Kampf um die Weltherrschaft

Vor allem gilt das für England. Es ist der eigentliche Sieger in diesem Ringen. Auf dem Meere und in den Kolonien ist seine Herrschaft seit der Schlacht bei Trafalgar unangefochten (Besetzung von Malta, Ceylon, Kapland, Helgoland), vom Festlande hat es seit dem endgültigen Zusammenbruch der französischen Angriffsstellung (Schlacht bei Belle Alliance) keine Gefahr zu befürchten. England wird Weltmacht.

Das Imperium einer europäischen Vormacht ist erledigt, die Zukunft gehört den Nationalstaaten und den Nationalreichen. Innere Gegensätze, das Drängen nach einer Verfassung und ihre Bekämpfung durch die alten dynastischen Staatsgewalten bestimmen die Entwicklung der Zukunft.

Das neue europäische Gleichgewicht

Frankreich läßt man die Rheingrenze, es behält damit seine Eroberungen bis zum Jahre 1790. England und Rußland wollen mit dieser Rücksicht auf die nationale Empfindlichkeit des französischen Volkes die wiederaufgerichtete Bourbonenherrschaft stützen.

Österreich hat schon früher die Oberrheinstellung und den Grenzschutz des Reiches im Westen aufgegeben und will lieber seine Donau- und Balkanstellung ausbauen. Metternich nimmt Tirol, Kärnten, Krain zurück und stärkt seine italienische Stellung durch Venetien und die Lombardei; der Po und Tessin bilden die Grenze.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

In Parma, Modena und Toskana regieren habsburgische Nebenlinien. Österreichs Wünschen auf die Donaufürstentümer arbeitet freilich die russische Politik entgegen. Im Osten bleiben die Grenzen von 1809. Österreich läuft mit dieser Politik Gefahr, seinen Einfluß auf die Gestaltung des deutschen Staatslebens zu verlieren. Eine Auseinandersetzung mit Preußen wird unvermeidlich.

Rußland erhält bei der Neugestaltung Mitteleuropas Polen, indem es die preußischen und österreichischen Erwerbungen aus der zweiten und dritten Teilung Polens übernimmt (außer Danzig und dem Großherzogtum Posen). Der Zar glaubt die polnische Sympathie mit der Erneuerung des polnischen Königreichs zu gewinnen, dessen Krone er sich selber aufsetzt. Die Erwerbungen im Westen seines Reiches (Finnland 1810, Bessarabien 1812), seine Besitzungen in Asien und Amerika (Alaska 1821) stärken Rußlands Stellung; es hat für einige Zeit die Führung in Europa.

Die glänzende Persönlichkeit Alexanders ist die Seele der Heiligen Allianz, die die Monarchen von Österreich, Rußland und Preußen (1815) zur Wahrung des 1815 geschaffenen Gleichgewichtes, der bestehenden gottgewollten Zustände abschließen. Sie bestimmt den reaktionären Zug der auf 1815 folgenden inneren Staatsentwicklung. Neben Alexander ist Metternich der führende Vertreter dieser Anschauung. Er mußte die nationalen und konstitutionellen Bestrebungen ablehnen, weil sie Auswirkungen der französischen Revolution waren und den eigenen Staatsbestand gefährdet haben würden, da Österreich so viele Nationalitäten in seinem Staatsgebiet beherbergte.

Aus den früheren österreichischen Niederlanden und der Republik der Vereinigten Niederlande bildet man das Königreich der Vereinigten Niederlande trotz so großer religiöser, wirtschaftlicher und völkischer Gegensätze. England hat vor allem ein großes Interesse daran, auf dem ihm gegenüberliegenden Festlande einen Pufferstaat gegen etwaige Eroberungsgelüste Frankreichs aufzurichten.

Schweden verbindet sich mit Norwegen in Personalunion. Dänemark erhält als Entschädigung für Norwegen das Herzogtum Lauenburg.

Die von Napoleon verjagten Fürsten kehren in ihre Länder wieder zurück, auch der Papst erhält den Kirchenstaat zurück.

Wiederaufrichtung der Fürstenherrschaft in Deutschland

Die Sehnsucht nach einem neuen deutschen Reiche blieb unerfüllt. Die Befreiungskriege, die Besinnung auf das eigene Volkstum, die Dichtung der Freiheitskriege, die Romantik und die neue deutsche Altertumswissenschaft hatten das vaterländische Empfinden aufgerüttelt und das Verlangen nach nationalstaatlichem Leben mächtig angeregt. Es wird bitter enttäuscht. Der Deutsche Bund, der an die Stelle des Deutschen Reiches tritt, ist nur ein ganz loses Gefüge, ohne jegliche Kraft, das die Bezeichnung eines Staates nicht verdient.

Metternichs Mitteleuropa-Idee.

In diesem Ringen um eine Neuordnung Europas nimmt die Vorstellungswelt des österreichischen Staatsmannes einen hervorragenden Platz ein, weil sie nach der Zerstörung der alten Organisationsform der europäischen Mitte und nach

dem Scheitern der napoleonischen Zusammenfassung Europas wieder ein Gleichgewicht der europäischen Kräfte und damit eine Befriedung Europas auf weite Sicht anstrebte.

Metternich sieht Europa in einer natürlichen Dreigliederung: Westen, Mitte und Osten.

Der Westen personifizierte sich ihm staatlich durch Frankreich, der Osten durch Rußland, das Zentrum vor allem durch Österreich und Preußen. Rußland hält er durch sein schreckliches Klima gegen die Mitte geschützt, Frankreich besitzt eine starke Barriere in dem Rhein (den der Staatsmann nach älterer Weise als völkertrennend, nicht als völkerverbindend ansah) und in seinem dreifachen Festungsgürtel. Die Flankenmächte bedrohen dauernd die Mitte, die geopolitische Aufgabe der Mitte ist das Auseinanderhalten der großen Flügelstaaten Europas: „Ost, West und Mitte sind in ihrer Sicherheit wechselseitig durch ihre Stärke, Blüte und Ruhe bedingt."

Als nicht zu Mitteleuropa gehörig erscheinen Metternich die baltischen Länder, die Donaufürstentümer Moldau und Walachei sowie der gesamte Balkan, ferner im Westen Elsaß-Lothringen und die Niederlande; die Schweiz verweist er in den Gürtel der Schutzzonen um den Mittraum, ebenso Norditalien. Italien selbst ist für ihn mitteleuropäisches Anhängsel. Der skandinavische Norden hat gleichfalls eine Schutzaufgabe, die Abwehr einer russischen Umklammerung Mitteleuropas. Die Mitte hat auch eine defensive gesellschaftspolitische und kulturelle Mission zu erfüllen. Sie soll die von Frankreich ausgehenden kulturellen, unchristlichen Umsturzbestrebungen und die durch Rußland verkörperte Barbarei und Unkultur des Ostens abwehren, sie soll die Eigentümlichkeiten der natürlichen und geschichtlichen Völker- und Staatenentwicklung Mitteleuropas vor den geistigen Ausströmungen der Revolutionszeit, der nationalstaatlichen und freiheitlichen Idee westlicher Staatsauffassung in gleicher Weise wie vor dem despotischen Absolutismus des Ostens schützen. Einheit und Vielheit in harmonischer Vereinigung, Föderalismus mit kraftvollem Einheitsband ist nach Metternichs Meinung die der Zentralzone Europas allein angemessene Organisationsform. In ihr hat die erhaltende Gewalt unbedingt das monarchische System zu bewahren, aber alle geschichtlich gewordenen, wohlerworbenen Rechte der Stände und sonstigen korporativen Lebenskreise gleicherweise zu achten.

Das Herz Europas und im besonderen der Führer und Wächter Mitteleuropas ist Österreich. Aber die Mitte Europas bedarf der Einigkeit und Stärke beider deutschen Großmächte. Hierin nun, in dieser Anerkennung der Doppelheit deutscher Führermächte, Österreichs und Preußens, und der Notwendigkeit einigfesten Zusammenstehens der beiden Mittelmächte, in dem völligen Opfern des österreichischen Revanchegedankens möchten wir eines der epochalsten Elemente der Metternichschen Mitteleuropaidee erblicken (Heinrich Ritter von Srbik).

XXIII. Die territoriale Entwicklung Preußens.

1. Preußen 1815. Grenzschutz im Westen gegen Frankreich.
2. Die Mark Brandenburg zur Zeit der Askanier 1134—1320.

Preußen, der Staat des norddeutschen Flachlandes

Die von Österreich aufgegebene Schutzstellung am Rhein gegen Frankreich übernimmt Preußen (vgl. S. 58 u. 63); es wird durch den Wiener Kongreß wieder ein rein deutscher Staat, indem es die ganzen polnischen Erwerbungen (bis auf Westpreußen mit Danzig und Thorn und die Provinz Posen) aufgibt. Dafür erhält es den nördlichen Teil Sachsens, die Rheinprovinz (bleibt aber von der Maas abgedrängt), Teile Westfalens und das schwedische Vorpommern. Ansbach und Bayreuth bleiben bayrisch.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Durch die Abtretung von Hildesheim, Goslar, Ostfriesland und Hannover entsteht aber zwischen der östlichen und westlichen Gebietshälfte Preußens eine noch breitere Lücke, als zuvor bestand. Preußen muß es als sein Ziel betrachten, sein Staatsgebiet zur Einheit zusammenzuschließen.

Die mittelalterliche Grenzmark der Askanier haben die Hohenzollern zu einer europäischen Großmacht erhoben. Preußen ist in Deutschland selbst der wichtigste Staat, es beherrscht Norddeutschland und schützt mit der Verteidigung seiner Rheinprovinz zugleich Deutschland im Westen, dadurch wird es aber von seiner natürlicheren Aufgabe im Osten abgelenkt.

Preußens neue Frontstellung im Westen

XXIV. Neubegründung des Deutschen Reiches.

1. Europa nach 1815. Der Deutsche Bund.
2. Der preußisch-hessische Zollverein.
3. Der deutsche Zollverein. Ausschluß Österreichs.
4. Kleindeutsche Lösung der deutschen Frage. Der Norddeutsche Bund 1866 bis 1871 und das Deutsche Reich 1871.

Scheitern der deutschen Einigung

1. Mit der Übernahme der nationalen Verteidigung durch Preußen an Stelle Österreichs wächst der Gegensatz beider Staaten. In dem Dualismus dieser beiden Mächte liegt der tiefste Grund, weswegen es nicht zu einem neuen deutschen Reiche kommt. Freilich auch die Mittel- und Kleinstaaten wollen von ihrer Souveränität nichts aufgeben. Metternich glaubt ferner, ohne Übernahme der Kaiserkrone leichter und besser mit Preußen zur Verständigung zu gelangen. Ein neues Reich mit einem habsburgischen Kaisertum hätte Österreich außerdem wieder zur Wacht am Rhein verpflichtet, während sein Ziel nunmehr in steigendem Maße Ausbau der Donau- und Balkanstellung wurde. Der Föderativgedanke Metternichs fand schließlich im Deutschen Bunde seine Teilverwirklichung. 35 souveräne Fürsten und 4 freie Städte werden Träger des Bundes. Der Bundestag, zu dem die einzelnen Staaten ihre Gesandten schicken, hat in Frankfurt seinen Sitz. Österreich hat den Vorsitz. Die für viele Angelegenheiten geltende Einstimmigkeit der Beschlüsse schließt eine wirklich einheitliche deutsche Politik aus, zumal die kleinen Bundesmitglieder die Königreiche überstimmen können, außerdem deutsche Fürsten zugleich Herrscher in außerdeutschen Ländern (Hannover-England, Holstein-Dänemark, Luxemburg-Niederlande) sind und darum europäische Politik treiben, aber keine deutsche.

Der Deutsche Bund

Die Territorialstaaten sind die eigentlichen Stätten staatlichen und politischen Lebens. Sie sind souverän, nur das Recht, mit dem Auslande Bündnisse zu schließen, ist ihnen versagt.

Die souveränen Landesfürsten

Zu der Enttäuschung in der nationalen Frage kommt die andere, die die Verfassung betrifft. Die Bundesakte hatte landständische Verfassungen in allen Bundesstaaten verheißen. Aber nur Sachsen-Weimar (1815) und bald darauf die süddeutschen Staaten Bayern, Baden, Württemberg (1818/19) führen eine Verfassung ein, außerdem später Hessen, Hannover und Braunschweig. Aber Österreich und unter Metter-

Die Verfassungsfrage

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nichs Einfluß auch Preußen können sich nicht dazu entschließen. Die 1823 in den acht alten preußischen Provinzen einberufenen Landstände haben nur beratende Stimme. Metternich gelingt es auch, gegen die junge liberale und nationale Bewegung der Burschenschafter und Turner auf einer Ministerkonferenz die Karlsbader Beschlüsse durchzusetzen, die die Turnvereine und Burschenschaften verbieten, die Preß- und Lehrfreiheit einschränken.

In Italien, Spanien und Portugal kommt es aus den gleichen Gründen zu Unruhen, die aber auf Betreiben der Heiligen Allianz unterdrückt werden (anders in Griechenland, siehe im folgenden), aber ihrem Eingreifen in die Unabhängigkeitskämpfe der lateinischen Kolonien Amerikas widersetzt sich der Präsident der Vereinigten Staaten (Monroedoktrin). So erkämpfen die süd- und mittelamerikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit vom Mutterlande. Diese Tatsache, wie die an der orientalischen Frage (Freiheitskampf der Griechen) sich entzündenden Gegensätze bereiten der Heiligen Allianz ihr Ende.

Unabhängigkeit Lateinamerikas

2/3. Für die Aufrichtung eines neuen nationalen Staates ist die wirtschaftliche Einigung unter Preußens Führung wertvollste Vorarbeit gewesen. Die Zollschranken im Binnenlande müssen fallen, soll die wirtschaftliche Lage sich bessern und einen Aufschwung nehmen (Einströmen englischer Waren; Schädigungen der Textilindustrie Sachsens, Schlesiens und des Rheinlandes, Massenauswanderung nach Amerika). Preußen greift zuerst den Gedanken auf, dessen Verwirklichung Friedrich List beim Deutschen Bund vergeblich beantragt hatte. Denn bei der Zersplitterung des preußischen Gebietes erscheint die Zolleinigung besonders geboten, läßt dann auch den zwangsläufigen Anschluß zum mindesten der dazwischen liegenden und angrenzenden Klein- und Mittelstaaten erwarten. Die Niederlegung der Zollschranken schafft ein einheitliches Wirtschafts- und Absatzgebiet. Hessen-Darmstadt schließt sich zuerst dem preußischen Zollverband an (1828), ein Schritt, der damals bezeichnenderweise vielfach als Verrat gebrandmarkt wurde. Die süddeutschen Staaten Bayern und Württemberg hatten dagegen schon 1827 den süddeutschen Zollverein geschlossen. Aus Angst und Neid gegen Preußen bildet sich 1828 noch der mitteldeutsche Handelsverein (Hannover, Oldenburg, Nassau, Kurhessen, Braunschweig, Bremen, Frankfurt, Thüringen und Sachsen); er trennt die beiden preußisch-hessischen Gebietshälften und schiebt sich zwischen Nordost- und Süddeutschland.

Wirtschaftliche Einigung Deutschlands

Die Annäherung von Bayern und Württemberg (Zollvertrag 1829, noch keine Zolleinigung) an den preußisch-hessischen Zollverein nötigt zuerst Sachsen-Gotha zu einer Verständigung mit Preußen. Der Anschluß Kurhessens 1831 sprengt vollends den Handelsverein.

Durch den Beitritt von Bayern, Württemberg und Sachsen erweitert sich der preußisch-hessische Zollverein am 1. Januar 1834 zum deutschen Zollverein. Baden und Nassau schließen sich 1835, Frankfurt 1836 an. Daneben bleibt als Gegenbund noch der Rest des mitteldeutschen Handelsvereins als Steuerverein bestehen (Lippe-Det-

Der deutsche Zollverein 1834

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

mold bis 1841, Braunschweig und Luxemburg bis 1842, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe bis 1854). Mecklenburg, Lübeck und Schleswig-Holstein treten erst nach ihrem Anschluß an den Norddeutschen Bund 1867 bei, Hamburg und Bremen gar erst 1888.

Abgesehen von diesen Nachzüglern ist Nord- und Süddeutschland 1834 wenigstens wirtschaftlich geeinigt, und zwar unter Preußens Führung. Österreich bleibt jenseits der deutschen Zollinie. Der Weg für die politische Einigung ist aufgezeigt.

4. In Preußen folgt auf Friedrich Wilhelm III. sein Sohn Friedrich Wilhelm IV. Von ihm erhofft man die Einlösung des Verfassungsversprechens und Erfüllung der auf eine neue Reichsgestaltung gerichteten Wünsche. Er verspricht zwar Freiheit, kann sich jedoch zur Einführung einer Verfassung nicht verstehen, „kein beschriebenes Blatt soll sich zwischen König und Volk eindrängen". Aber immer dringlicher und ungestümer wird das Verlangen nach einer Verfassung. Die fast in allen europäischen Ländern nachwirkende Julirevolution Frankreichs (1830) (Loslösung Belgiens 1830, Volkserhebungen in Italien, Aufruhr der Karlisten in Spanien, Revolution in Polen, Aufstand Mehemed Alis, Parteikämpfe in der Schweiz 1847) ist an den beiden Großstaaten Österreich und Preußen spurlos vorübergegangen. Die norddeutschen Mittelstaaten dagegen bekommen freiheitliche Verfassungen. Die deutsche Bundespolitik bleibt reaktionär: Demagogenverfolgung Metternichs, gestützt auf die Freundschaft mit Preußen und Rußland. Mißmutig und verbittert ziehen sich weite Kreise vom politischen Leben zurück. Aber ein wie starkes Nationalgefühl im Volke lebt, zeigt sich in der aufflammenden Leidenschaft und Begeisterung, als Frankreich 1840 den deutschen Rhein bedroht. („Wacht am Rhein", „Der deutsche Rhein".)

Französische Julirevolution 1830

Verfassungskämpfe

Der Ausbruch der französischen Februarrevolution gibt der politischen Entwicklung Europas neuen Anstoß. In Frankreich war 1830 auf die Bourbonenherrschaft das Bürgerkönigtum Louis Philipps (Julirevolution) gefolgt, er nimmt mit der Eroberung Algiers die alte französische Machtpolitik wieder auf: Schaffung eines Kolonialreiches in Nordafrika und Herrschaft über das Mittelmeer (Bündnis mit Mehemed Ali von Ägypten) sind die großen Ziele. Aber Mißerfolge in der auswärtigen Politik und die große Unzufriedenheit der Massen führen zum Aufstande des vierten Standes gegen das Bürgertum (Februarrevolution 1848), Frankreich wird wieder zur Republik erklärt.

Sozialistische Februarrevolution in Frankreich 1848

Auch in Italien kommt es zu Kämpfen für die nationale Einigung und gegen den Absolutismus Metternichs; sie werden aber durch Radetzkis Sieg bei Custozza (1848) niedergeschlagen. Sardinien und Neapel erhalten eine Verfassung. Den aus dem Kirchenstaat vertriebenen Papst führen französische Truppen nach Rom zurück, das seitdem eine französische Besatzung hat. In Österreich selbst wird der Rücktritt Metternichs erzwungen. Die revolutionäre Bewegung kann sich aber nicht halten, sie wird von Windischgrätz unterdrückt, und gegen die aufsässigen Ungarn kommt der russische Kaiser dem benachbarten Öster-

Sieg des Absolutismus in Österreich

reich zu Hilfe, Minister Schwarzenberg kann wieder ein absolutes Regiment aufrichten.

Von den Auswirkungen der französischen Februarrevolution bleiben unter den europäischen Staaten allein Rußland und England unberührt.

Die deutsche Revolution 1848

Während die Pariser Bewegung 1848 sozialistischen Charakter hat, ist das nationale und liberale Bürgertum Träger der von ihr veranlaßten revolutionären Strömungen in Deutschland. Die Forderungen sind Einheit und Freiheit, Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, gesamtdeutsche Volksvertretung. In Baden vollzieht sich zuerst ein Regierungswechsel. Die meisten Mittel- und Kleinstaaten bekommen neue Märzministerien. In Preußen verspricht der König infolge der Februarrevolution die regelmäßige Einberufung des vereinigten Landtages und stellt im Patent vom 18. März statt der ständischen Vertretung eine konstitutionelle Verfassung in Aussicht. Trotzdem kommt es durch zwei unglückliche Schüsse zu erbitterten Barrikadenkämpfen in Berlin. Darauf tritt die vom vereinigten Landtag angeordnete preußische Nationalversammlung zusammen, um dem Lande eine Verfassung zu geben; da sie aber ganz unter den Einfluß der Straße und der Linken gerät, löst sie der König (Kampfministerium Brandenburg, militärisches Durchgreifen Wrangels) auf und erläßt durch königliche Verordnung von sich aus eine („oktroyierte") Verfassung, die im Jahre 1850 in Kraft tritt und bis 1918 in Geltung blieb.

Verfassung in Preußen

Sie sieht zwei Kammern vor, das Herrenhaus mit erblichen und lebenslänglich vom König ernannten Mitgliedern und das Abgeordnetenhaus, dessen Abgeordnete nach dem Dreiklassenwahlrecht in öffentlicher mittelbarer Wahl bestimmt werden. Für die Gesetzgebung ist Übereinstimmung des Königs und der beiden Kammern notwendig. Der Landtag hat das Steuerbewilligungsrecht, der König die ausübende Gewalt. Er ernennt die Minister, die ihm allein verantwortlich sind. Er ist oberster Heerführer und hat die Entscheidung über Krieg und Frieden.

Bundesreform

Gleichzeitig mit den Kämpfen um die preußische Verfassung drängen die Bewegungen um eine Reform des Deutschen Bundes zur Lösung der deutschen Frage. Das Heidelberger Vorparlament beschließt die Berufung eines deutschen Parlaments. Mit Zustimmung des Bundestages und der Einzelregierungen finden Wahlen für die deutsche Nationalversammlung statt, die dann in der Paulskirche zu Frankfurt zusammentritt. Sie beruht also auf der Forderung und Anerkennung der Volkssouveränität.

Die deutsche Nationalversammlung

Als provisorische zentrale Gewalt an Stelle des deutschen Bundes wählt man den Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser, der aber ohne Macht ist, da ihm Geld und Soldaten und die Anerkennung des Auslandes versagt bleiben.

Die deutsche Nationalversammlung steht vor der wichtigen Entscheidung über den Umfang des Reichsgebietes und den Inhalt der Reichsverfassung. Soll das neue Deutsche

Reich die ganzen Länder Österreichs aufnehmen, wie es Schwarzenberg erstrebt, oder nur die deutsch-österreichischen Länder nach der Forderung der großdeutschen Partei, oder soll Österreich überhaupt die Führung und Einigung Deutschlands allein Preußen überlassen? (Auffassung der Kleindeutschen.) Eine praktische Lösung scheint vorerst nur im Sinne der Kleindeutschen Partei möglich zu sein.

Auch die Frage der Reichsverfassung, ob unitarisch mit Ausbau einer starken Reichsgewalt (kleindeutsch) oder föderalistisch bei großer Selbständigkeit der Einzelstaaten (großdeutsch), ob parlamentarisch oder konstitutionell, wird im Sinne der Kleindeutschen entschieden. Preußens König soll „Kaiser der Deutschen" werden. Aber Friedrich Wilhelm IV. lehnt die Kaiserkrone aus den Händen des Volkes (1849) ab und verzichtet auch im Olmützer Vertrage (1850) unter dem Druck Österreichs und Rußlands auf die Unionspolitik, die durch Verhandlungen mit den Fürsten eine Reichsgründung ohne Österreich zustande zu bringen versucht hatte; das Erfurter Unionsparlament findet damit seine schnelle Auflösung.

Verzicht Friedrich Wilhelms IV. auf die Kaiserkrone

Im wiedereröffneten Bundestag in Frankfurt wird Otto von Bismarck preußischer Gesandter.

Als Prinz Wilhelm 1858 für seinen schwer erkrankten Bruder die Regierung übernimmt, ist es sein wichtigstes Ziel, die Großmachtstellung Preußens zu festigen und Deutschland unter Preußens Führung möglichst ohne Gewalt zu einigen. Bismarck dagegen ist der Überzeugung, es könne nur durch Blut und Eisen geschehen.

Machtstellung Preußens unter Wilhelm I.

Eine Reform des Heeres und seine Vermehrung erscheint unerläßlich, da seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1814) trotz der gestiegenen Bevölkerungszahlen keine neuen Regimenter gebildet sind und darum die Zahl der von der Militärpflicht Befreiten immer größer geworden ist, während die zum Dienst Ausgehobenen bis zum 39. Jahre für den Kriegsdienst verfügbar sein müssen. Ausgleich dieser Unbilligkeit, Schaffung eines schlagfertigen Heeres, Stärkung des Offizierkorps und seines Einflusses ist Ziel der Heeresvorlage.

Die liberale Mehrheit des Landtages will die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht durch die zweijährige Dienstzeit erreichen und sträubt sich gegen die Einschränkung und Zurücksetzung der Landwehr. (Der Dienst in der Reserve soll von zwei auf vier Jahre erhöht, in der Landwehr von sieben auf fünf Jahre herabgesetzt werden.) Der aus der Ablehnung des Landtages entbrennende Kampf wird also ein Kampf des Liberalismus und des Parlaments mit der Krone um die Macht im Staate. Der Landtag verweigert nach zweimaliger einstweiliger Bewilligung der Mittel die weitere Deckung der Kosten. Eine Auflösung des Landtages bringt keine Änderung in der Zusammensetzung. Der König trägt sich schon mit Rücktrittsgedanken. Aber Bismarck, den der König Wilhelm 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten beruft, verhindert es und führt den Kampf mit dem Parlament rücksichtslos durch. Da auch der neugewählte Landtag die Mittel versagt, regiert Bismarck ohne Haushaltsgesetz. Erst nach den

Kampf zwischen Krone u. Parlament in Preußen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Erfolgen Bismarcks 1866 kommt es zu einem Vergleich zwischen König und Parlament. Bismarck beantragt die nachträgliche Bewilligung der Kosten und erhält mit Hilfe der Nationalliberalen Indemnität. Das Budgetrecht des Parlaments ist damit anerkannt.

Bismarck und die deutsche Frage

In der deutschen Frage geht Bismarck sicher seinen Weg. Als die deutschen Fürsten 1863 zu einer Beratung über eine Bundesreform eine Einladung nach Frankfurt ergehen lassen, bestimmt Bismarck den König dazu, fernzubleiben. Der Versuch Österreichs muß dadurch von vornherein scheitern. Durch einen Handelsvertrag mit Frankreich, durch seine Freundschaft mit Rußland (seine Hilfe bei der Unterdrückung des polnischen Aufstandes), durch ein Bündnis mit Italien bestimmt Bismarck die Haltung der Nachbarmächte, die bei der entscheidenden Regelung der deutschen Frage wichtig sein mußte.

Im Kriege um Schleswig-Holstein kämpfen die beiden Rivalen noch einmal Seite an Seite gegen die dänische Vergewaltigung der beiden Herzogtümer und erzwingen die Abtretung Schleswig-Holsteins an Österreich und Preußen (1864). Aber der Streit um die Stellung der Herzogtümer innerhalb des Deutschen Bundes führt den Entscheidungskampf zwischen Österreich und Preußen herbei. Österreich erreicht beim Deutschen Bunde die Erklärung des Bundeskrieges an Preußen, das daraufhin aus dem Deutschen Bunde austritt. Der alte Deutsche Bund ist damit zerbrochen und der kriegerische Austrag der Gegensätze zwischen Preußen und Österreich unvermeidlich (Krieg von 1866).

Nach der Entscheidungsschlacht bei Königgrätz verlieren Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt ihre Selbständigkeit. Samt Schleswig-Holstein gehen sie in Preußen auf, das nunmehr die notwendige Verbindung zwischen seiner östlichen und westlichen Gebietshälfte findet und mit der Gründung des Norddeutschen Bundes die Einigung Norddeutschlands vollzieht.

Einigung Norddeutschlands

Weil Napoleon einzugreifen droht, können sich die süddeutschen Staaten noch nicht zum Beitreten entschließen. Unter dem Druck der Kompensationsforderungen Napoleons (Pfalz, Saarbrücken, Mainz) schließen sie aber mit Preußen im geheimen ein Schutz- und Trutzbündnis und stellen sich im Kriegsfalle unter Preußens militärische Führung. So ist Deutschland wenigstens militärisch geeinigt, wie es seine wirtschaftliche Gesamtvertretung im deutschen Zollparlament hat, das nur eine Erweiterung des norddeutschen Reichstages durch süddeutsche Abgeordnete ist.

Bündnis mit Süddeutschland

Erst der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 bringt die Gründung des neuen Deutschen Reiches. Die siegreiche Schlacht bei Sedan öffnet den Weg für Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten. Baden, Hessen lassen sich zuerst gewinnen, Bayern und Württemberg erklären sich erst nach langen schwierigen Verhandlungen und unter Wahrung besonderer Reservatrechte im Post- und Heerwesen zum Anschluß bereit. Auf Veranlassung Bismarcks bieten Ludwig II. von Bayern im Namen der deutschen Fürsten und Simson im Auftrage des norddeutschen Reichstages dem preußischen König die Kaiserkrone an. Nach langem Zögern entschließt

König Wilhelm deutscher Kaiser

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sich König Wilhelm, dem Wunsche der Fürsten und des Volkes zu entsprechen. Am 18. Januar 1871 wird er in Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen. Endlich hat die Sehnsucht des deutschen Volkes ihre Erfüllung gefunden.

Im Herzen Europas besteht wieder ein machtvoller Staat, mit dem die Welt zu rechnen hat, während Deutschland in den vorangegangenen Jahrhunderten Tummelplatz der Nachbarvölker und Gegenstand ihrer Eroberungsgelüste gewesen ist.

Das Deutsche Reich ein Bundesstaat

Die Reichsverfassung beruht auf der des Norddeutschen Bundes und lehnt sich an die Verfassung der Vereinigten Staaten, der Schweiz und die Beratungen im Frankfurter Parlament an. Der Deutsche Bund war ein lockerer, großdeutscher Staatenbund, das neudeutsche Reich ist ein Bundesstaat mit Ausschluß Österreichs. Preußen hat vielmehr die Führung, der preußische König ist zugleich deutscher Kaiser, er ernennt den verantwortlichen Reichskanzler, dem wieder die Staatssekretäre in der Leitung der Reichsämter untergeordnet sind. Der Kaiser vertritt das Reich nach innen und außen; er ist der oberste Heerführer und entscheidet über Krieg und Frieden (bei Angriffskriegen mit Zustimmung des Bundesrates).

Der Bundesrat

Die 26 Einzelstaaten verzichten freiwillig zugunsten des Bundes auf ihre Souveränität, durch ihre bevollmächtigten Bundesratsgesandten lassen sie sich im Bundesrat vertreten, von dessen 58 Stimmen (mit Elsaß-Lothringen 61) Preußen 17 Stimmen hat, wie bisher im Norddeutschen Bunde. Schon 14 Stimmen können verfassungsändernde Beschlüsse verhindern. Gegen Preußens Willen ist also eine Verfassungsänderung unmöglich. In allen übrigen Fragen entscheidet im Bundesrat die Stimmenmehrheit. Er ist als die Vertretung der deutschen Fürsten und freien Städte der eigentliche Träger der Reichsgewalt (keine Volkssouveränität), denn er macht dem Reichstage die Vorlagen und kann Reichstagsbeschlüsse ablehnen. Er hat die ausführende Gewalt (föderalistischer Charakter des Reiches).

Der Reichstag

Neben dem Bundesrat steht der Reichstag; er zählt 397 Abgeordnete (einschließlich der 15 Vertreter Elsaß-Lothringens), die aus allgemeinen, geheimen, direkten Wahlen hervorgehen (unitarischer Charakter). Er hat keinen Einfluß auf die Ernennung des Reichskanzlers und seiner Staatssekretäre. Bundesrat, Kaiser und Kanzler stehen völlig selbständig neben ihm. Sein Recht besteht in der Mitwirkung bei der Gesetzgebung und der Aufstellung des Haushalts. Ein Gesetz kommt durch Übereinstimmung von Bundesrat und Reichstag zustande mit der Unterschrift des Kaisers und verantwortlicher Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

Konstitutionelle Regierung

Das Reich wird also nicht parlamentarisch, sondern konstitutionell regiert.

Die direkten Steuern verbleiben den Einzelstaaten, das Reich hat also keine Finanzhoheit, das Reich verfügt über die Einnahme aus den Zöllen, den indirekten Steuern, der Post und den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten. Die Farben des Reiches sind schwarzweißrot.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XXV/XXVI. Die Einigungskriege.

XXV. 1. Der Schleswig-Holsteinische Freiheitskampf 1864.

2. Der Dualismus Österreich-Preußen und seine Entscheidung 1866.

1. Die Geschichte der schleswig-holsteinischen Frage reicht weit zurück. Von den beiden Herzogtümern war Schleswig zur Zeit Konrads II. 1035 an Dänemark gefallen, Holstein dagegen gehörte zum Deutschen Reich, war jedoch seit 1460 (während der Regierungszeit Kaiser Friedrichs III.) samt Schleswig in Personalunion mit Dänemark verbunden. Es hatte aber die Zusicherung erhalten, daß die Herzogtümer auf ewig ungeteilt sein sollten. Beide Herzogtümer stehen miteinander in Realunion. Sie haben einen gemeinsamen Landtag. Zum Deutschen Bunde gehört nur Holstein.

Da das Aussterben des dänischen Königshauses in nächster Zeit zu erwarten steht, hoffen die Herzogtümer, sich bei dieser Gelegenheit von Dänemark frei machen zu können. Für sie gilt das salische Gesetz der männlichen Thronfolge, in Dänemark das weibliche Erbfolgerecht. Durch die Einverleibung Schleswigs sucht die nationaldänische Partei (Eiderdänen) der Entscheidung vorzugreifen. Aber die Herzogtümer wehren sich mit aller Kraft dagegen, und im Strom der großen nationalen Bewegung des Jahres 1848 erheben sie sich unter dem begeisterten Jubel des deutschen Volkes zum Freiheitskampf. Auch der Deutsche Bund nimmt gegen Dänemark Stellung, Preußen führt das deutsche Bundesheer den Herzogtümern zu Hilfe, und für den Kampf gegen Dänemark schafft das Frankfurter Parlament die Anfänge der ersten deutschen Flotte.

Schleswig-Holsteinischer Freiheitskampf 1848

Aber Preußen muß vor dem Eingreifen der europäischen Großmächte England, Rußland und Frankreich sowie Schwedens (vgl. Olmütz) zurückweichen. So kommt das Londoner Protokoll 1852 zustande, nach dem Schleswig und Holstein dauernd vereinigt bleiben, aber nicht in Dänemark einverleibt werden dürfen, wohl aber bleiben sie in Personalunion mit Dänemark. Der erbberechtigte Herzog von Augustenburg erhält dafür eine Abfindungssumme. Die europäischen Staaten übernehmen die Garantie für die Aufrechterhaltung des Protokolls, auch Österreich und Preußen müssen ihre Zustimmung geben; der Deutsche Bund dagegen und die Stände der Herzogtümer verweigern ihre Zustimmung.

Londoner Protokoll 1852

Im Jahre 1863 versucht nun die nationaldänische Partei wieder, auch Schleswig in die dänische Gesamtstaatsverfassung einzubeziehen. Das verstößt offenkundig gegen das Londoner Protokoll. Eine neue nationale Bewegung zugunsten der in ihrem Recht bedrohten Herzogtümer setzt ein, sie kämpft für die Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins und die Erbfolge des Augustenburgers.

Österreich fühlt sich an das Londoner Protokoll gebunden. Auch Preußen darf die nationale Unabhängigkeitsbewegung nicht unterstützen, wenn es die Entstehung eines neuen deutschen Mittelstaates zwischen Nord- und Ostsee unter der Regierung der Augustenburger ver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

hindern will. Ebensowenig aber kann es die Festsetzung Dänemarks in dem strategisch wichtigen Gebiet dulden, da von hier Kiel und die Elbmündung bedroht werden kann. Bismarcks Ziel ist es, die Herzogtümer militärisch, wirtschaftlich und verkehrstechnisch zu beherrschen. Darum stellt er sich zunächst auch auf den Boden des Londoner Protokolls und verhindert dadurch die Einmischung der europäischen Mächte in die Entscheidung dieser deutschen Frage.

Als Preußen die Anerkennung des Londoner Protokolls von Dänemark erzwingen will, tritt Österreich an Preußens Seite, da es ihm aus Mißtrauen nicht freie Hand gegen Dänemark lassen will. So ziehen sie gemeinsam gegen Dänemark in den Krieg.

Der Dänische Krieg 1864

In kurzem Feldzug (Erstürmung der Düppeler Schanzen, Übergang nach Alsen) zwingen die Verbündeten Dänemark zum Frieden zu Wien (1864), in dem es Schleswig-Holstein und Lauenburg zu gemeinsamem Besitz an Österreich und Preußen abtritt.

2. Österreich hat kein Interesse an der gemeinsamen Verwaltung der Herzogtümer. Es tritt darum gegen Bismarcks und Preußens Auffassung für die Nachfolge des Augustenburgers ein. Der Vertrag von Gastein (getrennte Verwaltung der Herzogtümer) überbrückt noch einmal für kurze Zeit die gegenseitige Unstimmigkeit, schiebt die gewaltsame Auseinandersetzung aber nur auf.

Mit den Nachbarmächten weiß Bismarck durch Hilfeleistung für Rußland im polnischen Aufstand, durch ein Neutralitätsabkommen mit Frankreich, durch ein Bündnis mit Italien, das wegen seines Anspruches auf das österreichische Venetien der natürliche Bundesgenosse Preußens ist, die politische Gesamtlage herzustellen, die er für die Lösung der deutschen Frage braucht. Um den Krieg aber nicht allein wegen Schleswig-Holsteins entbrennen zu lassen, bringt Bismarck die Bundesreformfrage wieder ins Rollen, überbietet Österreich sogar durch die Aufnahme der alten liberalen Forderung (Berufung eines deutschen Parlaments auf Grund von allgemeinen und gleichen Wahlen).

Österreich bringt als Gegenzug die schleswig-holsteinische Frage vor den Bundestag. Preußen erklärt das für einen Bruch des Gasteiner Vertrages, und als Österreich die Mobilmachung gegen Preußen beim Bundestage durchsetzt, erklärt Preußen seinen Austritt.

Der Krieg von 1866

Der Krieg beginnt. Preußen hat nur in Norddeutschland einige Bundesgenossen. Aber dank der strategischen Überlegenheit Moltkes („getrennt marschieren, vereint schlagen"; Umfassung!), dank der besseren Ausrüstung durch das Zündnadelgewehr gelingt es Preußen, den Feldzug überraschend schnell siegreich zu beenden. Die norddeutschen Staaten Hannover, Kurhessen und Frankfurt werden überrannt. Das hannöversche Heer kapituliert bei Langensalza. Mit der Besetzung der norddeutschen Staaten schließt Preußen nunmehr die Lücke zwischen seinen beiden Gebietshälften. Der Feldzug in Süddeutschland und die Kämpfe auf dem italienischen Kriegsschauplatz bleiben ohne Einfluß auf die Entscheidung. Österreich verpflichtet sich, Venetien an Napoleon abzutreten, um ihn für sich zu gewinnen. Die Entscheidung fällt auf dem böhmischen Kriegsschau-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

platz in der glänzenden Schlacht bei Königgrätz. Nach der Vereinigung der geschlagenen böhmischen Armee Österreichs mit seiner vom italienischen Kriegsschauplatz herangezogenen Südarmee drängt Bismarck auf schnellen Friedensschluß, zumal Frankreich sich einzumischen droht.

Innerer Widerspruch der europäischen Politik Napoleons

Napoleons Politik trägt einen inneren Widerspruch in sich. Er begünstigt das Streben der europäischen Völker nach nationaler Einheit, verfolgt aber zugleich die alten Ziele französischer Machtpolitik, die Besetzung der Rheinlinie und die Schwächung Deutschlands, der europäischen Mitte. Als Lohn für seine Neutralität im Kampfe Preußens gegen Österreich verlangt er Kompensationen für Frankreich: Rheinpfalz, Rheinhessen und Mainz. Während Österreich ihm Venetien verspricht und lieber auf seine Stellung in Italien verzichtet, als daß es Preußen gegenüber nachgibt, hält Bismarck den Kaiser Napoleon hin und gibt mit Rücksicht auf Frankreich einstweilen den Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund preis. Die süddeutschen Staaten müssen sich mit einem Verein mit „internationaler, unabhängiger Existenz" begnügen. Im geheimen schließen sie aber angesichts der Kompensationsforderung Napoleons ein Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen. Während Italien die Friedensvermittlung Napoleons ablehnt (Besetzung Venetiens), da es die Einigung aller Italiener noch nicht erreicht sieht und nicht bundesbrüchig werden will, gewinnt Bismarck durch seine maßvollen Forderungen Österreichs Bereitschaft zum Frieden, ehe noch Napoleon dazwischentritt. Er schont Österreich nach Möglichkeit, da ihm schon jetzt der Zusammenschluß der mitteleuropäischen Mächte, also das Bündnis mit Österreich, vorschwebt.

Preußische Gebietserwerbungen

Nach dem Waffenstillstand auf dem Schlosse Nikolsburg wird der Friede zu Prag abgeschlossen. Gegen den hartnäckigen Widerspruch seines Königs setzt es Bismarck durch, daß die süddeutschen Staaten, vor allem auch Sachsen, unversehrt bleiben; er beschränkt sich auf die Annexion der norddeutschen Staaten und die Einziehung Schleswig-Holsteins. Österreich gibt seine Zustimmung für die Bildung des Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung und scheidet damit aus Deutschland aus. Es büßt nur Venetien ein, das es an Italien abtreten muß.

XXVI. Der deutsch-französische Krieg 1870/71.

Außenpolitische Niederlagen Frankreichs

Frankreich empfindet die Erfolge Preußens als eigene Niederlage, darum fordert es „Rache für Sadowa". Da das napoleonische Kaisertum sich im Innern einer immer stärker werdenden Opposition gegenüber sieht, sucht es seine Stellung durch außenpolitische Erfolge zu stärken, hat aber bis auf den Erwerb von Savoyen und Nizza (1859) nur Mißerfolge aufzuweisen. Die französische Einmischung in die mexikanischen Wirren vergeudet viele Kräfte, die Aufrichtung einer mexikanischen katholischen Monarchie unter französischem Protektorat scheitert, denn Napoleon hat nur zwischen einem Verzicht und einem Kriege mit Amerika zu wählen. Die Entscheidung fällt gerade in die Zeit des öster-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

reichisch-preußischen Konfliktes von 1866 und lähmt Napoleons Entschlußkraft. Bismarck bringt ihn um die erhofften Kompensationen und tritt ebenso seinem weiteren Versuch, Luxemburg in Frankreich einzuverleiben, energisch entgegen. Die Londoner Konferenz bestimmt die Neutralisierung des Landes (1867). Als Napoleon mit Belgien einen Zollbund schließen will, widersetzt sich England dem Vordringen französischen Einflusses im Mündungsgebiet der Schelde. Dabei wachsen die inneren Schwierigkeiten in Frankreich, so daß sich Napoleon zu liberalen Reformen genötigt sieht. Nur ein erfolgreicher Krieg kann seine Stellung festigen. Darum vermehrt er die französische Streitmacht und organisiert das Heer neu (Einführung des Chassepotgewehres).

Napoleon sieht die preußische Macht mit Besorgnis immer mehr wachsen, die Einigung Deutschlands immer näher rücken. Die Veröffentlichung der Militärverträge mit den süddeutschen Staaten gibt dem Argwohn gegen Preußen neue Nahrung. Gegen Preußen richten sich darum die Verhandlungen Napoleons mit Italien und Österreich, wenn sie auch zu keinem festen Bündnis führen. **Die Einigung Deutschlands aber kann und will Frankreich niemals dulden.**

Frankreich gegen die Einigung Deutschlands

Bei dieser gespannten Lage ist die **spanische Thronkandidatur** des Prinzen Leopold von Hohenzollern nur der äußere Anlaß für den längst erwarteten Waffengang beider Mächte, Frankreich benutzt ihn, um Preußen auf alle Fälle zu demütigen. Preußen aber kann sich den überspannten Forderungen Frankreichs nicht fügen. Da nur die Waffen eine Entscheidung bringen können, jede Verzögerung aber allein Frankreichs Aussichten günstiger gestaltet, schiebt Bismarck geschickt und entschlossen Frankreich die Entscheidung zu (Emser Depesche!). Am 19. Juli 1870 erklärt es an **Preußen den Krieg.**

Der Krieg von 1870/71

Bismarck hatte mit seiner preußischen Politik die deutsche Volksstimmung gegen Preußen eingenommen. Er schien lediglich die Interessen der Hohenzollern zu vertreten. Als nun aber Norddeutschland der Krieg gegen Frankreich aufgezwungen war, wollte und konnte niemand zurückbleiben. „Alldeutschland nach Frankreich hinein" wurde die Losung. Man hatte das sichere Gefühl, Frankreich zum mindesten gewachsen, wenn nicht überlegen zu sein. Die **Nachbarmächte halten sich zurück, Dänemark** und **Österreich** mit Rücksicht auf Preußens Freundschaft mit Rußland, **England** im Hinblick auf die bedrohlichen Rheinpläne Napoleons.

Neutralität der Nachbarmächte

Die französische Heeresleitung beabsichtigt, durch Vorstöße vom Elsaß und von Lothringen her Süddeutschland von Preußen zu trennen und donauaufwärts Verbindung mit Österreich zu suchen. Aber der unerwartet schnelle Aufmarsch der deutschen Truppen, ihr siegreicher Vormarsch wirft diese Pläne um. Die Siege des Kronprinzen bei **Weißenburg** und **Wörth** zwingen **Mac Mahon** zum **Rückzug auf Châlons.** Der ersten und zweiten Armee gelingt es, **Bazaine,** der eine Vereinigung mit Mac Mahon erstrebt, östlich von **Metz festzuhalten** (Colombey-Nouilly), die Festung im Süden zu umfassen (**Vionville, Mars-la-Tour**) und durch die schweren Kämpfe bei **Gravelotte** und **St. Privat** auch den Vormarsch nach

Norden zu verhindern. Es sind die blutigsten Schlachten des ganzen Krieges. Bazaine wird in Metz eingeschlossen und belagert.

Der Kronprinz und die von der Metzer Armee abgezweigte Maasarmee nehmen die Verfolgung Mac Mahons auf, der Befehl hat, Bazaine von Nordwesten her zu entsetzen. So müssen die Heere plötzlich rechts abmarschieren. Die deutschen Armeen schneiden Mac Mahon aber den Weg ab, drängen ihn bei Sedan gegen die belgische Grenze und schließen ihn ein. Das französische Heer wird am 1. September 1870 bei Sedan völlig geschlagen und muß die Waffen strecken, Kaiser Napoleon III. gerät in Kriegsgefangenschaft.

Ende des französischen Kaisertums

Die politische Wirkung seiner Gefangennahme ist in Frankreich der Zusammenbruch des Kaisertums, die Wirren einer neuen Revolution und Erneuerung der Republik („Regierung der nationalen Verteidigung"). Aber der Krieg geht weiter mit der Republik. Gambetta, Minister des Innern, mit diktatorischer Gewalt, organisiert die Volkserhebung und stampft neue Heere aus dem Boden.

Paris wird belagert. Der Ansturm der neuen französischen Heere von Westen her läßt sich nur abwehren, weil durch die rechtzeitige Kapitulation von Metz (27. Oktober) Truppen frei werden. Die französischen Ersatzarmeen werden geschlagen. Bourbakis verzweifelter Versuch, das belagerte Belfort zu entsetzen und nach Osten durchzubrechen, scheitert; er wird durch die Kämpfe an der Lisaine genötigt, auf Schweizer Gebiet überzutreten.

Die deutsche Kaiserproklamation

Paris selbst muß nach dem letzten mißlungenen Ausfall, von Hungersnot zermürbt, am 28. Januar kapitulieren. Zuvor aber hat am 18. Januar im Spiegelsaale zu Versailles die deutsche Kaiserproklamation stattgefunden.

Frankfurter Friede: Elsaß-Lothringen wieder deutsch

Im Frieden zu Frankfurt tritt Frankreich Elsaß-Lothringen an Deutschland ab. Es zahlt 5 Milliarden Kriegsentschädigung. Die Grenzziehung erfolgt nach Maßgabe der Sprachgrenze, abgesehen von Gebietsteilen um Metz und in dem oberen Breuschtal, wo aus strategischen Gründen französisches Sprachgebiet übernommen wird.

Da mit der Kaiserproklamation in Versailles auch die Sehnsucht nach einem neuen Deutschen Reiche in Erfüllung gegangen ist, so bedeutet der Ausgang des Krieges eine grundlegende Änderung der europäischen Machtverhältnisse. Seit dem Zerfall des Deutschen Reiches hatten die Rand- und Nationalstaaten auf Kosten der mitteleuropäischen Staaten ihren Machtbereich erweitert. Jetzt aber hat Europa wieder eine starke Mitte, die selbst innenpolitisch gefestigt und lebenskräftig genug ist, um nach außen hin wirken zu können. Verspätet, aber mit immer größerer Nachhaltigkeit glaubt Deutschland, sich jetzt der weltwirtschaftlichen imperialistischen Entwicklung der anderen Mächte anschließen zu müssen.

Das Deutsche Reich neue Großmacht Europas

1870 wird mit der Räumung Roms durch die französischen Truppen und durch die Einnahme der Stadt auch der letzte Schritt in der Einigung Italiens getan.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XXVII. Nationalstaatliche Entwicklung in Italien und den Balkanländern.

1. Italien nach 1815 unter dem beherrschenden Einfluß Österreichs.
2. Nationale Einigung Italiens 1859/60.
3. Nationale Erhebungen in den Balkanländern. Europäische Politik und die orientalische Frage. 1812—1878.
4. Die Erbschaft des „kranken Mannes" 1878—1913.

1. Italien, einst der Mittelpunkt des großen römischen Reiches und seiner Macht, ist seit dem Mittelalter der Zersplitterung verfallen und wird dann der Boden, um dessen Beherrschung die Nachbarstaaten, vor allem Frankreich und Österreich, miteinander kämpfen. Ergebnislos bleiben die Ansätze zu einer Zusammenfassung und Wiederbelebung altrömischer Macht (Arnold von Brescia, Kaiser Karl, die Anjous, Cola di Rienzi).

Vorübergehend bringt Napoleon I. Italien die nationale Einheit. Aber der Wiener Kongreß zerschlägt sie wieder. Ihre unversöhnlichen Gegner sind Österreich und die souveränen Fürsten Italiens, die alle, bis auf den König von Sardinien, Ausländer sind.

Nationale Bestrebungen in Italien

Nebenher geht aber eine auf nationale Einigung drängende Strömung im Volke, die immer stärker wird. Vor allem richten sich die Bestrebungen der patriotischen Geheimbündler gegen die Fremdherrschaft Österreichs in der Lombardei und Venetien und gegen das absolutistische Regiment Metternichs. Der König von Sardinien ist ihre Hoffnung. Die Verfassungsbestrebungen der Carbonari und Piemonts (1821) und die Verschwörungen im Zusammenhang mit der Julirevolution (1830) mißlingen; sie werden niedergeschlagen, auch die nationale Erhebung 1848 im Bunde mit Sardinien erliegt den Waffen Radetzkis.

2. Die Einigung Italiens kann nur mit Hilfe einer europäischen Großmacht gegen Österreich zustande kommen. In dieser Erkenntnis sichert sich Cavour, der italienische Bismarck, Frankreichs Unterstützung durch seine Hilfe im Krimkriege. Napoleon hofft, die Völker lateinischer Rasse unter seiner Führung zu einigen und Österreich abermals aus seiner beherrschenden Stellung in Italien zu verdrängen. Mac Mahon besiegt die Österreicher bei Magenta und Solferino (1859). Als Preußen sich einmischen will und Österreich durch einen geplanten Angriff auf Frankreichs Ostgrenze seine Hilfe anbietet, geht Österreich im Frieden zu Villafranca lieber auf Napoleons Bedingungen ein und verzichtet auf die Lombardei, als daß es Preußens Waffendienst annimmt und die Vormachtstellung in Deutschland aufgibt. Sardinien erhält die Lombardei gegen die Abtretung von Savoyen und Nizza an Frankreich für seine Unterstützung der italienischen Nationalbewegung.

Cavour: Bündnis mit Frankreich

Cavour begnügt sich damit aber nicht. Er weiß die Rückkehr der vom Volke vertriebenen mittelitalienischen Fürsten, wie es die Friedensabmachungen von Villafranca vorsehen, zu verhindern; er kann sich dabei auf die Volksabstimmungen in Mittelitalien stützen, die den Anschluß an

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Sardinien verlangen. Garibaldi verjagt mit seinen Freischaren die Bourbonen aus Sizilien und Neapel (1860). Cavour fängt aber auch die auf eine Einheitsrepublik zielende Bewegung des Nationalhelden Garibaldi auf und verkündet 1861 das Königreich Italien. Nur Rom und den Rest des Kirchenstaates schützen französische Truppen, da Napoleon aus innenpolitischen Rücksichten den Papst nicht fallen lassen kann.

Königreich Italien 1861

Venetien fällt im Jahre 1866 trotz der österreichischen Siege bei Custozza und Lissa an das mit Preußen verbündete Italien. Die Niederlage Frankreichs 1870/71 befreit endlich auch Rom von der französischen Besatzung. Rom wird nunmehr Hauptstadt des geeinten Italiens.

Das auf dem Wiener Kongreß geschaffene Gleichgewicht der europäischen Staaten ist erschüttert. Der Krimkrieg hatte die Ostmächte Rußland und Österreich entzweit, jetzt hat sich der große Gegensatz zwischen Österreich und Preußen offenbart. Europa hat ein neues nationales Königreich erhalten, die Grundlagen für eine neue Großmacht.

Gleichzeitig erkämpft das nordamerikanische Volk im Bürgerkrieg gegen die Rebellion der Südstaaten die Einheit des Staates. Mit dem Einsatz ihrer militärischen Macht haben die Vereinigten Staaten den Weltkrieg zu unseren Ungunsten entschieden. Sie sind ein ganz neuer Faktor in der Weltpolitik der Gegenwart geworden.

3. Die Idee des Selbstbestimmungsrechtes ergreift auch die Völker der Balkanhalbinsel.

Der Kampf gegen die Türken

Die Herrschaft der Türken auf dem europäischen Festland ist seit dem Siege des Prinzen Eugen und dem stetigen Vordringen Rußlands zum Schwarzen Meere stark zurückgegangen, zugleich innerlich verfallen. Die westeuropäischen Freiheitskämpfe wirken auch nach dem Balkan hinüber.

Die Griechen, von der Griechenbegeisterung aller europäischen Länder getragen (Lord Byron, Wilhelm Müller), erheben sich zuerst gegen die Türken, werden von ihnen aber zunächst mit Hilfe des Vizekönigs Mehmed Ali von Ägypten niedergeschlagen. Während Metternich in der griechischen Freiheitsbewegung nur die revolutionäre Gefahr erkennt und jegliche Unterstützung ablehnt, kommt ein Bund von Rußland, Frankreich und England zum Schutz der griechisch-katholischen Christen gegen die Türken zustande. Bei Navarino erleidet die türkische Flotte (1827) eine entscheidende Niederlage. Der Friede zu Adrianopel bringt Griechenland die Unabhängigkeit (bestätigt im Londoner Protokoll 1830) und durchbricht damit das bisher von der Heiligen Allianz hochgehaltene reaktionäre System der Legitimität und des allein gültigen Willens der Dynastien. Sie selbst geht damit in die Brüche.

Befreiung Griechenlands 1829

Im Krimkriege und während des russisch-türkischen Krieges 1877/78 bleibt Griechenland neutral. Als Morgengabe Englands erhält der neue Hellenenkönig aus dem dänischen Herrscherhaus 1863 die ionischen Inseln. 1897 kämpft es einen unglücklichen Kampf gegen die Türkei um den Besitz von Kreta. Erst 1911 tritt die Türkei die Insel an Griechenland ab. In den folgenden Balkankämpfen zeigt sich immer wieder, daß der

griechische Nationalismus gleich wie der serbische zu weit gehende Ansprüche stellt.

Serbien, Moldau, Walachei selbständig

Der Friede zu Adrianopel (1828) bringt auch Serbien und den rumänischen Donaufürstentümern die Selbständigkeit, freilich unter türkischer Oberhoheit. Die Handelsschiffe bekommen freie Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen. Aber den russischen Weg nach Konstantinopel kreuzt Österreichs Ausfahrt aus der Donau und bringt beide Staaten in Gegensatz zueinander. Eine Machtvermehrung Rußlands im Orient muß das Gleichgewicht im Osten stören.

Folgen der russischen Balkanpolitik

Darum bekämpft auch England die russische Balkanpolitik. Das Vordringen der russischen Macht zum Mittelmeer kann die englische Mittelmeerherrschaft und den Weg nach Indien gefährden. Daraus muß sich eine neue Mächtegruppierung ergeben, zumal auch Frankreich in der Türkei Einfluß gewinnen möchte. Denn Napoleon III. sucht nach einer Gelegenheit, das Ansehen Frankreichs und dabei seine Stellung zu festigen.

Als nun der russische Zar Nikolaus I. die Schutzherrschaft über die griechischen Katholiken in der Türkei fordert und auf die Ablehnung des Sultans in die Donaufürstentümer einmarschiert, landen England, Frankreich und im Bunde mit ihnen Sardinien

Koalition gegen Rußland, Krimkrieg 1854/56

Truppen auf der Krim, da Rußland die Fürstentümer nicht räumen will. Obwohl Rußland 1848 dem befreundeten Österreich gegen die Revolution im eigenen Lande wertvolle Hilfe geleistet hat, rührt Österreich jetzt keinen Finger zu Rußlands Gunsten, läßt vielmehr seine eigenen Truppen in die Donaufürstentümer einrücken. Preußen dagegen bleibt neutral und erhält sich dadurch die russische Freundschaft. Den Undank des Hauses Habsburg vergilt Rußland durch seine Haltung 1859, 1866 und 1870.

Der seit dem Wiener Kongreß Europa beherrschende Bund der drei Ostmächte ist gesprengt. Nach der Eroberung von Sebastopol durch die Verbündeten und dem Tode Nikolaus I. schließt sein Sohn Alexander II. in Paris 1856 Frieden. Er verspricht, keine Waffenplätze am Schwarzen Meer anzulegen, und gibt seine Vorrechte in der Moldau und Walachei auf (diese schließen sich 1862 zum Fürstentum Rumänien zusammen und wählen 1866 den Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen zu ihrem Fürsten; † 1914). Man erklärt das Schwarze Meer für neutral und sperrt den Bosporus für alle Kriegsschiffe.

Englisch-russischer Gegensatz

Rußland sieht sich in seinem natürlichen und lebensnotwendigen Streben nach Konstantinopel (Zugang nach dem Mittelmeer und dem Atlantischen Ozean), und ostwärts nach Indien (außer von Österreich) vor allem auch von England gehemmt. England dagegen bekämpft in Rußland den neu aufkommenden Gegner seiner Mittelmeerherrschaft und seiner asiatischen Pläne. Das bleibt einer der großen Gegensätze, die in der Folgezeit die europäische Politik entscheidend beeinflussen.

Frankreich führende Festlandmacht

Frankreichs Ansehen auf dem Festlande ist mit den Erfolgen des Krimkrieges mächtig gewachsen. Es hat Rußlands bis dahin führende Stellung auf dem Kontinent übernommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Daneben bleibt die große Spannung zwischen Österreich und Rußland. Sie wird um so bedrohlicher, als Rußland die panslavische Rassenbewegung den alten Zielen der russischen Machtpolitik dienstbar macht. In der von der östlichen Völkerflut bedrohten germanischen Welt ist der österreichisch-ungarische Staat am meisten gefährdet, da er selbst starke slavische Volksteile in seinem Reiche beherbergt und von slavischen Staaten zum Teil umfaßt wird. Andererseits hat Österreich selbst längst den Schwerpunkt seiner Politik nach dem Balkan verlegt. Seine Balkanpolitik hält Rußland die Wage und damit das Gleichgewicht im Osten. Die Erhaltung des österreichischen Staatsverbandes ist darum nach Bismarckscher Auffassung eine Notwendigkeit. Russisch-österreich. Gegensatz. Gleichgewicht im Osten

Die russische wie österreichische Machtpolitik geht auf Kosten der Türkei. Seit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 kann Rußland seine Mittelmeerpläne wieder tatkräftiger aufnehmen. Es nährt und unterstützt Unruhen in der Herzegowina, in Montenegro, Serbien und Bulgarien. Als diese aber von den Türken blutig niedergeworfen werden, zieht Rußland selbst, später von Rumänien unterstützt, gegen die Türkei in den Krieg und zwingt sie zum Frieden von St. Stefano, der ein Großbulgarien (mit Mazedonien bis zum Ägäischen Meer) vorsieht, die Balkanstaaten erweitert und unabhängig macht, die Türkei aber fast völlig aus Europa verdrängt. Russisch-türkischer Krieg 1877/78

Da treten die europäischen Großmächte auf den Plan. England und Österreich rüsten, ein Weltkrieg ist im Entstehen begriffen. In dem Streite der Parteien übernimmt Bismarck als ehrlicher Makler 1878 die Vermittlung (Berliner Kongreß 1878). Denn Deutschland, das in der orientalischen Frage am wenigsten interessiert ist, würde doch nach einem Siege Rußlands über Österreich und die Türkei zu sehr Gefahr laufen, von dem russischen Koloß in den Hintergrund gedrängt zu werden. Berliner Kongreß 1878

Die Eifersucht der Mächte kommt vor allem der Türkei zugute. Rußland und die Balkanstaaten müssen sich in ihren Ansprüchen auf Gebietserweiterung bescheiden, die Türkei erhält Mazedonien zurück, Ostrumelien wird als autonome türkische Provinz von Nordbulgarien abgetrennt. Montenegro (stark vergrößert), Serbien und Rumänien gewinnen ihre Unabhängigkeit, das neue Fürstentum Bulgarien zwischen Donau und Balkan erhält innere Selbständigkeit. Rußland bekommt Beßarabien, in Kleinasien den wichtigen Hafen Batum und Kars; England sichert sich Zypern zur besseren Beherrschung des Suezkanals, Österreich erhält die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina.

Auch in der Folgezeit bietet die Entwicklung der Balkanfragen dasselbe Bild. Die Entscheidung richtet sich nicht nach den Wünschen und Bedürfnissen der Balkanvölker, sondern nach den Interessen der Großmächte und ihres gegenseitigen Machtausgleichs.

Rußland glaubt sich von Deutschland benachteiligt; die seit dem Befreiungskriege bestehende Freundschaft zwischen Preußen und Rußland zerbricht darüber. Bismarck zieht zugleich daraus die Lehre, daß die russische Freundschaft allein für die Sicherheit Deutsch- Deutsch-russische Verstimmung

lands nicht genügt, es muß Österreich auf seine Seite ziehen, ohne aber zugleich Rußland in die Arme Frankreichs zu treiben; in der Umklammerung von beiden Seiten müßte Deutschland von Österreich abhängig werden. Nur eine ganz geschickte Bündnispolitik kann Deutschlands Stellung in Europa stärken und die übrigen europäischen Mächte in Schach halten.

Nationale Einigung Bulgariens

4. Die Bulgaren haben am schwersten unter der türkischen Herrschaft gelitten. Während sie auf Befreiung von Rußland hofften, beabsichtigten die Russen, sie als Kanonenfutter gegen die Türken zu gebrauchen und durch sie maßgebenden Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu gewinnen. Der auf Bulgarien lastende Steuerdruck verursachte dauernde Unruhen. Außerdem sog die griechisch-katholische Kirche das Volk aus und entfremdete die Bevölkerung dem Patriarchen von Konstantinopel. Als sich die Übertritte zur römisch-katholischen Kirche mehren, sorgt Rußland 1872 für die Errichtung eines besonderen bulgarischen Exarchats in Konstantinopel, während die Serben dem Patriarchen unterstellt bleiben. Dadurch werden Bulgaren und Griechen, ebenso auch Bulgaren und Serben einander entfremdet. Im Frieden von St. Stefano beabsichtigte Rußland, ein Großbulgarien zu schaffen, aber der Berliner Kongreß verhindert es.

Rußland hatte geglaubt, in Bulgarien ein gefügiges Werkzeug zu haben. Darin sah es sich aber getäuscht. Bulgarien verzichtete auf die ihm zugedachte Rolle. Es erlangt gegen Rußlands Willen 1885 durch Einverleibung Ostrumeliens die nationale Einigung. Nach dem Sturz des Fürsten Alexander von Battenberg 1886 wird Ferdinand von Koburg-Kohary gewählt, der sich dann 1908 zum „Zaren" der Bulgaren macht. In seiner Politik sucht er an Österreich-Ungarn Anlehnung. Rußland dagegen begünstigt nach der bitteren Enttäuschung mit Bulgarien die großserbischen Machtgelüste, um damit die eigenen Balkaninteressen zu fördern und vor allem Österreich-Ungarn zu schädigen.

Großserbische Idee. Balkankrisen

Die großserbische Idee ist der Angelpunkt der Balkankrisen neuerer Zeit. Wie auf die römisch-byzantinische Staatseinheit die nationale Teilstaatenbildung der Kroaten, Serben und Bulgaren gefolgt war, so löst sich der türkische Eroberungsstaat wieder in die verschiedenen Nationalstaaten auf. Die bulgarische Entwicklung gibt dazu den Anstoß. Die Griechen und vor allem die Serben begnügen sich aber nicht damit, ihrem Volksgebiet den nationalen Einheitsstaat zu schaffen (vgl. Bulgaren und Kroaten), sondern verfolgen ausgesprochene Eroberungsabsichten. Denn Serbiens verkehrsgeographische und geopolitische Mittellage verlangt einen Zugang zum Meere, ferner drängt dahin der im serbischen Volkscharakter und im Wesen der orthodoxen Kirche liegende „Machthunger"; Serbien möchte den Kern des Balkaneinheitsstaates abgeben.

Die Serben haben es zunächst auf die ohne eigenen Staat in Österreich-Ungarn lebenden Kroaten abgesehen (in Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Slawonien und Kroatien selbst), die zwar sprachlich verwandt und mit serbischen Kolonien durchsetzt sind, mit der serbischen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Staats- und Kulturentwicklung aber nichts zu tun haben, obendrein dem römisch-katholischen Bekenntnis angehören.

Die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich regte, so störend sie für Serbien war, seine Wühlarbeit nur um so mehr an, der die Kroaten in ihrer Hilflosigkeit immer mehr Gehör schenkten. Österreich glaubte, der serbischen Propaganda 1908 gelegentlich der türkischen Revolution nur durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina ein Ende machen zu können.

Kesseltreiben gegen Österreich

Die serbische Enttäuschung und die daraus sich ergebenden diplomatischen Folgen treiben zu neuen Balkankriegen (und schließlich zum Weltkrieg 1914). Rußland und England setzen alles daran, einen großen Balkanbund zustande zu bringen mit dem Ziel, Österreich zu vernichten. Als die Jungtürken sich aber ausschließen, muß der Balkanbund zunächst die Türkei erledigen, um dann erst Österreich-Ungarn zu Leibe gehen zu können.

Vorspiel: Balkanbund gegen Türkei 1912

So kommt es, daß mit dieser vorübergehenden südlichen Verschiebung des politischen Schwerpunktes auf dem Balkan die mazedonische Frage in den Vordergrund tritt. Die Serben (wegen serbischer, oder doch wenigstens slavischer Nationalität der Mazedonier), die Griechen (wegen der weit verbreiteten griechischen Schulen) und die Bulgaren (wegen ihrer Verwandtschaft in Sprache, Sitte und Bekenntnis) erheben zugleich Anspruch auf Mazedonien. Man verständigt sich über die Aufteilung Mazedoniens. Die vereinigte Macht des Balkanbundes bringt der Türkei im ersten Balkankriege 1912 eine völlige Niederlage.

Da Österreich aber Serbien nicht den erhofften Zugang zum Meere durch Nordalbanien zugestehen will (darum Errichtung eines selbständigen Albaniens) und Serbien von Bulgarien Entschädigung verlangt,

Kampf um die Beute: 1913

kommt es zu einem abermaligen Balkankrieg der Sieger untereinander um die Beute: Serbien und Griechenland stehen gegen Bulgarien, ihnen treten noch Rumänien und die Türkei zur Seite. Bulgarien wird völlig geschlagen, Mazedonien in der Hauptsache an Serbien und Griechenland, zum Teil auch an Bulgarien aufgeteilt, die Türkei behält das südöstliche Thrazien mit Adrianopel.

Der Machthunger Serbiens ist durch diesen Erfolg nur noch größer geworden. Da die Kroaten im österreichisch-ungarischen Staat keine Berücksichtigung ihrer nationalen Wünsche zu finden fürchten, lassen sie sich von der großserbischen Idee immer mehr ins Schlepptau nehmen. Jetzt

Erneuter Angriff auf Österreich 1914

wird das eigentliche Ziel Rußlands und der Entente im Bunde mit Serbien und Montenegro in Angriff genommen: Die Vernichtung Österreich-Ungarns. Das führt zum Weltkrieg.

Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte ist der südslavische Staat Jugoslavien, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, „SHS.-Staat", Wirklichkeit geworden. Den Kroaten ist nichts anderes übriggeblieben, als ihm beizutreten. Ob aber der großserbische Staat Bestand haben wird, bleibt abzuwarten. Die jüngsten Ereignisse (1928) haben die große Spannung zwischen Kroaten und Serben als eine innere Schwierigkeit ihres staatlichen Aufbaues deutlich gezeigt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XXVIII. Bündnissysteme Europas.

1. Die Staaten Europas 1878—1914.

Deutschlands gefährliche Mittellage

In der Mitte Europas steht das neue Deutsche Reich als neue Großmacht. Bismarck hat durch alle Fährnisse äußerer und innerer Politik mit fester, sicherer Hand den einmal für richtig erkannten Kurs innegehalten und sein Ziel glücklich erreicht. Die schnellen und entscheidenden Schläge der preußischen Waffen haben eine Einmischung außerdeutscher Staaten verhindert. Aber fast überall begegnet man Deutschland mit Mißtrauen. Der skandinavische Norden befürchtet weitere Eroberungsabsichten, die nichtdeutschen Nationalitäten der österreichisch-ungarischen Monarchie säen Argwohn und Mißtrauen gegen Deutschland, wie sie das deutsche Staatsvolk im eigenen Reiche um seine führende Stellung zu bringen versuchen. Vor allem lebt Frankreich nur für den Revanchegedanken.

Bismarck jedoch lehnt jede Eroberungspolitik (auch den Präventivkrieg 1875) ab, Deutschland ist „saturiert". Es liegt ihm nur daran, den Bestand des Reiches und seine Machtstellung innerhalb der europäischen Staaten zu sichern und durch versöhnliche und gerechte Politik den Frieden in Europa zu erhalten. Immerhin sind die daraus erwachsenden Aufgaben schwierig genug, und zwar um so mehr, als die auf drei Seiten offene Mittellage die Gefahr des Mehrfrontenkrieges in sich trägt.

Bismarcks Bündnispolitik

Die größte Gefahr besteht im Westen. Frankreich ist unversöhnlich, will durch neuen Krieg den Verlust von 1870 wieder einbringen und sucht Bundesgenossen. Darum muß Bismarck durch Gegenbündnisse die Gefahr bannen und auf alle Fälle ein etwaiges französisch-russisches Bündnis hintertreiben. Seit den Befreiungskriegen hält Preußen mit Rußland enge Freundschaft. Sie hat sich auch 1866 und 1870/71 bewährt. Bismarck läßt sich ihre Pflege auch in Zukunft sehr angelegen sein und vermittelt eine Aussöhnung Rußlands mit Österreich-Ungarn. In der Dreikaiserverständigung 1872 lebt das Bündnis der Heiligen Allianz wieder auf. Sie beabsichtigt die Verteidigung des Staatenbestandes von 1871 gegen französische Vergeltungsabsichten und schützt Deutschlands West- und Ostfront.

Dreikaiserverständigung 1872

Russisch-österreich. Gegensatz. Panslavismus

Der Bund hat freilich einen recht schwachen Punkt, weil Österreich und Rußland im Balkan gegensätzliche Interessen verfolgen. Sie vertiefen sich, als die völkische Bewegung des Panslavismus (Pflege gesamtslavischer Kulturgemeinschaft) sich auch politische Ziele steckt, alle slavischen Stämme unter russischer Führung einigen will und Rußland damit Vorkämpfer auch der Balkanslaven, besonders der serbischen Eroberungsgelüste, wird. Die serbische Omladina (Geheimbund) kämpft um Bosnien, Herzegowina, das obere Mazedonien und die Volksgenossen im Banat. Auch Montenegro genießt den besonderen Schutz Rußlands. Mit deutscher Unterstützung hat Rußland auf der Londoner Pontus-Konferenz die Aufhebung seiner Rüstungsbeschränkungen im Schwarzen Meer durchgesetzt. Der Aufstand in der Herzegowina 1875 ist der Anfang dieser vom Zarenreich angestifteten Unruhen auf dem Balkan,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

die zu dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 führen (vgl. S. 95). Auf den Einspruch Englands und Österreichs gegen die Abmachungen des Friedens von St. Stefano kommt es zum Berliner Kongreß. Der große Erfolg der Bismarckschen Vermittlung ist die Erhaltung des europäischen Friedens. Daß sich Deutschland aber nicht mit seinem ganzen Einfluß gegen das übrige Europa für die russischen Eroberungen im Orient eingesetzt hat, vielmehr auf einen Ausgleich der Machtinteressen hinarbeitet, bringt eine Abkühlung der Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland. Ebenso hat der Gegensatz zwischen Österreich und Rußland sich verschärft.

Bei dieser veränderten politischen Gesamtlage droht eine russisch-französische Annäherung. Bismarck muß nach einer neuen Sicherung suchen. Seine Politik der Schonung österreichischen Besitzstandes 1866 hat dem neuen deutschen Reiche das Vertrauen des Donaustaates eingetragen. 1879 kommt ein Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich, der Zweibund, zustande und damit wenigstens in völkerrechtlicher Form der Staat der Großdeutschen, wie man schon 1848 gehofft hatte, den „engeren Bund" durch einen „weiteren" Bund zu ergänzen (gegenseitige Unterstützung bei einem russischen Angriff, Neutralität bei Angriff durch eine andere Macht). Das mitteleuropäische Rhein-Elbe-Donau-Gebiet ist damit in seiner geopolitischen Zusammengehörigkeit eine Einheit geworden.

Deutsch-österreich. Defensivbündnis 1879

Diese Sicherung erscheint Bismarck aber gegen einen Bund von Rußland und Frankreich noch nicht ausreichend. Um den Draht nach Rußland nicht abreißen zu lassen, hält er das deutsch-österreichische Abkommen zunächst geheim und bemüht sich weiter, das Verhältnis zu Rußland freundlicher zu gestalten. Es kommt 1881 zum Dreikaiservertrag, der Österreich, Deutschland und Rußland zur Neutralität verpflichtet, wenn einer von ihnen angegriffen wird; er wird 1884 erneuert, aber bald darauf erkaltet das Verhältnis Rußlands zu Österreich wegen des Streites um die Herrschaft in Bulgarien ganz und gar. Deutschland aber sichert sich die russische Rückendeckung gegen einen französischen Angriff durch den geheimen Rückversicherungsvertrag mit Rußland 1887, das seinerseits die gleiche Deckung gegen England in Asien erhält.

Dreikaiservertrag 1881

Rückversicherungsvertrag mit Rußland 1887/90

Nach Süden hin bekommt der Zweibund 1882 eine Erweiterung und Verstärkung durch den Beitritt Italiens. Denn Italien sieht sich in seiner Mittelmeerstellung durch Frankreich bedroht, das 1881 Tunis besetzt und damit in das italienische Interessengebiet eingreift. Das Bündnis mit Italien richtet sich gegen Frankreich. Wenn Rußland einmal versagen würde, sollte Italien dafür eintreten. Auch Rumänien tritt 1883 dem Dreibund bei. Die völkerrechtliche Einigung der mitteleuropäischen Machtbildungen hat Europa auf Jahrzehnte den Frieden erhalten. Diese Tatsache sollte bei Neugestaltung der europäischen Staaten und Machtverhältnisse richtungweisende Bedeutung haben.

Beitritt Italiens: Dreibund 1882

Mitteleuropa als politische Einheit

Der Dreibund konnte nur Wert haben, solange England sich freundlich zu ihm stellte. Ausdrücklich lehnt der Vertrag eine Anwendung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gegen England ab. Denn Italien hätte seine Lebensmittel- und Kohlenversorgung, seine langgestreckten, offenen Küsten- und Bahnlinien nicht einem englischen Angriff aussetzen dürfen. In einem Mittelmeerabkommen verpflichtet sich England zur Hilfeleistung bei einem Angriff Frankreichs auf Österreich und Italien. Diese Haltung Englands ergibt sich aus seinem Argwohn gegen die afrikanischen Pläne Frankreichs. Bismarck hat stets ein gutes Verhältnis mit England erstrebt, zu einem Bündnis aber kommt es nicht, da Bismarck Rußland nicht fallen lassen will, wie England es fordert.

Bismarcks Freundschaftspolitik mit England

Die Nachfolger Bismarcks haben sich nicht getraut, dieses kunstvolle, verwickelte Bündnissystem mit seiner östlichen Sicherung durch Rußland, seiner westlichen durch England weiterzuführen. Ganz bewußt hat sich Bismarck auf eine rein kontinentale Politik beschränkt. Die Folgezeit freilich konnte sich nicht damit begnügen. Die imperialistische Entwicklung bringt den verwickelten europäischen Machtverhältnissen neue Probleme und Aufgaben der Weltpolitik.

Ein wichtiges Ergebnis dieser außenpolitischen Periode ist die Isolierung Frankreichs. Die Lage ändert sich wesentlich in dem Augenblick, wo nach der Abdankung Bismarcks 1890 der Rückversicherungsvertrag nicht erneuert wird und nun der russisch-französische Zweibund dem Dreibund gegenübertritt.

Russisch-französisch. Zweibund

Dabei hält aber der englisch-französische und englisch-russische Gegensatz, wie er in den folgenden Abschnitten begründet wird, den Ausgleich der Mächte. Die Gefahr einer auf die Dauer untragbaren Isolierung weiß Eduard VII. geschickt dadurch zu vermeiden, daß er mit Japan Freundschaft und Bündnis schließt und im rechten Augenblick mit Frankreich und Rußland eine Verständigung herbeiführt, so daß schließlich Deutschland sich von allen Seiten eingekreist sieht. Der Weltkrieg ist das verhängnisvolle Ergebnis.

Die Weltmachtbestrebungen der europäischen Großstaaten.

XXIX. Das imperialistische Rußland.

Rußlands europäisches und asiatisches Wachstum.

Der nationale Gedanke bestimmt seit der französischen Revolution am wirksamsten die Umgestaltung der europäischen Staatenwelt. Indem das 19. Jahrhundert aber auch die ganze bewohnte Erde unter die Kulturvölker aufteilt, bringt es neue weltpolitische und weltwirtschaftliche Ziele. Außer der bis dahin allein sie beherrschenden Macht Englands verlangen auch andere Mächte ihren Anteil an den außereuropäischen Erdteilen. So drängen die Völker und Staaten besonders seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über den Kontinent hinaus, ein reger Wettbewerb unter ihnen hebt an.

Die Zeit des Imperialismus

Das neue Zeitalter des Imperialismus schafft unter den alten Großmächten neue Gegensätze, neue Verbindungen. Als neue

Großmächte treten die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan auf den Plan. Wirtschaftliche Fragen beeinflussen mehr als bisher die politischen Entscheidungen, fordern als Lebensfrage des Volkes Berücksichtigung. Neben die Weltpolitik tritt damit die Weltwirtschaft. Man kämpft um neue Rohstoffe und Absatzgebiete. Schauplatz der Geschichte ist die gesamte Erde. Die neue Weltlage ist undenkbar ohne die ungeheueren Leistungen der Technik, die Raum und Zeit überbrücken, Welten und Menschen einander näherrücken.

Weltpolitik und Weltwirtschaft

Erst mit den ungeheuern Verkehrsumwälzungen, die das Dampfschiff, die Eisenbahn, das erdumspannende Kabelnetz und in jüngster Zeit die drahtlose Radioverbindung und das Flugwesen mit sich bringen, konnte die Weltwirtschaft sich entfalten.

Weltverkehr

Die Ausnutzung der Dampf- und Elektrizitätskräfte ersetzt im Produktionsbetriebe die menschlichen Leistungen durch die Maschine, stellt den Großbetrieb an Stelle des Kleinbetriebes. Der maschinelle Betrieb entseelt aber die menschliche Arbeit. Die Industrialisierung der Wirtschaft bringt immer mehr eine Umschichtung der Bevölkerung mit sich, eine Abwanderung aus den landwirtschaftlichen in die Fabrikbetriebe, ein Anschwellen der städtischen Bevölkerung auf Kosten der Landbevölkerung, den Gegensatz der großen Masse des Industrieproletariats zum Unternehmertum.

Industrialisierung Europas

Der maschinelle Großbetrieb macht große Kapitalien nötig. Banken sammeln das Privatkapital und führen es durch ein ausgebildetes Kreditwesen der Wirtschaft zu. Da das Vermögen einzelner zur Finanzierung von Großunternehmungen nicht ausreicht, bilden sich Aktiengesellschaften als ihre Träger. Da sie ganz unpersönlichen Charakter haben, gehen die gesunden und wertvollen Bindungen zwischen Arbeiter und Unternehmer und die innere persönliche Teilnahme der Arbeiter am Betriebe verloren.

Der Kapitalismus

Die kapitalistische Wirtschaft hat die Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus zur Folge. Ein neues Gemeinschaftsgefühl, das Klassenbewußtsein des Proletariats, bildet sich. Die Sozialdemokratie tritt als politische Partei für den Klassenkampf und für internationale Solidarität ein, sie nimmt den Kampf gegen die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auf. Als eine Art wirtschaftlicher Selbsthilfe bilden sich die Gewerkschaften. In England haben sich die Arbeiter zunächst zur Vertretung ihrer Interessen gegenüber den Unternehmern zusammengeschlossen. Tarifverträge, Unterstützungskassen, gemeinsame Arbeitsniederlegung (Streik) sollen die Arbeiterschaft gegen willkürliche Ausnutzung ihrer Arbeitskraft schützen. Auch der Staat sieht die Not des Proletariats und entnimmt daraus für sich die sittliche Verpflichtung, sie nach Möglichkeit zu lindern.

Das Proletariat im Kampf für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Die kaiserliche Botschaft verkündet in Deutschland den Schutz der Arbeiter (17. November 1881). Mit der Einrichtung der Krankenkassen, Unfall- und Invalidenversicherung 1883 übernimmt Deutschland die Führung in der sozialen Gesetzgebung (vgl. die soziale Gesetzgebung Englands vom Jahre 1911). Aber die Kluft zwischen Proletariat und Bürger-

Soziale Gesetzgebung 1881

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

tum bleibt, die Sozialdemokratie söhnt sich nicht mit dem Staate aus. Sie wächst und kämpft weiter.

Die stärkere Industrialisierung läßt sich nicht aufhalten. Die Bevölkerungsziffern steigen. Zwar steigert auch die Landwirtschaft dank technischer Fortschritte und verbesserter Bodenbearbeitung ihre Erträge, in der Hauptsache muß aber die Industrie den Bevölkerungszuwachs aufnehmen und ernähren. Mit ihrem Aufblühen wächst die Auswertung der Bodenschätze. Besonders in den Städten des Industriegebietes ballt sich der Bevölkerungszuwachs.

Welthandel

Der Welthandel gleicht die gesteigerten Bedürfnisse an Lebensmitteln, Rohstoffen und Industrieerzeugnissen aus und muß darum einen großen Aufschwung nehmen. „Er schiebt jetzt Massen und Werte über den Erdball hin und her, von denen sich die erste Hälfte des Jahrhunderts nichts träumen ließ." Der Warenaustausch findet eine große Erleichterung durch den infolge gesteigerter Edelmetallproduktion (Gold in Kalifornien, Australien, Transvaal, Alaska) vermehrten Umlauf von Münzmetall.

Europäisierung der Erde

Mit der Zunahme des transozeanischen Verkehrs setzt eine bedeutende europäische Auswanderung nach den übrigen Erdteilen ein. Die Zahl der Auswanderer im Laufe des 19. Jahrhunderts wird auf mehr als 30 Millionen Menschen geschätzt, die sich über den Ozean nach den Vereinigten Staaten, nach Canada, Australien, Südafrika, nach Argentinien und Südbrasilien, andererseits auch nach Sibirien ergießen. Erst das 19. Jahrhundert hat die Europäisierung der Erde vollendet. Die ganze Erde wird jetzt Schauplatz der Geschichte. Ein

Weltstaatensysteme

Weltstaatensystem ersetzt das bisherige Gleichgewicht der europäischen Mächte. Das Aufkommen Amerikas und Japans beschränkt die bisher ausschließlich von Europa ausgeübte Herrschaft in der Welt.

Für das Verständnis der russischen Geschichte im 19. Jahrhundert ist der immer stärker sich herausbildende Gegensatz Rußlands zur Türkei, zu Österreich und zu England entscheidend.

Rußlands Gegner: Türkei

Die Stellung in Beßarabien (seit 1812) gibt Rußland den Vorwand, sich zum Schutzherrn der Christen gegen die Türken aufzuwerfen. Die Gegnerschaft gegen sie ist durch die langen Kämpfe um Südrußland und die Schwarzmeerküste tief eingewurzelt. Der religiöse Gegensatz ist auch ein politischer. Indem man Konstantinopel den Ungläubigen entreißen und das Kreuz des Christentums auf der Hagia Sophia wieder aufrichten will, soll der Besitz dieses wichtigen Platzes der russischen Macht die Herrschaft über die Balkanvölker und die Straße vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer sichern (S. 95). So stellt Rußland sich der von

Österreich

Österreich seit 1648 geführten Balkanpolitik von Osten her entgegen. Es schürt auch als Vorkämpfer der panslavistischen Idee unentwegt die nationalen Leidenschaften der slavischen Völker innerhalb des österreichischen Nationalitätenstaates sowie in den übrigen Balkanstaaten mit dem Ziel, die österreichische Macht zu vernichten. Demgegenüber ist Bismarck immer wieder bemüht, um der russischen Freundschaft willen auch zwischen Österreich

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

und Rußland ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen: 1872 Dreikaiservertrag, der 1881 und 1884 erneuert wird. Im Rückversicherungsvertrag 1887 erhält Rußland für seine Balkanpolitik von Deutschland auch gegen Österreich freie Hand. Nach dem Ablauf des Rückversicherungsvertrages finden sich Rußland und Frankreich infolge ihres gemeinsamen Gegensatzes zu England wie zu Deutschland zum französisch-russischen Zweibund zusammen.

England

Die Festsetzung einer starken Macht am Bosporus würde die Herrschaft Englands im Mittelmeer und seinen Weg nach Indien bedrohen. England beschützt darum die Türkei (vgl. Krimkrieg und den russisch-türkischen Krieg 1877/78). Auch die Politik und das Vorgehen Rußlands in Asien führt zur Verfeindung Englands mit Rußland.

Wenn die Darstellung der Reibungsflächen in Asien von Westen nach Osten fortschreitet, so besagt das nichts für die zeitliche Reihenfolge. Die russische Politik hat keine einheitliche Linie verfolgt, sondern je nach den führenden Geistern und den Ergebnissen auf dem jeweiligen Gebiet die Richtung gewechselt.

Das Werden des russischen Imperiums

Seit im 16. und 17. Jahrhundert die schnelle und weitausgreifende Eroberung Rußlands an dem Altaigebirge Zentralasiens und dem seit 1644 bestehenden Mandschureiche im Amurgebiet eine Grenze gefunden hat (Mitte des 18. Jahrhunderts um die Kirgisensteppe bis zum Balkaschsee erweitert), beginnt im 19. Jahrhundert, besonders seit Alexander II. (1855/81), ein Vorstoß von verschiedenen Punkten nach Süden. Rußland unterwirft die Ostküste des Schwarzen Meeres 1829 (Tscherkessenland 1859) und die Kaukasusvölker Mitte des 19. Jahrhunderts und dringt von Transkaukasien in zwei Richtungen vor, nach Eriwan 1828 und Aserbeidschan in Persien, ferner nach dem türkischen Armenien. Alexander II. erobert Transkaspien, das Land der Turkmenen und Westturkestan. Buchara und Chiwa treten unter russische Oberhoheit, afghanische Grenzgebiete und der Pamir (1891 bis 1893) werden besetzt. Rußland führt die transkaspische Bahn nach Merw mit einer Abzweigung bis Herat, dann bis Samarkand (Erdölbohrungen, turkestanische Baumwolle); es beherrscht alle Handelsstraßen, die von Indien und Persien durch Afghanistan nach Turkestan, nach Westsibirien und Osteuropa führen.

Englisch-russische Reibungsflächen in Asien

In Armenien, Persien, Afghanistan und dem Pamirgebiet sind Englands Interessen bedroht, die, von Indien aus nach Norden vorgetragen, den russischen begegnen. Hier liegen die englisch-russischen Reibungsflächen in Asien.

Im Osten des Erdteils besetzt Rußland 1858 das Amurgebiet und die Küstenprovinz (in der Zeit, wo England und Frankreich in China angreifen), die fruchtbare Mandschurei (1900) und faßt (zur Zeit der Boxerkämpfe in China) auch in Korea Fuß. Es scheut keine Mittel, das Gebiet durch russische Bauern zu kolonisieren und wirtschaftlich zu erschließen. Eine ganz hervorragende Leistung ist der Bau der sibirischen Bahn 1891 bis 1906, deren Endpunkt in Wladiwostok

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

freilich keinen eisfreien Hafen hat. Sie sichert die wirtschaftliche und strategische Verbindung mit dem Osten. Von dem Abkürzungsstrange durch die Mandschurei wird eine Abzweigung nach Port Arthur gelegt, das Rußland im chinesisch-japanischen Kriege 1894/95 zufällt.

Russisch-japanischer Gegensatz

Mit der Verdrängung Japans aus der Mandschurei ist der Gegensatz zwischen Rußland und der jungen, aufstrebenden Macht Japans gegeben. England, das schon seit längerer Zeit aus seiner Isolierung herausstrebt, schließt mit Japan 1902 ein Bündnis. Mit dieser Rückendeckung wagt Japan den Kampf gegen den russischen Koloß. Dieser erliegt in der Schlacht bei Mukden. Port Arthur fällt. Die Folge ist nicht nur Verlust der Mandschurei, sondern auch die Entladung all der innerpolitischen Spannungen in der russischen Revolution.

Innere Entwicklung Rußlands

Trotz der inneren Reformen Alexanders II. (Aufhebung der Leibeigenschaft 1861, Abtretung eines Teils der Adelsgüter an die Dorfgemeinden, Einführung der provinziellen Selbstverwaltung 1864 [Semstwo] und Städteordnung 1870) hatte das Land keine Ruhe gefunden. Ständig wachsende sozialistische und anarchistische Strömungen (Zarenmord 1881) hatten strengste Gegenmaßnahmen der Regierung zur Folge. Die Reaktion unter Alexander III. hob die Reformen seines Vorgängers zum Teil wieder auf. Infolge der fortschreitenden Industrialisierung unter Nikolaus II. (1894/1917; Finanzminister Witte) wächst die jedem Umsturz geneigte Volksmasse. Die Revolution 1905/06, der Kampf um das Wahlrecht der Duma und um eine Agrarreform (Auflösung des Mir), die Gegenrevolution Stolypins hemmen die Stoßkraft und machtpolitische Betätigung.

Diese Situation erfaßt England. Die politische Isolierung Englands ließ sich nicht länger tragen. Neben dem russisch-englischen Gegensatz stand der französisch-englische mit starken Reibungsflächen in Nordafrika. Frankreich und Rußland hatten den Zweibund abgeschlossen, dem der mitteleuropäische Dreibund gegenüberstand. Wollte England aus seiner Vereinzelung heraus, mußte es der einen oder anderen Partei beitreten. Deutschland lehnte die Versuche einer englischen Annäherung ab, um freie Hand zu behalten und Rußland nicht vor den Kopf zu stoßen. So blieb für England nur der Anschluß an den Zweibund.

Englisch-russischer Ausgleich 1907

Rußland in der durch den verlorenen Krieg geschwächten und durch die Revolution innerlich gehemmten Lage erscheint England jetzt ungefährlich. Darum sucht es einen Ausgleich mit Rußland über die strittigen Gebiete. 1907 kommt es zur Einigung über Afghanistan, Persien und Tibet. Die Türkei, die sich wirtschaftlich an den Bund der mitteleuropäischen Mächte angeschlossen und dem weltwirtschaftlich aufstrebenden Deutschland wichtige Vorteile gewährt hat, wird von England fallen gelassen. England muß dafür aber Rußland auf dem Balkan mehr Spielraum lassen. So bahnen sich die Einkreisung Deutschlands und die zum Weltkrieg führenden Verwicklungen an.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XXX. Das britische Weltreich.

1. Entwicklung bis 1914.
2. Besitzstand nach dem Weltkrieg.

Der Liberalismus in England

1./2. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kommt in England der Liberalismus in Weltanschauung, Politik und Wirtschaft zum vollen Sieg. Gegen die immer stärker werdende Industrialisierung kämpft die englische Landwirtschaft einen aussichtslosen Kampf. Die Parlamentsreform 1832 stärkt den Einfluß des kapitalistisch-industriellen Bürgertums, indem das Wahlrecht an einen hohen Steuersatz gebunden wird (bisher an den Besitz von Grundeigentum). Schrittweise wird das Wahlrecht durch die Reformen von 1867, 1884 und 1918 erweitert, nur ganz allmählich auch den Arbeitern größerer Anteil am Staatsleben gewährt. Dadurch gewinnen sie aber innere Fühlung mit dem Staatsleben, und lange Zeit bleibt es in England bei dem Zweiparteiensystem ohne Ausbildung einer besonderen Arbeiterpartei; auch die Arbeiterschaft achtet die bürgerliche Tradition.

Freihandel

Von den liberalen Gedankengängen aus schafft man die Negersklaverei in den Kolonien ab, bekennt man sich auch zum Freihandel. Die Industrie braucht den Freihandel. Er liefert billige Lebensmittel und Rohstoffe, und sie selbst ist vor der Konkurrenz anderer Länder infolge der unbestrittenen englischen Seeherrschaft sicher. Die Landwirtschaft wird ihr geopfert. 1842/46 fallen die Kornzölle, 1849 die Navigationsakte. Die Folge ist allerdings, daß der englische Bauernstand verschwindet, daß vier Fünftel der Bevölkerung als Arbeiter bei der Industrie in Lohn stehen, ein Drittel der gesamten Bevölkerung ungelernte und Gelegenheitsarbeiter sind, die von der Hand in den Mund leben.

Vernichtung des Bauernstandes

Gewerkschaftsentwicklung

Die gelernten Arbeiter organisieren sich in den Gewerkschaften. Ihre Begünstigung (seit 1850) und staatliche Anerkennung (1871) spaltet die Arbeiterbewegung. Englands reicher Kolonialbesitz und die Beherrschung der Rohstoffquellen gestattet, die Gewerkschafter verhältnismäßig gut zu bezahlen. „So haben die Gewerkschaften ein Interesse an der Ausbeutung der Welt durch England."

Englands zurückhaltende Außenpolitik 1815/70

England war 1815 mit reichem Gewinn aus dem europäischen Entscheidungskampf mit Frankreich hervorgegangen (Kapland, Ceylon, indische Kolonien, Trinidad, Mauritius, Malta und Helgoland). Nachdem es dann anfänglich noch die volkstümlichen Bewegungen (Griechenland) unterstützt hatte, hält es sich den europäischen Verwicklungen möglichst fern. Auch in weltpolitischen Fragen tritt England für Freiheit ein; selbst hat es ja keine Macht zu fürchten. Es gibt Hannover 1837, die ionischen Inseln 1863, Helgoland 1890 auf; weder die Polen (1863), noch Dänemark (1864), noch Belgien (1870) finden an England Hilfe. Nur wo seine Lebensfragen bedroht erscheinen (1840 gegen Frankreichs ägyptische Pläne, Krimkrieg, ostindischer Aufstand 1858), greift es durch.

Umschwung seit den siebziger Jahren

Die Lage ändert sich grundlegend seit den siebziger Jahren, als die anderen Großmächte in die von England bisher allein beherrschte Welt eindringen. Da setzen sich die Konservativen unter ihrem Führer Disraeli für eine energische Außenpolitik,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ausbau und Sicherung des Weltreiches

für Erweiterung des Kolonialbesitzes und straffere Bindung der Kolonien an das Mutterland ein. Gegen das russische Vordringen in Asien richtet sich die Annahme des Titels einer Kaiserin von Indien durch die Königin Victoria (1876). Auf dem Balkan bringt es Rußland zum Teil um seine Erfolge im russisch-türkischen Krieg (1877/78). Seinen Indienweg durch das Mittelmeer sichert der Besitz von Gibraltar (1704), Malta (1800), Aden (1839), Perim (1857) und Zypern (1878). Schon früher hat England seine Etappenstraße um Afrika herum festgelegt: St. Helena, Ascension, Tristan da Cunha, Kapland, Mauritius, Seychellen, Ceylon. Mit der Mehrheit der Suezkanalaktien bringt England auch diese wichtige Meeresstraße in seine Gewalt. Ägypten selbst wird 1882 von den Engländern besetzt und die englische Herrschaft bis zum Sudan erweitert. In Indien tritt England dann der weiteren Ausdehnung russischer Herrschaftsbestrebungen entgegen, erobert Belutschistan (1883) im Westen und Birma (1886) im Osten Indiens. In Afrika vertritt Cecil Rhodes als ein typischer Vertreter der von ihrer Kulturmission überzeugten englischen Nation den britischen Imperialismus. Die Verbindung von Kapstadt—Kairo und die von Kairo—Kalkutta soll ein geschlossenes afrikanisch-asiatisches Reich zusammenhalten und den Indischen Ozean zu einem englischen Binnenmeer machen. Das ist das letzte Ziel, zu dem man Schritt für Schritt vorwärts strebt. Die Eroberung des Betschuanalandes und Rhodesias umzingelt die Burenrepubliken, deren Anschluß an Deutsch-Südwestafrika zu befürchten war. Die Burenstaaten, Oranjestaat und Transvaal, gehen nach dem Burenkrieg 1899/1902 in der Südafrikanischen Union auf. Australien erhält Selbstverwaltung. Seit 1895 ist Chamberlain der englische Kolonialminister und bedeutendste Vertreter des neubritischen Imperialismus. Die von ihm vertretene Weltanschauung überwindet den wirtschaftlichen Individualismus des Manchestertums. Der einzelne hat der staatlichen Macht zu dienen und der Kulturaufgabe des Angelsachsentums in der Welt.

Chamberlains „Greater Britain"-Idee

Ein Greater Britain soll Mutterland und Kolonien als gleichberechtigte Glieder des British Empire zusammenfassen, zu einer Wirtschafts- und Wehreinheit mit einem einheitlichen Reichsparlament zusammenschließen. Seine Flotte soll mindestens die Stärke der beiden nächsten Großmächte zusammen haben (two powers standard).

Aber gegen den Widerspruch der Liberalen und der Siedlungskolonien Canada, Australien, Südafrika, die ihre Selbstverwaltung (eigenes Parlament, selbstverantwortliches Ministerium) und den Schutzzoll nicht aufgeben wollen, dringt Chamberlain mit seinen Plänen nicht durch.

Verzicht auf splendid isolation Englische Bündnispolitik

Da England die größerbritische Union nicht zustande bringt, aber doch seine Weltstellung unbedingt aufrechterhalten will, muß es seine Isolierung aufgeben und in einer ganz neuen Bündnispolitik sein Ziel zu erreichen versuchen. Bei dem englisch-russischen Gegensatz in Asien und dem französisch-englischen in Afrika liegt ein englisch-deutsches Bündnis nahe, zumal die Bismarcksche Politik stets ein freundschaftliches Einvernehmen mit England gepflegt hat. Bülow

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lehnt aber die an Deutschland gerichteten Bündnisanträge ab, zuletzt 1911.

Da stellt König Eduard VII. die englische Politik völlig um und richtet sie gegen Deutschland (Chamberlain). Die Einkreisung Deutschlands beginnt. Nach Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses kommt 1904 die englisch-französische und 1907 die englisch-russische Entente zustande. Gegen den Verzicht Frankreichs auf seine Ansprüche in Ägypten überläßt England ihm freie Hand in Marokko; mit Rußland einigt sich England über die beiderseitigen Interessengebiete in Afghanistan, Persien und Tibet und läßt dafür der russischen Politik freie Hand auf dem Balkan. England opfert die bisher geschützte Türkei, um Österreich und Deutschland einzukreisen und in unversöhnlichen Gegensatz zu Rußland zu bringen. Damit hat es den Weltkrieg vorbereitet. Seine Ergebnisse haben das englische Indiameerreich der Verwirklichung nahegebracht. Die Verbindung Kap—Kairo—Kalkutta wird demnächst fertig. Mit der Beherrschung des vorderasiatischen Zwischenerdteiles ist der Zusammenhang seines asiatischen und afrikanischen Kolonialreichs gegeben (vgl. S. 153 ff., 162 ff.).

Statt deutsch-engl. Bündnisses Einkreisung Deutschlands durch Eduard VII.

XXXI. Das französische Weltreich.

1. Die französische Mittelmeerpolitik nach 1830.
2. Französische Kolonialpolitik. — Ausbau der Militärmacht.
3. Der Kolonialbesitz bis 1914 und Frankreichs Kriegsgewinn.

1. Frankreich hat seit der Niederlage bei Trafalgar die englische Überlegenheit zur See anerkennen und seit Bellealliance die machtpolitischen Pläne auch auf dem Festlande aufgeben müssen. Seitdem hat das in seiner nationalen Eitelkeit tief gedemütigte Volk nur das eine Ziel, die verlorene Machtstellung zurückzuerobern. Seit 1830 nimmt Frankreich seine Kolonialpolitik wieder auf, diesmal mit der in der Mittelmeerküste gegebenen Basis. Mit der Eroberung von Algier (1830) legt Karl X. den Grund zu dem neuen französischen Kolonialreich in Afrika und hofft dadurch zugleich seine Stellung gegenüber der wachsenden Opposition im Lande zu erleichtern.

Frankreichs Kampf um die 1815 verlorene Machtstellung

Auch in Ägypten sucht Frankreich Fuß zu fassen, bringt damit aber eine geschlossene Front von England, Rußland, Preußen, Österreich und Türkei gegen sich, vor der es zurückweichen muß. Als Frankreich dafür Kompensationen am Rhein beansprucht, begegnet es einem einmütigen, geschlossenen Widerstand und Abwehrwillen (1840) in Deutschland. Als Napoleon III. dann in der Türkei Einfluß zu gewinnen sucht, zieht er sich die russische Gegnerschaft zu, Rußland ist andererseits auch Englands Gegenspieler; um die Erbschaft des kranken Mannes nicht Rußland allein zu überlassen, muß England für die Türkei eintreten. Daraus ergibt sich ein Bündnis zwischen England und Frankreich, vor dem sich Rußland demütigen muß (Krimkrieg).

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Unterstützung des italienischen Nationalkampfes bringt Napoleon die Erwerbung von Nizza und Savoyen. Frankreich erweitert auch seinen nordafrikanischen Besitz bis Tunis und bis zur Sahara, faßt am Senegal und Gambia Fuß, erobert Kotschinchina und die Gegenküste von Aden. Nach dem Scheitern des mexikanischen Abenteuers nimmt Napoleon wieder die alten französischen Ziele einer Machtausdehnung nach dem Rhein und Belgien hin mit Nachdruck auf. (1866 bayrische Pfalz, 1867 Luxemburg, 1870 Belgien.) Der Bau des Suezkanals soll Frankreich auch in Ägypten eine maßgebende Stellung schaffen.

Der Rückschlag 1870 und die nationale Erneuerung

Der verlorene deutsch-französische Krieg bringt aber einen gewaltigen Rückschlag. Die Rheingrenze ist verloren, die Aktien des Suezkanals gehen in englischen Besitz über. Der Revanchegedanke bekommt neue Nahrung und ist auch in der auf das napoleonische Kaisertum folgenden Republik die treibende Kraft der französischen Außenpolitik: Vergeltung für 1870, Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen.

2./3. Bismarck glaubt, Frankreichs Politik durch die Begünstigung neuer französischer Kolonialpläne ablenken zu können. Mit seiner Zustimmung nimmt Frankreich 1881 von Tunis Besitz, baut sein Kolonialreich in Ostasien (Kotschinchina, Anam, Tonking) und in Zentralafrika aus, erwirbt Madagaskar, Timbuktu, Dahome (1885) und rundet endlich das afrikanische Reich 1905 durch Marokko im Nordwesten bis zum Ozean ab.

Englisch-französ. Gegensatz. Faschoda

Aber überall, in Ägypten, in Westafrika und Madagaskar wie in Hinterindien stoßen englische und französische Interessen aufeinander. Nachdem über Hinterindien (Siam) 1896 eine Verständigung zustande gekommen ist, muß Frankreich infolge des letzten mißlungenen Gegenstoßes (Faschoda 1898!) gegen die englische Kairo — Kapstadt-Linie auch in der afrikanischen Frage nachgeben und sich mit dem Hinterland von Tunis und Tripolis als Entschädigung für Ägypten begnügen. Der Minister Delcassé und das französische Volk entscheiden sich trotz der erlittenen Demütigung für England, d. h. gegen Deutschland.

Schon vorher hatte Frankreich sich Rußland genähert; die Aufgabe des deutschen Rückversicherungsvertrages mit Rußland hatte den Weg freigemacht. Die Verhandlungen in den Jahren 1891 — 94 führen zum Abschluß des russisch-französischen Bündnisses 1894.

Frankreichs Ausgleich mit England

Durch den Ausgleich der französisch-englischen Interessen 1896, 1899 (siehe oben) kommt die Entente cordiale vom Jahre 1904 zum Abschluß. Frankreich überläßt endgültig Ägypten an England und erhält dafür freie Hand in Marokko. Die alten Erbfeinde sind Bundesgenossen geworden.

Der Weltkrieg hat die eigentliche Bedeutung des Kolonialbesitzes für Frankreich erwiesen. Sie liegt weniger auf wirtschaftlichem Gebiet als in der militärischen Auswertung. Das Mutterland kann seine Vormachtstellung in Europa nur mit Hilfe der starken Kontingente farbiger Truppen aufrechterhalten (vgl. S. 153 u. 156).

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XXXII. Die Randstaaten des Stillen Ozeans.

Die Vereinigten Staaten und das Kaiserreich Japan.

Weltmachtentwicklung und Kampf um die Vorherrschaft.

1. In Nachwirkung der Aufklärungsideen und -kämpfe kommt es in den spanischen und portugiesischen Kolonien Mittel- und Südamerikas zu einem 15jährigen Befreiungskrieg (1810—1825), der allen die Unabhängigkeit vom Mutterlande bringt. Eine Einmischung der Heiligen Allianz verhindert Amerika durch die Verkündigung der Monroe-Doktrin 1823, durch die sich Amerika die Regelung der amerikanischen Verhältnisse selbst vorbehält (vgl. S 81). „Amerika den Amerikanern"

Die Vereinigten Staaten von Amerika entfalten bald, nachdem sie sich 1783 vom Mutterlande losgerissen haben, einen mächtigen Ausdehnungsdrang, um neues Siedlungsland zu gewinnen. Napoleon I. verkauft ihnen 1803 das westliche Mississippibecken. Um die Freiheit zur See gegen die übermächtige englische Seeherrschaft zu erlangen, unterstützen sie 1812 Napoleon und versuchen, Canada zu erobern; sie scheitern freilich damit und müssen den Plan endgültig aufgeben, als Napoleons europäische Herrschaft zusammenbricht. So bleibt den Vereinigten Staaten nur die Möglichkeit, sich nach Süden und Westen auszudehnen. 1819 kommt Florida durch Kauf von Spanien, 1846 Oregon durch Vertrag mit England, 1848 Texas und Kalifornien durch Krieg mit Mexiko an die Union. Wachstum der Vereinigten Staaten

Infolge der großen klimatischen und wirtschaftlichen Verschiedenheit zwischen den Nord- und den Südstaaten und ihrer verschiedenen Stellung zur Sklavenfrage bildet sich ein scharfer Gegensatz zwischen dem bäuerlichen und industriereichen Norden und dem Süden mit seinen von Negersklaven bearbeiteten Zucker- und Baumwollplantagen heraus. Die Gegner der Sklaverei bilden die Partei der Republikaner, denen die Demokraten des Südens gegenüberstehen. Um sich von den Nordstaaten nicht überflügeln zu lassen, betreiben gerade die Südstaaten eine Ausdehnungspolitik. Infolge des gestörten innerstaatlichen Gleichgewichts kommt es zum Bürgerkriege in den Vereinigten Staaten 1861—65. Die elf Südstaaten lösen sich los. Aber durch den Sieg der Nordstaaten bleibt die staatliche Einheit gewahrt. Die Sklaverei wird abgeschafft. Die Neger erhalten Gleichberechtigung. Bürgerkrieg 1861/65

Wahrung der staatlichen Einheit

Die Zeit des amerikanischen Bürgerkriegs benutzte Napoleon III. zu seinem Eingreifen in die mexikanischen Wirren (1862/67), er lähmt dadurch die freie Entfaltung seiner Kräfte auf dem europäischen Festlande, so daß Bismarcks Einigungspolitik an den Vereinigten Staaten eine Rückendeckung hat.

Die in ihrer Einheit gesicherten Vereinigten Staaten streben nach der Herrschaft über ganz Amerika. Sie kaufen 1867 Alaska von Rußland, besetzen 1898 im Kriege mit Spanien Portoriko, Kuba und die Philippinen und erzwingen von Dänemark die käufliche Überlassung der Insel St. Thomas (1916). Die Union bringt 1903 die Kanalzone von Panama mit allen Hoheits- Imperialismus der V. St.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

rechten über die Panamaeisenbahn und den geplanten Kanal in ihre Hände. Diese imperialistische Politik hat besonders Theodor Roosevelt entgegengesetzten Strömungen gegenüber zur Herrschaft erhoben.

Geopolitische Voraussetzungen

Die Ausdehnung der Vereinigten Staaten bis zum Stillen Ozean gibt ihnen die günstige Zwischenlage zwischen zwei Weltmeeren. Der Panamakanal verbindet sie beide auf kürzestem Seeweg, geschützt durch die Inseln des amerikanischen Mittelmeeres (Kuba, Haiti, Portoriko, St. Thomas). Hawai bildet einen wichtigen Stützpunkt im Stillen Ozean für die Verbindung über die Philippinen nach den asiatischen Wirtschaftsgebieten. In der westlich gerichteten Kräfteentfaltung kreuzt die Union aber japanische Interessenkreise.

Erschließung Ostasiens

2. Die ostasiatische Welt hat jahrhundertelang in Abgeschlossenheit verharrt. Sie tritt mit Europa erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in nähere Beziehung. Der Überlandverkehr mit China blieb ebenso wie die Überseeverbindung (seit der portugiesischen Entdeckung) bis ins 19. Jahrhundert sehr gering. Erst nach dem Opiumkrieg Englands 1842 (Friede von Nanking) muß China die Insel Hongkong an England abtreten und fünf Häfen freigeben. Neue innere Verwicklungen und Feindseligkeiten gegen England, das hierbei die Unterstützung Frankreichs findet, enden mit der Demütigung Chinas (1856—60); von da ab bemühen sich die weißen Nationen wetteifernd um die wirtschaftliche Erschließung Ostasiens. Rußland benutzt eine günstige Gelegenheit (1858), um China die Amurprovinz abzunehmen. Damit kommt also die Ostküste bis Wladiwostok, dazu das vorgelagerte Sachalin in russischen Besitz, zugleich dringt Rußland aber in das japanische Interessengebiet ein.

China

Japan

Auch Japan hat jahrhundertelang ein abgeschlossenes Dasein geführt und erst auf Drängen Amerikas 1854 sein Land der Erschließung mit der Freigabe zweier Häfen geöffnet und dann 1868 nach dem Sturz des Shogunats (der allmächtigen Hausmeiergewalt!) den Fremden allgemein Zutritt gestattet. Europäische Zivilisation und Kultur durchdringen seitdem Volk und Land der Japaner in beispiellos schnellem und weitgehendem Maße (Einführung einer Verfassung, der Schulpflicht, Übernahme europäischer Technik und Wissenschaft, Reform des Heeres und des Verkehrswesens).

Natürliche Entwicklungslinien Japans

Die geopolitischen Stoßrichtungen der territorialen Erweiterung Japans führen nach Süden auf die Liukiuinseln, nach Norden auf die Insel Sachalin und nach dem gegenüberliegenden Festland auf Korea hin. Sie kreuzen die Interessen Chinas und Rußlands, mit ihnen hat sich die japanische Politik auseinanderzusetzen. Bald freilich beginnt Japan, den Überschuß seiner Bevölkerung auch über den Stillen Ozean nach Amerika hinüber zu schicken und gerät dadurch mit Amerika in ein gespanntes Verhältnis.

Die Liukiuinseln werden 1874 mit Zustimmung Chinas dem japanischen Reiche einverleibt. Dazu kommen 1875 die Kurilen, während Japan die Insel Sachalin Rußland überläßt. Korea bleibt einstweilen unabhängig (Vertrag 1876), aber Japan betrachtet das Halbinselkaiserreich

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

als seine Interessensphäre und ist nicht gewillt, hier fremden Einfluß zuzulassen.

Unruhen in Korea veranlassen China 1894 zum Eingreifen. In dem daraus folgenden chinesisch-japanischen Kriege unterliegen die Chinesen völlig. Aber die Früchte der japanischen Siege und des Friedens von Shimonoseki 1895 (Einschnürung des „unabhängigen" Koreas, Abtretung von Formosa, der Peskadores und der Halbinsel von Liautung: Port Arthur, Besetzung von Weihaiwei) werden Japan durch ein Bündnis europäischer Mächte (Rußland, Frankreich und Deutschland) entrissen. Rußlands strategische Bahn durch Sibirien endet in Wladiwostok. Da Japan nun mit den Erwerbungen aus dem Frieden von Shimonoseki eine Fortführung oder Abzweigung der Bahn nach dem Golf von Petschili und dem Gelben Meer hätte verhindern können, betreibt Rußland den Einspruch der europäischen Mächte. Daraufhin verzichtet Japan auf jede Gebietserwerbung in Liautung.

Japan.-chines. Krieg 1894/95

Statt dessen versucht jetzt Rußland, sich den Einfluß in dem umstrittenen Gebiet zu sichern, und erhält auch bald darauf von China Zugeständnisse für den Ausbau seiner Eisenbahnlinie in der Mandschurei und der Provinz Liautung (siehe Karte) und die Einwilligung zur Besetzung von Port Arthur 1898. Auch die übrigen europäischen Mächte bemühen sich, an der politischen und wirtschaftlichen Aufteilung ihren Anteil zu bekommen. Deutschland besetzt 1897 die Bucht von Kiautschou, die Franzosen sichern sich besondere Vorrechte in den südlichen Provinzen Chinas, die Engländer in den nördlichen und mittleren Teilen des Reiches, die Amerikaner behalten die vorher spanischen Philippinen (1898).

Die europäischen Mächte in Ostasien

Inzwischen vervollständigt Japan seine militärischen Rüstungen. Als die europäischen Mächte den im Boxeraufstand (1900) aufflammenden Fremdenhaß mit Waffengewalt niederschlagen, beteiligt sich auch Japan mit seiner jungen Kriegsmacht daran. Im Ergebnis hat Rußland den größten Gewinn, denn es hält China in finanzieller Abhängigkeit und betrachtet Korea als sein Interessengebiet. Dagegen muß sich Japan wehren. So spitzt sich der russisch-japanische Gegensatz zu. 1902 schließt Japan mit England, das in Rußland den ärgsten Gegner seiner asiatischen Politik bekämpft, ein Bündnis und erhält dadurch Rückendeckung gegen Rußland.

Russisch-japanischer Gegensatz

Englisch-japanisches Bündnis 1902

Ohne Kriegserklärung greifen die Japaner 1904 die russische Flotte an, erobern Port Arthur nach langer Belagerung, schlagen die Russen in der zehntägigen Schlacht bei Mukden und in der Seeschlacht bei Tsuschima (in der Straße zwischen Korea und Japan). Im Frieden von Portsmouth 1905 erhält Japan die Oberhoheit über Korea, dazu die Halbinsel Liautung und Südsachalin, ferner die Eisenbahn in der Südmandschurei. Damit ist Japan eine Weltmacht geworden. Auch die gelbe Rasse ist in den Wettbewerb um die politische und wirtschaftliche Macht auf der Erde eingetreten. Mit dem Aufkommen der neuen japanischen Macht und dem Aufstieg Amerikas gewinnt auch der Stille Ozean weltgeschichtliche Bedeutung.

Russisch-japanischer Krieg 1904/05

Japan und die Union werden Nebenbuhler. Mit

großem Mißtrauen verfolgt Amerika die Erfolge Japans im russisch-japanischen Krieg. Das 1905 auf zehn Jahre neugeschlossene englisch-japanische Bündnis richtet sich deutlich gegen Amerika. In Erkenntnis dieser Sachlage bringt Amerika den Isthmus von Panama in seine Hand, um seine Streitkräfte auf kürzestem Wege vom Atlantischen zum Stillen Ozean hinüberschaffen zu können. Als dritte Macht steht Großbritannien neben Japan und der Union im Wettbewerb um die Herrschaft im Stillen Ozean.

Japan und die V. St.

XXXIII./XXXIV. Deutschland als Weltmacht.

XXXIII., 1. Kolonialbesitz und weltwirtschaftliche Bedeutung.
2. Die Einkreisungspolitik gegen Deutschland.

XXXIV., 1. Deutschland im Wettbewerb mit England.
2. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland.

Das Deutsche Reich neues Kraftzentrum Mitteleuropas

Mit der Gründung des Deutschen Reiches ist die Mitte des Kontinents nach jahrhundertelanger Zerrissenheit und Machtlosigkeit eine festgeschlossene Einheit geworden. Das alte Europa erfährt dadurch eine gewaltige Umwälzung. Der mitteleuropäische Raum, die Niederung, auf der die Nachbarmächte bisher ihre Gegensätze auszutragen pflegten, wird ein machterfülltes Sperrgebiet zwischen den Großreichen im Osten und Westen. Es ist natürlich, daß man das neue Deutsche Reich als die jüngste nationalstaatliche Schöpfung sofort von vielen Seiten beargwöhnt.

Gefahren der Zwischenlage

Bismarck sieht die seinem Bauwerk drohenden Gefahren, kennt die Schwächen der Zwischenlage Deutschlands. Die Sorge um den Bestand des Reiches bestimmt seine Politik. Vor allem wartet das 1870/71 geschlagene und aus seiner führenden Stellung verdrängte Frankreich auf eine günstige Gelegenheit, Elsaß-Lothringen und die festländische Herrschaft wiederzugewinnen. Die Sicherung Deutschlands muß darum bei Frankreich als der eigentlichen und letzten Gefahrenquelle einsetzen.

Bismarcks Bündnissystem

Bismarcks Mittel sind: Maßvolle Haltung gegenüber Frankreich und Ausbildung eines sichernden Bündnissystems. Aus dieser Einstellung heraus ermutigt Bismarck die französische Republik zu neuen kolonialen Unternehmungen; dadurch hofft er auch, sie von ihren Vergeltungsgedanken abzubringen.

Dreikaiserverständigung 1872

Auf jeden Fall muß Deutschland gegen einen möglichen Vergeltungskrieg gerüstet sein. Die Dreikaiserverständigung 1872 schließt Deutschland-Österreich-Rußland zu einem „Friedensbollwerk der Mitte" zusammen, sie wird (1881) zu einem geheimen Neutralitätsvertrag verdichtet und

Zweibund 1881

1884 erneuert. Daneben tritt 1879 das besondere Bündnis zwischen Deutschland und Österreich, es wird nach der Außenseite durch den

Dreibund 1883

Defensivvertrag Deutschland-Österreich mit Italien (Dreibund 1882) verstärkt. 1883 tritt Deutschland auch dem zwischen Österreich und Rumänien abgeschlossenen Defensivabkommen bei.

Isolierung Frankreichs

Dadurch ist Frankreich jetzt völlig isoliert.

Verteidigung des Bestehenden, Erhaltung des europäischen Friedens ist Zweck dieser Politik und ihr großer Erfolg. Sie sichert Deutschland

nicht nur gegen Frankreich, sondern überbrückt auch die italienisch-österreichischen Gegensätze und die österreichisch-russischen auf dem Balkan, wenngleich die ehrliche Maklerschaft Bismarcks auf dem Berliner Kongreß eine vorübergehende Verstimmung mit Rußland im Gefolge hat. Um den mitteleuropäischen Block ordnet sich die Politik der andern Mächte. Das Deutsche Reich wird das „Zünglein an der Wage" des europäischen Gleichgewichts. Berlin ist Mittelpunkt des Bündnissystems.

Deutschlands führende Stellung in Europa

Wegen der überragenden Stellung Deutschlands betätigen sich die andern Mächte außerhalb Europas. Frankreich baut sein afrikanisches Kolonialreich aus. England erweitert seinen kolonialen Besitz. Es erwirbt zu Gibraltar und Malta noch Zypern und kauft als Vorbereitung zur Besetzung Ägyptens die Suez-Kanal-Aktien auf. Es schafft in Suez und Aden den „Knotenpunkt" für Afrika und Indien. (Gegen Rußlands Vordringen nach Indien über Afghanistan führt England zur Sicherung zwei Feldzüge.)

Balkankrisis 1886

Rußlands Vorgehen in Bulgarien 1886 gegen den Fürsten Alexander von Battenberg (Militärverschwörung, Abdankung!) benutzt Österreich, um seinen Einfluß auf dem Balkan zu stärken (Graf Andrassy). Da Frankreich nicht übel Lust hat, an den Balkanwirren den Rachekrieg zu entzünden, droht die gespannte Lage sich in einem Weltkrieg zu entladen. Aber Bismarck warnt Österreich und erhebt zugleich in Rußland vermittelnd Vorstellungen, so daß die Krisis beseitigt wird. Aber die tiefe Verstimmung gegen Österreich veranlaßt Rußland 1887, die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses abzulehnen.

Russisch-österreich. Verstimmung 1887

Bismarcks Sicherungssystem bekommt dadurch einen Riß. Er kann Österreich-Ungarn und Rußland, die beiden Gegner auf dem Balkan, nicht zusammenhalten und sieht sich zu einer entscheidenden Wendung genötigt. Aber die politischen Fäden behält er in der Hand, indem er mit jedem einzeln vertragliche Bindungen eingeht. Er schließt mit Rußland den geheimen Rückversicherungsvertrag auf der Grundlage gegenseitiger wohlwollender Neutralität für den Fall, daß Deutschland oder Rußland in einen Krieg verwickelt wird. Bismarck muß dem Zarenreich freilich für seine Balkanpolitik (Ostrumelien, Bulgarien, Schwarzes Meer) große Zugeständnisse machen. Die wohlwollende Neutralität soll nicht für einen Angriffskrieg gelten, den die Vertragschließenden etwa gegen Frankreich oder Österreich beginnen. Auf der andern Seite bleibt das deutsch-österreichische Bündnis und der Dreibund in Kraft.

Deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag 1887/90

Den Bund mit Österreich und Italien hält Bismarck nicht für ausreichend. Er braucht als Ergänzung die Anlehnung an eine andere Großmacht. Aus der Sorge vor einem Abschwenken Rußlands sucht er Anschluß an das englische Inselreich. Der englische Mittelmeervertrag mit Italien und Österreich (1887: Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes im Mittelmeer, d. h. Abwehr der slavischen Ausdehnung im Osten) war ihm darum ein „unschätzbarer Erfolg". Aber ein ausdrückliches Abkommen Deutschlands mit England hätte in Rußland, dem größten Rivalen Englands in Asien, sicher starke Verstimmung hervorgerufen; außerdem

Deutsch-englische Freundschaftspolitik

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

muß Bismarck verhüten, daß Deutschland etwa in den englisch-russischen Gegensatz hineingerät und der „Degen Großbritanniens auf dem Festlande" wird. Bismarck will vielmehr die gegenseitige Unabhängigkeit gewahrt wissen und ein Zusammengehen aus beiderseitigem Interesse nur in der Überwachung Frankreichs festlegen, um eine Gefährdung des europäischen Friedens von Frankreich aus zu verhindern. England braucht dagegen zur Förderung seiner weltpolitischen Bestrebungen eine Macht auf dem Festlande, die es gegebenenfalls gerade gegen Rußland verwenden kann. Wir begegnen den Bemühungen Bismarcks um einen Vertrag mit England immer dann, wenn Rußland abzuschwenken droht (1876, 1879, 1887, am deutlichsten 1889). Sie scheitern aber jedesmal an den verschieden gerichteten Zielen der beiden Mächte.

Verschiedenartigkeit deutscher u. englischer Bündnisziele

Immer schwieriger wird es, die widerstrebenden Kräfte zu meistern. Schon nehmen auch die französischen Kriegstreiber mit den starken panslavistischen Kreisen Rußlands Verbindung auf.

Wandlung der innerdeutschen Verhältnisse

Wie die außenpolitische Lage, so wandeln sich auch die inneren Verhältnisse. Deutschland nimmt einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung. Die ganze industrielle Entwicklung mit ihren tiefgreifenden Folgen vollzieht sich hier in kürzester Zeit. Fabriken wachsen aus dem Boden, gewaltige Industriebezirke entstehen; sie ziehen die Bevölkerung vom Lande in die Städte. Das Gesicht des deutschen Lebens ändert sich völlig. Die Ausfuhr wächst gewaltig, der Kaufmann muß neue Absatzgebiete in fernen Erdteilen suchen und sich seinen Anteil an Welthandel und Weltwirtschaft sichern. Der Reichtum an Bodenschätzen gibt Erträge und Gewinne in fortgesetzt steigenden Zahlen, der Vorsprung Englands wird immer geringer und zum Teil überholt.

Das allgemeine Streben in die Weite, das wir in dem Imperialismus der übrigen europäischen Mächte schon seit längerer Zeit verfolgen können, weckt in diesem Zusammenhang auch in Deutschland das Verlangen nach überseeischem Besitz.

Erwerbung deutscher Kolonien

Deutsche Forschungsreisende (Heinrich Barth, Schweinfurth, Wißmann, Emin Pascha, Gustav Nachtigall) und wagemutige Kaufleute hatten wertvolle Vorarbeit geleistet. Kaufmännische Niederlassungen, die Erwerbungen des kühnen und zähen Karl Peters und der deutschen Handelsgesellschaften in Afrika verlangen dringend nach dem Schutz des Deutschen Reiches. Dadurch tritt das Deutsche Reich in die Reihe der Kolonialmächte: Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika, Kaiser-Wilhelm-Land auf Neuguinea, Bismarck-Archipel, Marschallinseln werden die wichtigsten Kolonien.

Bismarcks Entlassung 1890

Wilhelm II. (seit 1888) kann sich in seinem Tatendrang nicht mit der selbstherrlichen Staatsführung des großen Kanzlers abfinden. Gegenüber der rein kontinentalen Politik des Kanzlers vertritt der Kaiser den Standpunkt der Weltpolitik. Meinungsverschiedenheit besteht auch über die Behandlung der Sozialdemokratie. Bismarck sieht sich endlich genötigt, seine Entlassung nachzusuchen (1890).

Der neue Kurs Wilhelms II.

Der neue Kurs, das persönliche Regiment Wilhelms II. beginnt mit dem folgenreichen Entschluß, die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages abzulehnen. Man befürchtet, durch

die Freundschaft mit Rußland das gute Einvernehmen mit anderen Mächten einzubüßen. Außerdem traut es sich der Nachfolger Bismarcks, Caprivi, nicht zu, mit „5 Bällen gleichzeitig zu spielen". Man will die komplizierte Politik vereinfachen.

Russisch-französische Entente cordiale 1891

Die Folge ist schon 1891 eine Entente cordiale Rußlands mit Frankreich, die auf dessen Drängen 1892 zu einem Defensivbündnis, 1894 zu einer Militärkonvention ausgebaut wird.

Europäisches Gleichgewicht: Zweibund-Dreibund

Seitdem besteht statt des deutschen Übergewichtes ein Gleichgewicht zweier Mächtegruppen in Europa: des Zweibundes Frankreich-Rußland und des Dreibundes der Mittelmächte. Frankreich ist es gelungen, aus seiner Isolierung herauszukommen. Deutschland aber droht die Gefahr des Zweifrontenkrieges.

Der Bismarckschen Politik folgend, geht Deutschland auch im neuen Kurs auf keinerlei Eroberungspläne aus. Es tritt auch allen Versuchen Österreichs, sich die deutsche Zustimmung zur Machterweiterung im Orient zu sichern, entgegen.

Die andere Gruppe dagegen arbeitet auf bestimmte Änderungen der bestehenden Verhältnisse hin. Rußland erstrebt freie Durchfahrt zum Mittelmeer, die Besetzung von Konstantinopel, die Erweiterung des russischen Einflusses auf dem Balkan. Frankreich denkt nach wie vor an die Rückeroberung von Elsaß-Lothringen.

Englands Annäherung an den Dreibund

Um ein Gegengewicht gegen den französisch-russischen Zweibund zu schaffen, sucht Berlin jetzt eine Annäherung Großbritanniens an den mitteleuropäischen Bund herbeizuführen.

Die Abtretung Helgolands 1890 (gegen Sansibar), die Vereinbarung über die Abgrenzung der beiderseitigen Kolonien in Afrika sind wohl verheißungsvolle Anfänge einer deutsch-englischen Annäherung. Doch bald tritt die verschiedene Auffassung der beiden Mächte über den Bündniszweck störend dazwischen. Hinzu kommt, daß sich Deutschlands Lage seit der Scheidung Europas in zwei Mächtegruppen ungünstiger gestaltet hat, denn jetzt glaubt England, seinen Vorteil am ehesten und besten in der „glänzenden Isolierung" zu finden (Lord Salisbury), in der Ausnutzung des Gegensatzes zwischen den Festlandsmächten. 1896 gibt England das Mittelmeerabkommen mit Italien und Österreich auf. Dadurch verliert Italien die bisherige Rückendeckung gegen Frankreich und wird in seiner Haltung als Dreibundmitglied unsicher.

Englands splendid isolation

Englands Isolierung ist restlos durchgeführt.

Deutschlands Bemühungen um die russische Freundschaft

Da die deutsch-englischen Verhandlungen auf diese Weise sich festlaufen, sucht Deutschland mit Rußland wieder bessere Beziehungen aufzunehmen. Während England sich zu dem siegreichen Japan, in dem es seinen künftigen Bundesgenossen erkennt, freundschaftlich stellt, unterstützt Deutschland die russische Aktion gegen Japan (japanisch-chinesischer Krieg 1895), um den russischen Ausdehnungsdrang nach dem fernen Osten hin abzulenken und dadurch die eigene europäische Stellung zu erleichtern und den Gegensatz zwischen Wien und Petersburg zu entspannen. Zar Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm einigen sich 1896, Rußland und Österreich 1897 auf den status quo im östlichen Balkan. Rußland sucht als Ausgleich für seine Balkanziele in Asien einen Zugang zum Meer (Besetzung der Mandschurei und des Hafens Port Arthur, Bau der sibirischen Durchquerungsbahn). Da Frankreich gleichzeitig

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

seine afrikanischen und hinterindischen Kolonien ausbaut und dadurch seinen Gegensatz zu England verschärft, so hat sich die europäische Gesamtlage zugunsten der Mittelmächte verschoben. Die früher von England gesuchte Isolierung fängt an, ihm unbehaglich zu werden.

Erleichterte Lage der europäischen Mittelmächte

Das Vorgehen Englands im Süden Ägyptens, angeblich zur Unterstützung der italienischen Kämpfe in Abessinien, bringt England in einen sehr gefährlichen Konflikt mit Frankreich: England sieht die große Zukunftslinie, die sein afrikanisch-asiatisches Kolonialreich zusammenschließen soll, es baut von Ägypten und vom Kap her an der Kap-Kairo-Verbindung.

Deutschland beginnt eine aktive Orientpolitik und den Bau der Bagdadbahn. In Anlehnung an die Türkei sucht es weltwirtschaftlichen Anschluß an das transkaspisch-russische Bahnnetz. Von 1878 bis 1908 ist das deutsche Volk um 50 %, die Kohlenförderung um 340 %, die Gewinnung von Roheisen um 620 %, die Handelsflotte um 270 % gewachsen.

Die Abkehr Rußlands von Europa und sein Streben nach Machterweiterung in Ostasien (seit 1895), die wachsenden Gegensätze Englands und Rußlands in Asien, Frankreichs und Englands in Afrika haben also Deutschlands Lage erleichtert. Es sieht in dem folgenden Jahrzehnt, seitdem Bernhard von Bülow die auswärtige Politik führt, seine Stärke in der Unabhängigkeit.

Bülows auswärtige Politik: Unabhängigkeit Deutschlands (Isolierung)

Es glaubt sie am besten zu wahren, indem es sich aus den zwischen den europäischen Mächten bestehenden Gegensätzen fernhält. Man treibt also auf eine Isolierung hin, wie sie England gehabt hat, während England aus ihr mit allen Mitteln herausstrebt und mit den Bemühungen des englischen Kolonialministers, des älteren Chamberlain, immer dringlicher auf eine Verständigung mit dem Dreibund hinarbeitet.

Frankreich wagt wegen seiner kolonialen Pläne keinen Krieg mit England. Als beide im oberen Niltal aufeinanderstoßen, gibt Frankreich nach, weil es seine Kräfte im Hinblick auf sein letztes Ziel auf dem Kontinent (Rückeroberung von Elsaß-Lothringen) schonen will. Es nimmt die Demütigung von Faschoda hin und einigt sich mit England über das Einflußgebiet im Sudan. Englands Machtstellung festigt sich.

Frankreichs Rückzug vor England 1898

Trotzdem wahrt Deutschland seine Unabhängigkeit auch französischem und russischem Annäherungsversuch gegenüber (1899), es bleibt in seiner freiwilligen Isolierung.

1899 erwirbt es aus spanischem Besitz im Stillen Ozean die Karolinen, Marianen und Palauinseln, nachdem es 1898 Kiautschou besetzt und durch Vertrag mit England die Samoainseln erhalten hat. Geflissentlich vermeidet es Deutschland, englische Interessen zu beeinträchtigen, und wahrt bei dem Kampfe Großbritanniens gegen die Burenrepubliken strenge Neutralität.

Immer wieder ist es der englische Kolonialminister Chamberlain, der England aus seiner „splendid isolation“ herausbringen will und ein Bündnis mit Deutschland wünscht. Die Verhandlungen zeigen, daß England gegen das Vordringen Frankreichs in Nordafrika (Marokko) Hilfe sucht. Chamberlain bekennt offen seine Absicht, sich im Falle der Ablehnung sogar um einen hohen Preis mit Rußland einigen zu

Englisches Bündniswerben bei Deutschland

wollen. In Berlin glaubt man aber an ein solches Zusammengehen zwischen England und Rußland nicht und zieht die Verhandlungen hin. Im Gegensatz zu Chamberlain war der Außenminister Salisbury einem Bündnis mit Deutschland von jeher abgeneigt.

Seit Eduard VII. wendet England sein Augenmerk folgerichtig auf die andere Möglichkeit: ein Zusammengehen mit dem Zweibund. Es verfolgt dabei die Taktik, zunächst nur Frankreich zu sich herüberzuziehen, Rußland aber in Asien indirekt entgegenzutreten. Schließlich soll sich die verhaltene Angriffslust beider auf die deutschen Grenzen hin entladen. Darum schließt England mit Japan 1902 ein Bündnis und ermutigt die neuaufkommende ostasiatische Macht in ihrem Vorgehen gegen die russische Ausdehnung. Frankreich gelingt es in demselben Jahr (1902), den Dreibund empfindlich zu erschüttern. Zwar ist 1902 das Dreibundabkommen erneuert, wenige Monate danach trifft Rom aber mit Paris eine Vereinbarung, nach der Italien in Tripolis, Frankreich in Marokko im geeigneten Augenblick ihre Einflußsphären beliebig ausdehnen können. Frankreich erwartet danach von Italien im Falle eines deutsch-französischen Krieges Neutralität. Die Bedeutung Italiens für den Dreibund ist dadurch fast wertlos geworden, die „Mauer der eigenen Isolierung ist im Süden durchbrochen".

Englisch-japanisches Bündnis 1902

Erschütterung des Dreibundes 1902

In dem 1904 ausbrechenden russisch-japanischen Kriege bleibt Deutschland neutral, ein durchschlagender Beweis für die Friedensliebe des Deutschen Reiches. Auch Österreich-Ungarn fällt Rußland nicht mit einem Vorstoß auf dem Balkan in den Rücken.

Diese Zeit benutzen England und Frankreich, um ihre Gegensätze auszugleichen und in der Entente cordiale ein festes Einvernehmen herzustellen (1904). Frankreich bekommt freie Hand in Marokko, England in Ägypten. Dadurch, daß Spanien die Gibraltar gegenüberliegende Küste erhält, aber keine Befestigungen anlegen darf, bleibt die freie Einfahrt nach dem Mittelmeer für England gesichert.

Englisch-französische Entente cordiale 1904

Damit hat sich die politische Lage völlig verändert. England und Frankreich, jahrhundertelang verfeindet, haben sich die Hände gereicht und gegen das neue Deutsche Reich verbündet. In ihrem Gegensatz bestand bisher der wesentlichste Faktor für die Sicherung Deutschlands. Der Revanchegedanke in Frankreich bekommt neue Nahrung.

Als Gegenzug schlägt Deutschland dem Zaren Nikolaus II. ein Defensivabkommen vor, auf das dieser auch bereitwillig eingeht. Die endgültige Unterzeichnung aber wird durch Frankreich vereitelt, ebenso eine spätere Vereinbarung zwischen dem deutschen Kaiser und dem Zaren.

Die Lage Deutschlands wird immer gefährlicher. Die Algeciras-Konferenz 1905, der „Panthersprung" nach Agadir 1911 offenbaren die Schwäche der deutschen Politik (Rücktritt Holsteins). Deutschland erkennt jetzt zwar die Gefahren der Vereinsamung, vermag aber nicht, aus ihr herauszukommen und in das System der politischen Zusammenschlüsse aufgenommen zu werden.

Die deutsche Vereinsamung: Algeciras-Konferenz Panthersprung nach Agadir

Die Bemühungen des deutschen Botschafters Metternich bei dem englischen Außenminister Eduard Grey bleiben ergebnislos (31. Juli 1906). Dennoch vermag man in Deutschland die grundsätzlich ablehnende Haltung Englands nicht zu erkennen, ebensowenig wie der Stimmungsumschwung, der in England mit der deutschen

Flottenvorlage einsetzte, beachtet wurde (offenherzige Aufnahme des Kriegsministers Haldane in Deutschland, Hoffnung auf den Einfluß des deutschfreundlichen Ministerpräsidenten Campbell-Bannermann). Zielbewußt vergrößert Haldane die für die Landung auf dem Festlande bestimmte britische Armee und baut sie neu auf. Der erste Seelord John Fisher hat schon 1905 die englische Mittelmeerflotte in die Nordsee verlegt und Frankreich den Schutz des Mittelmeeres überlassen. Die Dreadnoughtbauten („die große Revolution im Flottenbau") seit 1905 sichern das britische Übergewicht zur See. Alles das sind gegen Deutschland gerichtete kriegerische Maßnahmen. Die offenherzige, freilich undiplomatische Ablehnung der Abrüstungsbeschränkung durch Deutschland auf der zweiten Haager Friedenskonferenz 1907 benutzt die von der englischen Northcliffepresse abhängige Presse der ganzen Welt zu einem planmäßigen Verleumdungskrieg, dessen tiefgreifende Wirkung Deutschland erst im Weltkriege zu fühlen bekam. Der deutsche „Militarismus" wurde für die großen Kriegsrüstungen aller Völker verantwortlich gemacht.

Englisch-russische Entente 1907

Iswolski, der russische Außenminister, befürwortet ein Zusammengehen mit den Westmächten; er findet dafür Entgegenkommen bei England. Da Rußland gleichzeitig infolge seiner Niederlage und der russischen Revolution der englischen Politik bündnisfähig erscheint, entschließt sich England, sowohl die russischen Gegensätze mit Japan in China, als auch die englisch-russischen in Tibet, Afghanistan und Persien durch Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären zu beseitigen (1907). England muß große Opfer bringen. Rußland erhält von Vorderasien mehr als England, aber das russische Vordringen zum Indischen Ozean ist zum Stehen gekommen. Zum Ausgleich dafür gibt England seinen bisherigen Schützling auf dem Balkan, die Türkei, der russischen Balkanpolitik preis.

Störung des europäischen Gleichgewichtes

Das europäische Gleichgewicht ist aufgehoben. Der Dreiverband (England, Frankreich, Rußland) hat das Übergewicht über den Dreibund (Deutschland, Österreich, Italien). Im Dreibund selbst ist Italien bedeutungslos, Deutschland nur auf Österreich-Ungarn angewiesen, darum in Abhängigkeit von der Donaumonarchie. Die Führung des mitteleuropäischen Bundes geht jetzt von Berlin auf Wien über. Die letzte Grundlage der Festlandspolitik Bismarcks ist verlorengegangen.

Einkreisung Deutschlands

Während Bismarcks Bündnissystem der Erhaltung des Friedens galt, beherrschten Abneigung und Haß gegen Deutschland das Vertragssystem Eduards VII. Der englische Geschichtsschreiber Farrer bezeichnet Eduard VII., Iswolski und Clemenceau als die eigentlichen Beherrscher Europas. Der Zusammenstoß ist nicht mehr zu vermeiden.

Verstärkung der deutschen Wehrmacht

Da eine bündnispolitische Lösung der aus der Mittellage und der Isolierung Deutschlands entstandenen Schwierigkeiten für aussichtslos gehalten wird, erscheint eine Verstärkung des Heeres und der Flotte als die einzig mögliche Sicherungs- und Verteidigungsmaßnahme. Mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie erreicht man die Zustimmung des Reichstags zu einer Erhöhung der Heeresstärke.

Der Ausbau der Flotte durch Wilhelm II. und den Admiral von Tirpitz beginnt 1900. Die Vollendung des Nordostseekanals, die Erweiterung der Kriegshäfen von Kiel und Wilhelmshaven, die Befestigungen von Helgoland und Borkum verstärken ihre Operationsbasis. Da Englands Vorsprung durch den plötzlichen Übergang zum Bau von Großkampf-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

schiffen (Dreadnoughts) noch größer geworden war, will Tirpitz die deutsche Marinestärke allmählich auf das Verhältnis von 2 : 3 zur englischen bringen. Auch mit diesen Rüstungen befindet sich Deutschland England gegenüber genau so in der Verteidigung wie gegen die Einkreisungspolitik.

Deutschlands Ringen um weltpolitische und weltwirtschaftliche Geltung wird in diesen Jahrzehnten durch die innere Uneinigkeit und Zerrissenheit erschwert. Die erhoffte Aussöhnung der sozialistischen Arbeiterschaft mit dem Staate erfolgte nicht (Erfurter Programm, Klassenkampf). Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie steigt bis 1912 auf mehr als ein Drittel der Gesamtheit. In wirtschaftspolitischer Hinsicht fordern Sozialisten und Liberale den Freihandel, während die Konservativen für Schutzzölle eintreten (Bund der Landwirte 1893; Gewährung der agrarischen Schutzzölle 1902).

Balkankrisen und Marokkofrage sind in den nächsten Jahren Belastungsproben des Dreiverbandes, die er aber glücklich besteht. Er schließt sich dadurch noch fester zusammen.

Bosnische Krise 1908

Die bosnische Krise bringt Europa hart an den Rand eines Weltkrieges. Die jungtürkische Bewegung, die den deutschfreundlichen Sultan Abdul Hamid stürzte und eine westeuropäische Verfassung einführte, macht Miene, Bosnien und Herzegowina zurückzuverlangen. Um dem zuvorzukommen, spricht Kaiser Franz Joseph kurzerhand die Annexion der beiden Provinzen aus.

Da Deutschland sich schützend vor Österreich stellt, erkennt das in seinem Ehr- und Machtgefühl verletzte Rußland immer deutlicher, daß Rußlands Weg nach Konstantinopel über Berlin führt. Die sogenannte Nibelungentreue Deutschlands ist zugleich ein Ausdruck für seine Abhängigkeit von Wien, dessen Balkanpolitik es einfach gutheißen muß (ähnlich 1914).

Deutschlands Verständigungsversuche mit den Ententemächten

In den folgenden Jahren von 1909 bis 1912 versucht Deutschland mehrfach vergeblich, mit den Ententemächten sich zu verständigen und die Lage zu entspannen.

1. Deutsch-englische Verhandlungen über eine Flottenverständigung, 1908 Begegnung Eduards VII. mit Kaiser Wilhelm; Bülows Vorschläge 1909 und 1910/11.

2. Casablancavertrag mit Frankreich 1909.

3. 1910 Potsdamer Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren; die deutsch-russische Verständigung scheitert an Frankreichs und Englands Einspruch.

4. 1912 letzter deutsch-englischer Verständigungsversuch, von Frankreich hintertrieben.

In Frankreich bekommt der Revanchegedanke in dem neuen Ministerpräsidenten Poincaré einen leidenschaftlichen Vertreter.

Besetzung von Tripolis durch Italien 1911

1911 vollzieht Italien die seit langer Zeit in Verhandlungen mit den europäischen Mächten vorbereitete Besetzung von Tripolis, bringt sich dadurch freilich in scharfen Gegensatz zu Frankreich, so daß es 1912 noch einmal der vorgeschlagenen Verlängerung des Dreibundes zustimmt. Aber der Besitz von Tripolis macht es jetzt von den Westmächten noch abhängiger als bisher.

Englisch-französ. Marineabkommen 1912

Das englisch-französische Marineabkommen 1912, nach dem die britische Flotte den Schutz der französischen Kanalküste übernimmt, die französische

dagegen den des Mittelmeeres, legt England politisch so bestimmt fest, daß damit schon der Eintritt Großbritanniens in den Weltkrieg entschieden ist.

Balkankrieg 1912

Nach dem Erfolge Italiens im Tripolisfeldzug eröffnen die Balkanmächte Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland im Bunde miteinander den Krieg gegen die Türkei. Rußland macht an der galizischen Grenze mobil. Aber noch einmal wird der Weltkrieg vermieden, da Deutschland in Wien keinen Zweifel läßt, daß seine Bundespflicht nur bei einem Angriff auf die Donaumonarchie eintritt, daß Deutschland aber wegen Albanien und Durazzo unter keinen Umständen gegen Paris und Moskau marschieren werde.

Auch England unterstützt die deutschen Bemühungen um einen Friedensschluß. Albanien wird ein unabhängiger Staat, die Türkei muß ihren gesamten europäischen Besitz abtreten. Der Bund der siegreichen Balkanstaaten riegelt Berlin und Wien jedoch von ihrem Einflußgebiete im nahen Orient ab, und die Niederlage der Türkei gilt in den Augen der Welt auch als eine Niederlage ihres deutschen Lehrmeisters.

Niederlage Bulgariens 1913

Aber im Streit um Mazedonien gegen Bulgarien zerfällt der Balkanstaatendreibund schon 1913. Die Türkei stürzt das Regiment der Jungtürken und rettet Adrianopel. Das geschlagene Bulgarien nähert sich der Donaumonarchie, steht dagegen in scharfem Gegensatz zu Serbien und Rußland. Der Sieg der Serben läßt die großserbische Bewegung ungeheuer anwachsen, die von Rußland unterstützt wird. Rußland treibt sie fortwährend gegen Österreich und die Türkei vor. Es bringt sein eigenes aktives Heer auf anderthalb Millionen. Das letzte Ziel der russischen Politik bleibt Konstantinopel. Frankreich betreibt die Kriegsrüstungen in verstärktem Maße; 1913 führt es die dreijährige Dienstzeit ein. Durch Englands Stellungnahme gegen Deutschland wird die Kriegsgefahr vergrößert.

Großserbische Bewegung

Kriegsrüstungen

Trotzdem werden 1913 von den 300 000 Mann Heeresverstärkung, die der deutsche Generalstab dringend fordert, über die Hälfte gestrichen. Parteigrundsätze behalten den Sieg gegenüber den Lebensinteressen des Reiches (in Deutschland Friedensheer 1 % der Bevölkerung, in Frankreich 2 %).

Der französische Ministerpräsident Poincaré treibt zum Kriege. Er gibt Rußland Anleihen, um strategische Bahnlinien nach der Westgrenze zu bauen. Der russische Außenminister Sasanow gewinnt die Überzeugung, daß die Meerengenfrage nur auf dem Wege über europäische Verwicklungen vorwärtskommen kann, d. h. durch einen Weltkrieg. Bereits im Frühjahr 1914 werden die sibirischen Truppen nach der Westgrenze verlegt. Ein englisch-russisches Marineabkommen wird vorbereitet und ergänzt die früheren militärischen Abmachungen zwischen Frankreich und England, sowie das französisch-russische Marineabkommen (1912).

Friedensbemühungen der Mittelmächte

Einen Präventivkrieg lehnt man in Berlin und Wien entschieden ab, man glaubt vielmehr, durch Friedfertigkeit den europäischen Krieg vermeiden zu können und greift darum einen von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson ausgehenden Vermittlungsversuch erfreut auf, der durch Vereinbarung von Rüstungsbeschränkungen aller Großmächte den Frieden retten will. England lehnt aber den Vorschlag ab.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XXXV. Der Weltkrieg.

1. Mächtegruppierung und Kriegsausbruch.
2. Europa im Weltkriege.
3. Kräfteverhältnisse.

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin (in Serajewo, 18. Juni 1914) entfacht den Weltkrieg. Diese Gewalttat fällt der großserbischen Bewegung, die in dem österreichischen Thronfolger ihren gefährlichsten und tatkräftigsten Gegner sieht, zur Last (die Verantwortung der serbischen Regierung ließ sich 1914 nur mit großer Wahrscheinlichkeit vermuten, ist heute aber bewiesen, Rußland war vermutlich Mitwisser). Das Verbrechen verlangte rasche und kraftvolle Vergeltung. Auf die Bitte um die deutsche Zustimmung zu einem Einschreiten gegen Serbien erhält Österreich von Deutschland eine „Blankovollmacht", die bedingungslos die deutschen Lebensinteressen unvorsichtig und übereilt mit Österreichs Geschick verbindet. Erst am 23. Juli überreicht Österreich seine Forderung in einem scharfen Ultimatum an Serbien. Deutschland hatte erst am Abend zuvor Kenntnis davon erhalten, Italien überhaupt nicht. In der Zwischenzeit war das Mitgefühl für Österreich verflogen, die Feinde hatten sich zum Kriege gerüstet, Poincaré hatte persönlich (21. Juli) in Petersburg die Kriegsstimmung geschürt und mit Rußland alles für den Kriegsfall vereinbart.

Fürstenmord in Serajewo 1914

Ultimatum an Serbien

Schon am 24. Juli traf Rußland „in Voraussicht des kommenden Krieges" militärische Vorbereitungen. Trotzdem Deutschland Österreichs Rücken deckt, ist Rußland diesmal entschlossen (anders als 1908 in der bosnischen Krisis!), Serbien Kriegshilfe zu leisten. Österreich gibt sich mit der gewundenen Antwort Serbiens (Pariser Einfluß!) nicht zufrieden und erklärt am 28. Juli an Serbien den Krieg.

Österreichs Kriegserklärung

Verschiedene Großmächte, besonders Deutschland, bemühen sich, den Krieg zu lokalisieren. Deutschland versucht über Paris und London, Rußland zur Mäßigung zu bestimmen, freilich vergeblich. Den englischen Vorschlag auf Einberufung einer Konferenz der vier nichtinteressierten Großmächte zur Schlichtung der Streitfrage lehnen Österreich und Deutschland ab; dabei hatte England schon am 25. Juli Rußland die Mobilmachung angeraten und die Möglichkeit einer englischen Teilnahme am Kriege angedeutet. Am 26. Juli macht Rußland 13 Armeekorps mobil; trotz gegenteiliger Versicherung standen die russischen Truppen an der deutschen Grenze marschbereit. Österreich hatte nur 8 Armeekorps gegen Serbien angesetzt; es versicherte, kein serbisches Gebiet erobern zu wollen. In Anbetracht der deutlichen Absicht Rußlands, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, war die österreichische Kriegserklärung an Serbien ein sehr gefährliches Wagnis.

Die Haltung der europäischen Mächte

Am 28. Juli tritt Kaiser Wilhelm noch mit dem Zaren direkt in Verbindung, um den Frieden zu erhalten, und am 29. Juli empfiehlt er dringend direkte Verhandlungen zwischen Petersburg und Wien.

Am 29. Juli teilt aber England in Berlin und Paris mit, daß es im Falle eines Weltkrieges nicht beiseite stehen werde. Frankreich gibt diese

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Erklärung nach Petersburg weiter mit der Zusicherung französischer Hilfeleistung. Frankreich treibt also in Rußland zum Kriege, und England läßt es geschehen. Die russische Kriegspartei bekommt dadurch Oberwasser. Sie setzt am 29. Juli beim Zaren den Befehl zur Gesamtmobilmachung durch, der aber noch einmal widerrufen wird.

Rußlands und Frankreichs Kriegsvorbereitung

England macht dann den Vorschlag, Österreichs Truppen sollten haltmachen und die Vermittlung der Großmächte abwarten. Deutschland drängt in Wien auf Annahme des Vorschlages. Rußland aber lehnt den englischen Vorschlag ab und mobilisiert am 30. Juli sein gesamtes Heer. Auch Frankreich macht seinen Grenzschutz mobil und teilt Rußland am 31. Juli seine Kriegsbereitschaft mit.

Deutsche Mobilmachung und Kriegserklärungen

Da ein deutsches Ultimatum an Rußland, das die Einstellung der Mobilmachung innerhalb 12 Stunden fordert, unbeantwortet bleibt, ordnet Kaiser Wilhelm am 1. August nachmittags 5 Uhr die Mobilmachung an und erklärt an Rußland den Krieg.

Als Frankreich auf eine deutsche Anfrage nur die Antwort hat, „es werde tun, was ihm seine Interessen geböten", erklärt Deutschland auch Frankreich den Krieg (3. August). Frankreich machte schon am 1. August nachmittags 4 Uhr mobil, und am 2. August hatten französische Truppen ohne Kriegserklärung die deutsche Grenze überschritten.

Deutscher Durchmarsch durch Belgien

Am 3. August rücken deutsche Truppen in Belgien ein. Der damit eingeleitete deutsche Durchmarsch durch belgisches Gebiet wird begierig zur Stimmungsmache gegen Deutschland aufgegriffen.

Belgien hatte trotz der 1830 zugesicherten Neutralität in den letzten Jahren Festungen an der deutschen Grenze gebaut und militärische Vereinbarungen mit England und Frankreich abgeschlossen, dadurch also selbst auf seine Neutralität verzichtet. Bei der starken Sicherung der französischen Ostgrenze beabsichtigte nun der Schlieffensche Plan, durch Belgien zu marschieren, um die Franzosen so von der Flanke zu fassen und niederzuwerfen, ehe Rußland mit seinen Streitkräften Deutschland überrennen könne. Da England auf eine deutsche Anfrage, ob es selbst dem Kriege fernbleiben werde, wenn Deutschland nicht durch Belgien marschiere, verneinend antwortet und Belgien die nachgesuchte Zulassung eines Durchzuges ablehnt, mußte sich die deutsche Heeresleitung im Kampf um Sein oder Nichtsein dazu entschließen, die deutschen Truppen über die belgische Grenze rücken zu lassen.

Englands und Japans Kriegserklärung

England, schon längst zur Teilnahme am Kriege entschlossen, hatte jetzt eine Handhabe, seinen Eintritt in den Krieg mit der Wahrung der internationalen Verträge und dem Schutze der kleinen Nationen zu begründen. Am 4. August erklärte es den Krieg an Deutschland.

Auch Japan erklärt den Krieg, als Deutschland die Räumung von Kiautschou verweigert, und erobert Tsingtau.

Die neutralen Mächte Europas

Die bisherigen Bundesgenossen Deutschlands, Italien und Rumänien, bleiben neutral, weil sie ihrer Bündnispflicht durch die deutsche Kriegserklärung enthoben sind. Sie fühlen sich dem romanischen Frankreich verbunden und fürchten England. Ebenso bleiben Norwegen, Dänemark, Schweden, Holland, Spanien und Griechenland neutral.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Türkei nimmt dagegen für die Mittelmächte Partei (November 1914). Dadurch konnte sich Rußland nun nicht mehr vom Mittelmeer her mit Munition versorgen lassen. Die Türkei im Bunde mit den Mittelmächten

„Nicht, daß Deutschland Weltpolitik trieb, sondern wie diese Politik durchgeführt wurde, war unser Verhängnis; denn die kaiserliche Politik verlor über den neuen fernen Zielen ihre nächste Aufgabe, die Sicherung des Reiches in Europa, aus den Augen. Sie verkannte, daß die großen machtpolitischen Entscheidungen über Deutschlands Schicksal nicht auf der See oder irgendwo im Weltraum, sondern auf dem Festland fallen mußten." (Ehringhaus.) Wir vermissen die Folgerichtigkeit in der nachbismarckschen Politik. Deutschland ließ sich im ungünstigsten Augenblicke in den Krieg treiben. Die Behauptung von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands hat sich durch die Veröffentlichungen der Akten als Lüge erwiesen.

XXXVI. Die Kampfgebiete des Weltkrieges.

1. Der westliche Kriegsschauplatz.
2. Der östliche und südöstliche Kriegsschauplatz.
3. Der italienische Kriegsschauplatz.

Die deutsche Mobilmachung löst stürmische Begeisterung und eine seltene Einmütigkeit starken vaterländischen Fühlens und Wollens aus, „Keine Parteien, nur noch Deutsche", schien es fortan zu geben. Der Reichstag bewilligt die Kredite für den Krieg, auch die Sozialdemokratie tritt dafür ein. Einmütiger Verteidigungswille Deutschlands

Auf den erzwungenen Durchzug durch Belgien folgt der siegreiche Vormarsch auf Paris. Die Franzosen müssen auf das linke Marneufer zurück, die französische Regierung flieht nach Bordeaux. Mitten im siegreichen Vordringen kommt plötzlich der Rückzugsbefehl. Moltke hatte den rechten Flügel entgegen dem Schlieffenschen Plan nicht stark genug gemacht, Reserven überhaupt nicht bereitgestellt, im letzten Augenblick sogar noch 2 Armeekorps gegen die Russen nach dem Osten gesandt. Da die oberste Heeresleitung eine zwischen der 1. (Kluck) und 2. (Bülow) Armee entstandene Lücke nicht schließen kann und einer Flankenbedrohung sich nicht aussetzen will, gibt sie den Befehl, über die Aisne zurückzugehen (10. September); die siegreiche Schlacht an der Marne (6. bis 9. September) endet mit einem verlustreichen Rückzuge. Die drohende Gefahr der Überflügelung auf der rechten Flanke vermeidet Kluck glücklich durch Verlängerung der Front bis ans Meer. Generalstabschef Moltke tritt zurück, Kriegsminister Falkenhayn wird sein Nachfolger. Ende Oktober gräbt man sich ein, der zermürbende Stellungskrieg beginnt. Vormarsch auf Paris 1914. Marneschlacht, Rückzug

Inzwischen sind die Russen über Erwarten schnell mit zwei Heeren in Ostpreußen eingedrungen. 3 Wochen lang muß die Provinz die russischen Greueltaten über sich ergehen lassen. Da bringt Hindenburg mit seinem Generalstabschef Ludendorff durch die Vernichtungsschlacht bei Tannenberg (26. bis 30. August) und den Sieg an den Masurischen Seen (10. bis 12. September) die Befreiung. Einmarsch der Russen, Befreiung Ostpreußens

Der große Angriffsplan der Russen 1915

Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch setzt das russische Dreimillionenheer zu einem neuen großzügigen Vormarsch an; die eine Heeressäule soll durch Galizien-Ungarn auf Wien, die andere durch Posen, Schlesien auf Berlin marschieren. Ein österreichischer Gegenstoß gegen den südlich gerichteten Angriff scheitert, die österreichischen Truppen müssen zurück,

Karpathenstellung

sie halten die Front mit deutscher Hilfe erst in den Karpathen (Stellungskrieg!). Unter Hindenburgs Oberbefehl gelingt es deutschen und österreichischen Truppen, den russischen Vorstoß auf Berlin in Polen zum Stehen zu bringen, Mackensen siegt bei Lodz, die Winterschlacht in Masuren befreit Ostpreußen zum zweitenmal.

Die Winterschlacht in der Champagne soll die in der Masurenschlacht vernichtend besiegten Russen entlasten. Die Deutschen halten stand.

Deutsch-österreich. Durchbruch in Galizien

Der im Frühjahr 1915 am Dunajec zwischen Tarnow und Gorlice angesetzte Durchbruch der deutsch-österreichischen Truppen unter General von Linsingen hat vollen Erfolg. Die ganze russische Front bis zur Ostsee ist erschüttert, Galizien und die Bukowina werden befreit, Kurland bis zur Düna erobert. Nacheinander fallen Warschau, Iwangorod, Kowno, Brest-Litowsk. Freilich die Umfassung des russischen Zentrums gelingt nicht. Es kann sich zurückziehen.

Das Scheitern französischer Angriffe

Die gleichzeitigen Lorettoangriffe der Feinde zwischen Lille und Arras scheitern (Mai 1915), ebenso der französische gewaltige Durchbruchsversuch in der Champagne (September 1915). Die Stellungslinie wird in heldenmütigem Kampfe gehalten.

Kriegserklärung Italiens

Im Mai 1915 erklärt nach Beendigung seiner Rüstungen auch Italien den Krieg. In immer erneuten Angriffen versuchen die Italiener nach Triest durchzubrechen. (6 Isonzoschlachten, Vordringen bis Görz. Herbst 1917 hinter Tagliamento und Isonzo zurückgetrieben).

Kämpfe im Orient: Vergeblich versuchen französisch-englische Truppen durch eine Landung auf der Halbinsel Gallipoli den Eingang in die Dardanellen zu erzwingen. Durch den Eintritt Bulgariens (September 1916) in den Weltkrieg können die Mittelmächte Serbien von zwei Seiten angreifen. Der glänzende Siegeszug Mackensens

Bulgariens Bündnis mit den Mittelmächten

Eroberung Serbiens

beseitigt mit der Eroberung Serbiens zugleich die serbische Sperre auf dem direkten Wege Berlin-Konstantinopel-Bagdad. Im November 1915 schließen die Türken ein englisches Heer in Kut-el-Amara ein (1916 müssen die Türken freilich Bagdad wieder räumen). Die Festsetzung englisch-französischer Truppen in Saloniki kann Serbien nicht mehr retten, bleibt aber eine Bedrohung unserer südlichen Flanke.

U-Boot-Krieg

Gegen die englische Hungerblockade sollte der U-Boot-Krieg schützen, er wurde zu Beginn mangels genügender Tauchboote, später aber auch mit Rücksicht auf Amerika nicht scharf durchgeführt, ebensowenig die Fliegerangriffe auf England. Bölckes und Immelmanns hervorragende Leistungen im Luftkrieg bleiben für immer denkwürdig.

Verlust der Kolonien

Die meisten afrikanischen Kolonien gingen schon 1915 verloren, Kamerun 1916, nur Ostafrika hält sich unter Lettow-Vorbeck heldenmütig bis zum Kriegsende.

Infolge der Blockade muß auf jegliche Unterstützung durch neutrale Länder verzichtet werden; daher kommt das Aufblühen der amerikanischen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Kriegsindustrie nur unsern Gegnern zugute. In der Heimat macht sich die englische Hungerblockade immer mehr geltend. Lebensmittelnot und Mangel an Rohstoffen werden fühlbar. Die anfängliche Begeisterung und Opferwilligkeit lassen allmählich nach. Ein beispielloser Lügenfeldzug der gegnerischen, namentlich englischen Presse verleumdet die „hunnischen" Deutschen wegen ihrer angeblichen Kriegsgreuel in der ganzen Welt. Da die deutschen Überseekabel durchschnitten sind, ist Deutschland gegen diese Methoden seelischer Massenvergiftung völlig hilflos. Im Frühjahr 1916 sucht Falkenhayn durch den bei Verdun angesetzten Durchbruchsversuch eine Entscheidung (Erstürmung des Forts Douaumont, des „Toten Mann", der Höhe 304); er kann sie aber nicht erzwingen. Die großen Verluste bestimmen Hindenburg, der nach dem Rücktritt Falkenhayns Generalstabschef wird, weitere Angriffe aufzugeben.

Deutscher Durchbruchsversuch bei Verdun 1916

Während die deutsche und die österreichische Heeresleitung die Einheitlichkeit vermissen lassen (unabhängig von der Bestürmung Verduns geht Hötzendorf in Südtirol zum Angriff über), unterstützen sich Franzosen und Russen mit ihren Operationen gegenseitig; die Brussilow-Offensive und Sommeschlacht (in den Sommermonaten 1916) stehen in engem Zusammenhang.

Brussilow-Offensive

Die Russen durchbrechen die österreichische Front in Wolhynien und Galizien (4. Juni). Die Bukowina geht verloren. Nur deutsche Hilfe (unter Linsingen und Bothmer) bringt die Russen zum Stehen und rettet das Habsburgerreich. Hindenburg wird Oberbefehlshaber über die ganze Ostfront. Die Brussilow-Offensive hat zwar nicht durchstoßen können, aber die erwiesene Schwäche Österreichs bestimmt Rumänien zum Eintritt in den Krieg. Der Ring um die mitteleuropäische Festung ist geschlossen. Die Sommeschlacht (Beginn Ende Juli) dauert mit einem gewaltigen Einsatz von Artillerie und Truppenmassen, unter Verwendung giftiger Gase mehrere Monate. Immer frische englische Truppen greifen in den Kampf ein, furchtbare Verluste auf beiden Seiten. Aber der Durchbruch gelingt den Feinden nicht.

Rumäniens Eintritt in den Krieg

Sommeschlacht

Dem Vorstoß Rumäniens nach Siebenbürgen folgt sofort ein Gegenstoß der Verbündeten. Anfang Dezember ziehen Falkenhayn und Mackensen siegreich in Bukarest ein. Mit der Besetzung der Walachei verkürzte sich die Ostfront um 600 km, sie reicht jetzt von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Eroberung Rumäniens

Von der Wiederaufrichtung eines selbständigen Königreiches Polen versprechen sich die Kaisermächte eine wesentliche Stärkung ihrer Stellung gegen die Russen; sie erhofften die Bildung eines polnischen Hilfsheeres und die Freundschaft des neuen Königreiches. Nichts erfüllte sich von dem. Dagegen nahm man sich die Möglichkeit, mit Rußland einen Sonderfrieden zu schließen.

Im U-Boot-Krieg gegen die völkerrechtswidrige Blockade, der auf Amerikas Forderung zuletzt eingeschränkt war (keine warnungslose Versenkung) vermag die Oberste Heeresleitung keine Änderung durchzusetzen. Tirpitz, der für den unbeschränkten U-Boot-Krieg eintritt, wird verabschiedet.

Seesieg am Skagerrak

Der 31. Mai 1916 wird Ehrentag der Hochseeflotte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Infolge schlechter Führung verpaßte die weit überlegene englische Flotte in der Seeschlacht am Skagerrak die Gelegenheit, die deutsche zu vernichten. Admiral Scheer bringt den englischen Gegnern schwere Verluste bei.

Im November des Jahres 1916 stirbt der alte Kaiser Franz Joseph, für die Sache der Verbündeten und den Zusammenhalt des morschen Habsburgerreiches ein schwerer Verlust.

Deutsches Friedensangebot

Da die allgemeine Lage der Vierbundmächte günstig ist, verspricht man sich von einem Friedensangebot an die Feinde Erfolg (12. Dezember 1916). Die Ententemächte legen es jedoch nur als Schwäche aus und weisen es zurück.

Die Schwierigkeiten im Innern Deutschlands

Trotz der großen militärischen Erfolge sind die inneren Verhältnisse viel schwieriger geworden, in Österreich vor allem mangelt es an Nahrungsmitteln, Mannschaftsersatz, Arbeitskräften. An innerpolitischen Fragen, der Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechtes, der Einführung des parlamentarischen Systems, den Erörterungen über die Kriegsziele verschärfen sich von neuem die Parteigegensätze in Deutschland. Zu spät kommt die Osterbotschaft (1917) des Kaisers, der eine Reform des inneren, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens verspricht.

Uneingeschränkter U-Boots-Krieg. Amerikas Kriegserklärung 1917

Da 1917 der Vernichtungswille der Verbandmächte offenkundig ist, gibt die deutsche Regierung alle Rücksichtnahmen auf und verkündet am 1. Februar 1917 den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Darauf erklärt Amerika am 2. April den Krieg, unter seinem Einfluß fast alle Staaten Süd- und Mittelamerikas, auch China. Infolge der inzwischen gefundenen Abwehrmittel gegen die U-Boot-Angriffe können die Tauchboote nicht die erhoffte Entscheidung bringen.

Trotz der großen Materialüberlegenheit der Feinde (Panzerkraftwagen, Flugzeuge, Munition!) bleiben die Frühjahrs- und Sommeroffensiven der Franzosen und Engländer ergebnislos. Hindenburg nimmt die Front in die hinter der Front vorbereitete Hindenburglinie (Siegfriedstellung) zurück.

Siegfriedstellung

In der russischen Front ist es seit der Brussilow-Offensive ruhig. Da England vermutet, der Zar beabsichtige, einen Sonderfrieden zu schließen, begünstigt es die bürgerliche Revolution (März 1917). Der Zar muß abdanken. Deutschland verpaßt diesen Augenblick, um die entscheidenden Schläge zu führen. Die neue russische Regierung unternimmt noch einmal einen großen Angriff, aber vergeblich. Die Österreicher erobern vielmehr die Bukowina wieder, die Deutschen Kurland, die Inseln Ösel und Dagö. Durch diese Niederlagen kommt in Rußland die kommunistische Partei zur Herrschaft unter Führung von Lenin und Trotzki (Arbeiter- und Soldatenräte — Zentralrat der Sowjets).

Russische Revolution

Friede von Brest-Litowsk 1918

Im Frieden von Brest-Litowsk (9. März 1918), dem auch Rumänien beitritt, werden die Randstaaten als unabhängige Staaten anerkannt und dadurch von Rußland abgelöst. Zu ihrem Schutz müssen unsere Truppen aber noch im Osten bleiben, während sie im Westen so dringend gebraucht wurden.

Immerhin war die Lage für den Vierbund nicht ungünstig. Die Front

im Westen hatte standgehalten, im Osten war Friede mit Rußland und Rumänien, die Italiener waren an der Piave bis in die Ebene Venetiens zurückgeschlagen.

Innere Zersetzung

Aber die innere Zersetzung hatte große Fortschritte gemacht, während die Widerstandskraft und der Siegeswille der Feinde durch das Friedensangebot des deutschen Reichstages neu belebt worden war.

Scheitern der deutschen Frühjahrsoffensive

Durch die an der Ostfront freigewordenen Divisionen verstärkt Ludendorff die Westfront, er hofft im Frühjahr 1918, vor einem entscheidenden Eingreifen der Amerikaner, durch einen wuchtigen Vorstoß die englisch-französische Front zu durchbrechen. Der deutsche Sturmangriff (am 21. März) treibt die Gegner zwar siegreich zurück, kommt aber vor Amiens, dem eigentlichen Ziel, zum Stehen. Es fehlten die nötigen Reserven, um kräftig genug nachzugreifen. Im April werden die Engländer vom Kemmelberg in Flandern vertrieben. Ein Stoß gegen Paris (Ende Mai) führt die deutschen Truppen über die Marne, schon erreichen die weittragenden Geschütze Paris. Da übernimmt General Foch den gesamten Oberbefehl an der Westfront. Das Eingreifen der Amerikaner belebt den Mut der französischen Truppen. Im Juli landen 1 200 000 Amerikaner in Frankreich. Die amerikanische Industrie liefert ungeheuere Munitionsmengen, während die deutschen Munitionsarbeiter im Januar 1918 streiken!

Die letzte große Kraftanstrengung des deutschen Heeres im Frühling und Sommer 1918 erreicht ihr Ziel nicht. Damit ist die Möglichkeit, den Krieg siegreich zu beendigen, endgültig geschwunden. Der Feind kann zum Angriff übergehen, und führt ihn mittels eines ungeheuren Einsatzes von Menschen und Material zum Erfolge. Am 8. August 1918 (der schwarze Tag des deutschen Heeres) wird zum erstenmal die deutsche Front zum Weichen gebracht. Für die deutschen Verluste gibt es keinen Ersatz, dagegen haben die Gegner frische amerikanische Reserven hinter sich. Als einzige Rettung bleibt die Beendigung des Krieges auf diplomatischem Wege. Die Entscheidung liegt beim Kaiser. Dieser jedoch vertagt sie. So verstreichen kostbare Wochen.

Der schwarze Tag des deutschen Heeres

Der Gedanke an einen Verständigungsfrieden bewegt schon lange weite Kreise des Volkes. Er schöpfte Nahrung aus den wiederholten Friedensbotschaften des Präsidenten der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson, seinen Verheißungen einer neuen Weltordnung, die mit all den überlebten Formen bisheriger Politik brechen würde.

„Verständigungsfriede"

Am 11. Februar 1918 hatte er vor dem amerikanischen Kongreß verkündet: „Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen geben. Völker und Provinzen sollen nicht von einer Staatshoheit in eine andere geschoben werden, als ob es sich nur um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handele. Jede Lösung einer Gebietsfrage muß im Interesse und zugunsten der betreffenden Bevölkerung und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses rivalisierender Staaten getroffen werden."

Am Grabe Washingtons hatte er am 4. Juli 1918 als Grundelemente eines Friedens bezeichnet: „Alle Versprechungen und Abmachungen sind zu halten, kein Unrecht soll ungesühnt bleiben! Wir erstreben die Herrschaft des Rechts, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und unterstützt durch die organisierte Meinung der Menschheit."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Selbstbestimmungsrecht der Völker

Die Verkündigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das Versprechen eines Rechts- und Verständigungsfriedens statt eines Gewalt- und Rachefriedens, die Aussicht auf die Errichtung eines alle Staaten umschließenden Völkerbundes, auf allgemeine Abrüstung, auf Abschaffung der Geheimdiplomatie, auf wirtschaftliche und koloniale Gleichberechtigung erfüllt das deutsche Volk mit Vertrauen, zumal es in Wilson einen Bürgen für die Ehrlichkeit solcher Versprechungen erblicken zu dürfen glaubt; denn das amerikanische Volk könne kein unmittelbares Interesse an der Schädigung eines Teils der europäischen Völker haben.

Militärischer Zusammenbruch der Mittelmächte

Der militärische Zusammenbruch der Verbündeten des Deutschen Reiches treibt zur Katastrophe. Am 15. September bricht die bulgarische Front am Vardar. Auch die türkische Front weicht zurück. Die Engländer nehmen Damaskus und die Bagdadbahn. Die türkische Armee in Syrien und Mesopotamien löst sich auf. Eine Ententeflotte erscheint vor Konstantinopel. Die Türkei bittet um Frieden. Kaiser Karl von Österreich macht am 14. September ein Sonderfriedensangebot. Im Waffenstillstand besetzen italienische Truppen Tirol, Triest und Dalmatien. Ende September dringen die Gegner an der Westfront in die Siegfriedstellung ein.

Die Verschlechterung der militärischen Lage wird durch die innere Zersetzung gefördert. Im Rücken des Heeres waren die Etappen Sammelpunkte unzuverlässiger Elemente geworden. Die Unfähigkeit der Regierung, die Fehler der Kriegswirtschaft zu beseitigen und dem Wucherer- und Schieberwesen Einhalt zu gebieten, hatte eine wachsende Mißstimmung im Lande groß werden lassen. Zu spät erkennt die Regierung die Gefahr eines inneren Zusammenbruchs. Um den Staat vor der Auflösung zu bewahren, leitet man die Demokratisierung der Verfassung nach westlichem Vorbilde ein. Eine neue parlamentarische Regierung unter Prinz Max von Baden wird gebildet (3. Oktober). Sie übernimmt es, auf Drängen Hindenburgs, den Präsidenten Wilson um Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen auf der Grundlage seiner 14 Punkte zu ersuchen.

Waffenstillstandsverhandlungen

Als Sicherheit und Bürgschaft für die Aufrichtigkeit des deutschen Friedensangebotes fordert dieser (14. Oktober) die Einstellung des U-Boot-Krieges und Räumung der besetzten Gebiete, ferner die „Beseitigung der monarchischen Gewalten wegen ihrer Gefährlichkeit für den Weltfrieden — oder ihre Entrechtung bis zur tatsächlichen Machtlosigkeit".

Wochen verstreichen mit gegenseitigem Notenwechsel. Sie sind voll der verletzendsten Demütigungen für das deutsche Volk. Eines Vorteiles nach dem andern müssen sich die Deutschen begeben. Man zieht zwar den Plan der nationalen Verteidigung in Erwägung, läßt ihn aber wieder fallen. Die Bildung einer nationalen Einheitsfront mißlingt, während die oberste Heeresleitung von der Truppe (24. Oktober) weiteren Widerstand und Kampf bis zum äußersten fordert. Die deutsche Regierung widersetzt sich dem. General Ludendorff tritt daraufhin zurück. Selbst auf innerpolitischem Gebiete gibt Deutschland nun allen Forderungen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

der Entente nach (Aufhebung der kaiserlichen Kommandogewalt, Verfassungsänderungen im demokratischen Sinne). Die Lage wird immer unhaltbarer. Den Italienern steht der Weg über den Brenner offen. Die Doppelmonarchie der Habsburger ist zerfallen (23. bis 29. Oktober). Mit der Räumung Flanderns muß die U-Boot-Basis aufgegeben werden. Im Reiche gärt es, die Massen fordern Frieden um jeden Preis.

Der Vorvertrag die 14 Punkte Wilsons

Am 5. November kommt der Vorvertrag zwischen Deutschland und der Entente zustande. In ihm ist die Rede Wilsons vom 11. Februar 1918 mit ihren 14 Punkten als ausdrücklicher Bestandteil des Friedensvertrages anerkannt. Dies sollte die Einleitung zum Waffenstillstand sein. Nicht mit einer bedingungslosen Kapitulation, sondern auf der Grundlage eines Verständigungsfriedens wurden die Verhandlungen aufgenommen.

Ausbruch der Revolution

Die Ereignisse brachten das deutsche Volk um diese letzte Hoffnung und die Aussicht auf einen erträglichen Frieden. Gerade in dem Augenblick, wo die entscheidenden Verhandlungen beginnen sollen, bricht die Revolution aus. Die Hochseeflotte widersetzt sich dem Befehl, auszulaufen. Die meuternden Matrosen reißen die Leitung an sich (4. November). Von Kiel aus verbreitet sich die Revolution unter der Losung: „Friede, Freiheit, Brot" über die Küste, von dort am 7. November nach Nord-, West- und Mitteldeutschland. In München wird am 8. November von Schwabinger Literaten und Munitionsarbeitern die Revolution ausgerufen. Am 8. November ist Braunschweig in Aufruhr, in Berlin geraten die Massen in Bewegung. Das Bürgertum läßt willenlos den Ereignissen ihren Lauf. Die Gewöhnung an Befehlserteilung läßt das Militär tatenlos. Wilhelm II., der von Berlin ins Große Hauptquartier gegangen war, will zunächst nicht abdanken, sondern an der Spitze der Truppen die Ordnung wiederherstellen. Da verkündet Prinz Max von Baden, um die Monarchie zu retten, ohne Wissen des Kaisers und des Kronprinzen ihre Abdankung. Widerstandslos siegt die Revolution auch in Berlin (9. November). Scheidemann erklärt Deutschland zur Republik.

Deutschland – Republik

Der Volksbeauftragte Friedrich Ebert bewahrt sie durch Übernahme des Reichskanzleramtes vor der Herrschaft der radikalen Strömungen. Überall bilden sich Soldaten- und Arbeiterräte. In Belgien meutern die Etappentruppen, der Kaiser flüchtet nach Holland (10. November). Alle anderen deutschen Fürsten werden gestürzt und vertrieben.

Seit dem 8. November aber kämpfte die deutsche Abordnung unter dem Staatssekretär Erzberger im Wald von Compiègne um bessere Bedingungen für Volk und Heer. Von dem Zusammenbruch erfuhr sie nichts. Die gegnerischen Unterhändler konnten nun trotz der in der Note vom 5. November aufgestellten Verhandlungsgrundsätze ihre Bedingungen diktieren. Es war ein verhängnisvoller Irrglaube, die Gegner würden einem republikanischen Deutschland günstigere Bedingungen gewähren. Für Annahme oder Ablehnung stellen sie eine Frist von 72 Stunden. Angesichts der inneren Lage des Reichs ist an militärischen Widerstand nicht mehr zu denken. Unter diesen Umständen muß auch die Oberste Heeresleitung die folgenden harten Bedingungen der Alliierten annehmen (11. November):

Annahme der Waffenstillstandsbedingungen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

1. Räumung der besetzten Länder;
2. Räumung des gesamten Gebietes links vom Rhein;
3. Räumung der Brückenköpfe Mainz, Koblenz, Köln und Kehl auf dem rechten Rheinufer;
4. Räumung einer Zone von 30 Kilometern vor den Brückenköpfen;
5. Auslieferung ungeheurer Mengen Kriegsgeräte (30 000 Maschinengewehre, 2000 Flugzeuge, 160 U-Boote, Internierung der Schlachtflotte (6 Groß-Kampfschiffe), ferner Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen;
6. Rückgabe aller Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit;
7. die Blockade bleibt bestehen.

Trotzdem vermag das Vertrauen auf Wilson die Zuversicht des deutschen Volkes auf einen gerechten Frieden nicht zu erschüttern. Die Waffenstillstandsbedingungen werden mit voller Erfüllungsbereitschaft hingenommen.

Heimkehr, Auflösung der Fronttruppen

Das deutsche Frontheer zieht unter Hindenburgs Führung in die Heimat und wird dort aufgelöst. Deutschland zerschlägt seine Wehrmacht. Aber vergeblich wartet man auf die Auswirkungen der neuen Ära der Versöhnung und Verständigung, die nun beginnen sollte. Nicht einmal der im Waffenstillstand ausdrücklich in Aussicht gestellte Präliminarfriede wird bewilligt; vielmehr muß der Waffenstillstand nicht weniger als dreimal erneuert werden. Jede Erneuerung aber wird zur Erpressung neuer Zugeständnisse benutzt.

Dieser Waffenstillstand, der von Deutschland nur als kurzer Zwischenvertrag bis zu den Friedensverhandlungen eingegangen war, dauert vom 11. November 1918 bis zum 10. Januar 1920 — 14 Monate. Denn erst am 10. Januar 1920 wird durch Ratifizierung der am 28. Juni 1919 zu Versailles unterzeichnete Frieden gültig. Dieser „Frieden" ändert nur die Form, der Geist bleibt derselbe.

Aufrechterhaltung der Blockade

Die Blockade wird trotz des Waffenstillstandes auch auf die Ostsee ausgedehnt; die Zusage, Deutschland mit den notwendigsten Lebensmitteln zu versorgen, wird nicht erfüllt. Das linksrheinische Gebiet aber wird besetzt und vertragswidrig von dem übrigen Deutschland abgesperrt.

XXXVII.—XL. Kriegsende und Friedensschlüsse.

XXXVII. Deutschlands Verstümmelung.
XXXVIII. Deutschlands Versklavung.
XXXIX. Deutschlands Entwaffnung.
XL. Deutschlands Einriegelung.

XXXVII. Am 18. Januar, an dem Tage, da 48 Jahre zuvor das Deutsche Reich begründet worden war, findet die feierliche Eröffnung der Friedenskonferenz statt. 27 Staaten sind vertreten, die fünf „alliierten und assoziierten Hauptmächte": Frankreich, England, Italien, die Vereinigten Staaten, Japan und die anderen 22 „alliierten und assoziierten" Mächte. 70 % der bewohnten Erdfläche mit 77 % der Menschheit (Rußland nicht eingeschlossen) hatten sich verbunden, um über das Deutsche Reich mit 0,4 % der bewohnten Erdfläche und 4 % der Menschen abzuurteilen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Trotz Wilsons Versprechen, alle Geheimdiplomatie abzuschaffen, werden die entscheidenden Verhandlungen von den fünf Großmächten untereinander geheim geführt. Die kleinen „Sieger" bleiben ohne jeden Einfluß. Bei den „großen Vier", Wilson, Clémenceau, Lloyd George und dem Italiener Orlando liegt die ganze Entscheidung. Die deutsche Abordnung wird von den Verhandlungen ausgeschlossen. Das Ziel französischer Politik ist: die Vernichtung der deutschen Reichseinheit. Die Friedenskonferenz soll das Werkzeug zur Vollendung dieses alten Planes sein. In Clémenceau hat die französische Politik den entschiedensten Verfechter. Die Festigkeit seines Willens und die Einheitlichkeit des französischen Programmes bestimmen von vornherein den Verlauf der Verhandlungen. Wilsons 14 Punkte zerbrechen daran, die anfängliche Maßhaltung der Briten mündet in die gleiche Gewaltpolitik, obwohl sie mit der Entwaffnung und Ausschaltung Deutschlands als Welt- und Handelsmacht zufriedengestellt sein konnten. Italiens Mitwirkung am Friedensvertrag ist ohne große Bedeutung. So versucht Frankreich mit allen Mitteln, der Bestechung, der Schürung hochverräterischer Bewegungen (Aufrichtung einer rheinischen Republik) und mit roher militärischer Gewalt die deutsche Einheit zu untergraben und zu vernichten. Die Friedensbedingungen sind für Deutschland nichts anderes als ein neuer Krieg mit anderen Mitteln, „ein Werk der Leidenschaften des Krieges, der Rache und der Furcht". Innerhalb von 14 Tagen soll die deutsche Regierung sich entscheiden. Französische und englische Bombengeschwader und der Aufmarsch der alliierten Heere im besetzten Gebiete bezeugen die ernste Absicht der Entente, in Deutschland einzufallen, falls dieses sich nicht unterwirft. Ein Widerstand ohne Heer und Flotte ist aussichtslos, zumal die Uneinigkeit der Parteien eine innere Einheitsfront nicht aufkommen läßt. Der Versuch, wenigstens die Anerkennung der schmachvollen Kriegsschuldparagraphen abzuwälzen, stößt auf Clémenceaus unüberwindliche Gegnerschaft. Die deutsche Regierung muß sich darum der Gewalt fügen. Am 28. Juni 1919 wird im Spiegelsaal des Schlosses in Versailles, in dem das deutsche Kaisertum 1871 ausgerufen war, der Friede unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten verweigern die Unterzeichnung und den Eintritt in den Völkerbund; der Widerstand gegen das Werk Wilsons und den Völkerbund von Frankreichs Gnaden war in Amerika übermächtig geworden. Erst am 25. August 1921 stellt ein offizieller Friedensschluß die Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland wieder her.

Das Versailler Friedensdiktat

Friedensunterzeichnung 28. Juni 1919

Das Werk von Versailles selbst aber ist weder mit der Unterzeichnung, noch mit der Ratifikation vollendet. Die Alliierten führen ihre Versklavungspolitik zielbewußt weiter. Die treibende Kraft bei diesen Maßnahmen ist stets Frankreich, das trotz aller Einzelerfolge doch sein eigentliches Kriegsziel nicht erreicht hat: die Vernichtung der deutschen Einheit. Der Leitgedanke französischer Politik nach dem „Friedensschluß" ist daher: Der Rhein als französische Ostgrenze, Besitznahme des Ruhrgebietes, Trennung Süddeutschlands vom Norden. Eine lange Reihe von Konferenzen der Ententestaatsmänner setzen das Werk von Versailles fort: San Remo (April 1920), Hythe (Mai), Boulogne (Juni), Spaa

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

(Juli), Brüssel (Dezember), Paris (Januar 1921), London (März), Lympne (April), London (Mai), Cannes (Januar 1922), Genua (April und Mai), London (August), Paris (Januar 1923). Mit immer neuen schönen Begriffen, wie Sanktionen, Garantien, Pfändern, Retorsionen usw., wird jeder neue Rechtsbruch gegen Deutschland heuchlerisch bemäntelt. Die Gedanken des Ideologen Wilson werden bis zur Unkenntlichkeit verzerrt, er selbst zerbricht an der Hinterhältigkeit europäischer Diplomatie. Für das deutsche Volk aber ist das Ergebnis aus alledem, aus Krieg und Frieden, niederschmetternd.

Der Völkerbund

Der Friedensvertrag beginnt mit den Satzungen des Völkerbundes. Der Gedanke einer Neuordnung wird ihm also vorangestellt. Der Völkerbund, der zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen und zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit zwischen ihnen gegründet ist, soll Bürge der Neuordnung sein. Sein ständiger Sitz wird Genf. Als seine Hauptaufgaben werden bezeichnet: Regelung der Abrüstung und Einrichtung eines zwischenstaatlichen Schiedsgerichts. Von der Mitgliedschaft des Völkerbundes ausgeschlossen werden das Deutsche Reich, Deutsch-Österreich und Rußland. Die Vereinigten Staaten lehnen ihren Beitritt ab. Damit ist der Völkerbund entgegen seiner grundsätzlichen Bestimmung als eine Interessengemeinschaft der Entente und ihrer Gefolgschaft, als ein Werkzeug ihres Unterdrückungswillens gekennzeichnet.

Der Vorvertrag war ein klarer Rechtsvertrag zweier gleichberechtigten Parteien. Weil aber für die ungerechtfertigten und maßlosen Forderungen ein „Rechtstitel" geschaffen werden mußte, d. h. um dem Friedensvertrag den Charakter eines Straffriedens geben zu können, wurde von der

Die Schuldlüge

Entente die Behauptung von der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkriege aufgestellt und im Vertrage niedergelegt.

In Stein gemeißelt:

An der Stelle, an der am 11. November 1918 der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, befindet sich im Wald von Compiègne eine Gedenktafel, die, um die moralische Abrüstung in Frankreich für immer zu verhindern, die folgende Inschrift, in Granit gemeißelt, trägt:

Ici
Le onze Novembre 1918
succomba le criminel orgueil
de l'Empire allemand
Vaincu
par les
Peuples Libres
Qu'il prétendait
asservir.

(Hier unterlag am 11. November 1918 der verbrecherische Hochmut des Deutschen Reichs, besiegt durch die freien Völker, die es unterjochen wollte.)

Im Vertrag verankert:

In dem sogenannten „Friedens"-Vertrag von Versailles heißt es in dem Artikel 231:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Das hat Deutschland unterschreiben müssen.

Die Absicht, Deutschland ehrlos zu machen, fand ihren schärfsten Aus-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

druck in den sogenannten „Schmachparagraphen" (Art. 227—231), die die Auslieferung des Kaisers und der sog. Kriegsverbrecher fordern. Obwohl die internationale Wissenschaft seit der Öffnung der Staatsarchive den Beweis erbracht hat, daß Deutschland niemals direkt den Krieg gewollt hat, daß niemals von einer alleinigen Schuld Deutschlands die Rede sein kann, die Schuld vielmehr in erster Linie bei Rußland, Österreich, Frankreich, auch England zu suchen ist, lehnen die alliierten Mächte eine Revision des Friedensvertrages gerade in dieser Frage ab, da sie wohl wissen, daß damit ihr ganzes Werk zusammenstürzen würde.

Völker und Staaten

Obwohl der Name Völkerbund auf eine Gemeinschaft der Völker deutet, sind keine Völker in ihm vertreten, sondern Staaten. Er wird damit Ausdruckswille einer überlebten, auf dem Boden westeuropäischer Geistesart gewachsenen Anschauung und Auffassung von Staat und Volk, die nur die Unterordnung unter die Staatssouveränität anerkennt, der Volkspersönlichkeit hingegen eine Lebensberechtigung abspricht, vielmehr die Angleichung fremder Volkselemente an das sog. Staatsvolk fordert. Damit versagt sich der Völkerbund, trotz der Verkündigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, dem brennendsten Problem der Gegenwart, der Frage der Autonomie der Völker. Trotz des Selbstbestimmungsrechtes bleiben 40 Millionen Menschen in Europa als Angehörige kleinerer Volksgruppen recht- und schutzlos. Nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wäre bis auf den inneren Kern Posens der Bestand des Reiches unversehrt geblieben, durch den Anschluß Österreichs und der Deutschen in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien (d. h. der Sudetendeutschen) wäre das gesamte geschlossene deutsche Sprachgebiet zur politischen Einigung gekommen; das kleindeutsche Reich Bismarcks hätte sich nun zu jenem größeren Deutschland, in dem alle deutschen Stämme vereinigt sind, ausweiten können. Jenes neue Deutschland wäre vor allem eine beherrschende politische Macht, der Mittelpunkt Europas geworden. Es wäre ein mitteleuropäischer Kristallisationskern entstanden für die kleinen Völker, und das zukunftsreiche östliche Europa hätte an ihm einen starken Freund und Helfer. Die Weltmacht, die durch den Krieg vernichtet war, wäre also als europäische Großmacht mit klareren Zielen wiedererstanden.

Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker

Eine solche Auswirkung des Selbstbestimmungsrechtes war allerdings nicht das Ziel der Ententemächte. Clémenceau hatte das Wort geprägt: Es gibt 20 Millionen Deutsche zuviel. Die Zerschlagung des österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaates, das Verbot für Österreich, sich dem Reiche anzuschließen, die Verstümmelung Deutschlands durch Gebietsabtrennungen, die wirtschaftliche Versklavung waren die Mittel zu diesem Ziel.

So erhielt das Selbstbestimmungsrecht nur Geltung für die neuen Vasallenstaaten Frankreichs im Osten. Sie waren in ihrem völligen Bestand zwar alles andere als einheitlich, aber dennoch wurde ihnen das Recht zugestanden, die Grenzen ihrer neuen Staaten ganz nach politischen Gesichtspunkten zu ziehen und ihre fremden Volksteile mit allen Mitteln zur Unterordnung unter das Staatsvolk zu zwingen.

Die von Deutschland abgetretenen Gebiete

Das Deutsche Reich mußte folgende Gebiete abtreten:

Elsaß-Lothringen an Frankreich;

Moresnet und Eupen-Malmedy an Belgien (nur zum Schein fand hier eine Volksabstimmung statt);

Teile von Ostpreußen als „Memelland" an die Alliierten (später von den Litauern ohne Widerstand des Völkerbundes gewaltsam besetzt).

An Polen gingen der Soldauer Zipfel von Ostpreußen, fast ganz Westpreußen und kleine Teile von Pommern verloren. Durch den sog. Korridor erhielt Polen den erstrebten Zugang zum Meere. Nur Englands Einfluß verhinderte, daß auch Danzig polnisch wurde. Man machte vielmehr aus der alten Hansestadt einen selbständigen Freistaat als Sperrzone gegen polnische Ostsee-Herrschaftspläne.

Das beim Reich verbliebene Ostpreußen wird durch den polnischen Korridor von dem Mutterlande losgerissen und in eine unglückliche Insellage gebracht.

Der weitaus größte Teil der Provinz Posen, die während des Waffenstillstandes schon gewaltsam von Polen besetzt war, wird diesem zugesprochen, ebenso einige Grenzbezirke der Provinz Schlesien.

Das Hultschiner Ländchen wird der Tschechoslowakei zugewiesen.

Sämtliche Kolonien des Deutschen Reiches im Umfange von fast 3 Millionen Quadratkilometer mit 12 Millionen Einwohnern werden dem Völkerbund als „Mandatsgebiete" überantwortet.

Über den Verbleib von Nordschleswig, Oberschlesien, von Teilen Ost- und Westpreußens und über die Zukunft des Saargebietes sollen Volksabstimmungen entscheiden. Das Saargebiet wird im Namen des Völkerbundes französischer Verwaltung unterstellt. Nach Ablauf von 15 Jahren soll der Völkerbund auf Grund einer Volksabstimmung darüber entscheiden, unter welche Souveränität das Gebiet tritt. Fällt der Entscheid zugunsten Deutschlands aus, so muß das Reich die Kohlengruben im Saargebiet von Frankreich zurückkaufen.

Die Abstimmung in Oberschlesien brachte eine Mehrheit von 62 % für Deutschland, trotzdem die sog. Kontrollkommission die polnische Hetze und die Gewalttaten polnischer Banden (Korfanty) weitgehend geduldet hatte. Dennoch spricht der Völkerbundausschuß (je ein Chinese, Brasilianer, Tscheche und Spanier) $^1/_3$ des Landes mit den wichtigen Industriestädten Kattowitz und Königshütte Polen zu. Die Aufteilung erfolgt ohne Rücksicht auf die natürliche Einheit des Industriebezirks, wobei vorsorglich die Gebietsteile mit wertvolleren Bodenschätzen Polen zugewiesen werden. Im Abstimmungsgebiet Ostpreußens und Westpreußens (Kreise Stuhm und Marienwerder) stimmten $^9/_{10}$ für Deutschland. So konnte Ostpreußen bis auf den ohne Volksbefragung abgetrennten Soldauer Kreis und einige masurische Grenzdörfer sowie die nachträglich Polen zugesprochenen Weichseldörfer bei Marienwerder dem Reiche erhalten bleiben. Nordschleswig dagegen kommt trotz des starken deutschen Bevölkerungseinschlages mit der reindeutschen Stadt Tondern an Dänemark. Das System einer dreizonigen Abstimmung hatte dänischen Ansprüchen auf deutsches Land zum Siege verholfen.

Der Umfang des Deutschen Reiches (das Saargebiet nicht eingerechnet) verringert sich durch diese Beraubung um $^1/_8$ seiner Bodenfläche und seine Bevölkerung um $^1/_{10}$ ihres Bestandes. Die Bevölkerungsdichte auf 1 qkm stieg von 123,8 Einwohner auf 126,8. Die neuen Grenzen zerschneiden überall das geschlossene deutsche Volksgebiet. Während das links-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

rheinische Land schon auf Grund des Versailler Diktats besetzt worden war, wird unter dem Vorwand von „Sanktionen" diese Besetzung willkürlich im März 1921 auf Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort erweitert. Im Januar 1923 dringen die Franzosen mitten im Frieden, als Deutschland seinen Zahlungsverpflichtungen nicht völlig hatte nachkommen können, gewaltsam in das Ruhrgebiet ein und besetzen das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Im Februar und März lassen sie ihre Besatzungstruppen auch in badisches Land vorrücken. Auf Wesel und Emmerich, auf Kaub, Bacharach und Lorch, auf Königswinter und Limburg und andere Städte stoßen die Besatzungsmächte vor. Der Maingau mit den Städten Frankfurt, Hanau, Homburg und Darmstadt wird von den Franzosen und Belgiern erst auf Einspruch Englands geräumt.

Zerschlagung Österreich-Ungarns

Gleiches Schicksal wie das Deutsche Reich erleiden die Kernländer der Doppelmonarchie. Das Friedensangebot Österreich-Ungarns vom 14. September hatte die Sprengung des Bundes der Mittelmächte eingeleitet. Die selbsttätige Auflösung des alten habsburgischen Vielvölkerstaates in zahlreiche neue Nationalstaaten lieferte das österreichische und ungarische Staatsvolk den Siegermächten auf Gnade und Ungnade aus. Im Frieden von St. Germain (mit Österreich) und Trianon (mit Ungarn) wird bestimmt: Zum Rechtsnachfolger der Doppelmonarchie mit ihren 676 000 qkm Flächeninhalt und 49 850 000 Einwohnern wird der Zwangsstaat „Österreich" erklärt. Als solcher wird er für die Vergehen der Regierung verantwortlich gemacht. Der Name Deutsch-Österreich wird nicht anerkannt. Außerdem verbietet der Friedensvertrag den Anschluß mit der hinterhältigen Formulierung, daß Österreichs „Unabhängigkeit" unabänderlich sei, außer mit Genehmigung des Völkerbundrates. Das neue Österreich wird auf einen Flächenraum von 84 000 qkm mit rund $6^1/_2$ Millionen Einwohnern beschränkt. Es umfaßt nur Ober- und Niederösterreich, Salzburg, Nordtirol, Vorarlberg, dazu Teile von Kärnten, Steiermark und dem Burgenlande. — (Die neuen Grenzen der übrigen Nationalstaaten Süd- und Osteuropas sind bei Blatt XLI behandelt [S. 141].)

Die Grundsätze Wilsons läßt man nur für die Freunde der Entente gelten. Weit über 11 Millionen Deutsche werden nationale Minderheiten in fremden Staaten. Die Sudetendeutschen werden zum Tschechischen Staate geschlagen; ebenso geschlossene deutsche Siedlungsgebiete Südböhmens und Südmährens (Budweis, Neuhaus, Brünn), desgl. die Iglauer Sprachinsel.

Auf Welsch-Südtirol und die windische Untersteiermark hätte verzichtet werden können, wenn wenigstens das deutsche Südtirol, das steierische Draugebiet bei Österreich verblieben, Kärntens Einheit nicht angetastet und das deutsche Burgenland (West-Ungarn) ungeschmälert Österreich zugewiesen wäre. Der Rechtsanspruch im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker war hier gegeben. Aber der Wille der Feindmächte entschied anders. Von Tirol und Steiermark wurde der Süden ohne Volksbefragung abgetrennt, Kärnten verlor einige bedeutsame Grenzstreifen (Tarvis, Pontafel an Italien). Von Deutsch-Westungarn erhielt Österreich nur Teile. Das wichtige Ödenburg, der Mittelpunkt des Burgenlandes, wurde nachträglich durch ungarische Banden besetzt und auf Grund

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

einer Scheinabstimmung Ungarn zugesprochen. Das Gebiet östlich des Neusiedler Sees blieb bei Ungarn, ebenso die Städte Güns und St. Gotthardt. Das wichtige Preßburg wurde ganz willkürlich trotz einer deutschen relativen Mehrheit (= 37 000 Deutschen) und bei kaum $^1/_5$ slowakischen Bevölkerungsanteils zur Tschechoslowakei geschlagen. Nur gegenüber dem Deutschen Reiche, der Schweiz und Liechtenstein blieb die alte Grenze bestehen.

XXXVIII. Deutschlands Versklavung.

Die finanziellen Lasten

Um die wirtschaftliche Wiedererstarkung des deutschen Volkes möglichst zu erschweren, werden ihm finanzielle Lasten von ungeheuren Ausmaßen aufgebürdet. Mit dem Kriegsschuldparagraphen war die Handhabe geschaffen, um zunächst einmal grundsätzlich Deutschland für alle Schäden, darunter auch alle privatrechtlichen Schäden (Schäden der Zivilpersonen, der Kriegsgefangenen, der militärischen Opfer des Krieges) haftbar zu machen. In Verschärfung der im Friedensvertrag dem Deutschen Reiche auferlegten Zahlungen setzte eine „Reparationskommission" eine Summe von 132 Milliarden Goldmark fest (Londoner Beschluß vom 5. Mai 1921, das sog. Ultimatum).

London 1920 132 Milliarden Reparationszahlungen

Danach sollte Deutschland von dieser Entschädigung innerhalb von 36 Jahren 50 Milliarden durch jährliche Zahlung von 2 Milliarden und Abgaben von 26 % seiner Ausfuhr, das sind jährlich rund 3 Milliarden, aufbringen. Eine Garantiekommission wurde ernannt mit dem Auftrage, darüber zu wachen, welche Einkünfte des Reiches den Siegermächten zustehen. (Die restlichen 82 Milliarden sollen erst dann realisiert werden, wenn die Reparationskommission davon überzeugt ist, daß das Reich weitere Beträge über jene 50 Milliarden hinaus verzinsen und tilgen kann.)

Außerdem muß das Reich die sehr hohen Kosten für die Besatzungstruppen und die verschiedenen Ausschüsse und Kommissionen bezahlen, endlich für die im Kriege von Belgien auswärts erhobenen Anleihen mit 5 % Zins haften. Ferner muß es — da alles deutsche Privateigentum im Auslande der Beschlagnahme verfällt — die Entschädigung der Beraubten übernehmen. Über den Betrag von 50 Milliarden Goldmark hat das Reich tilgbare 5 % Schuldverschreibungen auszugeben, die auf den Markt gebracht werden.

Natural-Lieferungen

Der deutschen Landwirtschaft sind durch den Verlust der östlichen Provinzen ertragreiche Wirtschaftsgebiete (Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Vieh — die Roggenernte sinkt von 12 Mill. t jährlich auf 6 Mill. t und die Kartoffelernte von 54 Mill. t auf $21^1/_2$ Mill. t), durch Lothringen die Thomasschlacke, durch Elsaß viele Kalisalze verlorengegangen. Sie wird jetzt gezwungen, an Frankreich und Belgien außerdem 40 000 Pferde, 4000 Stiere, trotz Milch- und Fettnot 140 000 Kühe, 40 000 junge Rinder, 120 000 Schafe, 15 000 Schweine abzuliefern.

Wirtschaftsverluste

Durch die Losreißung Ost-Oberschlesiens und die Abtretung Lothringens verliert die deutsche Schwerindustrie ihre wichtigsten Erz- und Kohlengebiete (die deutsche Eisenerzproduktion geht von $28^1/_2$ Mill. t auf $7^1/_2$ Mill. t zurück), durch den Verlust des Kalimonopols wird die Kaliindustrie fast vernichtet. Das Saarkohlenrevier kommt unter französische Verwaltung und schaltet so gut wie ganz aus. Von der rheinisch-west-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

fälischen Kohle müssen 10 Jahre lang an Frankreich, Belgien und Italien 24 000 t jährlich geliefert werden, ferner 3 Jahre lang die Kohlenerzeugnisse: Benzol, Ammoniak, Steinkohlenteer.

Um die weltbeherrschende deutsche chemische Industrie zu erdrosseln, wird Deutschland auferlegt, bis zum Jahre 1920 50 % des Bestandes der Farbstoffe und chemischen Erzeugnisse abzuliefern und weitere 4 Jahre lang $^1/_4$ der Erzeugnisse.

Handelsverluste

Der schwerste Schlag aber wird gegen den deutschen Handel gerichtet, den man endgültig vernichten will. Deutschland muß den Raub seiner Handelsflotte, seines privaten Eigentums im Ausland, seiner Seekabel zulassen. Dadurch verliert Deutschland fast seinen gesamten Bestand an Schiffen, im Nachrichtendienst wird es vom Ausland abhängig.

Es müssen ausgeliefert werden: alle Schiffe über 1600 t, die Hälfte aller Schiffe von 1000 bis 1600 t, $^1/_4$ der Fischdampfer, $^1/_5$ der Flußschiffe. Von 5 Millionen t, die Deutschland 1914 besaß, verbleiben ihm nur noch 300 000 t; 5 Jahre lang muß es außerdem noch jährlich 200 000 t Handelsschiffe für die Gegner bauen. Zur Strafe für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe sind 400 000 t Docks, Bagger und Schlepper abzugeben. Stand Deutschlands Handelsflotte bisher an 2. Stelle unter den Flotten der Erde, so nach den Ablieferungen an 13.

Nicht nur deutsches Vermögen im Auslande wurde enteignet, sondern auch der gesamte deutsche Wertpapierbesitz an Ententewerten wird beschlagnahmt. Dem Wiedergutmachungsausschuß fallen alle deutschen Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen in Rußland, China, Österreich, Ungarn, Bulgarien und in der Türkei anheim. Die persönlichen Beziehungen der Deutschen mit dem Auslande werden dadurch zerstört.

Um eine zielsichere deutsche Handelspolitik zu unterbinden, sichern sich die Verbandsmächte für 5 Jahre ohne Gegenleistung das Meistbegünstigungsrecht, freie Durchfuhr, Gleichstellung in Gebühren und Erleichterungen mit dem innerdeutschen Verkehr, sowie zollfreie Einfuhr aus Elsaß-Lothringen und Luxemburg und für 3 Jahre aus Polen.

Verkehrsbehinderung

Die Internationalisierung aller deutschen Ströme außer Ems und Weser, ebenso wie die den Luftfahrzeugen der Verbandsmächte zustehende Flug- und Landungsfreiheit in Deutschland verstoßen nicht nur gegen die deutschen Hoheitsrechte, sondern schädigen aufs schwerste die deutsche Binnenschiffahrt und den deutschen Flugdienst. Die deutsche Fluginduſtrie wird durch die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues für längere Zeit lahmgelegt.

Alle Deutschland auferlegten Bestimmungen sind streng rechtsverbindlich, weil der Friedensvertrag durch die Unterzeichnung seitens der Reichsregierung die Geltung eines Reichsgesetzes hat (Gesetz über den Friedensschluß vom 16. Juli 1919). Jeder Deutsche ist darum, solange der Vertrag nicht abgeändert wird, dem Friedensvertrag, als einem Gesetze seines eigenen Staates, zum Gehorsam verpflichtet.

Der furchtbare Absturz, den Deutschland unter der Auswirkung dieser Friedensbestimmungen erfährt, wird durch die vielen Akte fremder Gewalttat und durch Unruhen im eigenen Lande noch beschleunigt. Im

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Besetzung des Ruhrgebietes 1923

Sinne ihrer Vernichtungspolitik dringen Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet ein, um Deutschlands wichtigstes Wirtschaftsgebiet vom Reiche abzureißen und damit die Auflösung seiner Staatlichkeit einzuleiten (Januar 1923). Die Bevölkerung des Industriegebietes leistet fast $^3/_4$ Jahr lang geschlossen heldenhaften Widerstand. Aber der „passive Widerstand" führt nur zu Teilerfolgen, er erreicht nicht sein Ziel, seine Weiterführung wird seitens der Regierung schließlich aufgegeben.

Währungszerfall

Im Laufe des Jahres 1923 sinkt der Wert der Mark fast von Stunde zu Stunde. (Der Dollar steht Anfang August auf 1 Mill. Mark, Ende August auf 10 Mill. Mark, Mitte September auf 100 Mill., Anfang Oktober auf 1000 Mill. Mark.) Die Goldmark gilt schließlich 1 Billion Papiermark. Die Folge dieses reißenden Verfalles der deutschen Währung ist eine neue Blüte des Schiebertums, ein Umsichgreifen blinder Spekulationswut, Flucht des deutschen Kapitals ins Ausland und Anlage fremden Kapitals in Deutschland. Das Vermögen des deutschen Volkes wird so gut wie vernichtet, der Mittelstand der Verelendung ausgeliefert, Teuerung, Streik und politische Unruhen lösen einander ab. Nur durch die Stillegung der Notenpresse und die auf Anregung Helferichs erfolgte Einführung einer neuen, von dem gesamten deutschen Grundbesitz sichergestellten Währung (Rentenmark) wird diesem Lauf der Dinge ein Ende bereitet (Ende 1923).

Weltwirtschaftliche Erschütterung

Aber die schweren Erschütterungen der deutschen Wirtschaft wirken sich nun auf die Wirtschaft der übrigen Staaten aus. Die Kaufkraft ganz Mitteleuropas sinkt, die Getreide- und Viehüberschußländer, vor allem Amerika, können ihre Waren nicht absetzen. Die Preise fallen schnell. In den Industrieländern aber steigt die Arbeitslosigkeit gewaltig, zumal in England. Die Vereinigten Staaten, die sich im Laufe des Krieges zum Gläubigerstaat der ganzen Welt entwickelt haben, ersticken im Golde.

Die ganze Wirtschaft droht in sich zusammenzustürzen. Die Ausschaltung eines so bedeutsamen Wirtschaftskörpers wie Deutschland aus dem Gesamtorganismus der Welt erweist sich als undurchführbar.

Auf Veranlassung der Vereinigten Staaten wird ein neutraler Sachverständigenausschuß zusammenberufen, um einen neuen Zahlungsplan auszuarbeiten, der an die Stelle des Londoner Planes vom Mai 1921 und aller inzwischen erfolgten vorläufigen Abmachungen treten soll.

Dawes-Plan 1924

Der Fortschritt in diesem nach dem Amerikaner Dawes benannten Plane ist die Ablösung der Politik brutaler Erpressung durch ein Zwangssystem wirtschaftlicher Art. Aber das Übermaß an Forderungen auch dieses Planes bedeutet für Deutschland durchaus keine Verbesserung seiner Lage. Es wird zu einem mindestens 50jährigen Frondienst verurteilt, obwohl das deutsche Volksvermögen durch den Krieg und seine Folgen von 310 Milliarden Goldmark auf 150 Milliarden Rentenmark, das deutsche Volkseinkommen von 43 Milliarden Goldmark auf 20 bis 22 Milliarden Goldmark gesunken ist, während die Steuerlasten (vor dem Kriege 11 % des Volkseinkommens) jetzt mehr als 30 % betragen. Ebensowenig nimmt es Rücksicht auf die großen Gebietsabtretungen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

und die damit verbundenen Verluste an Bodenschätzen, Ackerland und Arbeitskraft.

Auf der Londoner Konferenz (Juli bis August 1924) muß Deutschland das Dawesgutachten im wesentlichen anerkennen. Zur Durchführung seiner Verpflichtungen muß es sich dazu bereit finden, seine Eisenbahnen zu entstaatlichen und einem Direktorium zu unterstellen, das zum Teil aus Ausländern besteht (Deutsche Reichsbahngesellschaft). An die Stelle der Rentenbank tritt eine neue Notenbank auf Goldwährung, welche mit der Reichsbank verbunden und einer Leitung unterstellt wird, der ebenfalls Ausländer angehören.

Pariser Sachverständigenkonferenz 1929

Die Gesamtschuldsumme wird nicht festgesetzt, nur die jährlich abzuliefernden Tribute. Von 1929 an sollen es jährlich 2500 Mill. sein. Es stellt sich aber bald heraus, daß Deutschland solch geradezu erdrückende Last nicht zu tragen vermag. So wird denn im Frühjahr 1929 eine Sachverständigen-Konferenz nach Paris berufen, um einen neuen „Reparationsplan" auszuarbeiten. Nach monatelanger Beratung ist im Juni der Bericht dieses Ausschusses zustande gekommen, der nach dem Amerikaner Owen Young genannte Youngplan. Er unterscheidet sich nur wenig von dem Dawesgutachten. Für die ersten Jahre bringt er eine Erleichterung. 1929 soll Deutschland 743 Mill. zahlen, aber bereits 1930 sind es 1708 Mill., und die Summe steigt mit geringen Schwankungen von Jahr zu Jahr, bis sie 1965 den Höchstbetrag von 2427 Mill. erreicht. Von 1966 bis 1983 sind es jährlich noch rund 1650 Mill., von 1984 bis 1988 jährlich rund 400 Mill. Zur Eintreibung dieser Tribute soll eine neue „Weltbank" gegründet werden. „Die Zahlungen, die Deutschland auf Grund dieses Planes zu leisten hat, gehen zum Teil weit über die Forderungen des Versailler Diktates hinaus." Sie belasten die Kinder und Kindeskinder des jetzt lebenden Geschlechts. Gegen den Dawesplan bedeutet das eine Verlängerung der Zahlungen um volle 25 Jahre.

Youngplan

XXXIX. Deutschlands Entwaffnung.

XL. Deutschlands Einriegelung.

Der größte Erfolg der französischen Diplomatie ist zweifellos die vollständige Entwaffnung Deutschlands im Namen des Völkerbundes. Nichts beweist die Verlogenheit des Werkes von Versailles mehr als die Bestimmungen über Deutschlands Wehrlosmachung: „Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die Bestimmungen des Friedensvertrages über Landheer, Seemacht und Luftfahrt genau innezuhalten." Im Ultimatum vom 16. Juni 1919 wird die Entwaffnung Deutschlands sogar ausdrücklich als der erste Schritt zur Verhinderung des Krieges bezeichnet.

Rüstungsbeschränkung

Weder Frankreich, noch die anderen kontinentalen Staaten, am allerwenigsten die waffenstarrenden neu entstandenen Staaten in Osteuropa denken an die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einschränkung ihrer Rüstungen. Nur die V. St. und England haben die im

Weltkrieg eingeführte allgemeine Wehrpflicht wieder abgeschafft — beide aus besonderen Gründen: Amerika bedarf keines großen stehenden Heeres, England benötigt nur eine größere Kolonialflotte. Um so eifriger betreiben beide dafür die Rüstung zur See. Für die V. St. gilt es, die Entscheidung über die Herrschaft im Stillen Ozean (Auseinandersetzung mit Japan) vorzubereiten, ebenso den während des Krieges gewonnenen Vorsprung vor England aufrecht zu erhalten. England hingegen kämpft um die Wiedererlangung seiner Seegeltung — „Britannia rules the wawes", die Sicherung seiner Schiffahrtswege, den Zusammenhalt seines Kolonialreiches durch die Beherrschung der Meere. Als dritte Seemacht tritt neben diese beiden Japan, das im Besitze der uneingeschränkten Vorherrschaft in Ostasien an dem Ausbau dieser Stellung gegen jeglichen neuen Wettbewerb durch Großbritannien und Rußland einerseits, und gegen den Imperialismus der V. St. andererseits ein Lebensinteresse hat.

Während das Streben dieser Seemächte auf die Beherrschung großer Erd- und Meerräume geht, sucht Frankreich sich durch ein Aufgebot großer eigener Heeresmassen und der Kontingente seiner Vasallen in Europa ein Übergewicht auf dem europäischen Kontinent zu schaffen.

Die Heeresstärken Frankreichs und seiner Gefolgschaften betrugen im Jahre 1927 1 645 000 Mann (d. h. Frankreich 850, Belgien 81, Polen 306, Tschechoslowakei 150, Rumänien 143, Südslavien 115, alles in Tausenden). Dazu treten noch die ausgebildeten Reserven, in Frankreich allein 3,5 Mill.

Deutschlands Heeresstärke beträgt 100 000 Mann, es hat keine Reserven. Sein ganzes Kriegsgerät besteht nur aus leichter Feldartillerie, wenigen Maschinengewehren und Minenwerfern. Es verfügt über keine schweren Geschütze und Kampfwagen (Tanks), keine Panzerzüge, keine Luftschiffe und Flugzeuge, keine Flugabwehrgeschütze, kein Kampfgas noch sonstige Mittel moderner Kriegführung. Kein Festungsgürtel schützt das nach allen Seiten offene Land gegen einen Angriff. Einem Überfall durch feindliche Bombengeschwader, die ihre vernichtenden Gasangriffe in wenigen Stunden bis ins Herz Deutschlands tragen können, muß Deutschland in wenigen Stunden erliegen.

Der Rüstungstaumel, in dem trotz aller Abrüstungskonferenzen die europäischen Machtstaaten verharren, kann nur als Zeichen eines schlechten Gewissens und inneren Schwächegefühls gedeutet werden und zeugt gegen den Frieden von Versailles und seine Mittel zur Befriedung Europas.

Der Widerspruch zwischen dem heute waffenstarrenden europäischen Kriegslager zu den von Wilson verkündeten Grundsätzen ist nur geeignet, immer erneut auf die Unhaltbarkeit der Friedensbestimmungen hinzuweisen.

Eine führende amerikanische Zeitung (Newyork-World) schrieb nach Beendigung der Pariser Sachverständigen-Konferenz im Juni 1929: „Das ganze Tributsystem beruht auf der Verurteilung Deutschlands als des allein Kriegsschuldigen, auf einer Legende, an die in Deutschland niemand und in den Ententeländern kein Gebildeter mehr glaubt!" Nur die führenden Politiker unserer Feinde verschließen sich dieser Einsicht.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XLI. Die Versailler Ordnung.

1. Die „alliierten und assoziierten Mächte".
2. Das neue Staatenbild Europas.
3. Die völkischen Probleme.

1. u. 2. Das gemeinsame Ziel der Siegermächte ist nicht die Sicherung eines ewigen Friedens, sondern die rücksichtslose Vertretung ihrer Sonderinteressen. Vor allem sind sie bemüht, jede Möglichkeit einer neuen Kräfteballung in Mitteleuropa zu zerstören. Im Gesamtergebnis der verschiedenen Friedensschlüsse ist das auch erreicht.

Die Friedensschlüsse

(7. Mai 1918 Friede zu Cotroceni: Zentralmächte mit Rumänien); 28. Juni 1919 Friede zu Versailles: Entente mit dem Deutschen Reich; 10. September 1919 Friede zu St. Germain: Entente mit der Republik Österreich; 4. Juni 1920 Friede zu Trianon: Entente mit Ungarn; 10. August 1920 Friede von Sèvres und 24. Juli 1923 Friede zu Lausanne: Entente mit der Türkei; 27. November 1919 Friede zu Neuilly: Entente mit Bulgarien.

Zu diesem Zwecke sind die Mittelmächte verkleinert, und um das östliche und südöstliche Mitteleuropa ist von Frankreich ein Kranz von Vasallenstaaten herumgelegt, die die Aufgabe haben, insbesondere das Deutsche Reich zu überwachen (die Kleine Entente). Vom Deutschen Reich sind wertvolle Grenzprovinzen mit 7½ Millionen Einwohnern abgetrennt und zu den Nachbarstaaten geschlagen. Die Hoheit des Reiches ist auf das schwerste bedroht.

Man kann das Deutsche Reich staatsrechtlich nur noch als ein den Anordnungen des Obersten Rates der Entente unterworfenes autonomes Gebiet kennzeichnen (Vogel).

Von den 12 Millionen Deutschen in der alten Habsburger Monarchie werden 6 Millionen „wie Vieh- oder Tauschware" an stammfremde Staaten verschenkt und der Verslavung und Romanisierung ausgesetzt.

Deutsch-Österreich

Deutsch-Österreich wird lebensunfähig gemacht (Beschränkung auf die Alpenländer, unhaltbare strategische Grenzen, Binnenstaat ohne Meeresküsten, Lebensmittelmangel, fremde Finanzkontrolle, Zollschranken, Randlage der Hauptstadt Wien).

Ungarn

Ungarn ist auf ein Drittel seines alten Umfanges, auf das magyarische Kernland der Donau, die Theißebene, beschränkt und ein reiner Binnenlandstaat (= 91 000 qkm mit 7,5 Mill. E.). 3,5 Millionen Auslandmagyaren wohnen heute in der Tschechoslowakei, Rumänien und Südslavien. Den einzigen früher ungarischen Hafen Fiume hat es eingebüßt. Ungarn strebt danach, die alten Grenzen des Königreichs wiederzugewinnen. England hofft mit Hilfe Ungarns seine Donauschiffahrtspläne zu verwirklichen und hier gegen Frankreichs Einfluß in Südslavien ein Gegengewicht zu schaffen. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen Südslavien hat Ungarn auch mit Italien zusammengeführt (Vertrag 1927).

Tschechoslowakei

Aus Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien, Slowakei und Nordungarn ist der tschechoslowakische Staat gebildet worden; er reicht bis an die Donau (Preßburg) = 146 000 qkm mit 13,5 Mill. E. Die Tschechoslowakei ist ein neuer Binnenstaat Europas geworden, seiner Gestalt nach ein „groteskes, raumgeographisch völlig unhaltbares Gebilde"

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

(von 900 km Länge und 150 km durchschnittlicher Breite), „fischförmig, dessen Kopf sich in die Massen des deutschen Volkstums tief hineinbohrt". Und zwar wird das tschechische Volkstum von einer geschlossenen Masse deutschen Siedlungsbodens auf fast allen Seiten umfaßt. Die nationalen „Minderheiten" zählen 7,5 Millionen (Deutsche, Slowaken, Magyaren, Ruthenen, Ukrainer, Polen) neben 6 Millionen Tschechen, also ein Nationalitätenstaat — kein Nationalstaat. Zwar wirtschaftlich reich ausgestattet, industriell hochentwickelt, ist der Staat aber verkehrsgeographisch keine Einheit. Das tschechische Zentrum Nordböhmens gehört zum Elbegebiet, Mähren zum Wiener Becken, die Slowakei zum Donau-Theißgebiet. Nur eine abkürzende Eisenbahnstrecke (strategisch völlig unzureichend) läuft über die quergelagerten Weißen Karpathen. Der beste Zugang zum Meere führt elbabwärts über Hamburg (Internationalisierung der Elbe, tschechischer Freihafen in Hamburg!). Trotzdem der tschechische Staat so verkehrsgeographisch und auch wirtschaftlich auf Deutschland angewiesen ist, knebelt er das Deutschtum in unerhörter Weise. Dazu kommt die Feindschaft mit Ungarn wegen der völkisch völlig unberechtigten Grenzziehung, die ¾ Millionen Magyaren von Ungarn losriß. Wie es unter diesen Verhältnissen trotz der russischen und französischen Freundschaft der imperialistischen Politik der Tschechei gelingen soll, Prag zum politischen Mittelpunkt in Mitteleuropa zu machen, ist unerfindlich. Eine gedeihliche Entwicklung ist nur bei einsichtsvoller Verständigung mit den Deutschen und Deutschland möglich (vgl. Vogel).

Polen

Durch Angliederung von Posen, Westpreußen, Ostoberschlesien und Galizien, durch den Anschluß der westlichen Ukraine und des westlichen Teils von Weißrußland an Kongreßpolen ist der polnische Staat entstanden. Er gebärdet sich als Großmacht, kann es aber niemals sein oder werden, da seine Basis zu klein ist. 17 Mill. Polen stehen 10,5 Mill. Minderheiten gegenüber (5 Mill. Juden, 2 Mill. Weißrussen, 1,5 Mill. Deutsche, 1,5 Mill. Ukrainer, 200 000 Kassuben, 150 000 Litauer). Trotzdem träumt der polnische Imperialismus davon, Schlesien, Pommern bis zur Oder, Danzig, Ostpreußen, Litauen und Weißrußland dem polnischen Reiche anzugliedern — eine Überspannung der Machtpolitik ohne die nötigen Vorbedingungen, wie sie den meisten politischen Neubildungen eigen ist. Er sollte vielmehr in maßvoller Beschränkung auf die engeren nationalen Grenzen mit der Stellung eines Mittelstaates zwischen den größeren Nachbarstaaten zufrieden sein.

Rumänien

Rumäniens Umfang hat sich durch die Erwerbung Siebenbürgens und des Banats (von Ungarn), der Bukowina (von Österreich) und Bessarabiens (von Rußland) verdoppelt. Auf Bessarabien erhebt Sowjetrußland immer noch Anspruch und stiftet darum dort immer neue Unruhen an. Die alte Feindschaft mit dem zur Zeit kraftlosen Bulgarien ruht augenblicklich. Die nationalen Streitfragen mit Ungarn versuchen England und Italien, die beiden Staaten befreundet sind, friedlich zu schlichten. Immerhin bleibt die Lage Rumäniens nicht ganz einfach; sie erfordert große Geschicklichkeit und Vorsicht in der Staatsführung.

Bulgarien

Bulgarien ist um Mazedonien und die südliche Dobrudscha

verkleinert, es hat dadurch die ägäische Meeresküste wieder verloren und an Griechenland überlassen müssen.

Großserbien

Serbien ist um Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Kroatien und Slawonien, die Untersteiermark und Krain sowie Teile Südungarns (Batschka, Banat), ferner um Montenegro und Mazedonien erweitert. Das bisherige Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (S.H.S., Südslavien) nennt sich seit dem 1. Okt. 1929 „Königreich Jugoslavien".

Adriafrage

Die endlich erreichte Adriaküste bringt Südslavien freilich in ausgesprochenen Gegensatz zu Italien, das die adriatische Gegenküste aus strategischen Gründen für die Beherrschung des mare nostro haben möchte, und soweit sie Raum bietet, dort zugleich den Überschuß seiner Volkskraft ansiedeln will (in Italien 131 auf 1 qkm, in Südslavien 49, in Albanien 29). Mit Triest, Istrien (Fiume), dem Karst und Zara an der dalmatischen Küste hat Italien Einfallspforten in das südslavische Volksgebiet. In dem politischen Kräftedreieck Rom-Belgrad-Athen ist die Hauptstadt Albaniens, Tirana, zum Brennpunkt der sich dort kreuzenden gegensätzlichen Interessen geworden. Für Italien ist Albanien der Torhüter am Balkan. Durch den Pakt von Tirana ist Italien auch indirekt Grenznachbar Südslaviens geworden (italienisch-albanischer Freundschaftsvertrag 1926; Militärbündnis 1927). Auch Bulgarien (wegen Mazedoniens) und Ungarn, auf deren Kosten sich Serbien hauptsächlich vergrößerte, sind Serbiens unversöhnliche Gegner. Mit den außenpolitischen Spannungen verbinden sich innere Schwierigkeiten. Von den 12 Mill. Einwohnern (Italien, nur $^1/_5$ größer, hat 40,5 Mill.) machen die Serben 41,6, die Kroaten 25,8, Slowenen 6,6, Deutschen 6,6, Bulgaren 6,6, Magyaren 4,2, Albanesen 4,2, andere 4,6 Prozent aus. Selbst die führenden slavischen Stämme sind unter sich nicht einig. Die katholischen Kroaten stehen in Opposition zu den orthodoxen Serben. Montenegro hat sich nur widerwillig in die Vereinigung gefügt und macht jetzt noch Schwierigkeiten. Osteuropäische und mitteleuropäische Kultur stoßen hier aufeinander. Die Grenzen sind bis auf die in den nördlichen Ebenen gelegenen leicht zu verteidigen. Ein Urteil über die weitere Entwicklung läßt sich einstweilen kaum abgeben.

Kleine Entente, die neue Balkanpolitik

Jugoslavien, Tschechoslowakei und Rumänien bilden die Kleine Entente zur Wahrung ihres Besitzstandes gegenüber Ungarn, Österreich und Bulgarien. Da nun Italien mit der Adriafrage stark an den Balkanverhältnissen interessiert ist, versucht es durch die Freundschaft mit Rumänien, der „lateinischen Schwester im Osten", seinen Balkaneinfluß zu verstärken, lockert dadurch zugleich die Kleine Entente, weil Südslavien natürlich das Spiel durchschaut. Südslavien findet dagegen in Griechenland eine Stütze, das sich von der albanischen und Ostmittelmeerstellung Italiens bedroht fühlt. In allerjüngster Zeit kommt Griechenland freilich Italien wieder näher, um sich der englischen Abhängigkeit mehr zu entziehen. Die gerade von Griechenland ausgegebene Losung „der Balkan den Balkanvölkern" und die daran geknüpfte Hoffnung auf eine Balkanunion bleibt vorläufig aussichtslos. Denn die Balkanstaaten leben nur von der Gnade der Großmächte, die sie willkürlich hin und her schieben. Den Kleinen bleibt nur übrig, zwischen den Großen geschickt

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

hin und her zu manövrieren. Die geopolitischen Reibungsflächen auf dem Balkan sind mit der Neuordnung keineswegs beseitigt. Erfüllte Forderungen auf der einen Seite haben Unruheherde an anderer Stelle entstehen lassen. Der Balkan bleibt ein gefährlicher geopolitischer Brandherd Europas.

Die verkleinerte Türkei

Die Türkei ist auf Konstantinopel und Anatolien beschränkt, die Meerengen sind internationalisiert. Angora ist seitdem die Hauptstadt des Staates. Mesopotamien, Arabien und Syrien, auch Palästina, werden „selbständige" Staaten, d. h. sie stehen unter dem „Mandat" Frankreichs und Englands (vgl. S. 161).

Kriegsgewinne Die westeuropäischen Machtstaaten

Belgien ist um Eupen-Malmedy vergrößert.

Frankreich hat wieder festen Fuß am Rhein gefaßt und beherrscht die neuentstandenen Staaten Ost- und Südosteuropas.

Der Besitz der großen Querfurche Rhein-Rhone, die die Nordsee, den „Welthafen des Atlantik", mit dem Mittelmeer verbindet, ist für die Herrschaft über das europäische Festland entscheidend. Die Rhone ist ausschließlich französischer Strom. Darum will Frankreich das Rheinland auch nach der Räumung des besetzten Gebietes zum mindesten als französische Interessensphäre behalten, um es politisch und wirtschaftlich zu beherrschen. So sind die Rheinlande nicht nur entwaffnet, sie sind entmilitarisiert. Der Rheinpakt des Locarnoabkommens (Oktober 1925) hat die betreffenden Versailler Bestimmungen wieder aufgenommen. Jegliche Festungsanlage in einer Zonenbreite von 50 km ist verboten, die Aufrechterhaltung irgendwelcher materiellen Vorkehrungen für eine Mobilmachung ist untersagt (willkürliche Auslegungsmöglichkeit; selbst Straßen-, Bahn-, Brückenbauten können daraufhin verboten werden). Kein Reichswehrsoldat darf die entmilitarisierte Zone betreten. Sie umfaßt 11,8 % der Gesamtfläche mit 23,3 % der Gesamtbevölkerung Deutschlands (Rheinprovinz, Teile von Westfalen und Hessen, von Baden, Pfalz und Württemberg). Die verschiedenen Kontrollkommissionen haben das ihrige getan, um die westdeutsche Wirtschaft niederzuhalten und deutsche Industriegeheimnisse auszuspionieren. Deshalb lehnte sie Stresemann mit Recht auch als „Versöhnungskommissionen" ab (Rede Juli 1929). Die Rheinschiffahrt ist internationalisiert, selbst im voraus schon der erst geplante Verbindungskanal zwischen Rhein und Donau.

Frankreichs europäische Vormachtstellung

In allen Machtfragen des europäischen Kontinents gibt Frankreich den Ausschlag. England ist weniger daran interessiert und darum zu politischen Zugeständnissen in Europa im Austausch gegen wichtigere Gewinne im System seines Weltreiches bereit. Durch den engen Anschluß Belgiens an Frankreich ist das flandrische Vorland für England verlorengegangen. Frankreich könnte nötigenfalls seine Front bis an die deutsche Nordseeküste vorziehen. Bei seinem innigen Einvernehmen mit der Tschechoslowakei kann es von Mainz aus Deutschland in zwei Hälften, Nord- und Süddeutschland, zerreißen. Frankreich hat sich überhaupt nach dem Zusammenbruch des zaristischen Rußlands in überaus geschickter Weise zum Treuhänder des übrigen Slaventums gemacht, um den völkischen Bestrebungen zum Siege zu verhelfen, die es schon während des Krieges durch Bildung von polnischen und tschechischen Legionen gefördert hatte. Es plant eine Kynföderation der von ihm abhängigen Donaustaaten, natürlich mit Ausschluß Deutschlands. (Über Frankreichs weltpolitische Stellung und Ziele vgl. S. 155 u. 158.)

Da Frankreich weiß, daß Deutschland den Versailler Frieden nur ge-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zwungen unterschrieben hat, lebt es in steter Sorge für seine Sicherheit. Es fürchtet, Deutschland könne sich gewaltsam Elsaß-Lothringen wieder holen. Der Vertrag von Locarno 1925 soll nun dem ein Ende machen und einen dauernden Friedenszustand zwischen Deutschland und den Westmächten schaffen. Deutschland verzichtet auf gewaltsame Grenzveränderungen und verspricht, nur auf friedlichem Wege Veränderungen zu erstreben (Westpakt). Von Frankreich erwartet man dafür die Räumung des Rheinlandes, erfährt freilich eine bittere Enttäuschung. Zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei wird ein Schiedsgericht eingesetzt (Ostpakt). Für den Osten hat Deutschland aber die unnatürliche Grenzziehung nicht anerkannt.

Sicherungsverträge Locarno 1925

In Ergänzung des Westpaktes nach Osten hin vereinbart Deutschland mit Rußland im Berliner Vertrag 1926 gegenseitige wohlwollende Neutralität. Deutschland und Rußland sichern sich außerdem wirtschaftliche Unterstützung zu.

Berliner Vertrag 1926 mit Rußland

Auch der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund (September 1926) als gleichberechtigtes Mitglied neben den andern Großmächten (Sitz im Bundesrat) soll eine Entspannung der gegenseitigen Beziehungen bringen. Der Völkerbund war in den ersten Jahren in Wirklichkeit nur ein Mittel in den Händen der Siegermächte, vor allem Frankreichs, um ihren Willen und ihre Ziele unter allen möglichen Decknamen um so sicherer durchzusetzen.

Deutschlands Beitritt zum Völkerbund

Die weitaus meisten Staaten gehören dem Völkerbund an. Nichtmitglieder sind u. a. die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland. Der Völkerbund kann im Dienste der von ihm aufgestellten hohen Menschheitsziele nur dann wertvolle Arbeit leisten, wenn er seine Interessenpolitik aufgibt, vielmehr allen gegenüber Gerechtigkeit und Billigkeit walten läßt. Noch immer aber wartet das Rheinland auf die Aufhebung der Besetzung, hoffen die Minderheiten vergeblich auf wirksamen Schutz, noch immer ist die Abrüstung einseitig nur bei den Besiegten durchgeführt, während die Siegerstaaten in Waffen starren.

Auf der Haager Konferenz (Sept. 1929) ist versprochen worden, das Rheinland bis 30. Juni 1930 zu räumen. Über das Saargebiet ist aber noch keine Vereinbarung getroffen.

Der Versuch Frankreichs, durch einen Vertrag mit Amerika einen gegenseitigen Krieg für die Zukunft auszuschließen, veranlaßt Amerika, allen Staaten einen Kriegsächtungspakt (Kelloggpakt) zu unterbreiten (1928). Dieser Pakt wird zwar (mit französischen und englischen Vorbehalten) angenommen, aber die Genfer Abrüstungsverhandlungen während der Jahre 1928 und 1929 verlaufen ergebnislos. England und Frankreich haben 1928 statt dessen unter sich eine Vereinbarung über die eigenen Rüstungen getroffen.

Kriegsächtungspakt 1928 die „Abrüstung"

Die Verhandlungen über den Kelloggpakt lassen den englisch-amerikanischen Gegensatz deutlich erkennen. England sträubt sich gegen den „hohlen Schwindel": Kriegsächtung trotz amerikanischer Flottenvermehrung. Letzter Sinn des Vertrages: Amerika beansprucht für sich die Rolle des Schiedsrichters in allen entscheidenden Fragen der Weltpolitik. Die öffentliche Meinung bestätigt die Auffassung: „Heute kann kein Staat der Welt mehr Krieg führen, ohne daß Washington sein Placet gibt." England kann um seiner imperialistischen Zukunftspläne

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

willen auf den Krieg als Mittel staatlicher Politik nicht verzichten, es will Rußland vor allem von dem Kriegsächtungspakt ausgenommen wissen, um einer „friedlichen Expansion" westeuropäischen Kapitals den Weg freizulassen. Aber gerade darum arbeitet Amerika dem entgegen. England lenkt ein und fügt sich zunächst dem Willen Amerikas. Hätte Europa gerade in diesem Augenblick schon gegen den amerikanischen Imperialismus einig sein sollen? Deutschland stimmt vorbehaltlos zu, um gegen Frankreich und England zu demonstrieren. — Die englisch-amerikanische Spannung bestimmt England, trotz der französischen Rivalität im Mittelmeergebiet, seine Seemachtstellung durch den Anschluß der französischen Flotte zu stärken, es überläßt Frankreich dagegen die militärische Vormachtstellung auf dem Kontinent.

Englands europäische Politik

Die betonte Rüstungspolitik Amerikas in den letzten Jahren verschärfte die englisch-amerikanischen Gegensätze und festigte die englisch-französische Entente. England schien europamüde zu sein, schwankend und zaudernd ließ es 10 Jahre den französischen Militarismus gewähren. So beruhte der „gallische Friede" auf dem Rüstungsvorsprung und der Vormachtstellung Frankreichs, die der Paneuropaplan Briands festhalten möchte. England fand nach dem Kriege eine neue Weltlage vor; trotz der Niederlage des deutschen Konkurrenten war es doch nicht als Sieger hervorgegangen. Es hat seine Vormachtstellung zur See verloren, die V. St. und Japan sind als neue Weltmächte hochgekommen. In dem Neuaufbau seines Weltreiches (vgl. S. 155 ff.) sah England zunächst die dringendste Aufgabe, darum die große Zurückhaltung in den europäischen Machtfragen. Jetzt (Herbst 1929) nimmt die englische Außenpolitik aber eine entscheidende Wendung: sie sucht eine Einigung mit den V. St. („angelsächsischer Friede").

England will sich größere Handlungsfreiheit in Europa schaffen. Da es auf den europäischen Markt angewiesen ist, darf der Kontinent nicht einer Militärmacht ausgeliefert bleiben. Darum plötzlich die Hartnäckigkeit Englands gegen Frankreich auf der Haager Youngplankonferenz und die Betonung englisch-amerikanischen Einvernehmens beim Besuch Mac Donalds in New York im Oktober 1929. England ist bereit, sich mit den V. St. auf der Flottengleichheit zu verständigen. Beide übernehmen dann die Polizei der Weltmeere, die Neuordnung des Seereiches, den Schutz der Freiheit der Meere für den Welthandel. In Paris und Rom fühlt man die große Gefahr eines gemeinsamen Vorstoßes von London und Washington gegen das System und den Geist von Versailles. Denn der Neuordnung der Seestreitkräfte muß endlich auch ein Ausgleich der Landrüstungen folgen, vielleicht schon auf der Londoner Fünfmächtekonferenz im Januar 1930. England erkennt auch immer mehr die Bedeutung Deutschlands für die wirtschaftliche Kräftigung Europas. Aufgabe Deutschlands muß es sein, bei der bevorstehenden Neuordnung sich mit klarer, zielbewußter Entschlußfreudigkeit in die große Politik einzuschalten.

Die Lage in Osteuropa

Das frühere zwischen Rußland, Österreich und dem Deutschen Reich bestehende osteuropäische Gleichgewicht ist aufgehoben. An dessen Stelle ist eine Vielheit von Klein- und Mittelstaaten getreten, die sich gegenseitig beargwöhnen und bekämpfen.

Die östlichen Randstaaten

Die im Brest-Litowsker Frieden mit dem kommunistischen Rußland geschaffenen und durch deutsche Baltikumtruppen befreiten nordöstlichen Randstaaten sind bestehen geblieben: Finnland, Estland, Lettland und Litauen.

Durch den Einbruch der Polen in das Wilnagebiet verlor Litauen freilich seine Hauptstadt und den ganzen östlichen Teil seines Staatsgebietes. Die vielumstrittene Wilnafrage ist noch ungelöst. Dafür hat es sich das „autonome" Memelland angeeignet.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das gewaltige russische Reich im Osten Europas ist zertrümmert. Ungewollt hat Deutschland damit den Engländern große Dienste geleistet. Rußland ist jetzt ein Staatenbund als „russische, sozialistische, föderative Sowjetrepublik" (R. S. F. R. S.). Sie hat im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in kluger Erkennung der Zukunftsentwicklung den völkischen Einheiten (Großrussen, Weißrussen, Wolgadeutschen, Ukrainern, Kaukasiern usw.) zu staatlichem Eigenleben (jedoch ohne politische Selbstbestimmung) innerhalb des Sowjetsystems verholfen. Moskau ist wieder Hauptstadt und Sitz der Sowjetgewaltherrschaft, die die einzelnen Völker zu einer politischen Einheit zusammenfaßt. Sowjetrußland

Bis auf Rußland ist keiner der neuen Staaten Europas ein Nationalstaat im Sinne der westlichen Begriffsbildung. Es kommen in: Die Nationalitätenstaaten Osteuropas

Polen	auf 17 Mill.	Polen	10,5 Mill.	Minderh.	38,2 %
d. Tschechosl.	= 6 =	Tschechen	7,5 =	=	55,6 =
Rumänien	= 11,6 =	Rumänen	4,6 =	=	28,4 =
Südslavien	= 8,9 =	Serb., Slow., Kr.	3,1 =	=	25,8 =
Lettland	= 1,2 =	Letten	0,4 =	=	25,0 =
Litauen	= 2,7 =	Litauer	0,9 =	=	25,0 =
Estland	= 1 =	Esten	0,14 =	=	12,3 =

Fast in allen diesen Staaten stehen die völkischen Minderheiten auf höherer Kulturstufe als die herrschende Mehrheit, um so widerwärtiger erscheint der rücksichtslose Kulturkampf, der gegen sie geführt wird.

Da die Friedenskonferenz ihre Gründe hatte, das feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht nur mit beschränkter Geltung durchzuführen, schuf sie einen Ersatz in den Minderheitsschutzverträgen, durch die bürgerliche Gleichberechtigung, freier Gebrauch der Muttersprache und kulturelle Entwicklung gewährleistet werden soll. Dieser Rechtsschutz bleibt aber einem Teile der europäischen Minderheiten (vor allem den Deutschen in Südtirol, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslavien usw.) tatsächlich versagt. Auf die Erfüllung der geschlossenen Verträge — Italien war ihnen nicht beigetreten — vermag der Völkerbund keinen Einfluß auszuüben. Bisher ist überall im Osten das Deutschtum Träger der Kultur gewesen. Vernichtung des Deutschtums muß kulturellen Niedergang bringen. Auch abgesehen von diesen Folgen muß man aber verlangen, daß der Staat auch für eine kulturelle Selbständigkeit der in ihm lebenden nationalen Minderheiten Raum bietet. Estland hat als erster Staat der Welt den Gedanken der kulturellen Autonomie der Minderheiten großzügig verwirklicht (eigenes Schulwesen, Steuerrecht für kulturelle Zwecke). Ein solches Recht erkennen auch das Deutsche Reich und Österreich, Lettland und Räterußland an. Überall sonst werden die Minderheiten mit brutaler Rücksichtslosigkeit entrechtet. Minderheitenschutz

Will man auf der Grundlage des Nationalstaatsgedankens gerechte Staatsgrenzen suchen, so kommt man im Bereich der östlichen Randstaaten Mitteleuropas freilich in die größten Schwierigkeiten; denn hier sind die Siedlungsgebiete der Völker ganz regellos verzahnt, sie überschneiden sich außerdem noch mit wiederum anders abgegrenzten Wirtschaftsgebieten. Nur ein neuer Staatsgedanke kann die Lösung und damit den Frieden bringen,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

„ein Staatsgedanke, der alle die Klüfte und Widersprüche überwindet und überbrückt, indem er jedem Volke der mitteleuropäischen Vielvölkerzone die freie Selbstentwicklung in einem autonomen Staatskörper sichert, gleichwohl aber der schicksalsmäßigen Verbundenheit des Lebensraumes, des weltpolitischen Existenzkampfes und des Wirtschaftslebens von Volk zu Volk Genüge tut durch die Einordnung der verschiedenen autonomen Staatskörper in einen höheren politischen Verband. Es gibt keine Nation auf der Erde, die im gegenwärtigen Augenblick besser imstande wäre, in ihrem Staate eine derartige Aufnahmestellung zu schaffen als die deutsche."
(Lamatsch, Sudetendeutsche Politik. Ztschr. d. Weg. 1929.)

XLII. Die Völker Europas.

Das Völkermosaik Europas

Die Völker Europas pflegt man nach folgenden Hauptgruppen zu unterscheiden: vorwiegend in Nordwest- und Mitteleuropa siedeln Völker germanischer Abstammung: Deutsche, Niederländer (und Vlamen), Engländer, Skandinavier und Isländer (Gesamtzahl: 135 Mill.).

Die Zuweisung der Engländer zu den Völkern germanischer Abstammung folgt hier dem gewohnten Rassenschema. In der Tat ist die Entstehung des englischen Volkes auf den Einbruch germanischer Eroberer zurückzuführen. Der Volkskörper als solcher baut sich aber auf sehr verschiedener Rassengrundlage auf. Die Engländer unserer Tage wollen Briten genannt werden und rechnen sich zum keltisch-romanischen Kulturkreise.

In Südwesteuropa siedeln romanische Völker: Spanier, Portugiesen, Italiener, Franzosen, Wallonen; zur romanischen Gruppe zählt man auch die in Südosteuropa wohnenden, aus römischer Provinzbevölkerung und anderen Mischvölkern hervorgegangenen Rumänen (Gesamtzahl: 110 Millionen).

Die nach Südslaven (Kroaten, Slowenen, Serben, Bulgaren), Westslaven (Polen, Tschechen, Slowaken, Wenden) und Ostslaven (Russen) unterschiedenen Slaven in Osteuropa erreichen 125 Millionen.

Sie alle, dazu die Griechen (Mischvolk aus Griechen und slavischen Bulgaren und Albanesen), Albanesen, Balten (Letten und Litauer) und Kelten werden der europäischen Rasse zugeteilt.

Aus Asien eingewanderte Völker in Europa sind: die mongolischen Stämme der Türken, Nordfinnen, Esten, Lappen, Kirgisen und Samojeden. Die Magyaren, mongolischer Abkunft, sind stark mit deutschem Blut durchsetzt.

Diese Völker Europas bilden mehr als ein Viertel der Erdbevölkerung. Europa, der zweitkleinste Erdteil, hat darum die dichteste Besiedelung. Nach den neuesten Berechnungen von 1928 hat Europa 484, Asien 1045, Nord- und Mittelamerika 159, Afrika 139, Südamerika 75, Ozeanien 9 Millionen Einwohner; es beträgt die Bevölkerungsdichte in Europa 1 : 54, Asien 1 : 24, in Nord- und Mittelamerika 1 : 7½, in Afrika 1 : 5, in Südamerika 1 : 3½, in Ozeanien 1 : 1.

Die Völker sind sehr verschieden über den europäischen Raum verteilt. Im Westen liegen die Volksgrenzen im allgemeinen fest, anders im Osten. Dort greifen die einzelnen Volksgebiete mangels natürlicher Grenzen in- und übereinander. Außerhalb ihrer geschlossenen Siedlungsböden haben sich die Völker vielfach auch in dünner Streulage weit über fremden Volksboden hin verbreitet.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XLIII. Das deutsche Volk.

1. Deutsches Volk in der Welt.
2. Deutsches Volk in Europa.
3. Das deutsche Sprachgebiet.

Zersplitterung des deutschen Volkes

1. „Das deutsche Volk unterscheidet sich von den andern Nationen durch seine eigenartige Verbreitung. Wenn wir von den völlig zersplitterten Juden absehen, die kein Kerngebiet haben, ist es das räumlich am stärksten aufgelockerte Volk. An weltweiter Verbreitung stehen ihm die Engländer gleich, aber nicht in der Zersplitterung in viele kleine Außenposten. Die englischen Siedler sitzen so gut wie überall auf britisch beherrschtem Boden, das deutsche Volk ist auch staatlich zersplittert." Man schätzt die Zahl der Deutschen auf fast 100 Millionen, davon wohnen in Europa 84 Millionen, in Amerika 12 Mill., und zwar in den Vereinigten Staaten 11, Canada 0,3, in Brasilien 0,6, in Argentinien 0,13 Mill., die übrigen verteilen sich auf die anderen Erdteile. Die Deutschen bilden fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Europas, über ein Zwanzigstel der Gesamtbevölkerung der Erde.

Der Kampf um den Osten

Die beiden großen Kolonisationswellen des Mittelalters hatten das Deutschtum weit nach Osten (Preußen, Baltikum), Südosten (Galizien, Bukowina, Ungarn) und Süden (bis ins Etschtal) vorgetragen. In der Zeit des zerfallenden Reiches (15.—17. Jhrh.) bröckelten die Randgebiete ab, das Deutschtum ging zurück. Erst durch den Aufstieg des brandenburgisch-preußischen Staates und die politische Einordnung der östlichen Randgebiete in seinen Machtbereich wurde die Gefahr gewaltsamer Entdeutschung abgewendet (18. Jhrh.). Ebenso stärkten die Habsburger ihre Stellung durch deutsche Siedlungen in den zur Zeit der Türkenkriege entvölkerten Gebieten.

Abwanderung im 19. Jahrhundert

In der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnt eine neue Zeit der Abwanderung deutscher Volksgenossen. Armut, Knechtung, religiöse und politische Verfolgung treiben sie in die Ferne. In Scharen ziehen sie wieder nach Osten (Entstehung der Wolgakolonie, der Siedlungen in Südrußland und Sibirien) oder nach Westen übers Meer (Amerika). Bar jeder stolzen Rückerinnerung an ein großes Vaterland hatten sie nur ihr Volkstum und ihre Frömmigkeit. Ost- und Westbewegung des deutschen Volkes unterscheiden sich aber im politischen Sinne sehr wesentlich. Im Osten blieb das Volkstum der Auswanderer erhalten, da sie es im Nebeneinander mit kulturell unter ihnen stehenden Völkern als wertvollstes Gut neben ihrem Glauben erkannten. Im Westen gaben die Auswanderer bald ihr Deutschtum auf. Besonders dort, wo Deutsche sich in die kulturelle und politische Machtzone des Angelsachsentums begaben, trat Entvolkung allzubald, spätestens in der zweiten Generation ein. Nur in Südamerika vermochte es sich, wiederum infolge seiner kulturellen Überlegenheit, zu halten.

Das neue deutsche Volksbewußtsein

Aber im Weltkrieg und in der Zeit des Zusammenbruchs ist der Gedanke der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes zu neuem Leben erwacht. Die Wiederentdeckung des Volkstums zeitigt neue Kräfte, mit denen die Politik der Staaten sich auseinanderzusetzen hat.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Deutschen in Europa

2. u. 3. Auf europäischem Boden zählen die Deutschen im Deutschen Reiche (einschl. Saargebiet, Danzig und Memelland) 65 Mill.; in Österreich 6,3; Luxemburg 0,25; in der Schweiz 2,9; Tschechoslowakei 3,1; Polen 1,5; Ungarn 0,6; Südslavien 0,5; Rumänien 1; Rußland 1; Italien 0,3; Belgien 0,15; Frankreich 1,9 Mill.

Die werdende Volksgemeinschaft

Die alten deutschen Stammesgrenzen sind fast ganz verwischt. Nur an wenigen Stellen hat sich die stammesmäßige Scheidung halten können, wie z. B. am Lech, wo schwäbische und bayrische Art hart aufeinanderstoßen, oder am Kamm des Thüringer Waldes, wo Franken und Thüringer sich auf kurze Strecken gegenüberstehen. Sonst haben sich „Ostpreußen und Rheinländer seit 1814 unter dem preußischen Adler, Rheinpfälzer und Niederbayern unter dem bayrischen Löwen leichter zusammengefunden als jene voraussahen, die nicht daran dachten, daß der Gegensatz des Normannen und Provençalen, des Schotten und des Mannes von Essex, des ligurischen Piemontesen und des phönikischen Sizilianers überhaupt in Deutschland nicht vorkommt". (Ratzel.)

Unvollendete Volksgrenzen

Eine Völkerkarte von Europa zeigt mit unerbittlicher Eindeutigkeit die Schwäche der deutschen Position und das Versagen der deutschen Politik, durch weise und vorausschauende Staatsführung und -gestaltung der Ungunst des Raumes zu begegnen. In drei Halbinseln ragt das Deutschtum in den Osten hinein, umgekehrt stößt slavisches Volkstum dreimal nach Westen vor. Zwischen den Vorsprüngen liegen zersprengte Siedlungen, Volksinseln größeren und kleineren Umfanges, oder leben die Völker mit- und durcheinander. Das Unvollendete der deutschen Ostgrenze ist im wesentlichen auf das Versagen der mittelalterlichen Reichspolitik zurückzuführen, die im entscheidenden Augenblick das Schwergewicht ihrer politischen Stoßkraft nach Süden verlegte, statt dem neuentstehenden Osten einen festen Rahmen zu geben. Kaiser Karls IV. Plan, das böhmische Land für das Deutschtum zu gewinnen und zum beherrschenden Mittelpunkt des Reiches zu machen, wurde mit ihm begraben. Die um 1400 einsetzende tschechische Nationalbewegung riß das tschechische Loch in unsere Ostgrenze. Der Gedanke, Volkspolitik treiben zu müssen, ist den Herrschern des Mittelalters ebensowenig gekommen wie den absolutistischen Fürsten der späteren Zeit. (Selbst das Deutsche Reich hat nach 1890 die Ostmarkenpolitik vernachlässigt.) — Das großpolnische Reich konnte 1466 dem deutschen Ritterorden Westpreußen mit Danzig abnehmen. — Das durch den Weltkrieg neu entstandene Polen vermochte sein Gebiet wieder bis zum Meere vorzuschieben. So trennt jetzt der polnische Korridor Ostpreußen vom Reichskörper. Berlin ist nur 160 km von der polnischen Grenze entfernt und muß an der Oder verteidigt werden (vor 1914 an der Weichsel).

Deutschtum in Not

Die Nationalstaaten des Ostens versuchen, auf Kosten Deutschlands Raum zu gewinnen oder wenigstens den deutschen Einfluß zu verdrängen. So hat das Deutschtum in Osteuropa heute schwerere Kämpfe zu bestehen denn je. Im Zeichen der sog. Bodenreform wird es um Hab und Gut gebracht, wird die deutsche Sprache, Schule und Kirche unterdrückt.

Schon in den Zeiten der Auflösung des Reiches haben sich auch an den

Weſträndern liegende Teilgebiete verſelbſtändigt: Im Nordweſten entfremdeten ſich die Niederländer und Vlamen dem Reiche, auch Teile des alemanniſchen Volkes (Schweizer Eidgenoſſen) trennten ſich vom Deutſchen Reiche. Dadurch gingen die Eckbaſtionen der weſtdeutſchen Volksfront verloren, ſo daß ihre Mitte offen lag. Das Vordringen Frankreichs an den Rhein und der Verzicht Habsburgs auf die Weſtſtellung waren die Folge, Überfremdung rein deutſcher Volksgebiete und endlich ſtaatliche Abſonderung (Luxemburg), ſowie Herausbildung eines zwiſchenſtaatlichen Bewußtſeins (Elſaß) waren das Ergebnis der weiteren Entwicklung. Der gegenwärtige Kampf um die politiſche und wirtſchaftliche Beherrſchung des Rheinlandes iſt die Fortſetzung. — Die Härte und Rückſichtsloſigkeit, mit der die Deutſchen in Südtirol und den übrigen von Öſterreich abgetrennten Gebieten verfolgt, ihre Eigenart, Sprache und Schule unterdrückt werden, bringt dem Deutſchtum auch im Süden und Südoſten neue ſchwere Verluſte.

Der Krieg gegen den Staat der Deutſchen iſt zum Krieg gegen das Volk ſelber geworden.

XLIV. Das neue Weltbild.

1. **Die rechtmäßigen (de jure) Machtbereiche.**
2. **Die tatſächlichen (de facto) Machtbereiche.**
3. **Die Machtgruppenbildungen nach Wirtſchaftseinheiten.**
4. **Die Machtbedeutung der Sprache.**
5. **Völker und Raſſen als Machtgruppen.**
6. **Übernationale Gemeinſchaftsbildungen.**

1.—3. Das Obſiegen des nackten Machtgedankens bei den Friedensverhandlungen beſtimmt nicht nur das neue Antlitz Europas, ſondern auch das der übrigen Welt. Bei gebührender Berückſichtigung dieſer Auswirkung der Friedensdiktate wird man darum die europazentriſche Einſtellung aufgeben und die Aufmerkſamkeit auf das Weltgeſchehen außerhalb Europas lenken müſſen. Denn der Weltkrieg hat zweifellos eine Zeitperiode abgeſchloſſen, in der die Geſchichte der Welt in Europa entſchieden wurde. Die Vorherrſchaft Europas iſt in dem Krieg vernichtet worden. Nicht allein der Nimbus des Europäers, auch ſeine tatſächliche politiſche und wirtſchaftliche Macht iſt ſeitdem im Schwinden. Außereuropäiſche Mächte ſind hochgekommen.

Verlagerung des Schwerpunktes weltpolitiſchen Geſchehens

Die politiſche Kräfteballung hat ſich völlig verlagert. Eine neue Zeit iſt herangebrochen mit weiträumigem Denken und neuen größeren Gemeinſchaftsbildungen auf neuer Ebene. Auf die Zeit kolonialpolitiſch begründeter europäiſcher Weltreichsbildungen folgt eine Ablöſung durch eigenwüchſige Imperien der verſchiedenen Erdteile. Inſofern ſind ſie freilich alle noch europäiſch beſtimmt, ſtehen ſie alle unter dem Banne europäiſcher Geiſtigkeit, als auch dieſe Neuſchöpfungen nichts anderes als Überſteigerungen des Machtprinzips der europäiſchen Staaten zu werden drohen. Jedenfalls wird das Weltgeſchehen auch außerhalb Europas heute noch ganz von den Gegenſätzen: Machtpolitik und Selbſtbeſtimmungsanſpruch der Völker, beſtimmt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Neue Wege machtpolitischen Strebens

In welchem Maße das zutrifft, zeigt der Vergleich zwischen den rechtmäßig erworbenen (de jure) Herrschaftsbezirken und den tatsächlichen (de facto) Machtbereichen der herrschenden Weltmächte. Man erhält überraschende Aufschlüsse. Die Weltmächte versuchen in ihrem weltpolitischen Machtstreben neue Wege. Die imperialistischen Staaten erwarben tropische und subtropische Rohstoffkolonien, gründeten Handels- und Siedlungskolonien und erweiterten so in Übersee ihr Staatsgebiet. Jetzt ist die Welt aber verteilt, und ein System von „Weltmächten" (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Japan, Rußland), zu dem noch einzelne Großmächte hinzutreten, beherrscht die Erde. Sie stehen in stetem weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Kampfe miteinander und beschränken sich gegenseitig ihre Ausdehnungsmöglichkeiten. Zwischen ihnen stehen nun die vielen mittleren und kleineren Staaten. Bei ihnen versuchen die Welt- und Großmächte möglichst großen Einfluß zu gewinnen, in ihrem Gebiet sich möglichst ausgedehnte

Interessensphären

Interessensphären zu schaffen. Während früher Gebietserwerbungen in Friedens- und Staatsverträgen nach internationalem Übereinkommen festgelegt wurden und zwischen tatsächlichem und rechtlichem Besitz kein Unterschied war, wählt man heute den Weg der indirekten Angliederung. Er beginnt mit wirtschaftlicher und geistiger Durchdringung und führt über die Herstellung eines Schutzverhältnisses des Mächtigeren (Herrscherstaat) zum Schwächeren (Schutzstaat) zur Angliederung des gewünschten Gebietes.

Mandate

Ebenso ist das „Mandatssystem", wie es in den Friedensverträgen eingerichtet ist, zu bewerten. Die deutschen Kolonien und Teile des türkischen Reichs sind als Mandatsgebiete unter die Herrschaft der Feindbundmächte gestellt, die sie im Namen und unter Aufsicht des Völkerbundes verwalten. Wenn damit zwar kein rechtlicher Besitz ausgesprochen ist, so machen die Mandatarmächte tatsächlich kaum einen Unterschied zwischen ihren Kolonien und den Mandatsgebieten. Es ist nur eine verschleierte Annexion.

Wirtschaftsprovinzen

So haben die Vereinigten Staaten sich nicht allein damit begnügt, zur Festigung ihrer Panamastellung eine Flankendeckung von Schutzstaaten auf den vorgelagerten westindischen Inseln (Kuba, Dominik. Republik, Haiti) zu schaffen, sondern sie haben auch den Landweg gesichert. (Amerikanische Wirtschaftsprovinzen: Mexiko, Nicaragua, San Salvador behaupten nur mit Mühe ihre Unabhängigkeit.) Die Vereinigten Staaten haben damit die Herrschaft im amerikanischen Mittelmeer, einem der wichtigsten geopolitischen Kraftfelder der Erde. Darüber hinaus hat die Union trotz des Widerstandes eines Teiles der südamerikanischen Staaten (A.B.C.-Staaten) den Norden und Westen des südlichen Erdteiles unter dem Deckmantel „Amerika den Amerikanern" in sein Interessenbereich zu leiten gewußt (Kolumbia, Ecuador, Nordwestvenezuela). Im atlantischen Raum hat es mit dem afrikanischen Schutzstaat Liberia und dem Vortragen der amerikanischen Stellung während des Krieges bis zu den Azoren wichtige Stützpunkte und Vorfelder geschaffen. Die pazifische Stellung wird marinestrategisch ausgebaut und durch die wirtschaftspolitische Durchdringung Chinas gesichert. Für die politische Zu-

Kontinentbewußtsein

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

kunft ist auf diese Weise großzügig Spielraum geschaffen. Mit der Sicherung der gewonnenen Stellungen bekommt die Monroedoktrin größere Wirksamkeit. Schon jetzt haben die Vereinigten Staaten alle europäischen Mächte um fast allen politischen und wirtschaftlichen Einfluß in ihrem Machtbereich gebracht. Ob oder wieweit die Spannungen zwischen Germanisch- und Romanisch-Amerika die Panamerika-Bewegung beschränken werden, läßt sich nicht voraussagen.

Länderbrücken

Die klaffendsten Unterschiede zwischen rechtlichem und tatsächlichem Besitz weist das britische Weltreich auf. Der wichtigste Teil der Länderbrücke vom Kap bis nach Kairo, Ägypten und der Sudan, ist unrechtmäßiger britischer Besitz; Deutsch-Ostafrika ist als Mandatsbesitz dem englischen Machtbereich angeschlossen. Der Südteil des Erdteiles ist durch die Angliederung von Deutsch-Südwestafrika an die benachbarte südafrikanische Union, die macht- und wirtschaftspolitische Durchdringung von Südangola, Südostkongo und Mosambik ein geschlossener britischer Länderkomplex geworden. Westabessinien ist als britischer Interessenbereich erschlossen. Ebenso hat der Seeweg an der afrikanischen Westküste durch die Azoren, die Kanarischen Inseln und Madeira eine neue Sicherung erhalten. Von Ägypten nach Indien reiht sich ein Schutzstaat neben den andern. Palästina ist britisches Mandat, ihm schließt sich das Emirat Transjordanien an. Mesopotamien folgt als Königreich Irak, ebenso ist Südpersien, die Nordflanke des persischen Golfes, durch britischen Einfluß ungefährlich gemacht. — Arabien ist in Schutzstaaten (Hadramaut, Oman, 6 Fürstentümer der „Seeräuberküste", ferner El Katr und Koweit) und Wirtschaftsprovinzen (Asir, Hedschas) aufgeteilt und anscheinend zur Ruhe gebracht (der Wahabitenfürst Ibn Saud verhält sich ruhig). Indiens Besitz ist durch ein System von vorgelagerten Vorfeldern (Südafghanistan, Südturkestan, Nordtibet, Westsiam) gesichert. Der australische Besitz ist durch Mandate auf früheren deutschen Kolonialbesitz erweitert worden (Neuguinea an Australien, Westsamoa an Neuseeland). Eine fortlaufende Reihe von Stützpunkten sichert die Schiffsverbindung vom Mutterland zu diesen Gebieten. Das Mandat über Palästina, Transjordanien und Mesopotamien gibt nun England (über seine südpersische Interessenzone), auch die Landbrücke zum Persischen Golf und damit den zweiten Weg nach Indien. Über den Flottenstützpunkt Singapore und Britisch-Nordborneo geht die britische Straße weiter zu den australischen Besitzungen und in Richtung nach Nordosten auf Hongkong-Schanghai-Weihaiwei. Ebenso besitzt England auf dem Wege nach Canada und vor dem Panama-Kanal zahlreiche britische Inseln im Ozean, die den Zusammenhalt des Reiches erleichtern und der Ausweitung britischen Einflusses dienen.

Stützpunkte

Annexionen und koloniale Abrundung

Frankreich schien zunächst die Tradition alter Staatskunst aufrecht erhalten zu wollen. Bis auf die Übernahme der Mandatsgebiete von Togo und Kamerun und Syrien befolgte es die Methode offener Angliederung. An Interessenbereichen hat es nur Ostabessinien, Jünnan (Südchina) und Ostsiam. Sein zusammenhängendes Kolonialgebiet in Afrika übertrifft an Umfang ganz Europa, zählt fast die gleiche Einwohnerzahl wie das Mutterland und stellt ihm die Berber- und Negerheere,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

durch die Frankreich die stärkste Landmacht geworden ist. Aber schon wird eine neue Entwicklung sichtbar, die ganz in der Linie der anderen Weltmächte liegt, nämlich die Schaffung eines Großwirtschaftsreiches in Europa (vgl. S. 156).

Schutzstaaten

Räterußland hat die imperialistischen Ziele des zaristischen Rußlands wieder aufgenommen und sucht die Grenzen seines asiatischen Gebietes durch vorgelagerte Schutzstaaten vorzutragen (Bucharei, Chorassan, Ostturkestan, Mongolei). Da es trotz seiner 13 000 km Küstenlänge keinen direkten Zugang zum offenen Weltmeere mit eisfreiem Hafen hat, so bleibt ferner der Drang zum Weltmeer der leitende weltpolitische Gesichtspunkt, der auch im letzten Jahrhundert seine Politik beherrschte (über Konstantinopel zum Mittelmeer, über Persien und Afghanistan zum Indischen Ozean oder über die Mandschurei zum Gelben Meer). Die Feindschaft mit England lag überall auf diesen Wegen wie auch heute. Nun hat Rußland noch durch den Ausgang des Weltkrieges fast die ganze Ostseeküste eingebüßt. So wird das im russischen Denken tief eingewurzelte Streben nach dem Meer neue Kämpfe heraufführen.

Festländische Verankerung und maritime Vorfeldzonen

Japan erstrebt eine festländische Verankerung durch Einbeziehung der Südmandschurei (zunächst als japanische Wirtschaftsprovinz) und durch die friedliche Durchdringung der Ostmongolei, Schantungs und Fukiens. Von den deutschen Kolonien hat es die Mariannen, Karolinen und Marschallinseln erhalten. Damit hat es Stützpunkte in dem wichtigen Spannungsgebiet des australisch-asiatischen Mittelmeeres.

Die hier aufgezählten Staaten sind die Träger der Macht. Die von ihnen verfolgten Methoden der Machterweiterung und die offene Mißachtung des Völkerbundes zeigen die Stärke ihrer Stellung. Die Grundlagen und natürlichen Gegebenheiten dieser neuen Imperienbildungen sind nicht bei allen die gleichen.

Die Grundlagen amerikanischer Machtstellung

In den Vereinigten Staaten, in denen der Wille zu politischer, kontinentaler Machtbildung am stärksten ausgeprägt ist, sind die natürlichen Voraussetzungen besonders günstig. Hier vereinigt sich politischer Lebensdrang eines jungen, kraftvollen Volkes mit der wachsenden Raumkraft eines Erdteiles, und daraus ergibt sich eine beispiellose Einheitlichkeit der Stoßkraft und Geschlossenheit der Entwicklung, die durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit (Wirtschaftsautarkie) besonders gestärkt wird. — Der Anziehungskraft des nordamerikanischen Kraftzentrums können sich auf die Dauer auch das heute noch der britischen Reichsgemeinschaft angehörende Canada und der mittelamerikanische Besitz Englands (Bahama-Inseln, Antillen, Guyana, Honduras) nicht entziehen, zumal diese, raumpolitisch gesehen, Außenseiter des neuen britischen Imperiums sind, das sich um den Indischen Ozean lagert. — Die Machterweiterungsbestrebungen der Vereinigten Staaten gehen von ihrer festen Kontinentstellung auch über das Meer hinaus. Über gesicherte Stützpunkte (Hawai, Guam, Philippinen) den Stillen Ozean zu einem Mittelmeer zu machen, ist das klare Ziel.

Während die Vereinigten Staaten für die Durchführung einer panamerikanischen Union einen ganzen Erdteil zur Verfügung haben, ist das britische Reich in seiner Streulage über die ganze Welt hin ein

anorganischer Körper, dessen wertvollste Teile es nun mittels Land- und Inselbrücken oder gesicherter Seeverbindungen schützen muß.

Die Umbildung des britischen Imperiums

Zur Zeit bahnt sich im britischen Imperium eine Umbildung an. Bis zum Weltkrieg war es ganz vom europäischen Heimatstaat beherrscht. Die einzelnen, in sich geschlossenen Kolonialgebiete verlangen jetzt größere Selbständigkeit, sie wollen gleichberechtigte Glieder innerhalb eines Großbritischen Staatenbundes sein (britische Reichskonferenz 1926). Vor allem betreiben das die großen weißen Dominions, die Afrikanische Union, auch Canada und Australien. Ja, es sind Kräfte wirksam, die zu weiterer Auflösung treiben. Enge wirtschaftliche Beziehungen bringen Canada den Vereinigten Staaten immer näher. Auch die indische Nationalbewegung Gandhis ist nicht zu unterschätzen. Es kommen in Indien auf 300 000 Engländer 320 Mill. Eingeborene. In den vorderasiatischen Schutzgebieten gibt es mancherlei Unzufriedenheit und Widerspenstigkeit. England hat darum nicht nur die alte Politik der Verkehrs- und Handelssicherung fortzuführen, sondern vor allem die neue Aufgabe, den nunmehrigen britischen Staatenbund zusammenzuhalten. Um die indische Bewegung aufzufangen, wird der Gedanke eines anglo-indischen Staatsgebildes erörtert. Mit Vorbedacht begünstigt England gerade die kleineren Dominions (Neufundland gegen Canada, Neuseeland gegen Australien) und plant als Gegengewicht gegen die Afrikanische Union ein zweites ostafrikanisches Dominion. Es überträgt damit seine bewährte Politik des europäischen Gleichgewichts auf die Schaffung eines Kräfteausgleichs innerhalb seines eigenen Imperiums. Die in der Inselage begründete Einheitlichkeit der englischen Außenpolitik (seit Beginn der Neuzeit: Seeherrschaft, Kolonial- und Weltpolitik, Rückendeckung gegen den Kontinent durch das europäische Gleichgewicht) hat der englischen Staatskunst eine große Sicherheit und Beweglichkeit gegeben. Sie weiß sich leicht den Erfordernissen der jeweiligen Lage unter Wahrung ihres letzten Zieles anzupassen. Einen großen Erfolg hat die englische Diplomatie in China erreicht. Trotzdem der Fremdenhaß der chinesischen Erhebung sich hauptsächlich gegen die Engländer richtete, haben sie ihren Einfluß doch wiedergewinnen können; die Regierung von Nanking hat England jetzt z. B. (Juli 1929) die Ausbildung ihrer jungen Marineoffiziere anvertraut. Das durch den Weltkrieg verwirklichte Indiameerreich bildet zur Zeit die Grundlage des britischen Imperiums. Dieses Reich aber verfügt als Randlagestaat um ein Weltmeer herum über eine sehr ausgedehnte Festlandgrenze. Es ist fraglich, ob das feine System von Schutzstaaten und anderen Vorfeldsicherungen einen dauernden Bestand zu gewährleisten vermag. — Die ängstliche Behauptung der amerikanischen Besitzungen zeigt, daß der verkehrsstrategische Grundgedanke der altenglischen Herrschaftsidee durchaus nicht aufgegeben ist. Englands Stellung innerhalb des Machtbereichs der Vereinigten Staaten ist ihren panamerikanischen Machtplänen im Wege.

Der britisch-amerikanische Gegensatz

Es verlautet, England wolle jetzt im Sinne seiner neuen amerikanischen Verständigungspolitik die Flottenstützpunkte auf den Bermudas-Inseln, Jamaika, Trinidad und Halifax entfestigen (vgl. S. 146).

Die geopolitischen Gegebenheiten Frankreichs (zwei Seefronten,

Koloniale Unterbauung der französischen Kontinentstellung

offene Nordostseite) haben seine Kraftentfaltung von jeher nach zwei Richtungen gewiesen. Dieser Dualismus, der kontinentale Drang nach dem Nordosten und das maritime Streben nach Überseebesitz, besteht auch heute: Kampf um den Rhein, um die Mittelmeerherrschaft und sein afrikanisches Kolonialreich (Nordafrika, Syrien). Nur der in der Einheitlichkeit des französischen Staatsraumes begründete zentralistische Staatsaufbau ermöglichte es, dieses Doppelziel zu verfolgen. Frankreich scheiterte freilich damit, als es seine Kräfte überspannte (Friede zu Utrecht 1713, zu Paris 1763, die Vielseitigkeit der Außenpolitik — Vorzug und zugleich Nachteil!). Die natürlichen Volkskräfte geben Frankreich auch heute kein Recht auf seine imperialistischen Herrschaftsansprüche (Geburtenrückgang). Es kann ihnen nur mit Hilfe seiner Kolonialtruppen, die sogar französische Staatsbürgerrechte erhalten, Geltung verschaffen; der französische Nationalstolz läßt jedes rassische Empfinden vermissen. Trotz der entgegenkommenden liberalen Eingeborenenpolitik sind Frankreich aber Kämpfe in Marokko, Syrien und Indochina nicht erspart geblieben. Frankreich hat aber den Willen zur Macht. Die Erwerbung wichtigster deutscher Industriegebiete (Elsaß-Lothringen) und die Beherrschung der erstarkten Wirtschaftskörper seiner Vasallenstaaten (Polen mit Oberschlesien) machen es zugleich zur größten Wirtschaftsmacht Europas.

Der Wert der französischen Ausfuhr hat sich seit dem letzten Vorkriegsjahr mehr als verdoppelt. 1913 war Englands Roheisenerzeugung fast viermal so groß, wie die Frankreichs. Heute erzeugt Frankreich mehr Roheisen als England und ist das größte eisenproduzierende Land der Erde geworden. Vor dem Kriege war die englische Stahlerzeugung über dreimal so groß wie die französische. Heute erzeugt Frankreich mehr Stahl als England. Die französische Eisen- und Stahlindustrie meldet für das Jahr 1928 noch bessere Abschlüsse infolge des langen Lohnkampfes im Ruhrgebiet. Die französische chemische Industrie und die Kunstseiden- und Textilindustrie haben ihre Erzeugung stark vermehrt. Frankreichs Kohlenförderung ist um ein Fünftel gestiegen. Seine Kokserzeugung hat sich verdoppelt, desgleichen seine Weißblecherzeugung. Die französischen elektrischen Anlagen haben sich verdreifacht.

Seine gestärkte Kapitalkraft setzt die friedliche Eroberung der verarmten deutschen Wirtschaft zielbewußt fort, wie sie die kleineren Mächte schon beherrscht. Vermöge seiner hervorragenden militärischen Stellung (Frankreich vermag mit seiner Luftflotte und seiner Armee ganz Europa bis zu den Grenzen Sowjetrußlands zumindest in Schach zu halten) ist es durchaus imstande, seine großen Pläne zum Aufbau seiner Wirtschaftsstellung durchzuführen.

Aber gleichlaufend mit diesen französischen Hegemoniewünschen versucht auch Amerika, Europa zu seiner Wirtschaftskolonie zu machen. Der Ausgang dieses Wettbewerbes wird von ungeheurer Wichtigkeit sein (vgl. S. 166 ff.).

Die Abschnürung Rußlands vom Meere

Rußland ist durch seine Abschnürung vom Meere (von der Ostsee durch die baltischen Staaten, vom Stillen Ozean durch Japan) im Augenblick empfindlich gehemmt. Gleichwohl ist es die größte Macht in Asien. Es gebietet über große zusammenhängende Ländermassen, deren wirtschaftliche Ausbeute kaum in Angriff genommen ist; wenn es gelingt, die riesenhaften Räume mit Menschen aufzufüllen und wieder einen Zugang zum

Meere zu gewinnen, hat es günstige Aussichten, einen einheitlichen Wirtschaftskörper zu schaffen. — Die bolschewistische Propaganda Sowjetrußlands hat die geistige und seelische Auflehnung der Völker Asiens gegen die Vorherrschaft der Fremden vorbereitet. Der Verzicht Rußlands auf alle Vorrechte in China im Gegensatz zu der imperialistischen Methode der europäischen Staaten, die Erfolge der türkischen Erhebung unter Kemal Pascha, die Erneuerung Persiens unter dem Diktator Riza Chan haben ferner die Selbstbestimmungsbewegung in Asien sehr gestärkt (vgl. Indien und Afghanistan).

Chinas Erwachen und nationale Einigung

Ganz China ist einig im nationalen Kampfe gegen die Vorrechte der fremden Staaten. Bleibt die eben geschaffene Einheit des Reiches vor weiteren Erschütterungen und Bürgerkriegen bewahrt, werden seine Kräfte zweckmäßig und einheitlich organisiert, dann wird China mit seinen 450 Mill. Einwohnern das nächste neue Weltreich sein. Zur Zeit gibt China seinen Bevölkerungsüberschuß vor allem nach dem malaiischen Archipel, Siam, Holländisch-Indien und nach der Mandschurei ab.

Die Grenzen der japanischen Großmacht

Enger sind die Grenzen, die der japanischen Großmacht gesteckt sind. Ihre Entwicklungslinien ergeben sich aus der Zwischenlage des Inselreiches zwischen dem nahen Festland und der pazifischen Gegenküste; sie bedingt zugleich starke Spannungen zwischen den Randstaaten der gegenüberliegenden Küsten (vgl. S. 163). Ihre natürlichen Stoßrichtungen über den Stillen Ozean und seine Inselwelt bis zu seinen östlichen Randländern (Amerika) oder nach Süden über den malaiischen Inselarchipel werden teils durch Einwanderungsverbote unterbunden, teils durch wirtschaftspolitischen Gegendruck gehemmt; der kontinentale Besitz (Korea) ist zu gering, und weitere Ausdehnungsmöglichkeiten (Mandschurei und Mongolei) werden durch Gegenkräfte (Rußland) begrenzt und durch Einwanderung aus dem gleichfalls unter Bevölkerungsüberdruck leidenden China gefährdet. Immerhin entwickelt die junge asiatische Großmacht in wirtschafts- und machtpolitischer Hinsicht ganz außerordentlich starke Kräfte.

Die politische Entwicklung der Welt wird im wesentlichen von dem Austrag der bestehenden Spannungen zwischen den aufsteigenden Imperien abhängig sein.

Die Europäisierung der Erde

4. Die starke Bevölkerungszunahme in Europa (um Christi Geburt etwa 40 Mill., 1810: 200 Mill., 1870: 300 Mill., 1910: rund 450 Mill., 1927: 484 Mill., ¼ der gesamten Menschheit) führte zum Hinüberströmen westeuropäischer Bevölkerungsteile nach Amerika, Südafrika und Australien und von Rußland aus nach Asien. In einem Jahrhundert (1810 bis 1910) sind allein nach den Vereinigten Staaten 30 Millionen Europäer eingewandert. Die europäische Kultur konnte dadurch Weltkultur, die europäischen Sprachen Weltsprachen werden. (Vor dem Krieg umfaßte das europäische Kolonialgebiet 70 Mill. qkm mit rund 557 Mill. Einwohnern. Die amerikanischen Staaten mit ihren 27 Mill. qkm und 195 Mill. Einwohnern dazugezählt, stehen $^4/_5$ der bewohnbaren Erde und fast ¾ der Menschheit unter europäischer Führung.)

Im wesentlichen sind es 4 europäische Sprachen, die heute große Verbreitungsgebiete aufweisen. Das Englische ist weitaus die erste

Weltsprache. Sie wird von mindestens 155 Millionen Menschen gesprochen und außerdem noch von vielen Millionen verstanden, sie dient etwa einem Drittel aller Menschen als Verständigungsmittel. Sie ist infolgedessen auch ein wesentliches Hilfsmittel zur Verbreitung und Verfestigung angelsächsischer Kultur und Machtgeltung.

Mexiko, Mittel- und Südamerika sind die Gebiete vorherrschender spanischer und portugiesischer Sprache (70 Millionen).

Deutsch gilt als Verkehrssprache in Ost- und Mitteleuropa, z. T. in den Vereinigten Staaten, Brasilien und Argentinien und war bis zum Weltkriege die Sprache der Wissenschaft (mehr als 90 Millionen).

Das Französische hat als Weltsprache an Bedeutung verloren. Sein Verbreitungsgebiet ist außer Frankreich Belgien, Westschweiz, Algier, Canada, Haiti (= 46—48 Millionen).

Bildung neuer Rassen und Völker

5. u. 6. Die europäische Kolonisation der Welt hat auch die Entstehung und Verbreitung neuer Rassen nach sich gezogen. Durch den Sklavenhandel kam nach Amerika eine zahlreiche Negerbevölkerung, Handel und Wirtschaft zogen Chinesen und Inder in die Randländer des Indischen Ozeans, vornehmlich nach Ost- und Südafrika, führte Chinesen und Japaner als Händler und Arbeiter über die Inseln des Stillen Ozeans nach dem amerikanischen Kontinent. In Mittel- und Südamerika sind aus der Verbindung von iberischen Einwanderern mit den Eingeborenen und durch weitere Kreuzungen neue Rassen in verschiedenen Abarten entstanden. In Nordamerika ist durch die ständige Einwanderung verschiedener Volkselemente und ihre Vermehrung die Vorherrschaft angelsächsischen Blutes gebrochen; so vollzieht sich hier in der Gegenwart eine neue Volksbildung.

Das Erwachen der Farbigen

Das erwachende Selbstbewußtsein der unterdrückten farbigen und halbfarbigen Völker, ihre Besinnung auf ihr Eigenleben, auf ihre Rechte und auf nationale Aufgaben gegen europäische Herrschaftsgelüste werden in irgendeiner Form zu einer Auseinandersetzung führen müssen.

So hat sich die äthiopische Bewegung aus einer kirchlichen Frage zu einer Organisation des gesamten Negertums unter Führung der amerikanischen Negerintelligenz entwickelt, so sucht der iberische Gedanke die Völker der spanischen und portugiesischen Kulturwelt zusammenzufassen und wird in eine Stärkung des südamerikanischen Bewußtseins gegenüber der Einkreisung durch die Vereinigten Staaten auslaufen. Auch die orientalische Welt beginnt sich von Europa abzuwenden. Die Schlagworte: Asien den Asiaten, Afrika den Afrikanern bekommen Hintergrund.

Die bestehenden Weltreiche sind Ausdruck des Machtwillens eines einzelnen Herrenvolkes. Der Bestand der neuen Einheiten ist freilich erst dann als gesichert zu betrachten, wenn das Spannungsverhältnis zwischen Herrschervolk und unterdrückten Völkern eine friedliche Lösung erfahren hat.

Zunächst bilden die bestehenden Mißverhältnisse politischer Natur eine unmittelbare Gefahr für den Frieden der Welt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XLV. Politische Gefahrenherde.

1. Der „Teufelsgürtel" in Osteuropa.
2. Das Mittelmeer.
3. Das Indiameer.
4. Der Pazifik, das Meer der Entscheidungen.

Die osteuropäische Unruhezone

1. Die Überspannung des Machtgedankens hat im Bereich der nach dem Weltkrieg entstandenen Klein- und Mittelstaaten des östlichen Mitteleuropa zu schwierigen innerpolitischen Verhältnissen und zu dauernden Spannungen zwischen den Staaten geführt. Die rücksichtslose Unterdrückung der Nationalitäten durch das herrschende Staatsvolk hat jeden dieser Staaten in den Zustand ständiger Unruhe versetzt, da die zum Teil großen nationalen Teilgebiete sich gegen die Knebelung durch das Staatsvolk mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Anderseits leben die östlichen Randstaaten in gegenseitiger Feindschaft und zugleich in ständiger Gefahr, zwischen den Großstaaten erdrückt zu werden, sobald das politische Bild Europas sich ändert. Man hat diese östliche Unruhezone „Teufelsgürtel" genannt. Vor allem lastet auf den Staaten Zwischeneuropas der Druck Sowjetrußlands. Nur Finnland erfreut sich, abgesehen von dem Streit mit Schweden um die Aalandsinseln, eines gewissen Ruhezustandes. Aber sämtliche übrigen baltischen Staaten, Polen und Rumänien haben die zukünftige Auseinandersetzung mit Rußland zu fürchten. Polen liegt wiederum mit Litauen in einem heimlichen Kriegszustand, strebt aber auch nach weiteren Gebietserwerbungen auf Kosten des Deutschen Reiches.

Der Balkan, der ständige Hexenkessel Europas

Die Staaten des Balkans stehen gegeneinander Gewehr bei Fuß und suchen durch Freundschaftsbündnisse mit Frankreich oder Italien einen Gleichgewichtszustand aufrechtzuerhalten. Alle treiben eine mehr oder weniger harte Unterdrückungspolitik gegen die fremden Volksgruppen in ihrem Staatsgebiet. Das gefährlichste Unruhegebiet dieser Art ist das mazedonische Südserbien. Im Gebiet der adriatischen Küste bis an die Karawanken ringt jugoslawische und italienische Herrschaftsgewalt um die Entscheidung. Ungarn will nicht auf die ihm geraubten Grenzgebiete verzichten. Die Tschechen suchen nach neuen Ausläßen (Eingliederung der Grafschaft Glatz, Befreiung der „unterdrückten Wenden") und beschleunigen die Entdeutschung ihrer 3½ Millionen deutscher Staatsangehörigen. Polens ähnlich gerichteter Ehrgeiz strebt nach Verpolung der in den abgetrennten deutschen Ostgebieten verbliebenen Deutschen, sonderlich im Industriegebiet, nach Vergrößerung seines oberschlesischen Besitzes und der Sicherung seiner Ostseestellung (Ausbau seiner Seefeste Gdingen und Abschnürungspolitik gegen Danzig). Litauen ist im Osten auf den Wiedergewinn des ihm durch Polen entrissenen Wilnagebietes bedacht und arbeitet im Westen mit Macht an der Litauisierung des widerrechtlich angeeigneten Memelgebietes.

Das Kräftespiel im Mittelmeer

2. Ein Beispiel gegensätzlichen politischen Kräftespiels ist auch das Mittelmeerbecken seit dem Kriege. — Von den Mittelmeerstaaten hat Italien unter der Leitung Mussolinis den größten nationalen Machtaufschwung genommen. Amerika, das eine Zeitlang einen großen Teil

Kräftespiel im Mittelmeer: Italien

des italienischen Bevölkerungsüberschusses (z. B. jährlich 400 000) aufnahm, hat seine Einwanderungsbeschränkungen verschärft. Eine Abwanderung nach den französischen Kolonien Nordafrikas (in Tunis lebten 1926: 55 000 Franzosen, 90 000 Italiener) ist durch die strengen Überwachungsmaßnahmen Frankreichs unterbunden. Die italienische Kolonie Tripolis kommt als Siedlungsboden für eine Masseneinwanderung nicht in Frage, Korsika und Nizza bleiben einstweilen unerfüllbare Zukunftsträume, ebenso die Ansprüche auf das schweizerische Tessin. Die Landwirtschaft und Industrie reichen zur Aufnahme der überzähligen Volkskräfte nicht aus. So bleibt als einziger Auslaß für den politischen Ehrgeiz des verjüngten Italiens die Adria. Um ihre Beherrschung geht der Kampf („mare nostro"). Durch das Vortragen der italienischen Grenze auf Laibach zu und die Karsthochfläche ist Italien in den Besitz einer Einfallspforte in das jugoslawische Staatsgebiet gelangt. Die Hafenorte Fiume, Zara, Saseno und der zunehmende Einfluß auf Albanien sind Tastversuche zur Besitznahme der gesamten dalmatinischen Küste.

Mit der gewaltsamen Besetzung des Dodekanes und eines Landstreifens an der Südküste Kleinasiens glaubte Italien, sich auch im Ostmittelmeer strategische Stützpunkte und einen Spielraum für seine politische Ausdehnung schaffen zu müssen. Die daraus entstehenden Spannungen sind heute beigelegt. Eine kluge und zielbewußte italienische Kulturpolitik drängt von Rhodos aus ins Ostmittelmeergebiet vor. Die ferne Kolonie Erythräa am Roten Meere ist ein Ausgangspunkt kultureller Eroberungen (Abessinien) wie auch politischer Herrschaftsabsichten (Protektorat Yemen) in Arabien.

Frankreich

Frankreich kämpft um die Sicherung seiner Herrschaft im Westmittelmeer (entgegen der spanisch-italienischen Annäherung) und um die Verbindung zu seinem nordafrikanischen Kolonialreich.

Spanien

In Spanien und Griechenland hat die Einführung der Diktatur hauptsächlich eine innerpolitische Bedeutung. Gegenüber den übrigen Mittelmeermächten treten sie zurück. Eine kulturelle Verjüngung Spaniens ist nicht zu verkennen.

Griechenland

Griechenland, das für seinen Übertritt an die Seite der Alliierten mit einer Erweiterung seines Staatsgebietes belohnt wurde, ist außenpolitisch durch die Niederlage seines Heeres in Kleinasien 1922 und innerpolitisch durch häufigen Regierungswechsel in seiner Entwicklung gehemmt. Neuerdings ist es durch ein neues Salonikiabkommen mit Südslavien und durch Beilegung einiger Streitfragen mit Bulgarien wenigstens äußerlich zur Ruhe gekommen. Außenpolitisch hält Griechenland sich neuerdings zu Italien. Die Umsiedlung der aus Kleinasien vertriebenen Griechen nach Thrazien und die Ansiedlung der dortigen mazedonischen, bulgarischen und türkischen Grenzbevölkerung ist mit ungeheuren Verlusten an Menschenleben durchgeführt worden (von 2,5 Millionen sind 1 Million umgekommen).

Türkei

Nach dem Vertrag von Sèvres verblieb der Türkei als Hoheitsgebiet nur die Landschaft Anatolien mit den wichtigsten Gebieten Armeniens und Kurdestans (700 000 qkm mit 10 Mill. Einwohnern), vom

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

europäischen Besitz nur ein geringer Rest mit Konstantinopel. Arabien mit den Beduinen der nordwärts anschließenden syrisch-arabischen Stämme wurde abgetrennt. Unter der Zahl der größeren oder kleineren Stammesstaaten, die teils an der Küste, teils im Innern entstanden, ist der wichtigste das unter englischem Einfluß stehende Hedschas an der Küste des Roten Meeres. England trug dafür Sorge, daß mit dem neuen Emirat des Transjordanlandes sowie dem „Königreich" Irak die Söhne des Königs von Hedschas, des Scherifen von Mekka, bedacht wurden. Gegenüber diesen englischen Vasallenstaaten ist das auf der steppenhaften, zentralen Hochfläche Innerarabiens gelegene Reich von Nedsched der Hort der arabischen Freiheitsbewegung. Stete Fehden mit dem Scherifen von Mekka und ständige Grenzüberfälle an den französisch-englischen Mandatsgrenzen sind die äußeren Anzeichen wachsender nationaler Energien. Die Südwestecke Arabiens ist neuerdings italienische Einflußzone geworden, während der Süden und Osten britischer Hoheit unterliegt. Die syrisch-mesopotamische Landbrücke wurde vom Völkerbund als „Mandat" England und Frankreich ausgeliefert. — Frankreich übernahm, ohne daß kolonialpolitische Zusammenhänge dazu berechtigten, Syrien (rund 180 000 qkm mit 3 Mill. E.). Es gründete im Libanon einen christlichen Staat mit Beirut als Hauptstadt (9000 qkm mit 400 000 E.). Das übrige Syrien nahm es in eigene Verwaltung. Seitdem folgt ein Aufstand und Freiheitskrieg dem andern. — England ließ sich 2 Mandate übertragen, den neu geschaffenen Zionistenstaat Palästina (23 000 qkm mit 650 000 E., darunter etwa 515 000 Mohammedaner, 63 000 Christen, 65 000 Juden) und Mesopotamien. Der Besitz dieses Landes ist wegen seiner reichen Erdölquellen für England sehr wichtig. Mesopotamien ist der Schlußstein für die mit dem Weltkrieg gesicherte Landbrücke von Afrika nach Indien. Es ist auch ein ausgezeichnetes Ausfallstor gegen allzu feste Machtbildungen in Vorderasien. Aber die Engländer bekamen Schwierigkeiten, ein gefährlicher Aufstand wurde nach vielen Kämpfen nur mit Mühe niedergerungen. Danach griffen sie auf die altbewährte Methode des Scheinkönigtums zurück (Feisal, König von Irak).

Nationale Keimzellen in Arabien und Vorderasien

Französische und englische Mandate

So groß der englische Erfolg im nahen Orient zunächst war, so änderte sich die Lage doch bald recht wesentlich. Die Türkei entwickelte unter dem Diktator Kemal Pascha eine ganz gewaltige Energie. Trotz Verarmung und Elend gelang die Erneuerung des Heeres und der Verwaltung. Der erste Erfolg war die Vertreibung der Griechen 1922 aus Kleinasien, die Vereitelung eines Kurdenaufstandes und italienischer und französischer Eingriffsversuche. Durch Einführung europäischer Kulturtechnik soll nun Land und Volk zu höchster Leistungsfähigkeit entwickelt werden.

Einen ähnlichen Verjüngungsvorgang beobachtet man in Persien unter dem Diktator und nunmehrigen König Riza Khan.

In Afghanistan ist freilich der reformfreundliche König Aman Ullah durch englische Umtriebe aus dem Lande verdrängt worden. Ob es aber den Engländern gelingen wird, in diesem wichtigsten Grenzlande Indiens ihren Einfluß zu sichern, scheint doch fraglich; zudem übt Rußland in Afghanistan und sonst in Innerasien einen starken Gegendruck aus. Dadurch sinkt der Wert der neugeschaffenen englischen Landbrücke be-

Afghanistan

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

trächtlich, zumal auch im Süden der tatkräftige Wahabitenfürst Ibn Saud nach der Aufrichtung eines innerarabischen Königreiches zielbewußt ein das ganze Arabertum umfassendes Großarabien erstrebt, wenn er auch einstweilen unter dem Druck der militärischen Überlegenheit Englands sich mit dem Erreichten zu bescheiden scheint. Der Verlust der politischen Einflußsphäre in Südpersien, Rückschläge in der Ölpolitik, der mißlungene Kurdenaufstand und das Scheitern des Planes, auf Kosten der Türken ein armenisches Reich zu errichten, lassen im Verein mit dem wachsenden Widerstand der Völker des nahen Orients die englische Machtstellung weniger sicher erscheinen, als sie es anfangs war.

Die von den nördlichen Anliegerstaaten quer über das Mittelmeer laufenden Kraftlinien kreuzen die „Hauptschlagader des britischen Reiches", die der Länge nach durch das Mittelmeer nach Indien führt, und so entsteht hier eine gefährliche Spannungszone.

Schwächepunkte im neuen Indiameerreich Englands

3. Mit dem Verlust der nordamerikanischen Kolonien verschob sich das Schwergewicht des britischen Weltreiches nach dem Osten. Es hat seinen Kolonialbesitz in kurzer Zeit verdoppelt. Das Ziel dieses imperialistischen Englands kündete sich bald in den Worten „Vom Kap bis Kairo" und „Von Kairo bis Kalkutta" an, d. h. Schaffung eines Indiameer-Reiches, das die Länder von der Südspitze Afrikas über Ägypten und Arabien bis nach Indien verbinden sollte. Mit dieser Zielsetzung hatten die Engländer die Reihe ihrer großen Kolonialkriege (Zulukrieg, Burenkrieg) eröffnet und darum traten sie auch in den Kolonialkrieg gegen Deutschland ein. Durch das Friedensdiktat von Versailles erhielten sie nun die gewünschte Lückenfüllung ihres afrikanischen Kolonialbesitzes (Mandate für Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwest). Damit war die afrikanische Ländermasse vom Kap bis nach Kairo in fortlaufenden Zusammenhang gebracht.

Der Besitz Indiens ist trotzdem nicht ungefährdet. Die Propaganda und imperialistische Politik Sowjetrußlands arbeitet England entgegen. Die indische Nationalbewegung erstarkt. Käufliche einheimische Fürsten, die Uneinigkeit und Glaubensgegensätze hemmen freilich noch die nationale Bewegung. Aber das Selbstbestimmungsrecht ist auch in Indien die nationale Forderung geworden.

Ähnlich wie sich im Westen eine Schwächestelle in der Länderbrücke befindet (Mesopotamien, Südpersien), ist auch im Osten die Umrandung unvollständig. Zwar beherrscht England im Besitz von Singapore den östlichen Zugang zum Indischen Ozean, aber im Kriegsfalle bieten sich doch im malaiischen Archipel mancherlei Durchlässe. Auch ist das Zwischenstück zwischen der britischen Malakkahalbinsel und Australien, das holländische Inselreich, seit dem Aufkeimen einer nationalen malaiischen Bewegung und dem zunehmenden Bevölkerungsdruck Japans eine bedenkliche Gefahr geworden. Australien selbst, heute noch fest im britischen Gemeinbewußtsein verankert, ist geographisch und wirtschaftlich sehr viel stärker dem Stillen Ozean zugewandt als dem Indischen Meere. In seinem Abwehrkampf gegen den japanischen Druck von Norden wird es eines Bundesgenossen nicht entraten können. Die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses nach einer Zwischenzeit gegenseitiger

Entfremdung erschwert Australiens Lage nicht wenig und kommt dem Liebeswerben der Vereinigten Staaten sehr entgegen.

Der Stille Ozean das neue Kräftefeld

4. Weit größer als in dem britischer Herrschaft eingeordneten Indischen Ozean sind die Spannungen zwischen den Randgebieten des Stillen Ozeans. Hier handelt es sich nicht um Kräfte, die von außen in einen allseitig umfriedeten Raum zu stoßen drohen, sondern um Kräfte, die aus dem Raume mit seinen Rändern selbst erwachsen und sich in ihm auswirken. Rußland und China und von den Anrainern des Ostrandes Canada und die Staaten Mittel- und Südamerikas sind vorläufig noch nicht an dem Kräftespiel beteiligt. England beschränkt sich auf eine Abwehrstellung sowohl in seiner Meerengenverteidigung, wie auch in seinen australischen und neuseeländischen Besitzungen. Das niederländische Kolonialreich ist an den Gegensätzen des pazifischen Raumes nur wenig beteiligt, soweit es sich nicht japanischer Auswanderungsbewegung und wirtschaftlicher Durchdringung zu erwehren hat. Wohl aber wirkt der in diesem Raume zum Austrag kommende Kampf der gelben gegen die weiße Rasse auch hierher in Gestalt ständiger Unruhen der malaiischen Bevölkerung.

Japan und die V.St.

Die Pole, von denen die Strahlenbündel politischer Kräfteentladung ausgehen, sind Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika; wenn sie einstweilen auch im Zustande innerer Sammlung verharren, so scheint doch ein friedlicher Ausgleich nicht möglich, denn die Entwicklungslinien beider Mächte überschneiden sich allzu stark. Beide Mächte haben aus dem Weltkriege Vorteile ziehen können, die sie der stetigen Entwicklung ihrer Kräfte zukommen ließen. Beide vermochten neben dem Ausbau ihrer Seemachtstellung auch ihre Handelsflotten, sowie den Bereich ihrer wirtschaftlichen Eroberungen weit auszudehnen. Japan wurde die unumstritten erste Großmacht im fernen Osten. Es gelang ihm, in dem obersten Rate der Weltmächte neben Amerika, England, Frankreich und Italien als 5. Mitglied Sitz und Stimme zu erlangen. Es fühlte sich so sicher, daß es die Gleichberechtigung aller Rassen zu fordern wagte, und damit die schwerste Gegenwarts- und Zukunftsfrage seiner Politik auf die Tagesordnung setzte. Japan hat als Einzelstaat die Gleichberechtigung errungen. Die Beschränkungen, die der japanischen Einwanderung sowohl auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten wie auch dem des britischen Reiches gemacht werden, verletzen daher das empfindliche Ehrgefühl des in 50 Jahren zur politischen Reife gelangten japanischen Volkes und vermehren die Schwierigkeit, den Bevölkerungszuwachs unterzubringen. Der Stille Ozean, der heute keine Völkerscheide mehr bedeutet, sondern eine Völkerstraße wird, ist für das japanische Volk das natürliche Ausbreitungsgebiet. Japan liegt nicht mehr am Ende der Welt, es hat eine Zwischenlage, ähnlich wie England. Die verdoppelten Anstrengungen der Vereinigten Staaten, ihre wirtschaftliche Stellung in China zu stärken, durch Befestigungsanlagen auf den amerikanischen Inseln (Pearl Harbour, Hawai, Tutuila, Guam, Philippinen) ihre Seemachtstellung zu sichern und den Einfluß Amerikas über den ganzen Stillen Ozean auszubreiten, bedeutet für Japan eine Gefährdung seines Ausdehnungsdranges.

Die Gegensätze der beiden Weltmächte nehmen immer mehr zu.

Wie Amerika arbeitet auch Japan an dem Ausbau seiner militärischen Schlagfertigkeit, begünstigt innere Unruhen gegen die übrigen Kolonialmächte und sucht eine Verschärfung des englisch-amerikanischen Gegensatzes (vgl. S. 146) für sich auszunutzen.

Die Verschärfung ihres Wirtschafts- und Machtkampfes wird aber naturgemäß zu einer Entscheidung drängen.

Die Zahlen der Handelsentwicklung zwischen den Randländern des Stillen Ozeans zeigen deutlich, welche Gegensätze im pazifischen Raum aufeinanderstoßen. „In China ist die englische Einfuhrquote von 17% auf 10%, die deutsche von 5% auf 3% gesunken. Die Einfuhrquote Japans hingegen ist von 20% auf 31%, die der Vereinigten Staaten von 6% auf 15% gestiegen. In Australien ist die englische Einfuhrquote von 52% auf 42% gesunken, die Japans auf das Doppelte, die der Union von 14% auf 25% gestiegen. In Japan hat sich die Ausfuhrquote Australiens und Indiens verdoppelt, jene der Vereinigten Staaten ist von 29% auf 44% gestiegen."

(A. Hobelsperger, Weltpolitik und Weltwirtschaft seit 1913.)

Entscheidungen von gewaltiger Tragweite bereiten sich vor. Nicht Europa ist heute der Raum, in dem über die zukünftige Gestaltung der Welt entschieden wird. Im „Meer der Entscheidungen", wie vorausblickende Politiker den Stillen Ozean genannt haben, wird der Zusammenstoß erfolgen.

XLVI. Politik und Wirtschaft.

1. Kampfzonen der Kontinentscheiden.
2. „Reibungszonen" der Weltmächte.
3. Dollarimperialismus.
4. Die „Weltwirtschaft".
5. Öl und Macht.
6. Verkehr und Politik.

Gefahren der Grenze

1. Neben den größten Gefahrenzonen, die dem Frieden der Welt nach dem Kriege erwachsen sind, dürfen jene kleineren Reibungsflächen nicht übersehen werden, die sich über die ganze Erde verstreut finden. Sie leiten sich ebensowohl aus der Unnatur von Grenzführungen, wie aus allzu schroffen Überschneidungen wirtschaftlicher und politischer Entwicklungslinien der großen Machtgruppen her.

Fälle widersprechender natürlicher (geographischer) und machtpolitischer Grenzbildungen erheben sich heute im Zeitalter kontinentaler Großmachtballungen weit über die Bedeutung kleinerer Grenzstreitigkeiten, besonders wenn sie in solchen Teilen der Erdoberfläche gelagert sind, in denen sich die Kontinente scheiden oder berühren.

In Europa sind sie besonders wichtig. So wandelt sich der Teufelsgürtel Osteuropas aus einem völkischen Unruhegebiet zu einem gefährlichen Zwischenland zwischen der nach Westen drängenden russischen Macht und dem zersplitterten, richtungslosen Europa. Das Wiederaufleben der allslavischen Idee würde als neues Ordnungsprinzip das heute im völkischen Kleinkrieg verkrampfte Zwischeneuropa ohne Schwierigkeiten in den russischen Einheitsstaat eingliedern können. Ein natürliches Vorfeld ähnlicher Art ist Transkaukasien im Süden als Zwischenzone

gegen die vorderasiatischen Machtgruppen. Im Kräftespiel zwischen der werdenden russischen Weltmacht und der fernöstlichen Neuordnung werden alle jene heute in der Vereinzelung abwegigen Grenzkampfzonen vom Indus bis zum Amur Gebiete von großer Entscheidung werden, wie es heute schon die Landschaften sind, die den Zugang zum afrikanischen Erdteil beherrschen (Marokko, Tanger-Rif, Ägypten, Yemen) oder den Zugriff auf Südamerika gestatten oder versperren (Panama). In der Zukunftsentwicklung auf große kontinentale Imperien hin wird auch unter jenen Schlüsselstellungen der rücksichtsloseste Kampf anheben, deren Ausbau bis heute vorwiegend aus verkehrs- und marinestrategischen Zusammenhängen betrieben wurde.

Reibungszonen der Wirtschaftsmächte

2. In den wirtschaftspolitischen Reibungszonen kündet sich ein weiterer Vorbote kommender Kämpfe um Machterweiterung an. Solche „Reibungszonen" finden sich in Südamerika, besonders in Argentinien, wo sich amerikanische und britische Wirtschaftsinteressen treffen, oder an der Südgrenze Canadas, das eine unaufhaltsame finanzielle Durchdringung seitens der Vereinigten Staaten erfährt. Die amerikanische Wirtschaftskraft entfaltet sich ebenso über den ganzen pazifischen Raum, trifft in Australien und im chinesischen Raum auf britisches Übergewicht und das Streben Japans, den Osten unter seine Führung zu bringen. Japan wiederum schafft durch sein Übergreifen auf die Mandschurei und die Mongolei, durch die Überflutung Insulindes und Australiens mit japanischer Ware und Einwanderern und endlich durch die Hinlenkung seiner östlichen Wanderbewegung nach Südamerika rings um den Stillen Ozean Unruhe- und Erregungszonen. Entsprechend der Weiträumigkeit des britischen Weltreiches läuft ein langer Saum mehr oder weniger starker Spannungen an seinen Grenzen hin, beginnend mit dem Mittelmeer über die vorderasiatische Länderbrücke zum „Juwel" britischer Reichsherrlichkeit, Indien. (Die im Gebiet der Randstaaten, auf dem Balkan und im Mittelmeer liegenden Spannungszonen zwischen englischen, französischen und italienischen Interessen sind schon früher behandelt.)

Die V. St. Weltmacht- und wirtschaftszentrum

3. Am klarsten vorgezeichnet scheint die Weltmachtentwicklung der Vereinigten Staaten zu sein. Entscheidend ist schon die Gunst der Lage. In keinem Lande ist aber auch in der Führung eine so klare Vorahnung kommender Entwicklungen aufzuweisen wie dort. So wurde der Weltkrieg als Gelegenheit zur Überflügelung der bis dahin führenden Wirtschaftsmächte klug genützt und das geldbedürftige Europa durch ausgiebige Anleihen in Abhängigkeit gebracht. „Wir halten jetzt in unserer Hand drei Trümpfe im Spiel um die kommerzielle Macht: Eisen, Stahl und Kohle. Wir sind lange die Kornkammer der Welt gewesen; wir bemühen uns jetzt, ihre Werkstatt zu werden; danach gehen wir darauf aus, ihre Bank zu werden", hat im Jahre 1898 ein amerikanischer Finanzmann erklärt. Auch das letzte Ziel haben sie im Weltkriege erreicht. Europa ist verarmt, Amerika dagegen der Gläubiger der ganzen Welt geworden. Vor dem Kriege hatte Europa in Übersee 100 Milliarden Nettoguthaben, die Vereinigten Staaten an Europa 16 Milliarden Schulden. Die Kriegsschulden der Ententemächte

(einschließlich der aufgelaufenen Zinsen) beliefen sich im November 1924 auf mehr denn 12 Milliarden Dollar = ca. 50 Milliarden Reichsmark. England, Frankreich und Italien haben davon den größten Teil (= 90 %) erhalten.

Der amerikanische Dollar-imperialismus

Zu den Kriegsschulden kommen noch die für wirtschaftliche Zwecke aufgenommenen Schulden Europas, der Staaten, der Gemeinden und der Wirtschaft. Sie belaufen sich auf rund 15 Milliarden Reichsmark (die Kriegskredite nicht mitgerechnet). Mit diesem amerikanischen Kredit bauen die europäischen Staaten ihre zerstörte Wirtschaft und Währung wieder auf.

Das Statistische Amt gibt eine Zusammenstellung der gesamten deutschen Auslandsverschuldung aus langfristigen Anleihen, einschließlich der privaten, und zwar zum 31. März 1928:

Gebietskörperschaften (einschl. Dawes-Anleihe) . .	1920,3 Mill.
Öffentliche Unternehmen und Zweckverbände . .	914,2 -
Private Unternehmungen	1596,2 -
Bodenkreditinstitute	719,3 -
Insgesamt	5150,0 Mill. Mark

Die kurzfristige öffentliche Auslandsverschuldung wurde auf 236,1 Mill. Mark berechnet.

Infolge des gewaltigen Goldzuflusses (der Goldvorrat der Vereinigten Staaten ist von 7,9 Milliarden vor dem Kriege auf 19,1 Milliarden nach dem Kriege gestiegen!) ist Amerika in der Lage, die Politik der friedlichen Durchdringung nun auf der ganzen Linie zu einem Generalangriff seiner Finanzkräfte auszubauen. So haben die Vereinigten Staaten mit Erfolg Mittelamerika zu einer amerikanischen Wirtschaftsprovinz gemacht (Petroleum, Fruchthandel, Kapital- und Finanzpolitik) und beherrschen den Panamakanal; die finanzielle Herrschaft über Nicaragua sichert ihnen außerdem die Verfügung über die zweite mögliche Kanallinie.

Man hat die Höhe des angelegten nordamerikanischen Privatkapitals berechnet auf

4040	Millionen Dollar in Südamerika,
2460	- - - Britisch-Nordamerika,
1900	- - - Europa,
690	- - - Asien und Ozeanien.

Daß die Vereinigten Staaten vor Gewaltakten nicht zurückscheuten, zeigt die gewaltsame Auflösung des Parlamentes von Haiti und die Einrichtung einer militärischen Verwaltung.

Der amerikanische Einfluß in der Welt

Auch in Südamerika haben die Vereinigten Staaten Fuß zu fassen gesucht. Das gelang verhältnismäßig schnell in den nördlichen Staaten. Jenseits der tropischen Gebiete, wo der Einschlag europäischen Blutes stärkere Selbständigkeit wachhält, stoßen sie auf Abwehr. Aber es darf nicht übersehen werden, daß heute die Macht des Dollars auch in den sogenannten ABC-Staaten, Argentinien, Brasilien und Chile, schon vielerlei wirtschaftliche Abhängigkeiten geschaffen hat (vgl. S. 152 u. 153).

Amerika hat auch auf asiatischem Gebiet (Philippinen) Fuß gefaßt und an den europäischen Entscheidungen (Weltkrieg) ausschlaggebend

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

mitgewirkt. So überrascht es nicht mehr, daß die Vereinigten Staaten ihr Augenmerk auch auf Afrika richten. Die Negerrepublik Liberia steht unter ihrem Schutz, und seit Ende 1927 versuchen sie auch auf das selbständige Königreich Abessinien, das vermöge seiner Zwischenlage zwischen dem Mittelmeergebiet und dem Indischen Ozean zusehends an politischer Bedeutung gewinnt, Einfluß zu gewinnen. Sie kreuzen hier englische Interessen. Wenn England auch die ägyptische Selbständigkeit formell anerkennt, so beherrscht es Ägypten doch durch den Besitz der großen Nilstaudämme im britischen Sudan. Dieser bisher so sicheren Stellung Englands droht nun eine schwere Gefahr durch die von Amerika im Quellgebiet des blauen Nils geplante Staubeckenanlage. Dadurch würde die britische Machtstellung im Sudan vom amerikanischen Willen abhängig. Der neueste Angriff des amerikanischen Kapitals gilt dem mittelafrikanischen Katanga-Kupfergebiet. Der amerikanische Einfluß im persischen Ölgebiet, an dem Schwächepunkt des britischen Indiameerreiches, ist eine dauernde schwere Belastungsprobe für England.

Die veränderten Grundlagen der Weltwirtschaft

4. Die wirtschaftliche Entwicklung der Welt vor dem Kriege hatte zu einer immer engeren Verflechtung der einzelnen Länder und Erdteile geführt. Die europäischen Staaten beherrschten das ganze System. Sie hatten mit ihrem Kapital die Überseeländer erschlossen, bekamen von dort ihre Rohstoffe, und als Absatzgebiete waren diese für die europäische Industrie unentbehrlich. — Der Krieg hat einen völligen Umschwung gebracht. Da Europa während der Kriegsjahre den Fertigwarenbedarf der Überseeländer nicht decken konnte, schufen diese sich eigene Industrien, die nun nach dem Kriege der europäischen Produktion schärfste Konkurrenz machen, die Absatzmöglichkeiten bei der Verengung des Weltmarktes außerordentlich erschweren, zumal „Selbstversorgung" (Autarkie) der Grundgedanke staatlicher Wirtschaftspolitik wurde. Die eigene Wirtschaft wurde durch hohe Zollmauern gegen das Wiedereindringen europäischer Waren geschützt.

Selbstversorgung und Schutzzollpolitik

Das gilt vor allem für die Vereinigten Staaten, die Hochburg des Privatkapitalismus, die durch ihre Rohstoff-, Lebensmittel- und Industrieerzeugnisse fast ganz unabhängig sind. Mit ihren Finanz- und Wirtschaftskräften sind sie stark genug, ihre Schutzzollpolitik ohne Rücksicht auf die übrige Welt durchzusetzen, für sich selbst aber bei den übrigen Staaten die niedrigsten Zölle zu erreichen. Die Organisation der Welt für und durch die Vereinigten Staaten ist Leitsatz des neuen amerikanischen Wirtschaftssystems.

Organisation der Welt durch die V. St.

Rußland, der Vertreter des Staatskapitalismus, muß sich durch Zölle von dem Weltmarkt abschließen; das Schutzzollsystem, für Amerika ein Beweis seiner Stärke, ist für Rußland ein Zeichen seiner Schwäche, da es nicht imstande ist, den freien Konkurrenzkampf aufzunehmen.

Der russische Staatskapitalismus

England ist auf dem Wege, sein Wirtschaftssystem umzustellen. Die „Freiheit der Meere" und die Idee des „Freihandels" waren bisher seine Grundlagen.

Englands Wirtschaftspolitik

England vermochte seine Bevölkerung nicht mehr zu ernähren. Es war auf die Einfuhr aus kolonialen Überschußgebieten und auf Erwerbung neuer kolonialer

Absatzgebiete angewiesen. Durch den Kreislauf seines Wirtschaftssystems (Rohstofferzeugung in den Kolonien, Verarbeitung in England, Vertrieb durch Welthandel und in den Kolonien) sicherte sich England die Führung innerhalb seines Reiches; denn ohne eigene Wirtschaft bleiben die Kolonien unentwickelt, abhängig vom Heimatland. Mit seiner gewaltigen Seemacht hatte England tatsächlich die Herrschaft über alle Meere (Britannia rules the waves!), und rücksichtslos schlug es jeden Versuch eines andern Staates, ihm diesen Vorrang streitig zu machen, nieder. Im übrigen aber suchte England diesem Freihandelsgedanken überall Geltung zu verschaffen, während der Schutzzollgedanke als friedensfeindlich gegeißelt wurde. Daß der Freihandel von der Freiheit der Meere abhing, diese Freiheit wiederum im britischen Sinne als uneingeschränkte Gewalt zur See mit dem Recht zu Sperrmaßnahmen verstanden wurde und tatsächlich gleichbedeutend mit Seeräuberei war, wurde verschwiegen. Der Freihandel war nach englischer Auffassung das natürlichste System freien Güteraustausches aller Länder, er sollte zu einer Weltwirtschaft mit einer gesunden Arbeitsteilung (Wirtschaftsspezialisierung) führen. Aber das kontinentale Europa hätte sich damit England auf Gnade und Ungnade ausgeliefert; denn England hätte im Kriegsfalle über ganz Europa jene Hungerblockade verhängt, die es im Weltkrieg gegen Deutschland ansetzte.

Der englische Wirtschaftsgedanke wäre zweifellos durchgedrungen, wenn nicht der Weltkrieg wider Erwarten eine andere Wendung genommen hätte. Auch England ist die lange Dauer des Krieges zum Verhängnis geworden. Nicht nur daß es selber aktiv eingreifen und seine Schlachten selber schlagen mußte, es war genötigt, in seinen Kolonien eigene bodenständige Industrien zuzulassen und die Hilfe Amerikas anzurufen. Die amerikanische Hilfe wurde aber mit dem Verlust der englischen Vormachtstellung erkauft. Denn die Streitkräfte der Vereinigten Staaten haben der Freiheit der Meere im Sinne britischer Allgewalt ein Ende gemacht. Außerdem erwuchs in den Vereinigten Staaten eine eigene Industrie (wie gleichzeitig in den englischen Dominions), die sich schnell fortentwickelte. England arbeitet nun darauf hinaus, innerhalb seines Imperiums Ersatz für den verengten Weltmarkt zu bekommen, den Handelsverkehr und Warenaustausch innerhalb seines Reiches zu beleben. Buy British goods, d. h. kauft englische Waren oder Waren aus den Kolonien.

Der Wirtschaftskampf Amerikas gegen Europa

Der neue Wirtschaftskampf, der heute anhebt, beabsichtigt Europa und seine Wirtschaftsgebiete in Filialen der amerikanischen Wirtschaft umzuwandeln, und da die mitteleuropäische Wirtschaftskraft durch Reparationen, Dawes- bzw. Young-Abkommen gefesselt ist, die Ententemächte an ihren Kriegsschulden schwer tragen, ist der Zeitpunkt für Amerika günstig. Das Endziel ist die Organisation der ganzen Welt zu einem Riesenwirtschaftskörper unter amerikanischer Leitung. Es steht Erdteil gegen Erdteil. Welche Aussichten hat Europa in diesem Ringen? Wie weit ist es wirtschaftlich auf sich selbst gestellt?

Für alle Getreidearten ist Europa, da die russische Zufuhr ausfällt, auf die Lieferung der übrigen Kontinente angewiesen (besonders Weizen aus Australien, Canada, Argentinien; Mais aus Argentinien, Reis aus Hinterindien). Auch für Obst und Gemüse stellen sich die V. St., Australien und Südafrika auf den Export ein.

Fleisch, Milch und Milchprodukte müssen besonders nach den industrie-

reichen Ländern Europas aus Amerika, Australien und Argentinien eingeführt werden.

Von den Kolonialprodukten liefert

Brasilien 64 % der Welterzeugung an Kaffee, wovon 50 % nach Europa gehen,
Afrika 60 % der Welterzeugung an Kakao, die Europa aufnimmt,
Indien und Ceylon 68 % der Welterzeugung an Tee, die zur Hälfte allein England aufbraucht,
Malakka, Holländisch-Indien 80 % der Welterzeugung an Gummi. Käufer sind vor allem die V. St. (70 %); die Wichtigkeit beweist der englisch-amerikanische Gummikrieg, da im englischen Kolonialgebiet 60 % gebaut wird (1913: 13 000 t, 1926: 64 800 t Welterzeugung).

Selbst die Zuckergewinnung ist in Europa zurückgegangen, der Anbau von Zuckerrohr (Kuba) dagegen vermehrt (wichtig bei einem Verbrauch von 20,5 kg in Deutschland, von 45 kg in Amerika pro Kopf. Welterzeugung 1913: 17,5 Mill. t, 1926: 23,5 Mill. t).

Die europäische Einfuhr an Spinnstoffen (Baumwolle, Wolle, Seide, auch Jute) ist im Vergleich zu 1913 geringer, nicht nur wegen der geschwächten Kaufkraft der europäischen Verbraucher, sondern auch infolge der neugeschaffenen Verarbeitungsindustrien für Baumwolle in den V. St. und Japan, für Wolle in Australien und Japan. Der europäische Baumwollmarkt ist von Nordamerika abhängig, das seine Erzeugung gewaltig gesteigert hat (58 % der Welterzeugung) und sie zur Hälfte schon selber verarbeitet. England betreibt darum mit aller Macht als Ersatz den Baumwollanbau in Afrika.

In der auf Kohle und Erdöl beruhenden Kraftwirtschaft stehen die Vereinigten Staaten in der Welt obenan. Während die Steinkohlenförderung in Europa hinter den Vorkriegsziffern zurückbleibt, ist sie in den Vereinigten Staaten in die Höhe gegangen und macht der englischen Kohle schon in Südamerika, sogar in Indien Konkurrenz (gleich 43 % der Welterzeugung). ¾ der bekannten Weltreserven an Kohle befinden sich in Nordamerika, und reichlich die Hälfte des ganzen Weltbesitzes liegt im Gebiet der Vereinigten Staaten. — Die Vereinigten Staaten verfügen allein über 71 % der gesamten Erdölproduktion (vgl. nächsten Abschnitt) und verbrauchen noch ⅔ des übrigen im Welthandel käuflichen Erdölvorrats. Die aus Kohle und Öl gewonnenen Weltenergien hat man auf eine Einheit gebracht und umgerechnet; danach entfallen auf Europa 41 %, auf Amerika 51 %.

Die Braunkohlengewinnung hat sich in Deutschland im Verhältnis zu 1913 mehr als verdoppelt = 65 % der Weltförderung, und auch die aus den Wasserkräften geschöpften Energien liegen zu einem Drittel auf europäischem Boden, zu mehr als ⅓ im Bereich der Vereinigten Staaten; der Anteil der Vereinigten Staaten am Welteisenbahnnetz beträgt 35 %.

Für die Verarbeitung farbiger Metalle (Kupfer, Blei, Zink, Zinn) ist Europa von den Überseegebieten abhängig. In der Kupfergewinnung haben die Vereinigten Staaten fast das Monopol, für Aluminium, Blei, Zink hat es den Hauptanteil an der Produktion. Zinn liefert Asien und Afrika. Japan hat eigene Kupfer und Blei verarbeitende Industrien geschaffen.

Die Eisenerzförderung ist in Europa (1926 verglichen mit 1913) um fast ⅓ zurückgegangen, in den Vereinigten Staaten gestiegen, die Union muß aber trotzdem noch Eisenerze einführen. Sie erzeugt 60 % der Weltproduktion an Stahl. Während Europa vor dem Kriege mit 52 %, Amerika mit 41 % an der Welteisenproduktion beteiligt war, hatte sich schon 1925 das Verhältnis umgekehrt: Amerika 52 %, Europa 41 %. An Eisenlagern befinden sich in den Vereinigten Staaten mehr als ⅓ des Weltvorrats. Das brasilianische Eisenlager, das größte zusammenhängende der Welt, ist bis heute so gut wie unerschlossen. Neue Eisenwerke sind in Japan, Indien, Canada, Südafrika, Australien und Südamerika entstanden, in England dagegen mußten 1925 ⅔ der Hochöfen ausgeblasen werden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Während die Erzeugnisse der europäischen Maschinenindustrie die Zahlen von 1913 nicht erreichen, haben vor allem die Vereinigten Staaten die Produktion steigern können. Elektrotechnische Fabrikate konnten in Europa um $\frac{1}{3}$ mehr hergestellt werden, in den Vereinigten Staaten wuchs die Produktion um das Sechsfache. An Automobilen liefern die amerikanischen Fabriken 90 % aller Fahrzeuge.

Auch die chemische Industrie hat außerhalb Europas einen großen Aufschwung genommen (Amerika und Japan). 1913 gingen für 44 Mill. Farbstoffe von Deutschland nach den Vereinigten Staaten, 1926 nur noch für 7 Mill., sie führten aber selber für 65 Mill. aus. Die amerikanische Teerfarbenerzeugung stieg in ihrem Werte von 12,6 auf 168,0 Mill. (= 95 % des eigenen Verbrauchs), auch Japan deckt 50 % seines Bedarfs an Farben aus eigenen Erzeugnissen.

Am schlimmsten ist der Rückschlag in der Baumwollindustrie. Der Rückgang in der Ausfuhr von Baumwollgeweben ist besonders für England verhängnisvoll. Dagegen ist die Baumwollindustrie Amerikas und mehr noch Japans mächtig aufgeblüht.

Ähnlich läßt sich an der Papierindustrie (Vereinigte Staaten, Canada, Indien), Zündhölzerherstellung und Schuhfabrikation (Australien, Argentinien, Brasilien) die stärker werdende Konkurrenz des Auslandes feststellen.

Die gesamte Weltproduktion ist um 18 % gestiegen, Amerikas und Afrikas Gesamterzeugung um $\frac{1}{3}$, Asiens um $\frac{1}{4}$, Europas um einen kaum nennenswerten Bruchteil. Im Welthandel ist Amerikas und Asiens Anteil an der Ein- und Ausfuhr um 30 % gestiegen, Europas Einfuhr dagegen (1913: 50,4 Milliarden Mark, 1925: 46 Milliarden Mark) und mehr noch seine Ausfuhr (1913: 42,5 Milliarden Mark, 1925: 36,1 Milliarden Mark) ist zurückgegangen.

Produktion und Außenhandel im Jahre 1925*) (1913 = 100)	Europa	Nordamerika	Mittelamerika	Südamerika	Asien	Afrika	Australien (Ozeanien)	Welt
Produktion	105	126	169	135	124	139	124	118
Einfuhr	94	138	127	97	125	108	134	105
Ausfuhr	84	135	128	96	150	96	134	104
Totalhandel	89	137	128	97	138	101	134	105

Prozentuale Beteiligung der Erdteile an der Produktion und am Außenhandel der Welt 1913 und 1925		Europa	Nordamerika	Mittelamerika	Südamerika	Asien	Afrika	Australien (Ozeanien)	Welt
Produktion . . .	1913	43,4	26,8	1,5	3,9	20,7	2,1	1,6	100
	1925	38,7	28,7	2,2	4,4	21,9	2,5	1,6	100
Einfuhr	1913	61,6	12,4	1,9	5,7	11,9	4,0	2,5	100
	1925	55,1	16,2	2,3	5,2	14,1	3,9	3,2	100
Ausfuhr	1913	55,2	15,8	2,4	6,7	12,7	4,5	2,7	100
	1925	44,7	20,6	3,0	6,2	17,9	4,2	3,4	100
Totalhandel . .	1913	58,5	14,0	2,1	6,2	12,3	4,3	2,6	100
	1925	50,0	18,3	2,6	5,7	16,0	4,1	3,3	100

*) Enthalten sind Lebensmittel und industrielle Grundstoffe.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Aus den beiden Tabellen lassen sich die vier Entwicklungslinien für die Nachkriegszeit klar erkennen:

1. Das bei weitem größere Anwachsen der Weltproduktion gegenüber dem Welthandel. Hier kommt das in den letzten Jahren stark hervortretende Bestreben fast aller Länder nach wirtschaftlicher Verselbständigung zum Ausdruck.
2. Der nicht unerhebliche Rückgang des Anteils Europas am Welthandel. Der scharfe Ausfuhrrückgang zeigt, daß sich andere Erdteile die Lahmlegung Europas durch den Weltkrieg zunutze gemacht haben.
3. Der zunehmende Einfluß Asiens auf den Weltmarkt.
4. Die wachsende Bedeutung Nordamerikas für den Welthandel. (Veröffentlichung der Dresdener Bank.)

Nach amerikanischen Bankberichten erreichte die amerikanische Prosperität in der ersten Hälfte des Jahres 1929 eine neue Rekordhöhe. Die industrielle Produktion war größer als jemals zuvor, die Beschäftigung der Industrie war wesentlich besser als im Jahre vorher, und die von der Industrie ausgewiesenen Gewinne waren mit Ausnahme eines Industriezweiges, der Schuh- und Lederindustrie, wesentlich größer als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der gesamte Reingewinn von 284 führenden repräsentativen Industrie- und Handelsunternehmungen stellte sich für das erste Halbjahr 1929 auf 871 Mill. Dollar gegen 654 Mill. Dollar in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, war also um rund ein Drittel größer. Für 650 Unternehmungen (einschließlich Eisenbahnen und Public Utilities) ergibt sich eine Zunahme des Gewinnes um 24,4% von 1675 auf 2083 Mill. Dollar. Über 100% beträgt die Gewinnzunahme in der Eisen- und Stahlindustrie und in der Textilindustrie, die im letzten Jahre allerdings recht schlecht abgeschnitten hatte, 96% in der Kupferindustrie, 52% in der Baumaterialienindustrie, 65% in der Luftfahrtindustrie, 48% in der Maschinenindustrie, 36% in der Elektroindustrie. Die Automobilindustrie konnte ihren Reingewinn infolge des scharfen Konkurrenzkampfes nur um 4,3% erhöhen.

Der europäischen Wirtschaft und gar erst der deutschen, die am kapitalärmsten ist, steht ein schwerer Kampf um ihren Absatz, überhaupt um ihre Existenz bevor.

Gefahr der Amerikanisierung Europas

Die neuen Formen der amerikanischen Wirtschaft (weitgehende Mechanisierung der Betriebe, Typisierung der Fabrikate, Vergesellschaftung und Vertrustung der Wirtschaftszweige, einheitliche Preisregelung) setzen sich auch in der übrigen Welt durch. Europa droht nicht nur das Schicksal, eine Wirtschaftsprovinz der Vereinigten Staaten zu werden, sondern auch die Gefahr, daß das europäische Geistesleben der Amerikanisierung anheimfällt.

Das sind Tatsachen, mit denen die europäische Welt rechnen muß. Sie muß darum Wege suchen, die abschüssige Bewegung aufzuhalten und aufzufangen. Nach diesen Feststellungen wird es klar, wie unsinnig die europäische Wirtschaftsparzellierung (s. Karte 47) ist. In der Massenfabrikation kann Europa aus Mangel an Betriebsmitteln niemals mit Amerika Schritt halten. Qualitätserzeugung muß ihr Ziel mehr noch als bisher sein. Ferner gilt es, die innere Kaufkraft des Landes zu heben, den Innenmarkt zu beleben und die Nationalwirtschaft zu kräftigen, deren Grundlage in Deutschland die Landwirtschaft sein und bleiben wird.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Macht des Öls

5. Für die britisch-amerikanische Spannung wird aber ein Faktor von großer Bedeutung werden, der leicht der politischen Wertung entgeht: der Besitz der größten Ölvorräte. Das Wort von Lord Curzon: „Die Verbündeten sind auf Wogen von Öl zum Siege geschwommen" weist darauf hin, wie bedeutsam der Übergang von der Kohlen- zur Ölfeuerung geworden ist. Ein Drittel der Welthandelsschiffahrt-Tonnage und sämtliche Kriegsschiffe haben heute Ölfeuerung. Für den zukünftigen Seekrieg wird der sichere Besitz großer Ölvorräte, also auch der Öllager, sehr wesentlich sein. Als eine ihrer Aufgaben sehen die Großmächte es daher an, solche Staaten, die im Besitz reicher Ölvorkommen sind, in irgendeine Art Abhängigkeit zu bringen. Der Wettbewerb der Mächte, der schon vor dem Kriege anhub, hatte daher auch die mannigfachsten Zusammenstöße und Verwicklungen zur Folge (russisch-englischer Gegensatz in Persien, nordamerikanische Ölpolitik in Persien und Einmischungen in Mittelamerika). Heute haben sich die Vereinigten Staaten die vor ihrer Tür liegenden Ölschätze Mittelamerikas vermöge friedlicher Durchdringung gesichert und würden jeden Eingriff einer fremden Macht in dieses Interessengebiet als Vorstoß gegen ihr eigenes Staatsgebiet mit Gewalt beantworten. Trotz des Besitzes dieser riesigen Öllager suchen sie noch andere Ölgebiete sich zu sichern (Persien, Mesopotamien). Weniger glücklich ist die Lage Großbritanniens, das aus Mangel an Ölvorkommen im eigenen Land auf die wirtschaftliche Beherrschung der mittleren und kleinen Ölmächte und auf die Sicherung seiner eigenen kolonialen, meist fremdem Zugriff preisgegebenen Ölgebiete achtgeben muß.

6. In der Entstehung der Großmächte und ihrer Ausweitung zu Imperien zeigt sich die politische Bedeutung der Verkehrstechnik (Eisenbahn, Dampfschiffahrt), denn diese erst hat jene Überwindung großer Räume und ihre Beherrschung zuwege gebracht (vgl. das sinnvolle System von Straßen- und Seeverbindungen im alten römischen Reiche).

Verflechtung der Erdteile

Die Eisenbahn hat Canada erschlossen, wie durch sie die politische Vereinheitlichung des ungeheuren Landgebietes der Vereinigten Staaten ermöglicht wurde. Die Eisenbahn wird Südamerika zu dem Lande großer wirtschaftlicher Möglichkeiten machen; sie hat den weiten russischen Raum geöffnet und Ansätze zu wirksamem Ausbau seiner ungeheuren Quellen geschaffen; sie ermöglicht während aller Jahreszeiten den Verkehr zwischen den verschiedenen Teilen des Reiches. In den Vereinigten Staaten wurden die Eisenbahnen (mit Ausnahme der Altkolonien, in denen die Bahnen auf den Spuren bestehender Verkehrsstraßen über große Städte und Verkehrsknotenpunkte gelegt sind) nicht durch wichtige Städte geführt, sondern Städte entstanden, weil die Eisenbahnen, die den Linien des geringsten Widerstandes im Gelände folgten, unvermeidlich an bestimmten Punkten, wie etwa Chikago, zusammentrafen und dort eine Stadtanlage sich am meisten empfahl. Ähnlich wurde die große transsibirische Bahn ein Kulturpfad, der den Eisenbahnschwellen folgend das europäische Rußland mit der pazifischen Küste verband. Die transkaukasische und transkaspische Linie erschlossen das alte Herz des Kontinents, das sich jetzt auf Grund seines Eisenbahnnetzes umzuwandeln begann. Das Aufkommen der Idee einer gemeinsamen indischen Nationalität fand durch die gesteigerte Verbindung von Volk zu Volk unvorhergesehene Förderung. Kleinasien, Mesopotamien und die Länder des nahen Ostens sind durch die Bagdadbahn nicht nur der wirtschaftlichen Erschließung und abendländischen Zivilisation nahegerückt, sie schöpften daraus auch den Antrieb zu nationaler Wiederverjüngung. Die gleiche Bedeutung erhielt der

Seeverkehr seit dem Bau von Dampfschiffen (beträchtliche Zeitersparnis, größere Transportfähigkeit und Sicherheit). Erst damit konnte das britische Weltreich zu seiner Größe und Bedeutung heranwachsen, war die höchste Nutznießung seines großen Kolonialreichtums sichergestellt.

Die moderne Technik hat die Wirtschaftskämpfe verschärft; ein dichtes Netz von Verkehrslinien umfaßt den ganzen Erdball. England fühlte seine Vorherrschaft durch den Wettbewerb anderer Mächte bedroht. Als gar auf deutsche Anregung ein Verbindungsweg von Konstantinopel zum Persischen Meerbusen gebaut wurde (Bagdadbahn), wurde das als Angriff auf den Bestand des britischen Reiches ausgedeutet. Die gleiche Auslegung erhielten die Anlage deutscher Kabellinien und der wachsende Ausbau der deutschen Schiffahrtslinien, ja man sah in den Bahnbauten in den deutschen Kolonien, die lediglich der wirtschaftlichen Erschließung dienten, Bedrohung britischen Kolonialbesitzes.

Verkehr und Politik

Der Weltkrieg hat durch die gewalttätige Abdrosselung der deutschen Verkehrsverbindungen und durch den Raub deutschen Überseebesitzes den deutschen Wettbewerb vernichtet. Jedoch andere Kräfte von großer politischer Triebkraft sind wirksam geworden. Man hat jetzt neue Verkehrsmittel von größerer Beweglichkeit: das Automobil, das Flugzeug, das Luftschiff. Die Nachrichtenübermittlung ist mit der Verbesserung des drahtlosen Verkehrs und dem Funkdienst der Möglichkeit gewaltsamer Eingriffe (Zerstörung der Kabel) entrückt. Die Herrschaft des Menschen über den Raum ist fast unbegrenzt. Mit Besorgnis beobachtet England jeden Ozeanflug eines Luftschiffes oder Flugzeuges, wenngleich es daraus wohl selber wieder neue Mittel zur Beherrschung seines Besitzes gewinnt. Das Flugzeug wird Waffe zur Beherrschung Arabiens (Umwandlung Adens aus einem Flottenstützpunkt zum Flugzeughafen) und der Indien vorgelagerten Schutzstaaten. Aber immer mehr entgleitet England die von ihm beanspruchte Vorrangstellung. Frankreich durchzieht sein afrikanisches Kolonialreich mit Eisenbahnen und Autostraßen. Flughäfen werden angelegt als militärische Sicherung und Ausgangspunkte französischer Kultur (Luftschifflinie Paris—Dakar; Senegambien—Brasilien). Die seestrategische Stellung Englands im Westmittelmeer ist durch die Gefahr eines gleichzeitigen Luft- und Wasserangriffs von Südfrankreich und Nordafrika gefährdet. Die mesopotamische Stellung ist von der Türkei, Syrien, Persien und im Rücken von dem Wahabitenstaat eingeengt. Die Entwicklung des chinesischen Verkehrsnetzes und der japanischen Seetechnik (U-Boote, Flugzeuggeschwader und Flotte) gefährden die Oststellung. Das dichte Eisenbahnnetz der Vereinigten Staaten, ihre Beherrschung des Panamakanals und die dadurch erreichte Verbindung beider Ozeanflotten, endlich ihre Machtstellung im Stillen Ozean dank ihrer Stützpunkte (Pearl Harbour, Hawai, Guam, Philippinen, Dutch-Harbour, Tutuila) haben Amerika in seinem Bereich vor dem englischen Nebenbuhler ein großes Übergewicht verschafft.

Verkehr, Wirtschaft und Politik sind inniger denn je miteinander verbunden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XLVII. Die Welt und Europa.

1. Die europäische Kleinstaaterei.
2. Die europäische Wirtschaftsparzellierung.
3. Weltmächte und Wirtschaftseinheiten.

Das Staatenmosaik Europas

1. Die Neuordnung Europas durch den Versailler Frieden hat eine mosaikartige Zerstückelung des europäischen Raumes zur Folge gehabt. Statt 21 Staaten der Vorkriegszeit zählt man heute 29; nur 10 von ihnen haben mehr Bewohner als der Großstadtbereich von Neuyork.

Das für die natürliche Grenzziehung vorgeschützte Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in Wirklichkeit nicht durchgeführt: 40 Millionen Menschen leben unter der Herrschaft fremder Völker. Während früher die europäische Mitte nur große Staaten umfaßte und sich die Nationalitätenkämpfe innerhalb der Staatsgrenze abspielten, sind jetzt durch die Zerschlagung der Großstaaten zwischen den kleinen Nationalstaaten mit ihren starken nationalen Minderheiten Reibungen geschaffen worden, die dauernd den Frieden gefährden.

Die Wirtschaftszersplitterung Europas

2. Nicht minder gefährdet ist die Wirtschaftslage Europas und der einzelnen Staaten.

Zum Schutze der Nationalwirtschaften hat Europa zu den vorhandenen Zollgebieten neue dazu erhalten, die Gesamtlänge der Zollmauern ist um 35 000 km gewachsen.

Entsprechend ist die Zahl der Währungen größer geworden. Um den Betrieb der einzelnen Wirtschaftskörper in Gang zn bringen und aufrecht zu erhalten, werden Anleihen aufgenommen, die eine zunehmende Verschuldung zur Folge haben.

Die Zerstückelung der europäischen Wirtschaft beeinträchtigt ihren Anteil an der Weltwirtschaft. Europa hat gegenüber Asien und Amerika sowohl als Absatz- wie als Bezugsmarkt erheblich an Bedeutung verloren (vgl. S. 170).

Die Wirtschaftszerspaltung Europas muß, im Rahmen der politischen Gesamtlage betrachtet, geradezu als verhängnisvoll für die nationale Selbständigkeit der Staaten bezeichnet werden. Die neuen nationalen Wirtschaftseinheiten, die ihre staatliche Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit durch das Schutzzollsystem sichern wollen, sind zu klein und bieten nicht die Voraussetzungen, die dem Zollschutz größerer autarkischer Wirtschafts- und Staatseinheiten zugrunde liegen. Das kleinräumige, zersplitterte, verarmte Europa kann sich nur noch mit Mühe der ansteigenden Wirtschaftskraft geschlossener Mächte erwehren. Infolge seiner Verschuldung und steten Durchsetzung mit amerikanischem Kapital wächst die Gefahr, eine Wirtschaftsprovinz der Vereinigten Staaten zu werden.

Diese Entwicklung läßt sich nur durch eine dauernde Befriedung des europäischen Festlandes vermeiden. Der Geist des Versailler Friedens, der aus Europa ein Trümmerfeld schuf, muß dem Willen ehrlicher Verständigung weichen.

Ein uneiniges, politisch und wirtschaftlich zerrissenes Europa muß dem zähen, gesammelten Macht- und Herrschaftswillen der Vereinigten

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Staaten erliegen. Wenn im Sinne einer wirksamen Abwehr der Paneuropa-Gedanke (hauptsächlichster Vertreter Graf Coudenhove-Kalerghi) ernsthaft erörtert wird, so treibt die Entwicklung tatsächlich in Richtung eines zwischenstaatlichen europäischen Zweckverbandes. Aber wenn der Paneuropaplan England und Sowjetrußland aus diesem Paneuropa ausschließt, Frankreich jedoch seine jetzigen Grenzen beläßt und sein afrikanisches Kolonialreich sogar hineinzieht, so kann es nur ein „großnapoleonisches Reich mit moderner Weitenerstreckung" sein: also ein Paneuropa mit militärischem und wirtschaftlichem Übergewicht Frankreichs. Zweifellos schwebt Briand bei seinem kürzlich (Juli 1929) veröffentlichten Plan, eine paneuropäische Konferenz einzuberufen, das gleiche Ziel vor. Solch ein Paneuropa wäre ebenso untragbar, wie jede andere Neuordnung Europas, die nicht der Volkspersönlichkeit volles Recht zuteil werden läßt, Achtung vor dem heiligen Recht jeglichen Volkstums hat. Doch bis dahin ist gewiß noch ein weiter Weg.

Neuordnung Europas

„Einem europäischen Kontinentalbunde müßte etwa die Aufgabe, auf folgenden Gebieten regelnd einzugreifen, zugestanden werden: Handel, Verkehr, Ausbeutung der Rohstoffe, europäische Währung und europäisches Recht, und zwar: Staatenrecht, Nationalitätenrecht, Wirtschaftsrecht. Ein solcher zweckbegrenzter Verband wäre überhaupt erst imstande, wirkliche Nationalstaaten auch in Gebieten weitgehender Völkerverzahnung zu ermöglichen. Jedes Volk könnte im eigenen Staate unter seinem eigenen Rechte leben, jeder Nationalstaat die Lebensform für sein Volk werden, das sich die ihm passende föderative oder einheitliche Regierungsform selbst geben könnte."

Selbst für eine paneuropäische Wirtschaftsgemeinschaft ist die europäische Staatenwelt noch nicht reif. Man ist noch blind der über das Weltmeer kommenden Gefahr gegenüber. Die Not muß noch größer und brennender werden — so scheint es —, bis die Vernunft sich gegen alle Eifersucht und Haßgefühle der europäischen Staaten durchsetzt und eine planmäßige Zusammenarbeit im Sinne einer organischen Ordnung der europäischen Kräfte gewährleistet.

XLVIII. Deutschland und Europa.

1. Das mitteleuropäische Eisenbahnnetz.
   Das mitteleuropäische Flugverkehrssystem.
   Die mitteleuropäischen Wasserwege.
   Die Bodenschätze in Mitteleuropa.
2. Die Industriebezirke in Mitteleuropa.
3. Die deutsche Kultur und ihre Auswirkung.

Deutschland - Brennpunkt des europäischen Problems

„Daß Deutschland heute wieder der Brennpunkt des europäischen Problems ist, fühlen nicht allein die Völker des Ostens, sondern wissen auch die Herrschervölker des Westens". (Ferrero.) Diese unsichtbare Vormachtstellung Deutschlands im mitteleuropäischen Raume ist geschichtlich und geographisch (Mittellage) begründet und beruht auf der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfteballung, die sich in Deutschland immer wieder und so auch heute trotz aller Verstümmelung und Verarmung entwickelt. Das deutsche Volk ist auch heute noch das Großvolk Mitteleuropas. Von 81 Millionen Deutschen in Mitteleuropa leben 73 Millionen im geschlossenen Siedlungsgebiet, 62 Millionen im Deutschen Reich, bei 144 Millionen Gesamtbevölkerung Mitteleuropas.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Gunst der Verkehrslage

Wirtschaftlich ist Deutschland durch eine überaus günstige Verkehrslage ausgezeichnet. Von 24 internationalen Linien Europas führen 11 durch Deutschland. Die küstenarmen und -fernen Mittel- und Kleinstaaten Zwischeneuropas sind mithin auf den deutschen Durchgangs- und Verbindungsverkehr angewiesen. Von 63 730 km Bahnlänge vor dem Kriege sind dem deutschen Verkehrsnetz 57 640 km verblieben. Damit übertrifft Deutschland noch immer die Bahnlänge jedes andern europäischen Landes. Die west-östlichen Querverbindungen laufen sämtlich durch Deutschland. Ebenso besitzt Deutschland ein vortreffliches und im weiteren Ausbau sehr leistungsfähiges System von Binnenwasserstraßen. Zwar hat die Internationalisierung der wichtigsten Wasserstraßen (alle Flüsse außer der Ems und Weser) gegenwärtig das deutsche Verfügungsrecht stark eingeschränkt, entscheidender aber als fremdes Verwaltungsrecht bleibt für die Zukunft doch die Tatsache, daß die Flüsse durch deutsches Land fließen. Auch hier werden die im Ausbau befindlichen Querverbindungen Rhein-Ems-Weser-Elbe-Kanal mit ihrer Fortsetzung über Brandenburg bis zur Oder als West-Ost-Linie und der Rhein-Main-Donau-Kanal als West-Südost-Linie ihre Bedeutung für Osteuropa erweisen. Für den Flugzeugschnellverkehr ist Deutschland geradezu beherrschend in seiner Mittellage. Das „Luftkreuz" Berlin ist der größte und bedeutendste Lufthafen Europas. Einen ähnlichen Aufschwung zeigt das deutsche Fernkabelnetz. Die Bodenschätze des Deutschen Reiches waren die Grundlage einer beispiellosen industriellen Entwicklung und gaben Deutschland seine Weltgeltung vor dem Kriege. Überschuß an Bodenschätzen hatte Deutschland allerdings nur in Kohle und Kali. Die übrigen Bodenschätze decken nicht im entferntesten den Bedarf der deutschen Industrie.

Die Grenzlage der wichtigsten Lagerstellen wurde der deutschen Wirtschaft zum Verhängnis. Das größte deutsche Eisenerzlager, das Minettegebiet in Lothringen, wurde durch den Frieden Frankreich zugesprochen, das damit an den Aufbau seiner Wirtschaft gehen konnte. Frankreich erreichte auch die Zerreißung des oberschlesischen Beckens mit seinem Kohle-, Erz- und Zinkvorkommen. Die finanzielle Beherrschung der jungen polnischen Industrie sicherte Frankreich die Nutznießung dieser polnischen Erwerbungen in Oberschlesien. Ebenso kommt die Abtrennung des Saargebiets Frankreich zugute.

Wirtschaftlicher Wiederaufbau Deutschlands

Wenn trotz solcher Verluste die wirtschaftliche Macht Deutschlands wieder im Aufstieg begriffen ist, so dankt es das den Fortschritten der Technik und besonders der Chemie. Die Braunkohle erhält in steigendem Maße die Bedeutung eines wertvollen Steinkohlenersatzes. Da ihr Abbau leichter und billiger geschieht, ist die Braunkohlenförderung stark gestiegen. Von 1913 mit 85 Millionen bis 1926 mit 136,8 ist eine Zunahme von 51,8 Mill. t erzielt worden (vgl. S. 169). Die Kohle lagert in Schichten bis zu einer Mächtigkeit von 100 m oft dicht unter der Erdoberfläche vorwiegend in den steinkohlenarmen Gebieten Mitteldeutschlands. Durch Erzeugung elektrischer Kraft ermöglichen sie den Ausbau eines Großkraftnetzes über weite Gebiete, besonders auch solche, die über keine Wasserkraft verfügen. Dank dem neusten Verflüssigungsverfahren (durch Fischer

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

und Bergius) werden heute aus Stein- und Braunkohle in Deutschland auch Öl, Benzol und andere wichtige Stoffe erzeugt, die Deutschland nicht nur von der Einfuhr unabhängig machen, sondern auch ein neues Ausfuhrgut bilden. — Auch die deutsche Stickstoff- und die Kunstseidenindustrie haben einen gewaltigen Aufschwung genommen.

Während vor dem Kriege der Westen Deutschlands immer mehr der Mittelpunkt der deutschen Industrie zu werden schien, ist heute dank der Fernleitung der elektrischen Kraft die Entwicklung zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Industrie übergegangen. Damit öffnen sich befreiende Aussichten auf sozialen Ausgleich, Abwendung der bedrohlichen Landflucht und eines Übergewichts der Großstädte. Die Bodengebundenheit der Standortindustrie wird für manche Industriezweige weiterbestehen bleiben, aber auch hier wird der Ausbau des Verkehrsnetzes noch manche Änderungen herbeiführen.

Demgegenüber stehen freilich die schweren Tributlasten, die große Verschuldung unserer Wirtschaftsbetriebe, der Landwirtschaft wie der Industrie, die starke Verengung des Weltmarktes, die den Absatz unserer Erzeugnisse sehr erschwert. Unendlich mühsam wird der Weg zu neuem Aufstieg jedenfalls sein.

Der Hauptbestand an den für die heutige Wirtschaft wichtigen Bodenschätzen liegt im Kern und an den westlichen Randgebieten Mitteleuropas. Der Osten ist vorwiegend Agrarland. Die hohe Entwicklung der zunächst standortlichen Industrie in jenem westlichen und mittleren Kernraum hat diesem einen Vorsprung vor dem Osten gesichert, der kaum einzuholen ist. Hinzu kommt die Eignung der Bevölkerung für gewerbliche und technische Betätigung. Auch hier zeigt sich die besondere Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Deutsche Bauern, Handwerker, Techniker, Bergleute haben im Mittelalter die deutsche Kultur nach dem Osten getragen. Sie sind dort auch jetzt wieder auf allen möglichen Gebieten tätig.

Bedeutung der europäischen Mittellage Deutschlands

Mitteleuropa ist eine Raumeinheit. Deutschland kann für den Aufbau der osteuropäischen Wirtschaftskörper wieder wertvollste Hilfe leisten und muß darin seine besondere Aufgabe sehen. Sie liegt in der Richtung seiner lagebedingten kontinentalen Entwicklungslinie.

„Deutschlands Zukunft liegt auf dem Lande" (R. Kjellén).

Der Verlauf der deutschen Geschichte ist von der binnenländischen Lage des deutschen Staatsraumes bestimmt. Meer und Küsten haben sie verhältnismäßig wenig beeinflußt. Die Nordseeküsten und die Rheinmündungen schieden früh aus, da die das Marschland besiedelnden Friesen mit den im rückwärtigen Hinterland sitzenden Sachsen verfeindet waren. Die Friesenstädte blieben der Hansa fern, und die Städte des holländischen Marschlandes gerieten bald in Kampf mit ihr. Die Macht der Hansa stützte sich vornehmlich auf die Ostseeküste und umfaßte nur die Städte des nördlichen Küsten- und Flachlandgürtels bis zur mitteldeutschen Gebirgsschwelle. Die kontinentale Hauptmasse, der Kern Deutschlands (die Rheinlande und Oberdeutschland), stand der maritimen Politik fern, und da auch die ohnmächtige Reichsgewalt sie ohne staatliche Führung und Unterstützung ließ, war ihre Blüte nur von kurzer Dauer. Auch der italienischen Reichspolitik des mittelalterlichen Kaisertums fehlte der Drang zum Meere; sie verfolgte rein kontinental-imperialistische Ziele. Der Handel vermittelte nur zu Lande den Warenverkehr von Italien nach Nordwestdeutschland. Genua und Venedig

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

konnten zu beiden Seiten der großen Kaiserheerstraße die Selbständigkeit ihrer Seestadtstaaten aufrichten. Als seit dem Kaisertum der Habsburger der geopolitische Schwerpunkt des deutschen Staates in das Wiener Becken rückte, schloß sich das Deutsche Reich noch mehr vom Meere ab. Der Raub der deutschen Flußmündungen im Jahre 1648 verstärkte die kontinentale Natur des deutschen Staatskörpers.— Erst die seenahe Lage Preußens lenkte den Blick und das Streben allmählich auf das Meer. Aber abgesehen von den ersten bald wieder verlorengegangenen Kolonialgründungen des Großen Kurfürsten ließ sich die preußische Politik (auch Friedrichs des Großen) lediglich von den kontinentalen Rücksichten des Zweifrontenproblems leiten, bis erst nach der Gründung des neuen Deutschen Reiches der deutsche Imperialismus sich seinen Weg auch über die Weltmeere suchte. — Aber noch Bismarcks Politik war ganz kontinental eingestellt. Mit Recht sah er in der Landseite „die Schicksalsseite" Deutschlands. Die Grenzen sind im Westen und Osten offen, eingeschlossen von Romanen und Slaven. Deutschland hat an beiden Fronten von jeher um seinen Raum kämpfen müssen („kontinentales Zweifrontenproblem"). Karl der Große schützte sie durch Marken. Die Sachsenkaiser trugen den Angriff im Osten gegen Slaven und Ungarn vor. Noch waren freilich die benachbarten Staaten im Osten und Westen machtlos und konnten die staatliche Machtentfaltung Deutschlands nicht wesentlich hindern. Sie wandte sich auch nach Süden, obwohl die italienische Reichspolitik über den Alpenschutzwall und in der Auseinandersetzung mit der hochentwickelten Kultur Italiens nicht in der Linie des geringsten Widerstandes lag und damit den Raumgegebenheiten Gewalt antat. Die Mittellage regt eben zu außenpolitischer Betätigung nach verschiedenen Seiten an, führt dadurch freilich zu einer Zersplitterung der Kräfte. Das Ergebnis war ein Versagen der Ottonischen Politik, dann ein völliger Zusammenbruch der Hohenstaufenmacht, zumal mit dem außenpolitischen Dualismus sich innere Gegensätze (Staufer — schwäbische Südpolitik, Welfen u. a. — Oststreben) verbanden. Der natürliche Zug der deutschen Ausweitung geht in westöstlicher Richtung, entsprechend der nach Osten zu breiter werdenden Erstreckung des norddeutschen Flachlandes. In dieser Richtung hat die Ostbewegung des deutschen Volkes ihre großen Kolonisationserfolge. Sie wurde durch das verirrte raumpolitische Streben nach Süden der italienischen Politik verhängnisvoll gehemmt. — Im 15. Jahrhundert wurde das kontinentale Zweifrontenproblem von neuem brennend, bezeichnet durch den Kampf des großpolnischen Reiches gegen den Ritterorden, die tschechische Nationalbewegung und das beginnende Vordringen Frankreichs zum Rhein (nach Beendigung des 100jährigen Krieges mit England). Der Angriff, im Osten erfolgreich, scheiterte zunächst im Westen (Zusammenbruch des burgundischen Zwischenreiches Karls des Kühnen). Aber im 30jährigen Kriege und in den Raubkriegen Ludwigs XIV. wurde auch die Westfront eingedrückt, gleichzeitig griffen die Türken, als Bundesgenossen Frankreichs, von Osten her an (1683).

Unter dem Zweifrontendruck gab Habsburg seine Rheinstellung (Westfront) auf und verlegte seine Stoßkraft in südöstlicher Richtung nach dem Balkan und in südlicher nach Italien (Adria-Mittelmeerstellung). Metternich schloß diese Entwicklung, die Loslösung Habsburgs vom deutschen Staatsraum, 1815 ab, indem er die letzten habsburgischen Besitzungen am Oberrhein und in Belgien gegen Venetien und die Lombardei eintauschte. Wieder kreuzt eine Südrichtung die westöstliche Schicksalslinie Deutschlands. — Dafür übernimmt Preußen die Verteidigung der West- und Ostfront. Zu dem Dualismus zwischen Österreich und Preußen über die Lösung der deutschen Frage kommt das lagebedingte entgegengesetzte Streben zum Meer, Österreichs südwärts zur Adria, Preußens nordwärts zur Nord- und Ostsee. Der deutsche Bund war durch dieses Gegeneinanderstreben zur Ohnmacht verurteilt. Die deutsche Frage konnte nur das dem deutschen Staatskörper raumverbundene Preußen in kleindeutschem Sinne lösen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der raumpolitische Dualismus Deutschlands

Das kontinentale Zweifrontenproblem bleibt auch für das neue Deutsche Reich die Lebensfrage. Mit dieser klaren Erkenntnis und seiner genialen Meisterung konnte Bismarck 1866 und 1870 die großen Erfolge erreichen und durch sein Bündnissystem Deutschland und Europa den Frieden sichern. Einer Festigung der kontinentalen Stellung diente auch die Orientpolitik (Türkei).

Die nachbismarcksche Außenpolitik nahm noch eine neue Richtung auf. Dem Streben über das Meer hinaus, der Forderung nach verstärkter Seegeltung trug die Flottenpolitik und der deutsche Imperialismus Rechnung. Dadurch wurde jedoch abermals ein außenpolitischer Dualismus geschaffen, der die deutschen Kräfte wiederum zersplitterte und ihre Leistungsfähigkeit überstieg, zumal es dem inneren Staatsaufbau noch an der nötigen Festigkeit und Geschlossenheit fehlte. Auch die Unbeständigkeit und Unsicherheit der deutschen Außenpolitik seit 1890 findet dadurch ihre Erklärung. Wenn die Geschichte Lehrmeisterin der Politik sein soll, so dürfte die kurze Übersicht folgendes Ergebnis haben:

„Deutschland ist nur, wenn es stark ist" (Ratzel). Machtpolitik, Pflege der Wehrhaftigkeit ist bei der kontinentalen Zwischenlage gewiß nicht eroberungslüsterner Militarismus, sondern eine nackte Lebensnotwendigkeit zur Verteidigung des Lebensraumes, zur Wahrung staatlicher Selbständigkeit. Nur ein freies, seiner Eigenart bewußtes Volk kann sein Volkstum gegen Überfremdung schützen und seine Kulturmission in der Welt erfüllen.

Die kontinentale Schicksalsbestimmung Deutschlands

Die Grundlage des deutschen Staatsraumes ist kontinental. Überseeische Bestrebungen müssen den Forderungen binnenländischer Raumgebundenheit untergeordnet bleiben. Maritime und kontinentale Außenpolitik nebeneinander müssen scheitern, zumal wenn es noch an der nötigen staatlichen Einheit und Festigkeit fehlt. Ob die Politik von den beiden Fronten den Osten oder den Westen bevorzugen soll, läßt sich geschichtlich kaum entscheiden.

Mitteleuropa eine Einheit

Der mitteleuropäische Raum ist eine geopolitische Einheit. Deutschland ist nach Lage, wirtschaftlicher und kultureller Leistung berufen, im Sinne der kontinentalen Bündnispolitik Bismarcks die Kräfte dieses Mittraumes zusammenzufassen. Gerade weil von Deutschlands militärischer Ohnmacht keine imperialistische Machtpolitik zu befürchten ist, auf der andern Seite aber Wirtschaftsversklavung durch Frankreich oder Amerika droht, müßte vernünftige Einsicht die Wege für eine gesunde mitteleuropäische Politik freimachen. Aber wirtschaftlicher Zusammenschluß aus reinen Zweckmäßigkeitserwägungen wäre und bliebe Teillösung, wenn sie nicht vom Willen zu politischer und kultureller Verständigung getragen würde. Eine Selbstbesinnung der befreiten Völker Ost- und Südeuropas ist notwendig.

Beherrschung der Mitte – die europäische Frage

Frankreichs politische Führung und Kulturpolitik im Osten geht von dem klaren Bewußtsein aus, daß Mitteleuropa eine Raumeinheit ist, die von Deutschland oder gegen Deutschland gestaltet werden muß. Es handelt sich also darum, wer den Raum formt, ihn beseelt. Lernt das deutsche

Volk sich wieder als Volk fühlen, so wird es auch seinen Raum wahrnehmen, sich seiner mitteleuropäischen Aufgabe gewiß werden.

XLIX./L. Volk und Raum.

XLIX. 1. Volksdichte in Europa.
2. Wanderbewegung in und nach Europa.
3. Volksdichte in Deutschland.
4. Die Lebendgeburten in Europa.
L. 1. Völkerwanderungen der Gegenwart.
2. Erfüllte und offene Räume.

Volkskraft als politischer Faktor

Neben den macht- und wirtschaftspolitischen Fragen kann auch die Bevölkerungsbewegung für ein Volk schicksalsbestimmend sein. Einer gesunden Bevölkerungspolitik kommt damit große Bedeutung zu. Die Deutschen haben eigentlich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Wichtigkeit dieser Frage erkannt. Die Bedeutung eines Staates oder eines Volkes hängt zwar gewiß nicht ausschließlich von seiner Bevölkerungszahl ab. Denn es leben zahlenmäßig sehr starke Völker auf der Erde, deren politische Bedeutung verhältnißmäßig gering ist (Chinesen, Inder, Neger). Fähigkeit zu staatlicher Organisation, Hingabe an ideale Ziele, wehrhafter Geist, wirtschaftliche Tüchtigkeit bestimmen die politische Geltung eines Volkes. Aber zwischen einigermaßen gleichgearteten Völkern, die nebeneinander wohnen — wie die abendländischen — ist doch die Zahl einer der wichtigsten Kraftmesser.

Bevölkerungsschwund geht natürlich auf tieferliegende Ursachen zurück, die verschiedener Art sein können. So ist der Niedergang der Bevölkerungsziffern im Altertum in physischer und sittlicher Entartung begründet. Verlust der griechischen Freiheit und Untergang des römischen Reiches war die politische Folge. In Irland hat die gewaltsame englische Unterdrückungspolitik die irische Bevölkerung aufgerieben. (Um 1800 hat Irland mehr als die Hälfte der englischen Bevölkerung, 1850: Irland 6½, England 20 Mill., 1900: England 32 Mill., Irland 4½ Mill.; 1922: England 38 Mill., Irland 4½ Mill.)

Andererseits geht der politische Aufstieg der Vereinigten Staaten Hand in Hand mit einer ständigen Bevölkerungszunahme. Geburtenüberschuß, verminderte Sterblichkeit, starke Einwanderung wirken zusammen. Bei den einzelnen Rassen liegen die Verhältnisse aber verschieden. Die Geburtenziffern sind am schwächsten bei den „hundertprozentigen" Amerikanern (d. h. denen von angelsächsischer Herkunft) und am stärksten bei der Negerbevölkerung. Während das rasche Anwachsen der weißen Bevölkerung auf der starken Einwanderung beruht, ist das Ansteigen der Negerbevölkerung seit Jahrzehnten fast nur durch Geburtenüberschüsse erfolgt (Neger 1800: rund 1 Mill.; 1920: rund 10,5 Mill.).

Aus dem stärkeren Wachstum einer andersrassigen Bevölkerung entstehen innerpolitische Gefahren. Diese sind in der südafrikanischen Union noch wesentlich größer: Dort war

das Verhältnis der Weißen und Schwarzen vor fünfzig Jahren 300 000 zu 2 500 000. Heute zählt die weiße Bevölkerung (in der Hauptsache durch Zuwanderung verstärkt) 1 500 000 Menschen, die farbige aber ist trotz verheerender Seuchen auf 5 500 000 Köpfe gewachsen. Nach einer Schätzung ist für das Jahr 1974 mit dem Verhältnis 4 000 000 : 27 000 000 zu rechnen. Nun bilden in der südafrikanischen Union die Farbigen durchaus nicht mehr eine stumpfe Masse, viele sind vielmehr in verantwortliche Stellen gerückt. Die soziale Mißachtung und politische Knechtung durch die Angelsachsen verschärfen die Spannung zwischen den Rassen.

Auch in Europa sind rassenmäßig begründete Wachstumsunterschiede festzustellen und wirken sich außenpolitisch aus.

Das Wachstum Rußlands und das Absinken Frankreichs ist am auffallendsten. 1800 war Frankreich noch das volkreichste Land neben Rußland. 1830 behauptete es mit Mühe seinen zweiten Platz, 1860 wird es von Deutschland überflügelt. 1890 auch von Österreich-Ungarn, 1920 steht Frankreich an 5. Stelle; England und Italien haben es überholt, obwohl Frankreich 1919 durch 1,5 Mill. Elsaß-Lothringer (zu mehr als 90 % deutschen Volkstums!), ferner durch Einwanderung von Schweizern, Luxemburgern, Vlamen, Italienern, Spaniern, Polen, Berbern und Negern aufgefüllt wird. Heute zählt Frankreich bei einer Gesamtbevölkerung von 39 Mill. Menschen 34 650 000 (89,3 %) Franzosen, rund 4 150 000 (10,5 %) Nichtfranzosen.

Die Geburtenzahl geht bei fast allen europäischen Kulturvölkern zurück. Aber die Völker des Ostens, die Slaven, sind davon noch unberührt.

Geburtenrückgang in Deutschland

Kein Staat befindet sich volkspolitisch in einer solchen Gefahrenlage wie das Deutsche Reich, das, von drei Seiten von feindlichen Nachbarn umgeben, heute nur noch in einer ungebrochenen Volkskraft die Gewähr für seine politische Selbstbehauptung hätte. Diese deutsche Volkskraft, die in rund 4 Jahrzehnten (1871 bis 1914: 41 Mill. bis 68 Mill.) eine Zunahme von 27 Mill. Einwohnern zuwege brachte und sogar noch rund 2,5 Mill. an andere Nationen abgeben konnte, ist heute krank. Der gewaltige Aderlaß des Krieges hat rund 2 Mill. Männer dahingerafft, fast 1 Mill. Zivilbevölkerung durch die Hungerblockade vernichtet und 3 Mill. Kinder ungeboren sein lassen, er löste 6,5 Mill. = $^1/_{10}$ der deutschen Volksgenossen mit dem abgetrennten Gebiete vom Muttervolk (= 12 bis 13 Mill. Gesamtverluste). Heute jedoch droht eine noch weit schlimmere Gefahr in dem geschwächten Vermehrungswillen des Volkes. Denn kein Volk stirbt eigentlich aus, es wird „ausgeboren". Im Jahre 1900 trafen im Deutschen Reich auf 1000 Einwohner noch 35,6 Lebendgeburten, 1925 nur noch 20,7, 1926: 19,5 und 1927: 18,3 (Frankreich: 1927: 18,2 und England-Wales: 16,7). Geradezu erschreckend ist die Abnahme der Geburten in den Städten. Durchschnittlich entfielen in den Großstädten auf 1000 Einwohner 1926: 14,1; 1927: 13,2; in Berlin nur 9,9. Aber zur bloßen Erhaltung des Bevölkerungsstandes sind nach den jetzigen (günstigen) Sterblichkeitsverhältnissen rund 17 Geburten erforderlich, bei einer durchschnittlichen Lebensdauer eines neugeborenen Kindes von rund 50 Jahren. Der Geburtenüberschuß ist von 8,8 (1925) auf 7,9 (1926) und 6,3 (1927) zurückgegangen [547 808 (1925), 493 541 (1926),

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

402 949 (1927)]. „Das deutsche Volk ist somit seiner Lebens- und Wachstumsgrenze bereits bedenklich nahegerückt." In den Großstädten sterben mehr Menschen als geboren werden, die großstädtische Bevölkerung wächst zwar ständig, aber ihre Zunahme erklärt sich aus der ständigen Zuwanderung vom Lande her. Jedoch auch auf dem Lande gehen die Geburtenziffern in erschreckendem Maße zurück (1913: 32, 1926: 23 v. T.).

Landflucht im Osten und slawische Unterwanderung

Das Land und besonders der deutsche Osten wird durch die Landflucht immer mehr von deutschem Bauernvolk und deutschen Landarbeitern entblößt und damit der Verödung oder der slawischen Unterwanderung (polnische Wanderarbeiter) preisgegeben — beides gleich verhängnisvoll. In Rußland liegt die Geburtenziffer noch über 40, in Polen zwischen 30 und 40, in der Tschechoslowakei zwischen 20 und 30, in Italien bei 30 v. T. Dieser bevölkerungspolitische Überdruck auf die menschenarmen deutschen Ostgrenzen ist eine Gefahr, die von der großen Öffentlichkeit gänzlich übersehen wird. Nicht nur aus wirtschafts- und sozialpolitischen, sondern vor allem aus volkspolitischen Gründen müßte der Staat die Landflucht bekämpfen, die deutsche Bevölkerung durch kluge Siedlungspolitik an ihre heimische Scholle fesseln. Nur ein wirksamer Bauernschutz im Verein mit einer großzügigen Ansiedlung von Landvolk kann den deutschen Volksboden im Osten wieder festigen.

Völkerwanderungen als Ausgleichsbewegungen

Die sogenannte Völkerwanderung wird heute vielfach als der große Ausgleichsvorgang zwischen den klimatisch ungünstigen, übervölkerten Ländern im Norden des Mittelmeerbeckens und dem untervölkerten römischen Reich aufgefaßt.

Solch ein „Völkergefälle" können wir in Afrika vom Nil zum Kongo, in Amerika von der Ost- zur Westküste verfolgen. Von der zentralasiatischen Steppe sind die gewaltigsten Völkerstürme über Asien und Europa dahingebraust. Auch in der Gegenwart vollziehen sich große Bevölkerungsbewegungen, wenn auch in anderer Form (Unterwanderung), so doch auch zum Zwecke eines Bevölkerungsausgleiches. England schuf sich in seinem Überseebesitz bald Neusiedlungsland für seinen Bevölkerungsüberschuß. Dem deutschen Volke waren natürliche Ausläße durch die Aufteilung des europäischen Raumes unter die Großmächte versagt. So blieb nur der Weg in die fremden Überseegebiete. Millionen deutscher Menschen gingen aus Mangel an eigenen Siedlungskolonien dem deutschen Volke verloren (Kulturdünger!).

Im 19. Jahrhundert haben 30 Millionen Europäer jenseits des Ozeans eine neue Heimat gesucht und gefunden, viele weitere Millionen für lange Jahre ihren Lebensunterhalt in Übersee verdient, um dann zurückzukehren. Die weiße europäische Rasse hat auf diese Weise die ganze Welt europäisiert, mehr als ein Viertel (fast 150 Mill.) sitzen in den übrigen Erdteilen, Amerika und Australien gehören ihr fast ausschließlich (Europa 433 Mill., Amerika 139, Australien und Südsee 6,7, Afrika 3,1, Asien 0,8).

Europas Vorherrschaft ist aber durch den Weltkrieg erschüttert. Die schwersten Kämpfe stehen ihm noch bevor, denn Europa bleibt hinter

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

der steigenden Bevölkerungsziffer der übrigen Kontinente weit zurück. Das beweist die zahlenmäßige Zusammenstellung der Bevölkerungsbewegung für die einzelnen Erdteile.

Abfall der europäischen Bevölkerungsziffer

	Einwohner in Millionen		Zuwachs in %
	1913	1925	
Europa	497,8	504	1,2
Nordamerika	104,3	124,4	19,4
Mittelamerika	29,8	31,8	6,5
Südamerika	56,2	68,6	22,0
Afrika	134,5	143,7	6,8
Asien	959,1	1 003,5	4,6
Ozeanien	7,6	8,8	15,6
Zusammen:	1789,3	1884,7	76,1

Auch die Gütererzeugung Europas hält mit der eigenen Bevölkerungsvermehrung und mit den Leistungssteigerungen der anderen Erdteile nicht gleichen Schritt. Wird der Geburtenrückgang gar eine Dauererscheinung, so schwindet jede Aussicht, einen Ausgleich für die verminderte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas zu schaffen.

Der bevorstehende Rassenkampf der Weißen u. Farbigen

Heute werden die Siedlerströme europäischer Völker, die den Erdball überzogen, von denen farbiger Völker abgelöst. Inder, Chinesen, Japaner überqueren Meere, um Neuland zu suchen. Im Zeitalter des Verkehrs schrumpfen die Entfernungen zusammen, werden Weltmeere Binnenseen mit Küste und Gegenküste. Da aber die Welt nach dem Willen der Herrschervölker aufgeteilt ist, sind großräumige Ausgleichsvorgänge in der Gegenwart ebensowenig frei von politischer Bedeutung, wie in dem kleinräumigen Europa. Zu dem Kampf der Staaten gesellt sich heute der Kampf der Völker, und dem Willen der europäischen Herrschervölker, den Bestand ihres Weltbesitzes zu behaupten, steht die größere und zähere Lebenskraft der farbigen Rassen entgegen.

Die gelben Völker Chinas und Japans sitzen viel zu eng zusammengedrängt. Neues Siedlungsland ist für sie lebensnotwendig. Japan mit 63 Mill. Einwohnern hat eine Bevölkerungsdichte von 157 auf 1 qkm und eine Bevölkerungsvermehrung von rund 1 Mill. im Jahre. Südlich von Japan locken die menschenleeren Flächen Australiens, das bei 6,1 Mill. Einwohnern eine Bevölkerungsdichte von nur 1,0 aufweist, das aber von der sozialistischen Regierung fremden Einwanderern fast gänzlich verschlossen gehalten wird. Wie wird der bevorstehende Kampf zwischen Weißen und Gelben in Australien ausgehen?

„Raum für alle hat die Erde"

Die Vermehrung der Menschheit wird auch in Zukunft mindestens ebenso stark sein wie im 19. Jahrhundert. Seit 1913 ist die Bevölkerung der Erde um mehr als 100 Mill. gestiegen, zur Zeit wächst sie jährlich um 18 Mill. Sie ist jedoch in Hinsicht auf die Ernährungsmöglichkeit der Erdflächen sehr ungleichmäßig verteilt. Die bisherige Ausnutzung der Tragfähigkeit der verschiedenen Lebens-

räume ist aus der graphischen Darstellung ersichtlich. Aber die Erde vermag noch 4- bis 5mal soviel Menschen wie heute zu tragen. Prof. Penck hat den größtmöglichen Bevölkerungszuwachs auf mindestens 8 Milliarden errechnet, der in zwei bis drei Jahrhunderten erreicht sein könnte. Europa jedoch hat die äußerste Grenze der Bevölkerungsdichte fast erreicht, dagegen bieten die Tropen bei planmäßiger Erschließung und Nutzbarmachung einem Bevölkerungszuwachs viel Spielraum.

Lebenskraft und Recht auf Lebensraum

Wenn auch die Herrschaftsgewalt der weißen Völker noch andauern und der Kampf um die Macht über die Erdräume von ihnen durchgefochten werden wird, so haben doch schon farbige Völker erfolgreiche Versuche zur Abgrenzung ihrer Lebensbezirke gemacht und sie machtpolitisch zu gestalten gewußt. Vor allem aber sind die meisten tropischen und subtropischen Besitzungen einer Besiedlung durch Weiße verschlossen. Sie sind von Natur aus den schwarzen, braunen und gelben Rassen vorbehalten, die Ausfüllung dieser Räume durch die vordringenden Farbigen ist nicht aufzuhalten. Der Zeitpunkt der Herrschaftsablösung durch die Völker, die den Boden bebauen, ergibt sich dann aus dem Grad der Schwächung, den die Herrenvölker durch Stillstand oder Rückgang der eigenen Volksvermehrung erleiden. Die Weltgeschichte wird solche unnatürlichen Schranken hinwegfegen und den Völkern starker Vermehrung den von ihnen benötigten Raum zuweisen. Es gibt nicht nur eine friedliche Durchdringung der Wirtschaft und Politik, sondern auch der Völker, das ist das Machtmittel, das den farbigen Völkern gegeben ist. „Das chinesische Volk, heute durch innere Wirren zerrissen und zumindest seit Beginn unserer Zeitrechnung immer wieder von kriegerischen Nachbarvölkern erobert und beherrscht, vermochte nicht nur die jeweilige Fremdvolkschicht aufzusaugen oder, wie die Mandschukaste, zur Bedeutungslosigkeit allmählich herunterzudrücken, sondern es war dank seiner rascheren Volksvermehrung sogar imstande, die Heimatländer dieser erobernden Nachbarn, die Mongolei und die Mandschurei, langsam zu chinesischem Land zu machen. Heute zählt das chinesische Volk schon fast 450 Millionen, das mongolische nur noch 3 Millionen.“ Im Kampf ums Dasein, um Sein oder Nichtsein, wird keine Rücksicht auf Leistungen der Vergangenheit gelten, sondern nur die Lebenskraft und der Machtwille der Gegenwart sich durchsetzen.

Forderung der Einheit von Staat und Volk

Erde und Mensch, Erdteilkämpfe, Staat, Volk und Raum stehen im Mittelpunkt unseres politischen Denkens. Welten ringen miteinander. „Denken in Kontinenten“ ist nötig, um das weltgeschichtliche Geschehen zu verstehen, und erst recht, will man seinen Verlauf irgendwie beeinflussen. Staaten und Völker in der Verbundenheit mit ihrem Lebensraum sind die entscheidenden Faktoren in diesem Kampfe. Die Stärke ihrer Lebenskraft, die ihnen nicht zum wenigsten aus dem angeborenen Raum zuströmt, bestimmt seinen Ausgang. Staat und Volk sind heute aber vielfach im Widerstreit. Staatlicher Machtwille und Machthunger greift über die Grenzen des Staatsvolkes hinaus und vergewaltigt fremdes Volkstum. Die Einheit von Staat und Volk zu erringen, ist heute höchster Gedanke und letztes Ziel selbstbewußten völkischen Lebens. Stärker denn je verlangt der Gedanke der freien Selbstbestimmung der Völker seine Verwirklichung. Im deutschen Volke kündet sich das Wieder-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

erwachen eines gesamtdeutschen Volksbewußtseins und das Streben nach seiner politischen und rechtlichen Sicherung trotz aller Zerissenheit immer deutlicher an. Die Gefahr einer einseitigen Staatsgläubigkeit, die vor 1914 das Hineinwachsen des Volkes in den obrigkeitlichen Staat verhinderte, scheint heute überwunden; in der grenzenlosen Not des Zusammenbruchs erlebte das deutsche Volk seine Einheit. So konnte es seelisch nicht vernichtet werden, vielmehr ist aus dem erstarkten Volksgedanken ein neues Bekenntnis zum Staat erstanden. Der großdeutsche Gedanke ist Ausdruck deutschen Willens zu staatlicher Neuschöpfung von Grund aus.

Druck von Johannes Päßler, Dresden-A. 15

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN